



**Internationale wissenschaftliche  
Korrespondenz zur Geschichte  
der deutschen Arbeiterbewegung**

30. JAHRGANG, JUNI 1994, HEFT 2

**NILS FERBERG:**

„Sturmvogel – Flugverband der Werktätigen e. V.“  
Zur Geschichte einer Arbeitersportorganisation  
in der Weimarer Republik

**KARSTEN LINNE:**

„Die Problematik der Parteidemokratie“.  
Ein unbekannter Aufsatz Otto Kirchheimers  
aus dem Jahre 1930

**GERLINDE GRAHN:**

Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung  
zwischen Mitte des vergangenen Jahrhunderts  
und 1945 in den Beständen von Parteien,  
Vereinen, Verbänden und Sammlungen  
des Bundesarchivs, Abteilungen Potsdam

**WLADISLAW HEDELER:**

Russische Archive im Spiegel der Presse  
1987–1993

**SIGRID KOCH-BAUMGARTEN:**

Geschichte der Internationalen Transportarbeiter-  
föderation 1896–1996. Ein gewerkschaftlich-  
wissenschaftliches Kooperationsprojekt

**FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN  
TAGUNGSBERICHTE • NEUE LITERATUR**



Axel Schildt, Arnold Sywottek  
(Herausgeber)

## **Modernisierung im Wiederaufbau**

Die westdeutsche Gesellschaft  
der 50er Jahre

Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft der 50er Jahre. 856 S., geb., DM 148,-/öS 1155,-/sFr 148,-.

Wolfgang Herzberg  
Patrik von zur Mühlen  
(Herausgeber)

## **Auf den Anfang kommt es an**

Sozialdemokratischer Neubeginn  
in der DDR 1989

Interviews  
und Analysen



Interviews und Analysen. 336 S., Brosch., DM 29,80/öS 233,-/sFr 30,80.

Fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an: Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger, In der Roste 2, 53129 Bonn, Tel. 02 28/23 80 83

Thomas Welskopp 

## **Arbeit und Macht im Hüttenwerk**

Arbeits- und industrielle Beziehungen  
in der deutschen und amerikanischen  
Eisen- und Stahlindustrie  
von den 1860er bis zu den 1930er Jahren



Eine komparative, sozialhistorische Langzeitanalyse. 802 S., geb., DM 138,-/öS 1076,-/sFr 138,-.

Katharina Keller

## **Modell SPD?**

Italienische Sozialisten  
und deutsche Sozialdemokratie  
bis zum Ersten Weltkrieg



Italienische Sozialisten und deutsche Sozialdemokratie bis 1914. 260 S., geb., DM 72,-/öS 562,-/sFr 73,-.

**Dietz**



# **EIN STANDARDWERK ZUR GESCHICHTE DER KOMINTERN**

PETER HUBER

## **STALINS SCHATTEN IN DIE SCHWEIZ**



SCHWEIZER KOMMUNISTEN  
IN MOSKAU:  
VERTEIDIGER UND  
GEFANGENE  
DER KOMINTERN

CHRONOS

Mai 1994. 629 S., 58 Abb. Gebunden DM 87,— / ÖS 620 /  
sFr. 78,— ISBN 3-905311-29-1

**In Ihrer Buchhandlung oder beim  
Chronos Verlag  
Münstergasse 9  
CH-8001 Zürich  
Tel. 01/2 52 49 83  
Fax 01/2 52 49 22**

KLAUS DROBISCH / GÜNTHER WIELAND

## System der NS-Konzentrationslager 1933–1939

1993, 371 Seiten – 97 Abb. – 49 Tab.  
170 mm x 240 mm  
Hardcover DM 98,- / öS 764,- / sFr 94,-  
ISBN 3-05-000823-7

Ein Historiker und ein Jurist legen die erste Darstellung für diesen Zeitraum vor, die im Detail zeigt, warum, wann, wie und wo die Nationalsozialisten Konzentrationslager errichteten und wie daraus jenes außergerichtliche Haftsystem entstand, das beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges perfektioniert existierte.

### Aus dem Inhalt:

Teil I: 1933 bis 1934

- Konzentrationslager – eine alte Forderung der NSDAP; Schutzhaft und Konzentrationslager vor 1933; Verhaftungen von Februar bis April 1933; Lagerregime; Kommandanten und Schergen; KZ-Alltag; Entlassungen

Teil II: 1934 bis 1936

- Inspektion der Konzentrationslager; KZ-Insassen; Häftlingsleben; NS-Justiz und KZ-Verbrechen; Proteste im Ausland;

Teil III: 1936 bis 1939

- Ausbau und Auftrag der SS-Totenkopfverbände; Neue Lager; Auffüllen der Lager; Lebens- und Arbeitsbedingungen; A-Fall

## Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Herausgegeben von PETER STEINBACH  
und JOHANNES TUCHEL

1994, ca. 700 Seiten – 148 mm x 210 mm  
Hardcover ca. DM/sFr 48,- / öS 374,-  
ISBN 3-05-002568-9

Zum 50. Jahrestag des Anschlages auf Hitler im Jahre 1944 legen ausgewiesene Fachleute der Widerstandsgeschichte einen umfassend angelegten Sammelband vor, der den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in seiner Breite und Vielfältigkeit erschließt, zugleich aber auch den Blick für die Weite von Deutungsmöglichkeiten dieser Geschichte öffnet.

Bestellungen richten Sie bitte an Ihre  
Buchhandlung oder an den

## Der „Generalplan Ost“ Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik



Herausgegeben von  
MECHTILD RÖSSLER  
und SABINE  
SCHLEIERMACHER  
unter Mitarbeit von  
CORDULA TOLLMIE  
Schriften der Ham-  
burger Stiftung für  
Sozialgeschichte  
des 20. Jahrhunderts

1993, 378 Seiten – 69 Abb. – 11 Dokumente  
190 mm x 230 mm  
Hardcover DM 98,- / öS 764,- / sFr 96,-  
ISBN 3-05-002445-3

Eine Gruppe von Historikern, Sozialwissenschaftlern, Geographen und Architekten untersucht die Pläne, Institutionen und deren Strukturen, die sich mit der „ethnischen Säuberung“ der eroberten Gebiete Ost- und Südosteuropas beschäftigen. Es werden neue Quellenfunde dokumentiert, die Täter porträtiert und die wesentlichen Planungsdaten kartographisch nachgezeichnet. So erhellt sich der Hintergrund eines Szenarios, in dem die SS-Elite ganz Europa „volkstumspolitisch“ neuordnen wollte.

MARIO KESSLER

## Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933

1994, 210 Seiten – 1 Tab. – 170 mm x 240 mm  
Hardcover DM/sFr 98,- / öS 764,-  
ISBN 3-05-002047-4

Bei dem Versuch, das Beziehungsgeflecht verschiedenartiger Interessen zu entwirren, in dem der Zionismus stand, werden erstmals systematisch die Hauptlinien der Haltung verschiedener Strömungen der internationalen Arbeiterbewegung zum Zionismus in vergleichender Sicht nachgezogen.



Akademie Verlag

Ein Unternehmen der VCH-Verlagsgruppe  
Postfach · D-13162 Berlin





# Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak  
Wissenschaftlicher Beirat: Andreas Graf, Helga Grebing, Peter Lösche, Hans Mommsen,  
Hans-Josef Steinberg und Hermann Weber

## Inhalt

Heft 2/94

- NILS FERBERG: „Sturmvogel – Flugverband der Werktätigen e. V.“  
Zur Geschichte einer Arbeitersportorganisation in der Weimarer Republik . . . . . S. 173
- KARSTEN LINNE: „Die Problematik der Parteidemokratie“.  
Ein unbekannter Aufsatz Otto Kirchheimers aus dem Jahre 1930 . . . . . S. 220
- GERLINDE GRAHN: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung  
zwischen Mitte des vergangenen Jahrhunderts und 1945 in den Beständen  
von Parteien, Vereinen, Verbänden und Sammlungen des Bundesarchivs,  
Abteilungen Potsdam . . . . . S. 235
- WLADISLAW HEDELER: Russische Archive im Spiegel der Presse 1987–1993 . . . . . S. 262
- SIGRID KOCH-BAUMGARTEN: Geschichte der internationalen Transport-  
arbeiterföderation 1896–1996. Ein gewerkschaftlich-wissenschaftliches  
Kooperationsprojekt . . . . . S. 273
- THOMAS FRANZ UND JAN MERK: „Politische Kultur, soziale Milieus und  
der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland. Verweigerung  
und Widerstand im regionalen Vergleich“. Ein Tagungsbericht . . . . . S. 276
- WOLFGANG THORMEYER: Die Blockade Leningrads – 50 Jahre danach . . . . . S. 290
- THOMAS HEIMANN: Tagung zu „Stand und Perspektiven der Erforschung  
der DDR-Geschichte“ vom 12. bis 14. April 1994 in Mannheim . . . . . S. 293
- FORSCHUNGS – UND PUBLIKATIONSVORHABEN  
zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender  
Gebiete (99). Bearbeitet von Franz Jean Frohn . . . . . S. 295
- NEUE LITERATUR
- Arno Maierbrugger, „Fesseln brechen nicht von selbst“. Die Presse der  
Anarchisten 1890–1933 anhand ausgewählter Beispiele, Grafenau-Döffingen 1991  
(*Christoph Knüppel*) . . . . . S. 305
- Hasso Spode u. a., Statistik der Arbeitskämpfe in Deutschland:  
Deutsches Reich 1936/37. Westzonen und Berlin 1945–1948. Bundesrepublik  
Deutschland 1949–1980, St. Katharinen 1992 (*Rüdiger Hachtmann*) . . . . . S. 307

|                                                                                                                                                                                                                                                                         |        |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| Istoričeskij Archiv [Das historische Archiv], Moskau. Hrsg. vom Staatlichen Archivdienst der Russischen Föderation, Moskau 1992 f. ( <i>Markus Wehner</i> )                                                                                                             | S. 308 |
| „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Eine Dokumentation.<br>Hrsg. und eingel. von Gerhard Keiderling, Berlin 1993 ( <i>Jan Foitzik</i> )                                                                                                                    | S. 309 |
| Mario Keßler, Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz 1993 ( <i>Wolfgang Kaiser</i> )                                                                                                                  | S. 310 |
| Francis L. Carsten, August Bebel und die Organisation der Massen, Berlin 1991 ( <i>Andreas Wolf</i> )                                                                                                                                                                   | S. 311 |
| Ärgernis und Zeichen. Erwin Eckert – Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben. Hrsg. von Friedrich-Martin Balzer, Bonn 1993 ( <i>Hartmut Rüdiger Peter</i> )                                                                                               | S. 312 |
| Marie Toth, Schwere Zeiten. Aus dem Leben einer Ziegelarbeiterin, Wien u. a. 1992 ( <i>Anne Schlüter</i> )                                                                                                                                                              | S. 313 |
| Volker Jarren, Schmuggel und Schmuggelbekämpfung in den preußischen Westprovinzen 1818–1854, Paderborn u. a. 1992 ( <i>Alf Lüdtke</i> )                                                                                                                                 | S. 314 |
| Von der Klassenbewegung zur Volkspartei. Wegmarken der bayerischen Sozialdemokratie 1892–1992. Hrsg. von Hartmut Mehringer u. a., München u. a. 1992 ( <i>Harald Reissig</i> )                                                                                          | S. 316 |
| Kirmes, Kneipe, Kino. Arbeiterkultur im Ruhrgebiet zwischen Kommerz und Kontrolle (1850–1914). Hrsg. von Dagmar Kift, Paderborn 1992 ( <i>Hasso Spode</i> )                                                                                                             | S. 317 |
| Stephan Bleek, Quartierbildung in der Urbanisierung. Das Münchner Westend 1890–1933, München 1991 ( <i>Adelheid von Saldern</i> )                                                                                                                                       | S. 318 |
| Heidrun Homburg, Rationalisierung und Industriearbeit. Arbeitsmarkt, Management, Arbeiterschaft im Siemens-Konzern Berlin 1900–1939, Berlin 1991 ( <i>Rüdiger Hachtmann</i> )                                                                                           | S. 319 |
| Leidenschaft und Bildung. Zur Geschichte der Frauenarbeit in Bibliotheken. Hrsg. von Helga Lüdtke, Berlin 1992 ( <i>Regine Zennß-Reimann</i> )                                                                                                                          | S. 321 |
| Karl Heinrich Pohl, Die Münchner Arbeiterbewegung. Sozialdemokratische Partei, Freie Gewerkschaften, Staat und Gesellschaft in München 1890–1914, München u. a. 1992 ( <i>Adelheid von Saldern</i> )                                                                    | S. 322 |
| Claudia Brunner, Arbeitslosigkeit in München 1927 bis 1933, München 1992;<br>Claudia Brunner, „Bettler, Schwindler, Psychopathen“. Die „Asozialen“-Politik des Münchner Wohlfahrtsamtes in den frühen Jahren der NS-Zeit, München 1993 ( <i>Karl Christian Führer</i> ) | S. 323 |
| Friederike Wetzorke, Die Braunschweiger Kinderfreunde Bewegung 1924–1930, Frankfurt a. M. 1992 ( <i>Barbara Schleicher</i> )                                                                                                                                            | S. 325 |
| Raul Hilberg, Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945, Frankfurt a. M. 1992 ( <i>Klaus Scheel</i> )                                                                                                                                                | S. 326 |
| Jörg Fisch, Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1992 ( <i>Jan Foitzik</i> )                                                                                                                                                                                | S. 327 |
| Norbert Steinborn und Hilmar Krüger, Die Berliner Polizei 1945 bis 1992, Berlin 1993 ( <i>Falco Werkentin</i> )                                                                                                                                                         | S. 328 |
| Einhart Lorenz, Exil in Norwegen. Lebensbedingungen und Arbeit deutschsprachiger Flüchtlinge 1933–1943, Baden-Baden 1992 ( <i>Udo Vorholt</i> )                                                                                                                         | S. 329 |
| Margarete Grandner, Kooperative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Die freien Gewerkschaften Österreichs im ersten Weltkrieg, Wien u. a. 1992 ( <i>Thomas Zöllner</i> )                                                                                      | S. 330 |



|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |        |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| 100 Jahre 1. Mai. Ausstellungskatalog. Hrsg. von Josef Vass, Wien 1990;                                                                                                                                                                                                                                                      |        |
| Freiheitsbilder. Kunst und Agitation in den Maifestschriften der österreichischen Arbeiterbewegung 1890–1918. Hrsg. von Stefan Riesenfellner, Graz 1990;                                                                                                                                                                     |        |
| 100 Jahre 1. Mai. Politik und Poesie. Hrsg. und zusammengefaßt von Walter Göhring, Eisenstadt 1990;                                                                                                                                                                                                                          |        |
| Harald Troch, 100 Jahre 1. Mai, Wien 1990;                                                                                                                                                                                                                                                                                   |        |
| Harald Troch, Rebellen Sonntag. Der 1. Mai zwischen Politik, Arbeiterkultur und Volksfest in Österreich (1890–1918), Wien und Zürich 1991;                                                                                                                                                                                   |        |
| „Daß unsere Greise nicht mehr betteln gehn!“ Sozialdemokratie und Sozialpolitik im Deutschen Reich und in Österreich-Ungarn 1880 bis 1914. Hrsg. von Helmut Konrad, Wien und Zürich 1991;                                                                                                                                    |        |
| Vorwärts und nicht vergessen. Ein historisch-volkskundliches Bilderbuch zur 100jährigen Geschichte des 1. Mai in der Schweiz / Utopie et solidarité. Un livre d'images historique et folklorique sur l'histoire centenaire du 1 <sup>er</sup> mai en Suisse. Hrsg. und mit einer Einleitung von Roland Gretler, Zürich 1990; |        |
| Hundert Jahre 1. Mai [und ein] Porträt des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Hrsg. vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut (EGI), Brüssel 1990<br>(Hanns-A. Schwarz).....                                                                                                                                               | S. 330 |
| KURZANZEIGEN UND LITERATURHINWEISE .....                                                                                                                                                                                                                                                                                     | S. 338 |
| PROJEKTFRAGEBOGEN .....                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | S. 341 |

*Autorinnen und Autoren dieses Heftes:*

Nils Ferberg, Dr. rer. pol., Dipl.-Pol., Meraner Str. 49, D-10825 Berlin.

Thomas Franz, Dipl.-Pol., Kaiser-Friedrich-Str. 37, D-10627 Berlin.

Gerlinde Grahn, Dr. phil., Otto-Haseloff-Str. 15, D-14480 Potsdam.

Wladislaw Hedeler, Dr. phil., Philosophiehistoriker, Rolandstr. 50, D-13156 Berlin.

Thomas Heimann, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Arbeitsbereichs DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim, Postfach, D-68131 Mannheim.

Sigrid Koch-Baumgarten, Dr. phil., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin, Habelschwerdter Allee 15, D-14195 Berlin.

Karsten Linne, Diplom-Sozialwirt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Leverkusenstr. 23, D-22761 Hamburg.

Jan Merk, Student am Institut für Geschichtswissenschaft der Technischen Universität Berlin, Berlinickestr. 15, D-12165 Berlin.

Wolfgang Thormeyer, Journalist, Wörther Str. 10, D-10435 Berlin.

ISSN 0046-8428

**Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung**  
(Zitierweise: IWK)

Verleger im Sinne des Pressegesetzes:

Historische Kommission zu Berlin e. V., Kirchweg 33, D-14129 Berlin

**Redaktion: Gerhard Beier, Franz Jean Frohn, Gunter Krüschet (verantw.), Dirk H. Müller**

**Für den Anzeigenteil verantwortlich: Gunter Krüschet**

**Anschrift der Redaktion:**

**Historische Kommission zu Berlin, IWK-Redaktion, Kirchweg 33, D-14129 Berlin**

**Tel.: 030/81 6001-41 (Direktwahl), 81 6001-0 (Zentrale); Telefax: 030/81 6001-34**

Vertrieb: FSP GmbH, Schönhauser Allee 64, D-10437 Berlin

Die IWK wird regelmäßig im „Sozialwissenschaftlichen Literaturinformationssystem SOLIS“ des Informationszentrums Sozialwissenschaften, Lennéstraße 30, D-53113 Bonn, erfaßt.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Historische Kommission alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen, der fotomechanischen Wiedergabe sowie der Speicherung auf Datenträger.

Gerichtsstand: Berlin

Die IWK erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember)

Preise ab 1. 1. 1988: Einzelheft DM 20,—, für Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose DM 15,—, jeweils zuzüglich Versandkosten. Jahresabonnement DM 67,—, für Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose DM 40,—, jeweils zuzüglich Versandkosten. Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung aus das Postbankgirokonto Historische Kommission – Sonderkonto L, Nr. 2155 15-105, bei der Postbank Berlin, D-10916 Berlin, BLZ 100 100 10. Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Geschäftsjahrs (IWK-Jahrgang) gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Geschäftsjahr (IWK-Jahrgang).

Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 5, 7, 8, 14–19/20 und Jg. 10 (1974) bis Jg. 13 (1977), Jg. 14 (1978), H. 1 und 4, und Jg. 15 (1979), H. 2, 3 und 4, Jg. 16 (1980) ff.

**Der Preis der noch lieferbaren älteren Hefte bis einschließlich H. 4/1987 beträgt DM 5,— pro Heft bzw. DM 20,— pro Jahrgang zuzüglich Versandkosten.**

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 5 vom 1. 5. 1990.

Gedruckt mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, Berlin

Herstellung: Dr. Hans Theissen, Kottbusser Damm 77, D-10967 Berlin

Druck: Offsetplus, Reuchlinstraße 10–11, Gewerbehof, D-10553 Berlin



# **„Sturmvogel – Flugverband der Werktätigen e. V.“**

## **Zur Geschichte einer Arbeitersportorganisation in der Weimarer Republik\***

Von Nils Ferberg

### **1. Überblick. Das Selbstverständnis der „bürgerlichen“ Luftsportvereinigungen in der Weimarer Republik**

Zu den zahlreichen Organisationen der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik gehörte der „Sturmvogel – Flugverband der Werktätigen e. V.“. Verwunderlich, daß es über ihn noch keine größere Veröffentlichung gibt<sup>1</sup> und er fast völlig in Vergessenheit geraten ist. Damit ist schon die Tragik dieser Vereinigung angedeutet, die in den genau vier Jahren ihres Bestehens, von April 1929 bis April 1933, nie die von ihr angestrebte Anerkennung gefunden hat, trotz beachtlicher Leistungen, gemessen an der Kürze der Zeit ihres Bestehens, ihrer Mitgliederzahl, ihrer Aktivitäten und der politischen Weitsicht ihres Vorsitzenden Walther Binder.

Nicht nur das Automobil und der Rundfunk erfuhren in den zwanziger Jahren eine technische Vervollkommnung und Verbreitung, auch das Fliegen übte eine große Faszination aus. Der 1922 gegründete Dachverband der Luftsportvereine des Deutschen Reiches, der Deutsche Luftfahrt-Verband (DLV), zählte nach Angaben seines Geschäftsführers zehn Jahre später, 1932, ca. 800 Luftsportvereine, Aeroklubs und Jungfliegergruppen mit ca. 60 000 Mitgliedern.<sup>2</sup> Die Situation der deutschen Luftfahrt beschrieb der bekannte Ozeanflieger Wolfgang von Gronau 1932 so: „Heute steht Deutschland wieder

\* Der Verfasser hat zu danken Herrn Jörg Schmalfuß, Leiter der Bibliothek im Museum für Verkehr und Technik, Berlin, für die Durchsicht des Nachlasses des Hauptmanns a. D. Schreiber, Herausgeber des „Novissima-Pressedienstes“, zur erstmaligen Auswertung ebenso wie für die Sichtung der Zeitschrift „Luftschau“. Herrn Direktor Gerhard Birk danke ich für die Hinweise auf das vorhandene Material im Brandenburgischen Landeshauptarchiv in der Orangerie Potsdam. Vom Vorhandensein der Akte des RMdI und der Filmkopie mit den Unterlagen des Reichsführers SS (RFSS) im Bundesarchiv Potsdam erfuhr ich durch Einsichtnahme in das (unveröffentlichte) Manuskript von Günther Wonneberger in Borthen bei Dresden. Den entscheidenden Hinweis auf die Emigration Binders nach Dänemark gab Herr Gunter Krüschet. Besonderen Dank für die aktive Hilfe bei der Suche nach den Personalunterlagen schuldet der Verfasser Herrn Hans Uwe Petersen (Kopenhagen, Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv). Die gesuchten Unterlagen wurden von Frau Marianne Reimer im Riksarkivet/Kopenhagen zur Verfügung gestellt. Bei der Übersetzung der dänischen Quellen ist Frau Jonna Jürges (Berlin) für ihre Hilfe zu danken. Die vom Verfasser ermittelten noch lebenden Angehörigen der Familie Binder in Dänemark waren alle sehr kooperativ. Frau Ruth Brondstedt geb. Binder gewährte anläßlich eines langen Gesprächs auch Einblick in persönliche Unterlagen. Ergänzende Hinweise verdankt der Verfasser Herrn Michel Meyer in Hannover. Dieser war auch so freundlich, den Bericht über die Neugründung des „Sturmvogel“ in Niedersachsen aufgrund eigener Kenntnisse und Recherchen zu erstellen und mir zur Publikation zu überlassen. Peter Lösche (Göttingen) danke ich für die Förderung des Projekts und wichtige Ratschläge bei der Gestaltung.

1 Lediglich in Georg Cordts Werk: *Junge Adler – Vom Luftsport zum Flugdienst 1920–1945*, Esslingen und München 1988, einem Buch mit den Schwerpunkten Flieger-HJ und NSFK, ist ein Kapitel dem „Sturmvogel“ gewidmet.

2 Wilhelm Baur de Betaz, *Flugsport – Volkssport*, in: J. B. Malina, *Luftfahrt voran! Das deutsche Fliegerbuch*, Berlin 1932, S. 55.

[...] in der vordersten Reihe der Luftfahrt treibenden Länder der Erde, durch die Hochleistungen seiner Konstrukteure und Arbeiter, Flieger und Wissenschaftler.“<sup>3</sup>

Diese Einschätzung der objektiven Bedingungen entsprach aber keineswegs der sonstigen Gemüts- oder Geistesverfassung der führenden Repräsentanten des Luftsportes im Deutschen Reich. Deren Einstellung läßt sich so zusammenfassen: Die Bedingungen des Versailler Vertrages, Art. 198–202, wonach Deutschland weder zu Lande noch zu Wasser über Luftstreitkräfte verfügen durfte, machten das Deutsche Reich und seine Bevölkerung wehrlos gegen Angriffe aus der Luft. Schon die kleinsten Nachbarstaaten bildeten so eine existentielle Gefahr für das deutsche Volk, insbesondere, wenn ein Luftangriff noch mit den Möglichkeiten des Gaskrieges gekoppelt würde.<sup>4</sup> Da es keine Fliegertruppe der Reichswehr geben durfte, war die Traditionspflege der kaiserlichen Fliegertruppe in den Sportvereinen selbstverständlich. Die Fliegerhelden des Weltkrieges, die toten wie die lebenden, waren Vorbilder, die in keiner größeren Publikation fehlten.<sup>5</sup> Die Schilderung kriegesischer und militärtechnischer Entwicklungen nahm einen breiten Raum in der Fachliteratur ein. Schlußfolgerung aus dieser Situation: Entweder die Welt rüstet den Luftraum konsequent ab oder Deutschland muß militärisch nachrüsten. Ein Staat, dessen Institutionen und Politiker nicht die Fesseln von Versailles abschüttelten, sondern durch Verträge sich weiter demütigen ließen,<sup>6</sup> konnte nicht erwarten, daß man ihm und seinen Symbolen Respekt und Achtung entgegenbrachte.

3 J. W. Malina, a. a. O., Vorwort, S. 9.

4 Ein Exponent dieser geschilderten Haltung war die Zeitschrift: *Die Luftwacht. Zeitschrift für das Weltfliegen*, Berlin. Alle Jahrgänge in der Staatsbibliothek Berlin. Regelmäßig wurde in der Rubrik „Die Lufrüstung des Auslands“ die Bedrohung des Reiches erläutert. Major a. D. Frh. von Bülow schrieb 1931, H. 1, S. 7: „In den Zeiten theoretischer Abrüstungsideen und praktischer Aufrüstung des Auslands erscheint [...] die Beobachtung des Standes der fremden Lufrüstungen ein zwingendes Gebot für Deutschland [...], um [...] den Grad seiner zunehmenden Luftbedrohung nüchtern und mathematisch feststellen zu können.“ Im Rückblick auf das Jahr 1932 hieß es in einem redaktionellen Beitrag in Jg. 1933, H. 1, S. 25: „In der heutigen Gestalt stellen so Belgiens Luftstreitkräfte eine ausgesprochene Verstärkung des linken Flügels der belgisch-französischen Einheitsfront gegen Deutschland dar.“

In den zwanziger Jahren fanden die Thesen des italienischen Generals Giulio Douhet über die kriegsentscheidende Rolle der Bomberluftflotte auch in der deutschen Öffentlichkeit (weniger im Reichswehrministerium) große Aufmerksamkeit. In einem Szenario hatte Douhet „willkürlich“ einen Krieg zwischen Frankreich/Belgien und Deutschland beschrieben, bei dem aus der Luft Spreng-, Brand- und Gasbomben eingesetzt wurden. Die Luftwacht druckte diese unter dem Titel „Der Krieg im Jahre 19...“ erschienene Vision in einer Bearbeitung ihres Herausgebers A. Kirschner in den Ausgaben Jg. 1930, H. 6, 7, 9, 10 und 11. Die Wirkung des Beitrages ergab sich aus der Tatsache, daß nicht Deutschland, sondern nur die andere Seite über solche Waffen verfügte.

5 Siehe beispielhaft J. W. Malina, a. a. O., und Peter Supf, *Das Buch der deutschen Fluggeschichte*. Hrsg. vom Verein zur Förderung der Luftfahrt, Bd. 2: Vorkriegszeit, Kriegszeit, Nachkriegszeit bis 1932, Stuttgart 1958.

6 Beispiel für eine solche Negativwirkung war das deutsch-französisch-belgische Luftfahrtabkommen in Paris 1926. Die positiven Aspekte, wonach alle technischen Beschränkungen der deutschen Luftfahrt fortfielen, der Luftschiffbau freigegeben wurde und die Reichswehr eine erdgebundene Fliegerabwehr organisieren durfte, zählten nicht, gemessen an der Verpflichtung, den Flugsport nicht mit staatlichen oder kommunalen Geldern zu finanzieren. Zu den Bestimmungen siehe Cuno Horkenbach, *Das Deutsche Reich von 1918 bis heute*, Berlin 1930, S. 227. Das Abkommen ist abgedruckt in: *Luft- und Kraftfahrt. Zeitschrift für die Interessen des Luftfahrtpersonals und aller Berufskraftfahrer* (künftig zitiert: *LuK*), Jg. 6 (1926), H. 7, S. 102. *LuK* war das Publikationsorgan der Reichsabteilung der Kraftfahrer und der Reichsabteilung des Luftfahrtpersonals im Deutschen Verkehrsbund. Jahrgänge 1921, 1922, 1924, 1926, 1929, 1931 und (unvollst.) 1932 in der Bibliothek der Johannes-Sassenbach-Stiftung, Berlin. Ehemals Zentralbibliothek der Gewerkschaften, FDGB.



Eine Durchsicht der Jahrgänge 1926–1932 der Zeitschriften „Die Luftwacht (Zeitschrift für das Weltflugwesen)“<sup>7</sup> und ab 1929 „Luftschau“, Berlin,<sup>8</sup> zeigt, daß als Repräsentant des Staates nur Reichspräsident von Hindenburg und als politische Aktivität ausschließlich die Verabschiedung des „Lufthaushaltes“ einer Erwähnung wert waren.

## 2. Selbstverständnis und Programmatik des „Sturmvogel“

### a) Die Anfänge und die Programmatik

Vor dem im ersten Kapitel geschilderten Hintergrund ist die Gründung der Flugvereinigung „Sturmvogel“ im März/April 1929 zu verstehen. Es wäre falsch zu glauben, mit dieser Gründung habe von der Arbeiterbewegung ein „weißer Fleck“ in der Sportbewegung besetzt werden sollen. Die Absicht war sekundär, den proletarisch-sozialistischen Sportlern, die die Fliegerei bis dahin nur in den „bürgerlichen“ Vereinigungen betreiben konnten, ein ihrer politischen Überzeugung entsprechendes Betätigungsfeld zu günstigeren Konditionen zu bieten. Die Satzung des „Sturmvogel“ läßt diese Annahme zunächst zu. Um dem Verein gerecht zu werden, ist diese jedoch mit den Intentionen der Gründungsmitglieder, insbesondere mit denen des ersten Vorsitzenden, Walther Binder, zu verbinden. Seine Vorstellungen überschritten, wie sich bald zeigte, die Grenzen eines bloßen Arbeitersportvereins. In der Satzung hieß es im Paragraphen 2, Absatz 1:

„Aufgabe des Verbandes ist die Förderung der Luftfahrt in den Kreisen der werktätigen Bevölkerung, mit dem Ziele, die modernen Errungenschaften der Technik nicht länger den materiell bevorzugten Schichten allein zu überlassen, sondern das Flugzeug und daneben auch das Motorfahrzeug für Sport, Werbung und Verkehr den breiten Massen zu erobern.“

Diese Aussage entsprach noch den traditionellen Vorstellungen einer Organisation der Arbeiterbewegung. Im Absatz 2 folgte jedoch eine ambivalente Aussage:

„Der Verband verfolgt seine Ziele ohne parteipolitische Bindung in enger Fühlung mit den übrigen Organisationen der Werktätigen, wie Gewerkschaften, Verbänden usw. Der Verband kämpft für eine durchgreifende Demokratisierung des deutschen Flugwesens

[Forts. von Anm. 6]

Die Beurteilung des Pariser Abkommens war sehr unterschiedlich: Für die einen war es die positive Folge des Locarnopaktes (rückblickend Dolmetscher Paul Schmidt: „Es war ein großer Schritt vorwärts.“ Vgl. ders., Statist auf diplomatischer Bühne 1923–1945, Bonn 1949, S. 111). Ambivalent im Kommentar, mit kritischer Betonung der Eigeninteressen der Ententemächte, die sich selber durch die vorangegangenen „Begriffsbestimmungen“ über Kriegsflugzeuge geschadet hatten: Werner Bartz, Deutsche Luftrechtspolitik seit Versailles, in: Die Luftwacht, Jg. 1927, H. 7, S. 388 ff.

Die mehrheitliche, negative Richtung repräsentierte Bruno Loerzer, Aufgaben und Ziele des Deutschen Luftsportverbandes, in: Luftschau, Jg. 6 (1933), H. 11/12, S. 165; siehe hierzu auch: E. Everling, Die Luftfahrt, in: 10 Jahre Versailles, Bd. 2: Die politischen Folgen des Versailler Vertrages. Hrsg. von Heinrich Schnee und Hans Draeger, Berlin 1929, S. 159 ff.

7 Die Luftwacht. Zeitschrift für das Weltflugwesen. Berlin. Alle Jahrgänge in der Staatsbibliothek Berlin.

8 Luftschau. Amtsblatt des Deutschen Lufrates, des Deutschen Luftfahrtverbandes, des Aeroclubs von Deutschland und der Rhön-Rositten-Gesellschaft. Mitteilungsblatt der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt (WGL), Berlin. Die Jahrgänge 1929 und 1930 (unvollständig) und 1931 bis August 1933 (komplett) im Museum für Verkehr und Technik, Berlin.

und für eine aktive Verwendung der deutschen Luftfahrt als Instrument der Völker-  
versöhnung und der Solidarität der Werktätigen über die Landesgrenzen hinaus.“<sup>9</sup>

Damit war der Führungsanspruch einer Partei ausgeschlossen. Die Formulierung ermög-  
lichte aber eine enge Zusammenarbeit mit der SPD. Die weitere Entwicklung erwies, daß  
die SPD diese Chance keinesfalls intensiv nutzte, was die sportlichen Konkurrenten und  
politischen Gegner jedoch nicht hinderte, die neue Fliegervereinigung sofort als Unter-  
organisation der Partei abzuqualifizieren.

Walther Binder mußte ständig verdeutlichen, was er unter der „Demokratisierung des  
deutschen Flugwesens“ und der „Luftfahrt als Instrument der Völkerversöhnung“ ver-  
stand. Unter seiner Führung flog der „Sturmvogel“ bis Ende 1932 engagiert für den Staat  
von Weimar, der unter dem Symbol „Schwarz-Rot-Gold“ eine liberale und demokrati-  
sche Ordnung verkörperte. Diese Haltung machte es in erster Linie unmöglich, daß der  
„Sturmvogel“ mit den anderen Flugsportvereinen, die fast alle dem DLV angehörten oder  
mit ihm kooperierten,<sup>10</sup> ein kameradschaftliches Verhältnis erreichte.

Die Gründungsphase des „Sturmvogel“, will man der offiziellen Darstellung folgen, hatte  
etwas Legendenhaftes an sich. In der ersten Ausgabe der Verbandszeitschrift schrieb der  
Vorsitzende Binder euphorisch: „Der Sturmvogel hat seine Werbung ohne jede behörd-  
liche und sonstige Unterstützung begonnen, ein kleiner Kreis von werktätigen Hand- und  
Kopfarbeitern hat vor kaum zwei Monaten erforderliche Vorarbeit geleistet. [...] Schon  
in den ersten acht Tagen meldeten sich Hunderte von Mitgliedern aus allen Gauen  
Deutschlands. [...] Führende Persönlichkeiten aus den verschiedenen Parteilagern, aus  
Gewerkschaftskreisen, [...] Vertreter hoher und höchster Behörden, [...] Leiter der Tages-  
und Fachpresse, ferner die Führer der Flugzeug- und Motorenindustrie, [...] der Sport-  
verbände usw. haben durch ihren Beitritt als fördernde Mitglieder volles Verständnis für  
unsere Pläne gezeigt.“<sup>11</sup>

Wer wo und wann zusammensaß und die Idee der Gründung hatte, wird zu keiner  
Zeit näher erläutert. Nur bruchstückhaft wird ein Gesamtbild über die Jahre deutlich.  
Ort des Ursprunges der Idee war der Michaelkirchplatz 1–2 in Berlin-Kreuzberg. Hier  
hatte der Deutsche Transportarbeiterverband (Verkehrsverbund), ab 1. 1. 1930 Gesamt-  
verband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Waren-  
verkehrs, „Gesamtverband“ genannt, Vorläuferorganisation der gegenwärtigen Gewerk-  
schaft ÖTV im DGB, seinen Sitz.

In dieser Gewerkschaftsorganisation war Walther Binder – selber Flugzeugführer – seit  
Dezember 1925 Geschäftsführer/Sekretär der Reichsabteilung, später Reichsfachgruppe  
Luftfahrtpersonal.<sup>12</sup> Gemeinsam mit Gerhard Sedlmeyr, einem bekannten Sportflieger

9 Satzung des „Sturmvogel – Flugverband der Werktätigen“. In: Museum für Verkehr und Technik, Berlin.

10 Korrespondierende Mitglieder des DLV waren: Aeroclub von Deutschland, Deutsche Turnerschaft, die  
Akademischen Fliegerverbände (Akaflug), die Akademische Fliegerabteilung der Deutschen Burschen-  
schaft und des Kösener KSC und der Ring Deutscher Flieger. Der Deutsche Modell- und Segelflug-  
verband. Vgl. Peter Supf, a.a.O., S. 656.

11 Walther Binder, Der Sturmvogel fliegt!, in: Sturmvogel. Die Luftfahrtschrift der Werktätigen (künftig  
zitiert: SV), Jg. 1 (1929), H. 1, S. 2 ff. Alle Jahrgänge in der Staatsbibliothek Berlin. Fehlende Exemplare:  
H. 12 (1932) und H. 2 (1933). Diese sind denkbarerweise nicht erschienen, da auch in der Deutschen  
Bücherei in Leipzig nicht vorhanden.

12 Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, Vierte Folge, Berlin 1927, S. 146.



vor 1914 und Kriegsfieger 1914/18, hatte er schon 1918 eine unabhängige gewerkschaftliche Vertretung der Berufsfieger organisiert.<sup>13</sup> In diesem Verband kam es zu Auseinandersetzungen darüber, ob die politische Ausrichtung national oder internationalistisch sein sollte. Der Verband hörte auf zu bestehen, nachdem der nationalistisch orientierte Flügel der Flugzeugführer ausgetreten war. In seiner ersten Stellungnahme als Gewerkschaftssekretär rechnete Binder mit seinen Gegnern ab und wandte sich gegen die Kreise, die in der Luftfahrt „[...] durch völkische und teutsche Redensarten [...] Zwiespalt hervorrufen.“<sup>14</sup>

Auf seiner neuen Arbeitsstelle begegnete Binder Männern, die gleich ihm an einer Verwirklichung einer Idee gescheitert waren. Im Jahre 1924 hatte man in den Reihen des „Verkehrsbundes“ den Versuch gestartet, eine „Arbeiter- und Flugsportvereinigung“ zu gründen. Die Zeitschrift „Luft- und Kraftfahrt“ berichtete am 25. 3. 1924 von der Gründungsversammlung, bei der beschlossen wurde, dem „Arbeiter-Turn- und Sportbund“ beizutreten. Vorsitzender wurde Heinz Mertens.<sup>15</sup> Ziel sollte es sein, ehemaligen Fliegern und fachmännisch Vorgebildeten (gedacht war an Arbeiter der Flugzeugindustrie) die Möglichkeit zu geben, zu üben und sich weiterzubilden. In der nächsten Ausgabe der Zeitschrift erweiterte Alfred Zscheile die Zielsetzung um den Gedanken, Flugsport sollte Volkssport werden.<sup>16</sup> Danach endet die Berichterstattung im Verbandsorgan über die Bemühungen. Diese Vereinsgründung hat keine Spuren hinterlassen.

Die Gründung des „Sturmvogel“ ist von dem Vorsitzenden W. Binder und dem Vorstandsmitglied A. Zscheile stets als neue Idee vertreten worden. Auf die frühere Gründung sind sie nie wieder eingegangen. Auch die Gewerkschaftszeitschrift „Luft- und Kraftfahrt“ kam auf die Ereignisse des Jahres 1924 nicht mehr zurück, als sie 1929 die Gründung des neuen Verbandes in einem halbseitigen Bericht mitteilte, mit der Aufforderung, diesem beizutreten.<sup>17</sup> Über die Initiatoren der Neugründung äußerte sich W. Binder erst nach zwei Jahren eher beiläufig. In einer Würdigung Oswald Schuhmanns, des Vorsitzenden des 700 000 Mitglieder starken „Gesamtverbandes“, zu seinem 65. Geburtstag 1931 hieß es: „Oswald Schuhmann hat der Luftfahrt [...] reges Interesse entgegengebracht. Von der Abteilungsleitung der seit vielen Jahren bestehenden Luftfahrtgruppe des Gesamtverbandes hat der ‚Sturmvogel‘ seinen Ausgang genommen. Wenn der ‚Sturmvogel‘ alle Schwierigkeiten seines bisherigen Weges überwunden hat, so ist das nicht zuletzt der verständnisvollen Hilfsbereitschaft Oswald Schuhmanns zu verdanken.“<sup>18</sup>

Eine Beteiligung der SPD an den Gründungsvorbereitungen des „Sturmvogel“ ist nicht feststellbar und laut Satzung unwahrscheinlich. Eine Massenbewegung von unten, die zur Gründung geführt hätte, konnte es bei dieser Sportart ebensowenig sein. Hier trifft eine Typologie innerverbandlicher Willensbildung zu, die Peter Lösche wie folgt beschreibt: „So hat sich gezeigt, daß in kleineren organisationsschwachen und mitgliederarmen

13 SV, Jg. 1 (1929), H. 3, S. 51.

14 Walther Binder, Einheitsfront oder Zwiespalt beim deutschen Luftverkehr, in: LuK, Jg. 6 (1926), H. 1, S. 7.

15 LuK, Jg. 9 (1929), H. 3, S. 27.

16 Alfred Zscheile, Arbeiter Flugsport Verein, in: LuK, Jg. 4 (1924), H. 4, S. 36.

17 LuK, Jg. 9 (1929), H. 10, S. 159.

18 SV, Jg. 3 (1931), H. 1, S. 8.

Verbänden charismatische oder bürokratische Führer sich leicht mit autokratischen Führungstechniken durchzusetzen und an der Spitze zu halten vermochten.“<sup>19</sup>

*b) Walther Binder: Motivation und Lebenslauf des Verbandsvorsitzenden*

Über Walther Binder gibt es keine Charakteristika von Seiten der Kameraden oder Kollegen. Sein Stern ging mit dem Verein, den er gründete, auf, und er verschwand nach 1932 ebenso plötzlich. Die ÖTV als Nachfolgeorganisation des „Gesamtverbandes“ fand auf Nachfrage einen Beitrag aus seiner Feder über die Fliegerei, verfügt aber über keine weiteren Informationen zu seiner Person. Die Lektüre der Verbandszeitschrift ergibt nur ein politisches Selbstporträt für die Zeit von 1929 bis 1932. Persönliche Daten sind daraus kaum zu entnehmen. Walther Binder war nicht nur Initiator, sondern auch der organisatorische und vor allem der politische Führer der Vereinigung. Sport und Politik waren für ihn eng miteinander verbunden. Im Leitartikel der ersten Ausgabe der Verbandszeitschrift hieß es über den Verbandszweck: „[...] im Dienste für die Entwicklung einer volkstümlichen Weltluftfahrt, die nicht als Todesdrohung über der zivilisierten Menschheit schwebt, sondern als Symbol einer kommenden, von allen feindlichen Grenzziehungen befreiten Welt der Arbeit.“<sup>20</sup>

Seine sportliche Vision war die, den Flugsport zum Massensport zu machen. Wer nicht selber ein Flugzeug in der Luft lenken konnte, sollte wenigstens einmal das Erlebnis haben, die Grenzenlosigkeit des Luftraumes zu erfahren. Gleichzeitig grenzte er den Flugverband der Werktätigen scharf ab von allen anderen Fliegerorganisationen. Binder kritisierte, daß das Flugzeug nicht als Verkehrsmittel und als Wirtschaftsinstrument popularisiert werde, sondern als Akrobatengerät erscheine, mit dem Kriegsspiele und Luftsensationen vorgeführt würden. Ferner verurteilte er, daß die Kreise, die in der Luftfahrt bestimmten, nationalistische und militärpolitische Ziele verfolgten. Feudale Cluballüren, Titel, Orden und Ehrenzeichen verhinderten, „Herz und Hand des werktätigen Mannes zu gewinnen“. Vorgebliche politische Neutralität hindere die anderen Organisationen, ein klares und freudiges Bekenntnis zum Staate von Weimar und seinen Symbolen abzugeben. Statt dessen nähmen sie aber sehr gerne jede Gelegenheit zu einem „uniformierten Aufputz“ wahr.<sup>21</sup> Binder betonte, daß seine Vereinigung im wesentlichen diejenigen Volkskreise erreichen wolle, die bisher abseits stehen mußten, und sich nicht als Gegenorganisation, nicht als Konkurrenz, sondern als wertvolle und notwendige Ergänzung ansehe.<sup>22</sup>

Den Lebensweg Walther Binders darzustellen wurde erst nach langen Recherchen möglich, nachdem Familienmitglieder in Dänemark aufgesucht<sup>23</sup> und die dortigen Akten

19 Peter Lösche, Einführung zum Forschungsprojekt: Solidargemeinschaft und Milieu, in: Franz Walter, Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik, Bonn 1990, S. 15.

20 Walther Binder, Was wir wollen, in: SV, Jg. 1 (1929), H. 1, S. 1.

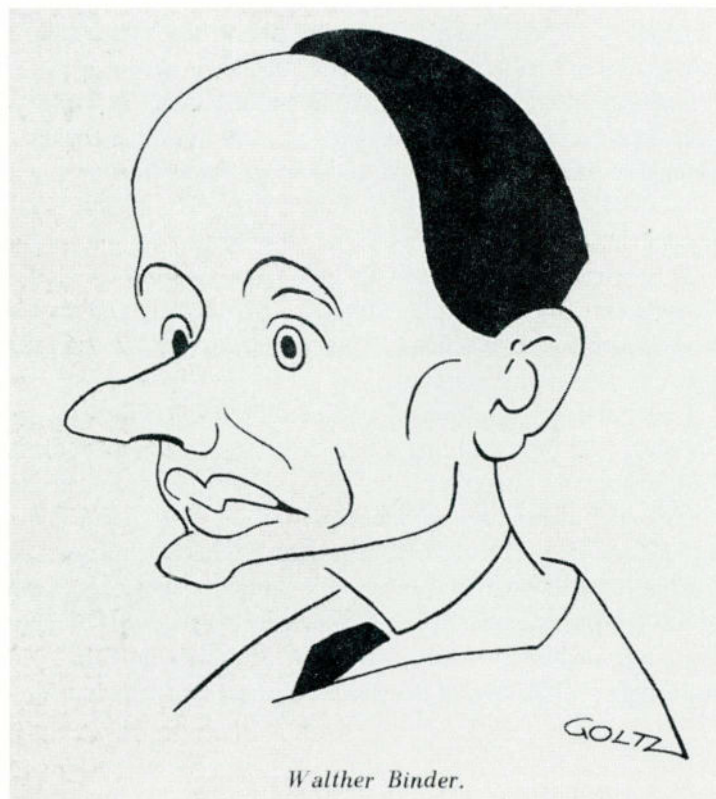
21 Walther Binder, Der Sturmvogel fliegt!, in: SV, Jg. 1 (1929), Nr. 1, S. 2 ff.

22 Ebda.

23 Interview des Verfassers mit Frau Ruth Brøndstedt, Lyngby, Dänemark, einer Tochter Walther Binders, im Juni 1993. Künftig zitiert: Brøndstedt.



des Reichsarchivs eingesehen werden konnten.<sup>24</sup> – Ernst Erich Walther Binder wurde am 8. April 1894 als Sohn eines Fruchthandlers in Berlin geboren. Es war die Mutter, die ihrem körperlich schwächlichen Sohn den Besuch der höheren Schule (Abitur 1912) und



Aus: SV, Jg. 1 (1929),  
H. 5/6 (Dezember),  
S. 102

das Sprachenstudium an den Universitäten Berlin, München und Paris in den Jahren 1912–1914 ermöglichte. Die Einberufung zu Kriegsbeginn 1914 unterbraucht das Studium vor dem Examen. Da Binder wegen seiner Konstitution sich den Strapazen des Dienstes bei den Landtruppen nicht gewachsen fühlte, meldete er sich zur Fliegertruppe und wurde dort zum Piloten ausgebildet. (Eine solche Motivation war nicht ungewöhnlich. Die Auswertung der Lebensläufe der mit dem Orden „Pour le Mérite“ ausgezeichneten bzw. dazu vorgeschlagenen Flieger zeigt, daß von 100 nicht weniger als 23 den Entschluß, zur Fliegertruppe zu gehen, während eines Lazarettaufenthaltes, nach einer schweren Verwundung oder wegen körperlicher Schwäche faßten.<sup>25</sup>) Nachweislich diente Binder 1916 auf dem Flugplatz Freiburg i. B.<sup>26</sup> und hat wahrscheinlich auch an der

24 Riksarkivet København, Dänemark, künftig zitiert: RikKDän, Direktoratet for utlændinge, Akte Binder, Udl. Nr. 24856.

25 Die Lebensläufe der Pour-le-Mérite-Flieger wurden ausgewertet nach dem gleichnamigen Buch von Walter Zuerl, München 1938. Die dem Werk beigelegte Ehrentafel enthält 100 Namen, die Zahl der Biographien beträgt 99, die des jüdischen Fliegers Wilhelm Frankl ist ausgelassen.

26 Bröndstedt, a. a. O.

dortigen Fliegerschule das Pilotenexamen gemacht, ebenso wie Herrmann Göring, dem er dort begegnet sein dürfte. Binder flog als Beobachter einen bei den Aerowerken Gustav Otto gefertigten und als Aufklärer besonders geeigneten AGO-(Argo-)Doppeldecker.

Nach dem Kriege entwickelte er sich zu einem religiös motivierten Pazifisten. 1922 war er als Agitator für eine christliche Bruderschaft (Versöhnungsbund) in Frankreich.<sup>27</sup> Auch als Kunsthändler betätigte er sich erfolgreich.<sup>28</sup> – Binder war nicht nur ein gewerkschaftlich engagierter und politisch interessierter Mensch. Er betätigte sich als Schriftsteller und Journalist, schrieb auch Gedichte und interessierte sich für Literatur, Philosophie und Religionswissenschaften. Diese Vielseitigkeit und eine gewisse Unrast mögen dazu beigetragen haben, daß die Zeit- und Weggenossen die Erinnerung an ihn nicht bewahrt, sondern verdrängt haben. Seine Visionen wußte er mitreißend zu formulieren, anders ist der Erfolg des „Sturmvogel“ in den Jahren ab 1929 nicht zu erklären; in der Folgezeit ging er den Leuten aber einfach auf die Nerven, auch wenn es sich später herausstellte, daß er recht behalten hatte. Ähnliche Erfahrungen lassen sich aus den Akten aus der Emigrationszeit in Dänemark belegen.

Am 19. Juni 1933 schrieb Binder aus dem dänischen Exil einen Brief an Otto Wels, den Vorsitzenden des Parteivorstandes der SPD im Exil (Sopade) in Prag. Darin bot er seine Mitarbeit an, er „brenne“ darauf, schrieb er. Ferner bat er um vorübergehende finanzielle Hilfe. Wels ließ das sehr persönlich gehaltene Schreiben vom Sekretariat der Sopade am 22. Juni beantworten, im Tone bürokratisch und in beiden Fällen ablehnend. Die weitere Bitte Binders um ein Empfehlungsschreiben des PV kommentierte er mit der energischen Randnotiz „Nein!“. Diese Marginalie bezeichnet sehr deutlich den Stellenwert, den Binder bei den Parteioberen besaß.<sup>29</sup> – Binder starb am 26. 8. 1947 in Vordingen (Dänemark). Sein dort beantragtes Einbürgerungsverfahren konnte nicht mehr abgeschlossen werden.

*c) Der Kreis der Förderer und die Anschubfinanzierung –  
eine nicht ganz transparente Angelegenheit*

Der Start des Vereins war beeindruckend. Die Satzung wurde auf den 28. März 1929 datiert, wobei es sich bei der „Gründung um ein Dutzend flugentschlossener Leute ohne Geld und Kapital“ handelte.<sup>30</sup> Zwar ist es schwer sich vorzustellen, daß die kleine Gruppe der Gründungsmitglieder das Startkapital aufgebracht hat,<sup>31</sup> so lautete jedoch die Version, die im Geschäftsbericht am 7. 12. 1930 gegeben wurde. Als Betriebskapital, so der Geschäftsführer Georg, konnten die Vereinsmitglieder zunächst „nur ihren Glauben an

27 RikKDän, a. a. O.

28 Die Witwe Binders, Frau Elisabeth Binder, verfaßte 1962 einen Lebenslauf ihres verstorbenen Mannes, der dem Verfasser von Michel Meyer, Hannover, zur Verfügung gestellt wurde. Künftig zitiert: Elisabeth Binder/M. Meyer.

29 Vgl. Korrespondenz Binder/Wels vom Juni 1933, in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Bestand Sopade, Mappe 19. Hinweis von Horst-Peter Schulz.

30 Walther Binder, Ein Deutschlandflug und sein Echo, in: SV, Jg. 2 (1930), H. 10, S. 101 ff.

31 Da die Akte „Sturmvogel“ beim Registergericht nicht mehr vorhanden ist, waren Namen leider nicht zu ermitteln (Auskunft des Amtsgerichts Charlottenburg, Berlin).



die gute Sache“ einbringen.<sup>32</sup> Danach wurde das Geld durch private Verschuldung der Gründer beschafft, was auch die anfängliche Schuldenlast des Verbandes erklärt. – Kurz nach der Gründung überflogen „Sturmvogel“-Maschinen sportliche Großveranstaltungen und warfen Zehntausende von Flugblättern ab,<sup>33</sup> so bei den Turn- und Sportwochen 1929 in Berlin.<sup>34</sup> Am 15. Juni landete die erste Vereinsmaschine, eine Focke Wulf A16c in Berlin-Tempelhof,<sup>35</sup> wo der Verein eine Baracke angemietet hatte und damit als Sitz Berlin-Zentralflughafen angeben konnte.

Am 1. Juli 1929 erschien die erste Ausgabe der Vereinszeitschrift und veröffentlichte eine Liste der Förderer der Organisation. Unter ihnen waren sehr bekannte Namen.<sup>36</sup> Zur politischen Prominenz gehörten Reichspräsident Paul Löbe (SPD), Albert Grzesinski, preußischer Minister des Inneren (SPD), Oberpräsident z. D. Friedrich O. Hörsing (Reichsvorsitzender des Reichsbanners), Oberpräsident Ferdinand Friedensburg (DDP), Franz Künstler MdR (SPD). Bekannte Vertreter der Presse waren unter anderem Prof. Georg Bernhard, Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Presse (DDP) und Erich Alfringhaus, Chefredakteur des Sozialdemokratischen Pressedienstes. Führende Beamte in Behörden waren der Berliner Stadtbaurat Dr. Adler, Staatssekretär Dr. Abegg und Ministerialdirektor Dr. Staudinger. Die beiden Tempelhofer Flughafendirektoren Böttger (zum Teil Böttcher geschrieben) und Oberbaurat Sauernheimer fanden sich auch auf der Liste, die mehrheitlich sozialdemokratische Repräsentanten enthielt und einige aus der DDP.

Zwei Namen fielen aus dem Rahmen: der des Reichstagsabgeordneten Gotthard Sachsenberg und der des Flugzeugkonstruktors und Industriellen Prof. Hugo Junkers. Sachsenberg war Mitarbeiter von Junkers, ehemaliger Weltkriegsflieger, Geschwaderkommandeur und mit dem Orden „Pour le Mérite“ ausgezeichnet. Dem Reichstag gehörte er als Mitglied der Fraktion der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) an.<sup>37</sup>

Die Behauptung Binders, die führenden Vertreter der Flugzeugindustrie unterstützten seine Vereinigung, konnte eigentlich nur auf Hugo Junkers zutreffen, der tatsächlich spontan die Vereinsgründung begrüßte und bei der ersten Sitzung der Ortsgruppe Dessau anwesend war und Grußworte sprach.<sup>38</sup> Ob er im modernen Sinne als Sponsor gewirkt hat, ist zu bezweifeln. Die Junkers-Werke waren in der Weimarer Republik in einer permanenten Existenzkrise. Hugo Junkers war Mitglied der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und hatte enge Kontakte zum Künstlerkreis des Bauhauses Dessau. Aus wirtschaftlichen Gründen war er an einer Zusammenarbeit mit der Reichswehr bei

32 Bundesarchiv Potsdam (künftig zitiert: BAP), Protokolle des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei (künftig zitiert: RFSS), Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785727-744.

33 Illustrierte Novissima-Korrespondenz für Luftverkehr und Flugsport. Internationaler Nachrichtendienst für die gesamte Luftfahrt, Berlin (künftig zitiert: Novissima), Jg. 2 (1929), 5. Mai. Alle Ausgaben der Novissima-Korrespondenz im Museum für Verkehr und Technik, Berlin. Nachlaß des Herausgebers Hauptmann a. D. Schreiber.

34 Novissima, a. a. O., 24. 6. 1929.

35 SV, Jg. 2 (1930), H. 3, S. 37.

36 SV, Jg. 1 (1929), H. 1, S. 16.

37 Cuno Horkenbach, a. a. O., S. 736.

38 SV, Jg. 1 (1929), H. 4, S. 61.

der geheimen Lufrüstung interessiert. Persönlich lehnte er sie jedoch ab und vertrat Auffassungen, die mit denen Walther Binders fast identisch waren. Mit seinem leitenden Mitarbeiter G. Sachsenberg kam es 1931 zum Bruch.<sup>39</sup> Daß Sachsenberg bereit war, 1929 den „Sturmvogel“ zu fördern, kann man nur auf den Einfluß Junkers' zurückführen. Politisch stand er dem Anliegen des „Sturmvogel“ völlig konträr gegenüber, was sich auch in späteren Konflikten mit Binder ausdrückte. Zu einer Annonce der Junkers-Werke im Verbandsorgan kam es nie, im Gegensatz zu den BMW-Werken in München, die jedoch nicht durch persönliche Stellungnahmen in Erscheinung traten.

Binder setzte auf die sog. korporativen Mitglieder. In Frage kamen hier in erster Linie die Gewerkschaften und die Konsumgenossenschaften. Er schrieb im Juli 1929: „Inzwischen haben bereits eine ganze Reihe großer Verbände, Vereine und Firmen den korporativen Beitritt zum ‚Sturmvogel‘ beschlossen und zum Teil vollzogen, hierunter Verbände mit mehreren hunderttausend Mitgliedern“.<sup>40</sup> Der Beweis für diese Aussage ist zu keiner Zeit angetreten worden. In keinem Bericht, in keiner Bilanz der Vereinsarbeit wurde je eines der oben genannten korporativen Mitglieder namentlich erwähnt. Einzige Ausnahme: Die Deutsche Luft-Hansa (DLH).<sup>41</sup> Diese war nicht nur Mitglied, sondern ermöglichte den Start des Vereins mit drei eigenen Verbandsflugzeugen durch den „Verkauf“ der Maschinen, wobei der Kaufpreis durch Jahresbeiträge verrechnet wurde.<sup>42</sup> Durch diese abenteuerliche Konstruktion wurde die Schenkung von drei Flugzeugen an den „Sturmvogel“ geregelt. – Der Lufthansa heute ist diese Liaison mit dem „Sturmvogel“ unbekannt und aufgrund des Verlustes aller Unterlagen in der Kriegszeit nicht mehr nachvollziehbar.<sup>43</sup>

Eine Erklärung für das damalige Verhalten der Luft-Hansa dürfte das Vertrauensverhältnis zwischen den Tarifvertragsparteien Gesamtverband und Luft-Hansa-Vorstand gewesen sein. Auf der einen Seite war Walther Binder der Verhandlungspartner. In der Gewerkschaftszeitschrift „Luft- und Kraftfahrt“ kam aber auch DLH-Vorstandsmitglied Erhard Milch zu Wort.<sup>44</sup> Von diesen Gewerkschaftskontakten hat der „Sturmvogel“ eindeutig profitiert.

Der Geschäftsbericht der DLH für 1929 erwähnte das „Geschäft“ mit dem „Sturmvogel“ nicht, gab aber den wirtschaftlichen Hintergrund desselben wieder.<sup>45</sup> Die Luft-Hansa war 1929 in großen Schwierigkeiten. In diesem Krisenjahr mußten Strecken stillgelegt und ein Drittel des Personals abgebaut werden, was einen Überhang an Fluggerät zur Folge hatte. Außerdem fand eine Vereinheitlichung von Typen und Motoren statt. Der Geschäftsbericht verwies auf Maßnahmen zur „Verringerung des Lagerbestandes“. Betriebswirtschaftliche Gründe reichen aber nicht aus, die Einstellung der DLH zum „Sturmvogel“ zu erklären. Es gab keine wirtschaftliche Notwendigkeit, dem Verbandstag 1930 ein in

39 Zur Persönlichkeit Hugo Junkers, zu Gotthart Sachsenberg und der Situation der Junkers-Werke siehe Olaf Groehler und Helmuth Erfurth, *Hugo Junkers. Ein politisches Essay*, Berlin [DDR] 1989, S. 28–58.

40 Walther Binder, *Der Sturmvogel fliegt!*, in: SV, Jg. 1 (1929), H. 1, S. 2 ff.

41 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785474.

42 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785728 (Protokoll des Verbandstages 1930).

43 Korrespondenz des Autors mit dem Lufthansa-Archiv im August 1992.

44 Erhard Milch, *Rückblick und Ausblick im deutschen Luftverkehr*, in: LuK, Jg. 10 (1930), H. 2, S. 23.

45 Der Geschäftsbericht ist abgedruckt in: *Luftwacht*, Jg. 1930, H. 7, S. 303.





Aus: SV, Jg. 2 (1930), Nr. 1 (Januar), S. 6

„herzlichen Worten gehaltenes“ Grußtelegramm zu übersenden.<sup>46</sup> Ebenso ist es ausgeschlossen, daß die demonstrative Unterstützung eines politischen Verbandes ohne Billigung des DLH-Vorstandes, insbesondere der Direktoren Wronsky und Milch, stattfinden konnte. Wie später die Gestapo herausfand, war der korporative Beitritt der Firma zum „Flugverband der Werktätigen“ unmittelbar mit den Namen der beiden Direktoren verbunden.<sup>47</sup>

Die pazifistische Grundhaltung nach dem Kriege hat W. Binder nie gehindert, mit Fliegerkameraden aus der Kriegszeit engen Kontakt zu halten. Ob er in den Kriegsjahren bereits Milch begegnet ist, war nicht feststellbar, jedoch hatten er, der Gewerkschafter und ehemalige Pilot von Beobachtungsflügen, und E. Milch, der als Artilleriebeobachter ohne Fliegerpatent seine Meriten bei der Fliegertruppe erworben hatte,<sup>48</sup> genügend gemeinsame Berührungspunkte, die bei der Gründung des „Sturmvogel“ positiv zur

46 SV – Glück ab, in: LuK, Jg. 11, H. 1, S. 8.

47 Hierzu siehe Kapitel 9a.

48 Gerd Heuer, Die deutschen Generalfeldmarschälle und Großadmirale 1933–1945. Dokumentationen zur Geschichte der Kriege 1910–1945, Rastatt 1988, Kapitel „Erhard Milch“, S. 93 ff.

Geltung kamen.<sup>49</sup> – Hingegen ist der Beitritt des „Gesamtverbandes“ nicht zu belegen, obgleich mit Sicherheit anzunehmen. Erst in der Krise Ende 1932 wurde deutlich, daß diese Gewerkschaft sich für den Flugverband verantwortlich fühlte.

Nach einem halben Jahr des Bestehens war die Euphorie wegen erster Finanzprobleme schon etwas abgeklungen, aber im Januar 1930 hatte Binder noch die Zuversicht, daß die „großen Bruderorganisationen der Werktätigen Hand in Hand mit uns gehen werden“.<sup>50</sup> – Das Berliner Kampfblatt der NSDAP, „Der Angriff“, jubelte im April 1930 zu früh, als es schrieb: „Der rote Traum, in Deutschland die Luft zu erobern, [...] ist pleite.“<sup>51</sup>

### 3. Praxis

#### a) *Die sportlichen Aktivitäten: Modellbau und Segelflug. Der Motorflug und seine Bedeutung für den Verband*

Den Mitgliedern bot der „Sturmvogel“ fast alles, was von einer Fliegervereinigung zu erwarten war. Lediglich das Ballonfahren gehörte nicht in das Programm. Es gab Modellbaugruppen, die Gelegenheit zum Segelfliegen mit in der Regel selbstgebauten Gleitern und Segelflugzeugen und als Höhepunkt die Chance, den Pilotenschein zu erwerben. Das alles in einem Milieu, das den eigenen politischen Überzeugungen nicht zuwiderlief.

Am 10. August 1930 veranstaltete der „Sturmvogel“ den ersten Modellflugwettbewerb, der auf dem Tempelhofer Feld stattgefunden hat. In dieser Zeit zählte der Verband bereits 64 Modellbaugruppen im Reich und 14 in Berlin.<sup>52</sup> Der Erziehung der Jugend wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt und deren technisches Interesse angesprochen. So schrieb Binder in einer Betrachtung über die Vorteile des Motorflugzeuges im Gegensatz zur Begrenztheit von Segelflugzeugen und Gleitern im Flachland: „Von Jahr zu Jahr wächst das lebendige Interesse der Arbeiterjugend an der Luftfahrt. Es ist Aufgabe des ‚Sturmvogel‘ zu verhindern, daß diese Kraft erst enttäuscht werde. In einer Zeit, wo andere Luftfahrtorganisationen (natürlich ganz unpolitisch) sich mit Aufrüstungsproblemen, Gasmaskenbeschaffung und Stahlhelmverbrüderung beschäftigen, gilt es für den ‚Sturmvogel‘, seine Aktivitäten und seine Wachsamkeit zu verdoppeln.“<sup>53</sup>

Wie bei allen Luftsportvereinigungen begann die Flugausbildung mit dem sog. Gleiter, der an einem Startseil gezogen wurde und nur so lange flog, wie er angeleint war. Die nächste Stufe war das eigentliche Segelfliegen unter Ausnutzung von Luftströmen und Aufwinden. Hierfür waren Hanglagen wichtig.<sup>54</sup> Daß bei der Suche nach geeigneten Übungsplätzen beim „Sturmvogel“ ungewollt die Politik eine Rolle spielte, zeigt folgende Aussage im Zusammenhang mit der Ablegung der A-Prüfung (eine Schwinge im

49 Daß zwischen Binder und Milch ein besonderes Vertrauensverhältnis bestand, wurde 1962 von der Witwe Binders (siehe Anm. 29) ausdrücklich vermerkt. Danach hatte Milch ihren Mann bereits 1932 vor drohenden Anschlägen durch die SA gewarnt.

50 Walther Binder, Rückblick und Vorschau zum Jahreswechsel, in: SV, Jg. 2 (1930), H. 1, S. 2.

51 Bundesarchiv Potsdam, Akte Reichsministerium des Inneren (künftig abgekürzt: BAP/RMdI), Nr. 26020, Blatt 35.

52 Novissima, a. a. O., vom 6. 8. 1930.

53 Walther Binder, Heran an den Motorflug, in: SV, Jg. 3 (1931), H. 3, S. 29.

54 F. Höhne, Gleiten und Segeln, in: SV, Jg. 3 (1931), H. 3, S. 28.



Segelfliegerabzeichen). „Die größte Schwierigkeit aber besteht in den gespannten politischen Verhältnissen, die bei der Hetze gegen unseren Verband oft zu Differenzen mit den Besitzern von Grund und Boden führen. [...] Das ist auch einleuchtend, da die Besitzer von Grund und Boden meist fanatische Anhänger des Hakenkreuzes sind.“<sup>55</sup> Insofern war die Errichtung eines vereinseigenen Segelfliegerlagers 1932 auf dem Steinberg bei Ahrensdorf im Kreise Luckenwalde bei Berlin ein großer Fortschritt.

Den Motorflug sah man beim „Sturmvogel“ nicht nur in der sportlichen sondern auch in der ökonomischen Dimension. Der Einsatz von Motorflugzeugen für „Werbung und Verkehr“ war in der Satzung erklärtes Ziel. Reklame am Himmel zu machen, war aus der Sicht des Verbandes nicht nur richtig, sondern auch wirksamer als alle andere Werbung. Der Verband bot daher, angefangen vom Flugblattabwurf über Himmelsschriften und Propagandaflügen, eine Palette von Werbemöglichkeiten, in der Meinung, die „Organisationen der Werktätigen“ müßten erkennen, was für Chancen der Selbstdarstellung das Flugzeug biete.<sup>56</sup> Zu den Kunden gehörten dann auch die SPD, das Reichsbanner, die Arbeiterzeitungen und die Arbeitersportvereine (unter anderem wurden Fußballspiele durch Ballabwurf von Flugzeugen aus begonnen).

Im Besitze von vier eigenen und vier Mietflugzeugen konnte der Verein zum Jahreswechsel 1929/30 folgende Leistungen vorweisen: 943 Flüge waren absolviert mit 15 728 Minuten Flugdauer, wobei 31 887 km zurückgelegt und 3740 Passagiere befördert wurden. 500 Rundflüge über Berlin, 63 Werkstattflüge, 15 Fotoflüge, 24 Reklameflüge und 23 weitere wurden registriert.<sup>57</sup>

#### *b) Der Verbandstag 1930*

Am 7. Dezember 1930 fand der erste Verbandstag des „Sturmvogel“ statt. Zum Auftakt versammelten sich im ehemaligen Herrenhaus in Berlin 600 Ehrengäste zu einer Veranstaltung unter dem Motto: „Luftfahrt – Sache des ganzen Volkes“. Die Kundgebung wurde vom Deutschlandsender direkt übertragen. Im Auditorium saßen neben Behördenvertretern, sozialdemokratischen Politikern, Vertretern der Gewerkschaften, des Reichsbanners und der Arbeitersportvereine auch die Repräsentanten der Luftfahrt und die des Deutschen Luftfahrtverbandes (DLV). Sogar der „Ring der Flieger“ (Vereinigung der Militärflieger des Weltkrieges) war durch seinen Vorsitzenden, Hauptmann a. D. von Wilamowitz-Moellendorff, vertreten. So konnte das Verbandsblatt in seinem Tagungsbericht einleitend stolz berichten: „Zum ersten Mal waren so die offiziellen Repräsentanten der Luftfahrt mit den Organisationsvertretern der breiten Massen zu einer einheitlichen Willenskundgebung vereinigt.“<sup>58</sup>

55 H. Reichhardt, Ortsgruppenschulung, in: SV, Jg. 4 (1932), H. 9, S. 103.

56 Zur Ausübung dieser gewerblichen (Neben-)Tätigkeit bedurften die Flugsportvereine der Genehmigung des Reichsverkehrsministeriums. Diese wurde großzügig erteilt, um die Benachteiligung des deutschen Flugsports und der Flugzeugindustrie durch die Bedingungen des Pariser Abkommens von 1926 zu kompensieren. Das Abkommen verbot direkte Zuwendungen, die in anderen Ländern üblich waren. Siehe hierzu Luftschau, Jg. 2 (1929), H. 12, S. 237, und Luftschau, Jg. 3 (1930), H. 13, S. 100.

57 Vgl. Unser Flugbetrieb im Jahre 1929, in: SV, Jg. 2 (1930), H. 3, S. 37 ff.

58 SV, Jg. 3 (1931), H. 1, S. 2.

Der Festredner der Veranstaltung, Staatsminister Carl Severing, lobte Arbeit und Ziele des „Sturmvogel“. Er sagte: „Denn weil die Gefahr besteht, daß die Luftfahrt nur ein Verkehrsmittel bemittelter Kreise wird, deshalb hat sich der ‚Sturmvogel‘ durchgesetzt. Die Luftfahrt dem Volke ist sein Ziel, das wir alle kräftig unterstützen und fördern müssen.“<sup>59</sup> Daß eine solche verbale Unterstützung zu wenig war, dem erklärten Anspruch gerecht zu werden, zeigten die Schlußworte des Verbandsvorsitzenden Walther Binder auf: „Wir appellieren aber auch an die Vertreter der großen Massenverbände, [...] unserer jungen Bewegung, die hilfsbereit und arbeitsfreudig an ihre Seite tritt, nicht nur platonische Sympathien, sondern praktische und materielle Hilfe entgegenzubringen.“<sup>60</sup>

Die Bilanz der ersten zehn Monate im Jahre 1930 wies 134000 Mark laufende Ausgaben aus, ein Verlustsaldo von 22000 Mark war ausgeglichen und ein Überschuß von 14000 Mark erzielt worden. Die wirtschaftliche Grundlage waren jedoch nicht Beiträge von Einzel- oder korporativen Mitgliedern, sondern die Erträge aus der Flugtätigkeit. Mit 2706 Starts hatte man unter anderem 7600 Fluggäste befördert und 127000 Mark Einnahmen erzielen können.<sup>61</sup> Über den genauen Anteil von Werbe- bzw. Reklameflügen gab der Wirtschaftsbericht keine Auskunft.<sup>62</sup>

### c) Die Unterstützung des „Sturmvogel“ durch die „Bruderorganisationen“

In der Folgezeit ab 1931 wurden die Angaben über die Finanzlage des Vereins immer vager. Die Enttäuschung über die mangelnde Unterstützung der „Bruderorganisationen“ dagegen wurde immer deutlicher. Im August 1930 beklagte Binder, daß die Organisationen der Arbeiterbewegung den „Sturmvogel“ bei ihren Veranstaltungen gerne in Anspruch nahmen, sich aber finanziell nur wenig engagierten. Außerdem könne die Republik es sich nicht leisten, Millionen zur Förderung der zivilen Luftfahrt auszugeben, die an Organisationen gingen, die weder an der Republik noch an der zivilen Luftfahrt interessiert seien.<sup>63</sup> Zum 1. Mai 1931 schrieb Binder in einem Leitartikel: „Wir warten auf unsere Verbündeten“. Darin hieß es: „Deshalb Frage an Parteien, Konsumgenossenschaften: Warum haben sie Autos über Autos, aber noch kein Flugzeug für Reise- und Werbezwecke?“<sup>64</sup> Noch deutlicher wurde H. Reichhardt im Jahr 1932. Er schrieb, daß im Gegensatz zu den Nazis die Arbeiterorganisationen das Flugzeug nicht als politisches Werbemittel nützten. Außerdem unterstellte er der SPD, den Gewerkschaften, den

59 Carl Severing, Sturmvogel Glück ab! Ansprache am 7. 12. 1930, in: SV, Jg. 3 (1931), H. 1, S. 2 ff.

60 Walther Binder, Der Sturmvogel ruft zur Mithilfe auf!, in: SV, Jg. 3 (1931), H. 1, S. 4.

61 Die Differenzen zu den Angaben in Kapitel 3a ergeben sich aus der Einbeziehung von vermittelten oder vercharterten Flügen. Siehe hierzu: SV, Jg. 3 (1931), H. 1, S. 5.

62 Aus der Zwischenbilanz 1930 (ebda.):

| Erträge (in Tsd.)                                         |      | Ausgabe (in Tsd.)       |     |
|-----------------------------------------------------------|------|-------------------------|-----|
| Flugertragskonto                                          | 127  | Unkosten                | 121 |
| Beiträge der korporativen Mitglieder und Gruppenzahlungen | 30,5 | Zeitung                 | 13  |
| Veranstaltungen                                           | 7    | Verlustvortrag aus 1929 | 22  |
| Inserate                                                  | 6    |                         |     |

63 Walther Binder, Die deutsche Republik und ihre Luftfahrt, in: SV, Jg. 2 (1930), H. 8, S. 77 ff.

64 SV, Jg. 3 (1931), H. 5, S. 53.



Genossenschaften, dem Konsum und dem Reichsbanner eine zu große geistige Trägheit, um den „Volksfluggedanken“ zu begreifen.<sup>65</sup>

Will man diese Kontroverse bewerten, so erscheint es, daß die Ansprüche des „Sturm-vogel“ einfach zu hoch waren. Die Vielfalt der Probleme am Ende der zwanziger und zu Beginn der dreißiger Jahre in Verbindung mit der hohen Arbeitslosigkeit begrenzte den Spielraum der Arbeiterbewegung. Das Fliegen bei der Wirtschaftslage 1929 bis 1932 als Volkssport zu propagieren, stellte gewiß hohe Ansprüche an das Verständnis und das Wohlwollen von Gewerkschafts- und Parteifunktionären.

#### *d) Der „Deutschlandflug“ 1930 und seine Folgen*

Der Einsatz im Dienste der Arbeiterbewegung hatte für den „Sturm-vogel“ nicht nur positive Seiten. Die politische Rechte sah sich in ihrem Vorurteil, es handele sich um ein Anhängsel der SPD, bestätigt und kritisierte nicht nur die „Parteipolitik“ des Verbandes, sondern griff die Behörden an, die den „Sturm-vogel“, wie andere Luftsportvereine auch, unterstützten. Beispielhaft dafür war der „Deutschlandflug“ 1930: Zur Vorbereitung der Reichstagswahl am 14. September 1930 hatte die SPD den „Sturm-vogel“ für einen Werbeflug gechartert. Dieser nutzte die Gelegenheit, diesen mit einem sportlichen Leistungstest zu koppeln: Fünf Flugzeuge des Verbandes starteten zu einem Deutschlandflug zu wettkampfmäßigen Bedingungen. Das Geschwader mußte z. B. stets geschlossen abfliegen und geschlossen eintreffen.<sup>66</sup> Zwar gab es 150 Pressemeldungen zu dem Ereignis,<sup>67</sup> aber in der Fachpresse blieb die sportliche Seite unbeachtet. Die Resonanz in der SPD-Presse war für die Vereinigung ebenso enttäuschend.<sup>68</sup> Dafür hagelte es Kritik von Seiten der politischen Rechten. Folge war unter anderem, daß eine Namensweihe neuer Segelflugzeuge in Thüringen auf die Namen „Thüringer Land“ und „Reichspräsident“ ohne die angekündigte Reichswehrkapelle stattfinden mußte, da das Reichswehrministerium fortan die Teilnahme an „Sturm-vogel“-Veranstaltungen untersagte. Daß bei einer Veranstaltung des DLV in Breslau das Ex-Kronprinzenpaar vor den Repräsentanten der Republik mit „Kaiserliche Hoheiten“ begrüßt wurde, hatte hingegen für die Präsenz der Reichswehr keine Konsequenzen.<sup>69</sup> Walther Binder kommentierte das so: „„Politisch“ ist in gewissen Kreisen [...] eine Art Schimpfwort für solche Menschen, die eine freudige staatsbejahende Gesinnung zur Schau tragen. [...] Dagegen ist andererseits ein Verein politisch streng ‚neutral‘, der ängstlich solche anstößigen Worte wie Republik vermeidet, dafür aber [...] Kaiserliche Hoheiten und Thronaspiranten mit republikanischen Subsidien und unter Reichswehrmusikklangen feiert.“<sup>70</sup>

65 H. Reichhardt, Das geistige Trägheitsmoment, in: SV, Jg. 4 (1932), H. 10, S. 115.

66 Walther Binder, Ein Deutschlandflug ..., in: SV, Jg. 2 (1930), H. 10, S. 101 ff.

67 Ebda.

68 H. Reichhardt, Das geistige Trägheitsmoment, a. a. O., S. 115.

69 SV, Jg. 2 (1930), H. 12, S. 129.

70 Walther Binder, Die erste Etappe, in: SV, Jg. 2 (1930), H. 12, S. 125.

e) Die „Verfassungstage“, Höhepunkte der Verbandsarbeit 1929–1931

Der „Sturmvogel“ trug nicht nur die Reichsfarben auf seinen Flugzeugen, sondern verband seine Selbstdarstellung mit dem republikanischen Feiertag aus Anlaß der Verfassungsgebung am 11. August 1919. Ein Ereignis, das von der politischen Rechten eher hämisch kommentiert oder einfach ignoriert wurde. Gleich nach der Gründung im April 1929 hatte man im „Sturmvogel“ beschlossen, den zehnten Jahrestag der Republik auf dem Tempelhofer Feld festlich zu begehen. Unter dem Motto „Der Sturmvogel fliegt für die Republik“ wurde ein „Volksrundflugtag“ angekündigt.<sup>71</sup>

Die Idee war, möglichst vielen Menschen das Erlebnis des Fliegens zu vermitteln. Die Deutsche Luft-Hansa war mit zehn Großflugzeugen angekündigt, die für vier Mark Rundflüge über Berlin anboten.<sup>72</sup> Politischer Höhepunkt war die Rede des Reichsinnenministers Carl Severing, der nach der Rezitation des Gedichtes „Hoch die Republik“ von Georg Herwegh das Wort ergriff. Er sagte: „Jedes Flugzeug, das mit der schwarz-rot-goldenen Fahne am Rumpf ins Ausland fliegt, wirbt für das neue Deutschland, [...] ist ein Beweis dafür, daß auch in der Luft der Volkswille regiert.“<sup>73</sup> – Ein Orchester der Reichswehr und das Orchester der Berliner Kriminalpolizei hatten die musikalische Umrahmung der Veranstaltung übernommen. Die Liste der Tombolagewinne vermittelte den Eindruck, der „Sturmvogel“ verfüge über potente „Sponsoren“. Den Hauptpreis, ein Automobil, hatten die BMW-Werke, München, gestiftet. Andere Spender waren: Siemens & Halske, Robert Bosch, Hapag, Junkers, Leichtflugzeugbau Klemm neben der Konsumgenossenschaft und Wirtschaftsunternehmen, die der Arbeiterbewegung zuzuordnen waren.<sup>74</sup> Die Zahl der Besucher wurde mit 100 000 angegeben.<sup>75</sup>

Walther Binder hatte sich zwar in seiner ersten Publikation gegen die „Luftakrobaten“ ausgesprochen, bei solchen Massenveranstaltungen waren sie als Anreiz jedoch nicht zu vermeiden. Für die Verfassungsfeier im Jahre 1930 waren Ernst Udet, der Kunstflugmeister Fieseler, der Rückenflugmeister Achgelis und die populäre Elli Beinhorn angekündigt.<sup>76</sup> 1931 war die Stimmung schon gedämpft. Das Titelblatt der Augustausgabe des Verbandsblattes trug die Unterschrift „Trotz aller Not – es lebe die Republik“. Außerdem war die Popularität von Flugtagen im Sinken. In einem Beitrag im Oktober 1930 wurde auf die „innere Abneigung (gegen) die Akrobatik“ verwiesen, „bis diese sich durch eine Wiederholung von Unglücksfällen [...] erledigte“.<sup>77</sup>

71 SV, Jg. 1 (1929), H. 2, Deckblatt.

72 Novissima vom 24. 7. 1929.

73 Vgl. Vorwärts, Beilage vom 12. August 1929, Sport am Verfassungstag. In seinen Erinnerungen beschreibt Carl Severing den Verfassungstag am 11. August 1929 als „eines der erhebensten Feste“. Er berichtet von drei Veranstaltungen, an denen er teilgenommen hatte. Der Flugtag in Tempelhof ist nicht dabei. Auch über die weitere Tätigkeit des Verbandes, dem er als Ehrenmitglied angehörte, verliert er kein Wort. Siehe Carl Severing, Mein Lebensweg, 2 Bde., Bd. 2: Im Auf und Ab der Republik, Köln 1950, S. 206 ff. (Kapitel: Verfassungsfeier 1929).

74 SV, Jg. 1 (1929), H. 2, Deckblatt.

75 LuK, Jg. 9 (1929), H. 17, S. 272.

76 Novissima vom 8. 8. 1930.

77 W. Spr. (keine weitere Angabe), Flugtagkrise, in: SV, Jg. 2 (1930), H. 10, S. 105. Schon vor dem Beitrag im SV hatte die Gewerkschaftszeitung LuK in Heft 13/1930, S. 198 ff., sich kritisch mit Luftakrobatik und Luftfahrtwerbung auseinandergesetzt.



Die Attraktion der Veranstaltung 1931 war die Zurschaustellung des größten und des kleinsten Flugzeuges der Welt. Neben einer Junkers D 2000 (bekannt unter der Bezeichnung Ju G 38) stand ein „Sturmvogel“-Eigenbau. Da Fliegen gemäß „Sturmvogel“-Ideologie Volkssport werden sollte, war es nicht verwunderlich, daß der Gedanke, ein „Volksflugzeug“ zu bauen, in seinen Reihen aufkam. In der Ortsgruppe Berlin-Friedrichshain baute der Vorsitzende Ing. Herrmann Erbrecht ein Flugzeug nach der Konstruktion von Ing. Friedrich Koch.<sup>78</sup> Die Daten betrug 8,60 m Spannweite, 130 kg Gewicht und 14 PS Motorleistung bei einem Preis von 950 Mark und den Kosten pro Flugstunde von fünf Mark.<sup>79</sup> Das Fluggerät hatte die Bezeichnung FK 3, Friedrichshain, und flog tatsächlich mit Koch als Piloten. Über das weitere Schicksal schwieg sich die Verbandsgeschichte aus, auch darüber, daß der Apparat keine Zulassung erhielt.<sup>80</sup>

#### *f) Die Entwicklung der Verbandstätigkeit bis zum November 1932*

Die politische Situation des Reiches war 1932 gekennzeichnet durch vier reichsweite Wahlgänge. Zweimal wurde über den Reichspräsidenten abgestimmt, zweimal gab es Reichstagswahlen. Der „Sturmvogel“ beteiligte sich auf der Seite der demokratischen Parteien bei der Werbung für Hindenburg, einzelne Ortsgruppen beteiligten sich in der „Eisernen Front“, mit der man sich als in einer „Gesinnungskameradschaft“ befindlich betrachtete. Zu den Reichstagswahlen im Juli warfen Sturmvogel-Flugzeuge allein über Berlin 500 000 Flugblätter ab.<sup>81</sup>

Die wirtschaftliche Situation des Reiches war durch ca. sechs Millionen Arbeitslose gekennzeichnet. Walther Binder, der unbeirrt daran festhielt, daß Fliegen nicht nur eine Sportart, sondern auch ein probates Mittel zur Verbesserung der Welt, ein „Gesinnungsproblem“ sei, ließ sich nicht erschüttern. „Schlechte Zeiten? – Nun erst recht!“ Unter dieser Überschrift schrieb er: „Seit Jahren sind Millionen von jungen deutschen Männern zum erzwungenen Nichtstun verurteilt.“<sup>82</sup> Im Bauen von Segelflugzeugen sah er eine Möglichkeit, die Leute von der Straße zu bringen und ihnen eine Perspektive zu geben. Vom 1. Januar bis zum 31. Oktober rief Binder die Ortsvereine zu einer großen Werbekampagne zur Gewinnung von Neumitgliedern auf und versprach attraktive Preise (Flüge, Flugzeugführerausbildung und Geldpreise) für die besten Werber.<sup>83</sup>

Zum Verfassungstag 1932 am 14. 8. traf sich die republikanische Prominenz, die mit Bussen herangefahren wurde, zur Einweihung des Segelfliegerlagers Steinberg bei Ahrensdorf. Mit dabei die Vertreter der „objektiven Presse“, wie es hieß.<sup>84</sup> 2000 Zuschauer hatten die zum Teil mühevollen Anreise aus Berlin nicht gescheut.<sup>85</sup>

78 Wir bauen ein Volksflugzeug!, in: SV, Jg. 3 (1931), H. 7, S. 79 (Titelbild).

79 SV, Jg. 3 (1931), H. 6, S. 76.

80 Karl Ries, Deutsche Flugzeugführerschulen und ihre Maschinen 1919–1945, Stuttgart 1988, S. 51.

81 SV, Jg. 4 (1932), H. 7, S. 86.

82 SV, Jg. 4 (1932), H. 6, S. 64.

83 SV, Jg. 4 (1932), H. 6, S. 63, und H. 7, S. 75.

84 SV, Jg. 4 (1932), H. 7, S. 86. – Aber auch die „objektive Presse“ hatte ihre Vorbehalte. So brachten es einige Presseorgane nicht über sich, den „Sturmvogel“ namentlich zu nennen, sondern berichteten nur über die Aktion eines Berliner Flugverbandes. Siehe Segelfliegerlager Steinberg, in: SV, Jg. 4 (1932), H. 9, S. 101.

85 Ebda.

Aus diesem Anlaß stiftete die Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs-AG, Abteilung Luftfahrtversicherung, einen „Sturmvogel“-Segelflieger-Wanderpreis.<sup>86</sup> Die Weihe, das heißt die Namensgebung der neu in Dienst gestellten Segelflugzeuge, nahm der Vorsitzende der Zentralen Kommission für Arbeitersport und Körperpflege, Fritz Wildung, vor.<sup>87</sup> Im übrigen Reichsgebiet beteiligten sich die Ortsvereine an den Verfassungsfeiern des Reichsbanners und denen der „Eisernen Front“.

Ein anderes wichtiges Ereignis im Jahr 1932 war die Gründung der verbandseigenen Flugschule für Motorflieger. Schon im Gründungsaufwurf war eine solche angekündigt worden. In diesem turbulenten Jahr konnte sie jetzt auf dem Flughafen Johannisthal bei Berlin geschaffen werden. Die Verbandsschule arbeitete nicht gewerbsmäßig und war konkurrenzlos billig. Annoncierte zum Beispiel die Sächsische Fliegerschule in Leipzig-Mockau im Juni 1932 eine Flugzeugführerausbildung ab 700 Mark,<sup>88</sup> so bot der „Sturmvogel“ für seine Mitglieder den Flugzeugführerschein der Klasse A1 für 425 und den der Klasse A2 für 525 Mark an.<sup>89</sup> Der Flugzeugpark der Schule bestand aus sechs Maschinen: zwei Klemm L 20 (20 PS), zwei Klemm L 25 Ia (45 PS), einer dreisitzigen Klemm VL 25 Ia (45 PS) und als Reserve einer B. F. W. U 129 Flamingo (84–96 PS). Über die Zahl der Flugschüler, die die Ausbildung durchlaufen haben, liegen keine Berichte vor. Leiter der Fliegerschule wurde Baumert,<sup>90</sup> von Beruf Oberleutnant der preußischen Polizei.<sup>91</sup>

Letztmalig trat der Sturmvogel vor einer größeren Öffentlichkeit bei der „Deutschen Luftfahrt-Ausstellung“ (DELA) im Oktober 1932 in Berlin auf. Stadtschulrat Jens Nydahl (SPD) taufte fünf neue Segelflugzeuge, deren Einzelteile in sog. Erwerbslosenkursen gefertigt worden waren.<sup>92</sup> Ansonsten war man aber mit der Placierung auf der Ausstellung nicht zufrieden und fühlte sich benachteiligt.<sup>93</sup>

*g) Walther Binders Kampf gegen Nationalismus und Militarisierung im Luftsport und das Verhältnis des „Sturmvogel“ zum Deutschen Luftfahrt-Verband (DLV)*

In seiner antimilitaristischen Grundhaltung war Walther Binder, auch was seine Person betraf, konsequent. Entgegen dem Zeitgeist ging aus keinem seiner zahlreichen Beiträge im Verbandsblatt hervor, daß er im Weltkrieg in der Fliegertruppe als Pilot im Range eines Vizefeldwebels gedient hatte.<sup>94</sup>

Daß er Soldat und Flieger gewesen sein mußte und im Krieg seine für das fernere Leben bestimmenden Eindrücke gewonnen hatte, wurde lediglich erkennbar aus einem Gedicht,

86 SV, Jg. 4 (1932), H. 9, S. 99 (Titelseite).

87 SV, Jg. 4 (1932), H. 7, S. 100 ff.

88 Luftschau, Jg. 3 (1930), H. 16, S. 128, und Luftwacht, Juni 1932, Deckblatt, Anzeige.

89 SV, Jg. 4 (1932), H. 6, S. 65 und S. 98. Der Zwischenschein A berechnete zu Überlandflügen außerhalb des Flughafens mit Außenlandungen. Siehe: Die Ausbildung zum Sportflieger von W. K. (Walter Kreiser), in: LuK, Jg. 9 (1929), H. 19, S. 303.

90 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785680.

91 SV, Jg. 1 (1929), H. 5/6, S. 102.

92 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785497. Artikel und Bild in: Vorwärts vom 18. 10. 1932.

93 SV, Glück ab, Jg. 5 (1933), H. 1, S. 1.

94 Seinen militärischen Einsatz gab er erstmalig im Jahre 1937 an, bei der Erneuerung seines Antrages auf Aufenthaltsgenehmigung für Dänemark. RikKDän, a. a. O., Antrag vom 22. 9. 1937.



das zum Auftakt der Kundgebung am Verbandstage am 7. Dezember 1930 gesprochen wurde. Darin hieß es unter anderem:

„... Doch kam der Krieg und zwang dich aus der Bahn,  
Zwang Mensch und Werkzeug in den Dienst von Kriegeswahn,  
Du wurdest Flieger und dein Flug war Fluch des anderen.

... Wie? Das soll Sinn der Flügel sein,  
Daß sie mit Bomben unser Land zerfetzen?  
Nein! Niemals wieder! War dein Schwur am Ende.

Luftfahrt sei Wegbereiter neuer Welt,  
Sei Brücke über feindlich starre Wände.“<sup>95</sup>

Gab es den Land- und Seekrieg betreffend ähnliche Tendenzen in der Literatur, so waren sie doch ungewöhnlich für den Luftkrieg, wo das Heldenepos über die Ritter der Lüfte dominierte.

In seinen regelmäßigen Leitartikeln wurde Binder nicht müde, diejenigen anzuprangern, die dem Volke suggerieren wollten, nur eine eigene Luftabwehr könne dem Deutschen Reich Sicherheit garantieren. So schrieb er im August 1929: „Wir wollen nicht müde werden, es immer wieder in die Köpfe der Massen zu hämmern, daß die Luftfahrt den Untergang Europas bedeutet, wenn sie nichts anderes ist und sein will, als ein Reservat reaktionärer Gewaltgläubiger, die zu phantasielos und stumpf sind, um anderes als Massenmord und Giftgas bei künftigen Interessenkonflikten der Völker für möglich zu halten.“<sup>96</sup> Mit der Haltung, den „Krieg als Lehrmeister“<sup>97</sup> der technischen Entwicklung der Luftfahrt zu sehen, konnte Binder sich nie identifizieren.

Die Gründung des „Sturmvogel“ erklärte er 1930 so: „Gerade weil wir wußten, wie stark eben die Luftfahrt ein Gefahr drohendes Gebiet für die Allgemeinheit bildet, wenn sie dem Einfluß aktiver und ehemaliger Militärs allein überlassen bleibt, veranlaßte uns zur Gründung des Sturmvogel. Die Einflußnahme auf das Flugzeug als Friedensinstrument stand und steht im Vordergrund der Sturmvogel-Arbeit.“<sup>98</sup> In welchem Gegensatz zu dieser Haltung und Auffassung die DLV-Vereine standen, sei an zwei Beispielen demonstriert. In der „Luftwacht“ wurde ein Buch mit dem Titel „Eine Chronik des Fluggedankens bis zum Luftverkehr im Dienste der Völkerverbindung“ wie folgt kommentiert: „Schlecht an dieser Schrift ist [...] nur der Titel und das Nachwort, in dem von der ‚völkerverbindenden Mission‘ der Luftfahrzeuge die Rede ist, während Tausende von Kriegsflugzeugen an den Grenzen Deutschlands bereitstehen, um das wehrlose Volk jederzeit mit Bomben und Giftgas vernichten zu können.“<sup>99</sup> – Anlässlich der Deutschen Luftfahrt-Ausstellung (DELA) 1932 veranstaltete der DLV in Tempelhof einen Wettbewerb für Sportflugzeuge. Abschluß und Höhepunkt war der simulierte Luftangriff mit hundert Maschinen, um der Bevölkerung zu demonstrieren, wie gefährdet sie ohne

95 W. B. (die Publikation erfolgte nur mit den Initialen), Fliegers Weckruf, in: SV, Jg. 3 (1931), H. 1, S. 1.

96 Walther Binder, Sturmvogel und Reichsverfassung, in: SV, Jg. 1 (1929), H. 2, S. 17.

97 Peter Supf, a. a. O., Kapitelüberschrift: Der Krieg als Lehrmeister der modernen Flugtechnik, S. 495, und J. W. Malina, a. a. O., S. 30.

98 Walther Binder, Die deutsche Republik und ihre Luftfahrt, in: SV, Jg. 2 (1930), H. 8, S. 77 ff.

99 Die Luftwacht, Jg. 1930, H. 12, S. 580.

Luftabwehrmittel sei.<sup>100</sup> – Fragen des zivilen Luftschutzes wurden in der „Sturmvogel“-Verbandszeitschrift nicht erörtert.<sup>101</sup> In der Mitgliedschaft wurde dieses Thema unterschiedlich diskutiert. Sahen die einen darin eine Geschäftemacherei der Rüstungsindustrie, so waren andere dafür, die Entwicklung zu beobachten.<sup>102</sup>

Binder hatte nach der Gründung des „Sturmvogel“ seinen Verband nicht als Konkurrenz zu den „bürgerlichen“ Vereinen dargestellt, sondern als Ergänzung, im Hinblick auf der Luftfahrtidee noch fernstehende Volksschichten. Im Mai 1929 kam es mit dem DLV zu einer Vereinbarung, sich nicht zu bekämpfen.<sup>103</sup> Dennoch mußte der DLV den „Flugverband der Werktätigen“ als Kontrahenten ansehen, da er in seinem Statut das Monopol und das Alleinvertretungsrecht in der deutschen Luftfahrt beanspruchte. Der DLV bezeichnete sich als behördlich anerkannte Spitzenorganisation und als gemeinsame Interessenvertretung aller Luftsport treibenden Vereine des Reiches, um, wie es im Paragraph 2 der Satzung von 1922 hieß, „... auf gemeinnütziger Grundlage und unter Ausschluß jeder politischen und gewerblichen Betätigung das ganze deutsche Volk für die Interessen der Luftfahrt zu gewinnen.“<sup>104</sup>

Es kann nicht behauptet werden, das Verbandsblatt des DLV, die „Luftschau“, hätte vor 1933 Partei für Hitler oder die NSDAP genommen. Aber in den Reihen des DLV waren die Weimarer Parteiendemokratie ebenso wie die Parteien selbst unpopulär. Verständnis für die Probleme des Reiches und die seiner führenden Politiker konnte damit nicht geschaffen werden, und man wollte es auch nicht. Als bei der Beratung des Haushaltsentwurfes des Reiches für das Jahr 1930 unter Reichskanzler Hermann Müller (SPD) eine Große Koalition zustande kam (sog. „Streichquartett“),<sup>105</sup> um das gewaltige Defizit, nicht zuletzt bedingt durch die hohen Reparationsforderungen der Alliierten, durch rigorose Sparmaßnahmen zu beseitigen, mußte auch der Lufthaushalt erheblich gekürzt werden. Die „Luftschau“ des DLV kommentierte das so: „Die Befürchtungen, daß die deutsche Luftfahrt parteipolitischen Belangen geopfert werden soll, haben sich leider bestätigt.“<sup>106</sup>

Für den DLV war der „Sturmvogel“ ein Außenseiter, Konkurrent und Störfaktor, der durch seine offene Parteinahme für die demokratische Republik und ihre Organisationen und Institutionen „Parteipolitik“ in den Sport hineintrug. Die Publizistik des DLV ignorierte die sportlichen Ereignisse und Erfolge des „Sturmvogel“. Auf dem Jahrestreffen des DLV, dem Deutschen Luftfahrertag am 22. 6. 1930 in Kassel, drückte der

100 Die Luftwacht, Jg. 1932, H. 10, S. 431.

101 Walther Binder, Deutscher Luftschutz, in: SV, Jg. 3 (1931), H. 7, S. 79 ff. In einem Beitrag unter diesem etwas irreführenden Titel berichtet der Verfasser über die These Gotthard Sachsenbergs, der deutsche Luftraum sei militärisch nicht zu verteidigen, weshalb nur mit Hilfe einer starken Luftwaffe ein Präventivschlag gegen einen präsumptiven Feind in Frage käme. Binder setzte seine Auffassung dagegen, der beste Luftschutz sei der „friedenskämpferische Fliegergeist“.

102 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785685. Protokoll der Gautagung Niedersachsen-Nordmark.

103 Luftschau, Jg. 4 (1931), H. 24, S. 133.

104 Luftschau, Jg. 2 (1929), H. 14, S. 277. – Der Ausschluß jeder gewerblichen Tätigkeit wurde 1929 aufgegeben (siehe hierzu Anmerkung 56).

105 Cuno Horkenbach, a. a. O., S. 273.

106 Kirschner, Der Kampf um den Bestand der deutschen Luftfahrt, in: Luftschau, Jg. 2 (1929), H. 14, S. 266.



Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, Ministerialdirigent Dr.-Ing. E. h. Brandenburg,<sup>107</sup> den Widerwillen gegen den „Sturmvogel“ aus, ohne diesen beim Namen zu nennen. Brandenburg dankte dem DLV für seine „überparteiliche Arbeit“ und erwähnte, daß in den Jugendgruppen bereits 45 Prozent der Mitglieder aus Arbeiterkreisen stammten. Damit sei der DLV ein Volksverein und es entfalle die Notwendigkeit von parteipolitischen Gründungen außerhalb desselben.<sup>108</sup>

Am 26. 10. 1931 beschloß der Gesamtvorstand des DLV, Doppelmitgliedschaften mit dem „Sturmvogel“ zwar weiter zuzulassen, aber das aktive Fliegen in beiden Verbänden zu untersagen.<sup>109</sup> Am 1. Dezember 1931 erschien eine Glosse im „Sturmvogel“ über den DLV, im Zusammenhang mit dem Verkauf eines Flugzeuges an einen Italiener, der damit Flugblätter gegen den Faschismus über Rom abgeworfen hatte.<sup>110</sup> Der DLV reagierte auf diesem ziemlich banalen Anlaß mit der Kündigung der Vereinbarung, sich nicht zu bekämpfen, vom Mai 1929.<sup>111</sup> Im Januar 1932 kam es zu einer Aussprache zwischen Vertretern des DLV und des „Sturmvogel“.<sup>112</sup> Man kam überein, die gegenseitige Polemik abzubauen und gemeinsame Versicherungsverträge für den Motorflug und beim Segelsport abzuschließen. Nicht einigen konnte man sich darüber, was als „politisch“ anzusehen sei. Verband der DLV damit die Vorstellung von Parteipolitik, so sah der „Sturmvogel“ die vom DLV propagierte Erziehung „im vaterländischen Geist“ auch als politische Haltung.<sup>113</sup>

#### *h) Walther Binder und die geheime Luftrüstung: der Fall von Ossietzky/Kreiser*

Auffällig ist, daß Walther Binder das militärische Gehabe des DLV und die Luftkriegsstrategie seiner Repräsentanten permanent kritisierte, die versteckte Aufrüstung, die auch im Bereich der Luftfahrt und dementsprechend im Lufthaushalt<sup>114</sup> vorhanden war, niemals beim Namen nannte, obgleich er es besser wissen mußte als viele andere.<sup>115</sup> Er wußte aber auch die Konsequenzen für den Verband und für sich einzuschätzen.

In die Geschichte ist der Prozeß gegen Carl von Ossietzky eingegangen, nachdem im März 1929 in der „Weltbühne“ der Artikel „Windiges aus der deutschen Luftfahrt“ erschienen war.<sup>116</sup> Der Beitrag hatte den Untertitel „Deutscher Luftkrieg im Ausland“ und endete mit dem mehrdeutigen Satz: „Aber nicht alle Flugzeuge sind immer in

107 Dr.-Ing. E. h. Brandenburg war Leiter der Luftfahrtabteilung im RVM, ehemaliger Geschwaderkommandeur und Träger des Pour le Mérite.

108 Siehe Luftschau, Jg. 3 (1930), H. 13, S. 100.

109 Luftschau, Jg. 4 (1931), H. 24, S. 133.

110 Dunkle Verschwörer im DLV, in: SV, Jg. 3 (1931), H. 12, S. 142.

111 Luftschau, Jg. 4 (1931), H. 24, S. 134.

112 SV und Deutscher Luftfahrtverband, in: SV, Jg. 4 (1932), H. 2, S. 17.

113 Ebda.

114 Siehe hierzu Georg Cordts, a. a. O., Kapitel „Verkehrsflieger“, S. 12 ff., und über die Aufgaben der DVS und über die „Schwarze Luftwaffe“ S. 15 ff. Ebenso Hannes Trautloff, a. a. O., S. 89: „Hauptausbildungszentren der getarnten Ausbildung vor der Machtübernahme waren die deutschen Verkehrsfliegerschulen.“

115 Daß Binder genaue Kenntnis hatte, machte er in einem Nebensatz deutlich, in einer Anmerkung zur deutsch-russischen Zusammenarbeit: „... die uns hübsche Millionensümmchen zum Heile bolschewistischer Aufrüstung [kosten].“ Walther Binder, Deutscher Luftschutz, in: SV, Jg. 3 (1931), H. 7, S. 79 ff.

116 Walter Kreiser, Windiges aus der deutschen Luftfahrt, in: Die Weltbühne. Wochenschrift für Politik, Kunst, Wirtschaft, Jg. 25 (1929), H. 1, S. 402 ff.

Deutschland [...].“ Autor unter dem Pseudonym Heinz Jäger und später Mitangeklagter war Walther Kreiser. Dieser war in der Luftfahrtabteilung des „Gesamtverbandes“ tätig und Kollege Binders. Als im November 1931 das Reichsgericht von Ossietzky und Kreiser wegen „Verrates von militärischen Geheimnissen“ zu je einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilte und die Tat als Verbrechen klassifiziert wurde,<sup>117</sup> empörte sich Binder in einem Beitrag im Verbandsblatt, zumal Kreiser Vorstandsmitglied im „Sturm-vogel“ war.<sup>118</sup> Dabei verwies er auf die Motive Kreisers für seinen Artikel. Dieser prangerte die Mißwirtschaft des Reichsverkehrsministeriums an und die Tatsache, daß bewilligte Mittel „für allerlei Mätzchen [...] unerreichbar für die Etatkritik des Reichstages“ zur Verfügung standen, während nicht genügend Geld da sei, das Fachpersonal der Luftfahrt angemessen zu bezahlen.<sup>119</sup>

Die älteste Tochter Binders, Frau Ruth Brøndstedt, Lyngby, Dänemark, äußerte dem Verfasser gegenüber die Überzeugung, daß der Beitrag in der „Weltbühne“ nicht von Kreiser, sondern von ihrem Vater verfaßt worden sei. Da Binder durch ein Verfahren bzw. eine Strafe wegen seiner Familie stärker belastet gewesen wäre, habe Kreiser die Autorenschaft übernommen. Die damals 15jährige erinnert sich daran, daß Kreiser unmittelbar vor der Flucht in der elterlichen Wohnung auf die Reise vorbereitet wurde. Für ihre These spricht folgendes Verhalten Binders: Im Juni 1932, noch vor dem großen Erfolg Hitlers bei den Reichstagswahlen, verlegte er den Wohnsitz der Familie nach Dänemark, obgleich seine Frau hochschwanger war. In dem Ansuchen auf Aufenthaltsbewilligung bei den dänischen Behörden gab er zwei Motive für den Wohnungswechsel an: Einmal hätten die Ärzte ihm zum Seeklima geraten, andererseits sei er in seinem Beruf als Schriftsteller durch die unruhigen Verhältnisse in der Heimat in der Arbeit gehemmt.<sup>120</sup> – Wie Binder den Aufenthalt in Dänemark mit seiner beruflichen und mit der Verbandstätigkeit koordiniert hat, ist nicht mehr nachvollziehbar. Die Witwe Binders, Frau Elisabeth Binder, vertrat schon 1962 den deutschen Behörden gegenüber die Ansicht, der inkriminierte Artikel sei von ihrem Mann initiiert worden.<sup>121</sup>

#### 4. Organisation

##### a) Die Satzung

Der „Flugverband der Werktätigen e. V.“ hatte seinen Sitz in Berlin (§ 1 der Satzung). Die Verwaltung lag in den Händen des Gesamtvorstandes (§ 6). Dieser bestand aus sechs, höchstens aus elf Mitgliedern. Die Gründung von Ortsgruppen und die Wahl ihrer Vorstände mußten vom Gesamtvorstand bestätigt werden. Bestätigungen konnten jederzeit widerrufen werden. Die Ortsgruppen hatten regelmäßig über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten. Öffentliche Veranstaltungen waren vorher vom Gesamtvorstand zu genehmigen (§ 5). Das höchste Beschlußgremium des Verbandes war der Verbandstag, der

117 Maud von Ossietzky erzählt, Berlin 1988, S. 74 (Kreiser floh darauf nach Paris) und S. 77.

118 Walther Binder, Schützt die Freiheit, in: SV, Jg. 3 (1931), H. 12, S. 139 ff.

119 Ebda.

120 RikKDän, a. a. O.

121 Elisabeth Binder / M. Meyer, a. a. O.



einmal jährlich zusammentreten sollte und den Vorstand für drei Jahre wählte (§ 8). Zwischen den Verbandstagen hatte der Vorstand das Recht, sich bei Bedarf durch Zuwahl zu ergänzen (§ 6).

Auf dem ersten und einzigen Verbandstag 1930 (nach eineinhalbjährigem Bestehen) wurde die Satzung geändert. Aus Kostengründen verzichtete man auf die jährliche Einberufung eines Verbandstages und ersetzte die Bestimmung durch einen Dreijahresturnus („trotz mancher Hemmungen“).<sup>122</sup> Statt dessen wurde ein Verbandsbeirat neu eingeführt, der mindestens einmal jährlich einberufen und bei wichtigem Anlaß um seine „Entscheidung“ befragt werden sollte.<sup>123</sup> Das Recht der Kooptation von Vorstandsmitgliedern ging vom Vorstand auf den Beirat über. Der Verbandsbeirat bestand aus dem Vorstand, den Revisoren und je einem Delegierten der noch zu schaffenden Gaue. Die Gauleitungen wiederum wurden „nach Verständigung mit den Ortsvereinen“ jeweils auf ein Jahr vom Vorstand ernannt. Die Gauleitungen waren für die Delegiertenwahlen zuständig und für alle anderen Aufgaben, die ihm der Vorstand übertragen hatte.<sup>124</sup>

„Die Vorstandswahlen [auf dem Verbandstag 1930] vollzogen sich im Geiste uneingeschränkten Vertrauens und der Kameradschaft. Die Wahlen erfolgten durch Akklamation ohne Widerspruch gemäß den vom Verbandsvorsitzenden verlesenen Vorschlägen.“<sup>125</sup> Geblieben war in der Satzung die Bestimmung, wonach der Kassenwart gleichzeitig die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden innehatte und er bzw. der erste Vorsitzende mit nur einem weiteren Vorstandsmitglied für den Verband verbindliche Abschlüsse tätigen konnte (§ 6). Diese Satzung galt bis zum November 1932. Sie gewährte dem Vorsitzenden Walther Binder und den „handverlesenen Funktionären“ um ihn weitestgehende Autorität bei der Leitung des Verbandes und seiner politischen Prägung.

#### *b) Die Gliederung des Verbandes*

Der „Sturmvogel“ war in Ortsgruppen (in Berlin in Bezirksgruppen) gegliedert, wobei es dem Vorstand gemäß Paragraph 5 der Satzung vorbehalten blieb, aus Zweckmäßigkeitsgründen Ortsgruppen zu Gauen zusammenzufassen. Auf dem Verbandstag 1930 wurde beschlossen, zunächst etwa zehn Gaue einzurichten.<sup>126</sup> Im Oktober 1931 war diese Gliederung abgeschlossen. Die Bezeichnungen lauteten: Gau 1: Berlin, Brandenburg, Grenzmark; Gau 2: Stettin, Pommern, Mecklenburg; Gau 3: Königsberg, Ostpreußen; Gau 4: Breslau, Schlesien, Frauenstadt; Gau 5: Land Sachsen; Gau 6: Mitteldeutschland (Sachsen, Thüringen, Anhalt); Gau 7: Niedersachsen, Nordmark; Gau 8: Rheinland, Westfalen; Gau 9: Südwest (Hessen, Baden-Württemberg, Bayerische Pfalz, Hessen-Nassau); Gau 10: Bayern.<sup>127</sup> Der Vorsitzende eines Gaues war der Gauleiter.

122 Unsere Verbandsarbeit, in: SV, Jg. 3 (1931), H. 1, S. 5.

123 Ebda.

124 Ebda.

125 Ebda. – Vorgeschlagen und gewählt wurden: Peter, Puchalka, Baumert, Krause, Kreiser, Fischer, Losheimer. BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785742.

126 Vgl. Unsere Verbandsarbeit, a. a. O., S. 5.

127 SV, Jg. 3 (1931), H. 10, S. 133.

Die ersten Gruppen/Bezirke wurden in Berlin (Friedrichshain, Tempelhof, Grünau, Johannisthal, Adlershof und Neukölln), Augsburg, Bremen, Essen, Finsterwalde, Gera, Halle, Köthen/Anhalt, Magdeburg und Mainz gegründet.<sup>128</sup> Auf dem ersten Verbandstag 1930 gab Binder die Zahl der Ortsvereine mit 149 an.<sup>129</sup> Für 1931 liegt eine Zahl von 190 vor.<sup>130</sup> Mit der nachweislich 1931 gegründeten Bezirksgruppe Müggelsee gab es in Berlin allein 16 Untergliederungen. Außer Berlin hatte noch Leipzig als Stadt Untergliederungen, Leipzig Nord und Leipzig Süd.<sup>131</sup> Ferner bestand in Berlin eine flugtechnische Arbeitsgruppe (FTA)<sup>132</sup> unter der Bezeichnung Aeolus. Hier wurden Morsekurse absolviert.<sup>133</sup>

Im Jahre 1931 wurde in Berlin, offensichtlich nach dem Beispiel der Akaflug Darmstadt, eine akademische Gruppe gegründet, die nach dreimonatigem Bestehen hundert Mitglieder hatte.<sup>134</sup> Vorsitzender war Lutz Coppermann. Ziel der Gruppe war es, das Flugzeug als wissenschaftliches Hilfsmittel zu nutzen.<sup>135</sup>

Hilfe bei der Gründung von Ortsgruppen leisteten häufig das Reichsbanner, die „freien“ Sportvereine und die „freien“ Gewerkschaften.<sup>136</sup>

Günstig war es auch, die Repräsentanten von Flughafenleitungen als Mitglieder zu gewinnen. In Magdeburg zum Beispiel gab es eine ideale Kombination. Vorsitzender des Ortsvereins war der Polizeipräsident Dr. Baerensprung, Bundesvorstandsmitglied des Reichsbanners, Schriftführer war der Flughafendirektor Solmsen.<sup>137</sup>

### c) Der Vorstand

Die fünf Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands, Geschäftsleitung genannt, die auf dem Verbandstag 1930 gewählt wurden, spiegelten die Machtstrukturen innerhalb des Verbandes wider. Neben Walther Binder gehörten ihm zwei weitere Referatsleiter des „Gesamtverbandes“ an, das heißt der Gewerkschaft der Transportarbeiter und öffentlich Bediensteten. Emil Stahl, SPD-Abgeordneter des preußischen Landtages und Mitglied des Parteivorstands der SPD, war beruflich Leiter der Wirtschaftsabteilung der Gewerkschaft.<sup>138</sup> August Reitz war Reichsabteilungsleiter der Berufskraftfahrer und des Luftfahrtpersonals und damit Vorgesetzter von Binder. Außerdem war er Mitglied des Reichswirtschaftsrates.<sup>139</sup> Alfred Zscheile, zuständig für Flugzeugbau und Segelflug und die flugnavigatorischen Aufgaben, war Lehrer an der Polizeischule für Technik und Verkehr

128 SV, Jg. 1 (1929), H. 3, S. 51.

129 Des Sturmvogels erste Etappe, in: Novissima, Jg. 3 (1930), vom 8. Dezember.

130 Angaben des Luftsportarchivs Molfsee-Kiel im Juli 1988, im Besitz des Archivs für soziale Demokratie in Bonn.

131 SV, Jg. 3 (1931), H. 3, S. 41.

132 SV, Jg. 2 (1930), H. 2, S. 27.

133 SV, Jg. 2 (1930), H. 5, S. 62.

134 SV, Jg. 3 (1931), H. 6, S. 76.

135 SV, Jg. 2 (1930), H. 5, S. 62.

136 SV, Jg. 3 (1931), H. 12, S. 147.

137 Ebda.

138 Cuno Horkenbach, a. a. O., S. 753.

139 Cuno Horkenbach, a. a. O., S. 511.



in Berlin.<sup>140</sup> Im „Gesamtverband“ war er Beamtenvertreter der Luftüberwachung in der Sparte Kraftfahrzeug- und Luftfahrtpersonal.<sup>141</sup>

Der Kassenwart (Geschäftsführer) Heinrich Georg war ein Bruder der zweiten Ehefrau Binders, Elisabeth B. geb. Georg. Der Führungskader des Verbandes war nicht nur auf den Raum Berlin konzentriert, sondern auch ansonsten räumlich und beruflich „vernetzt“. Im kaufmännischen Bereich war man dazu „verschwägert“. Bei dieser Homogenität ist es kaum verwunderlich, daß zumindest im Vorstand die für viele andere Organisationen der Arbeiterbewegung typische Differenzierung zwischen den Linken und den Rechten nicht vorhanden war. Persönliche Konflikte hat es jedoch gegeben, ohne daß darüber Näheres verlautet wurde. Im März 1930 erfuhren die Mitglieder aus dem Verbandsblatt lapidar, daß auf einstimmigen Beschluß des Vorstandes Herr Rahskopff und Fräulein Pommeresche wegen schwerer Schädigung des Verbandsinteresses aus dem Verband ausgeschlossen worden waren.<sup>142</sup>

Immerhin war Rahskopff in der Funktion des Geschäftsführers und Schriftleiters tätig. In derselben Ausgabe des „Sturmvoegel“, in der der Ausschluß bekanntgegeben wurde, machte Binder im Leitartikel deutlich, daß Rahskopff nicht nur politische Feinde hatte.<sup>143</sup> Darin ist die Rede von gemeingefährlicher Vergiftung des Verbandslebens durch Niedertracht, Kokottengeheimnissen, anonymer Denunziation, Aktendiebstahl und persönlichem Rachedurst. Sein Fazit: „Hier hilft nur eins, radikale Säuberung [...] von allen Elementen, [...] die unsere Energien durch persönliche Angriffe zu lähmen versuchen.“<sup>144</sup>

#### *d) Die Arbeit in den Ortsvereinen*

Auch in den Ortsvereinen dürfte das Thema links/rechts kaum eine Rolle gespielt haben. Deren Zusammenkünfte waren die Bauabende, an denen Segelflugzeuge, Gleiter und Modelle gefertigt wurden und die auch mehrmals in der Woche stattfinden konnten, und die monatlichen Mitgliederversammlungen.<sup>145</sup> Den veröffentlichten Berichten zufolge waren die Mitgliederversammlungen schwächer besucht, parteipolitisch konfliktfrei und thematisch mit Fragen der fliegerischen Praxis besetzt. Dazu gehörten Referate und Lichtbildervorträge. Ebenso wie die Gaue nutzten die Ortsvereine jedes öffentliche Auftreten, jede Weihe eines Gleiters und jeden Feiertag, die Farben der Republik zu ehren und zu demonstrieren.

Auch wenn der „Sturmvoegel“ eine Reichsvereinigung war, so waren die Intensität der Arbeit, die Ausstattung der Ortsvereine mit Geld, Material und Gelände und die Akzeptanz bei den anderen Massenorganisationen unterschiedlich. Während in Berlin, Leipzig, Dessau und Magdeburg, aber auch in Erfurt und Weimar, der Verband selbstbewußt

140 Verbandsnachrichten, in: SV, Jg. 1 (1929), H. 5/6, S. 102.

141 LuK, Jg. 2 (1922), H. 6, S. 79.

142 Verbandsnachrichten, in: SV, Jg. 2 (1930), H. 3, S. 39.

143 Walther Binder, Viel Feind, viel Ehr!, in: SV, Jg. 2 (1930), H. 3, S. 29 ff.

144 A. a. O.

145 Tätigkeitsbericht der Ortsgruppe Königsberg, in: SV, Jg. 4 (1932), H. 1, S. 11. Siehe auch Bildmaterial bei Klaus Griese, Sturmvoegel – Der Flugverband der Werktätigen, in: Mitteilungen des Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, Malente 1988. Zur Verfügung gestellt von Kurt Schilde (Berlin).

auch durch große Veranstaltungen an die Öffentlichkeit trat, sah man in München ein „Sturmvogel“-Motorflugzeug erstmals im Jahr 1931 am 16. August (Verfassungsfeier).<sup>146</sup> Zum bayerischen Fest der Arbeit am 23. Juli 1932 spielte die Vorführung von Segelflugmodellen nur eine marginale Rolle, eingepaßt zwischen „Radreigen“ und „lebender Schachpartie mit Sprechchor“.<sup>147</sup> Dennoch scheint die Mitglieder auch in München eine große Begeisterung beseelt zu haben.<sup>148</sup>

### e) Vereinszeichen und Symbole

Eine uniformähnliche Bekleidung gab es beim „Sturmvogel“ nicht. Jedoch wurde eine „Sturmvogel“-Mütze angeboten.<sup>149</sup> Weiter wurde eine Verbandsnadel mit dem „Sturmvogel“-Abzeichen getragen.<sup>150</sup> Als Gruß galt „Sturm frei!“, war aber wohl wenig gebräuchlich. Bei offiziellen Erklärungen wurde der Fliegergruß „Glück ab!“ gebraucht.<sup>151</sup> Die Flugzeuge des Vereins trugen auf dem Rumpf in Banderolenform die Farben Schwarz-Rot-Gold<sup>152</sup> (im Gegensatz zu denen des DLV, die nur die Registriernummern führten) und die Segelflugzeuge und Gleiter das Sturmvogelsymbol, ein Dreieck mit nach rechts als Vogel stilisiertem „S“ mit Schwinge.<sup>153</sup> Gesungen wurde das „Sturmvogellied“ „Flieg dem schaffenden Volke zur Ehr“, von dem möglicherweise auch eine Schallplatte existierte.<sup>154</sup>

## 5. Mitglieder

### a) Die Zusammensetzung der Mitgliedschaft

Die extreme Arbeitslosigkeit am Ende der Weimarer Republik machte sich auch bei den Fliegervereinigungen bemerkbar. Der Geschäftsbericht des „Ringes Deutscher Flieger e. V.“ im Jahre 1930 erwähnte schon in der Einleitung die „schwere Wirtschaftskrise, die vielen Mitgliedern Arbeit und Erwerb nahm“.<sup>155</sup> Was schon bei den „bürgerlichen“ Organisationen zu Problemen führte, mußte bei einem Verein der Werktätigen, der sich zumal im Aufbau befand, erst recht belastend sein. Andererseits kann hier von einer Ambivalenz gesprochen werden. Junge Menschen fanden zum „Sturmvogel“ wie auch zu

146 Günther Gerstenberg, Den Himmel erobern – die Luftfahrt dem Volke! Der Flugverband der Werktätigen – Sturmvogel, in: *Arbeitersänger und Arbeitersportler in München vor 1933. Begleitbuch zur Ausstellung vom 11. April bis 5. Juni 1987*. Hrsg. vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München, München 1987, S. 149.

147 Ebda.

148 Ebda.

149 SV, Jg. 2 (1930), H. 3, S. 40.

150 SV, Jg. 4 (1932), H. 1, S. 10.

151 U. a. in: SV, Jg. 3 (1931), H. 1, S. 3, und Jg. 4 (1932), H. 1, S. 4.

152 LuK, Jg. 9 (1929), H. 4, S. 29, Bild. Vgl. auch: Besuch beim Sturmvogel, in: *Volk und Zeit*, Jg. 1930, H. 6, S. 2, Bilderserie.

153 Hermann Reich, Vom Arbeiterflugsport Sturmvogel zum GST Flugsport, in: *Heimatkalender für den Kreis Zossen 1971*, Bilder S. 81.

154 SV, Jg. 2 (1930), H. 10, S. 111, und BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785456.

155 Verbandsnachrichten des Ringes Deutscher Flieger, in: *Luftwacht*, Jg. 1930, Dezember, S. XI.



den anderen Segelflugvereinen, da sie keine Arbeit, dafür aber Zeit hatten.<sup>156</sup> Die Vereine boten ihnen eine sinnvolle Betätigung beim Tüfteln und Basteln, Abenteuer und Romantik in der Form eines Sports, auf den sie sonst nicht gekommen wären, jedenfalls nicht in den Arbeiterkreisen. Die (zumeist arbeitslosen<sup>157</sup>) jugendlichen Mitglieder des „Sturm-vogel“ kamen mehrheitlich aus den Kreisen der Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ), der freigewerkschaftlichen Jugend und den Turn- und Sportvereinen der Arbeiterbewegung.<sup>158</sup> Bei den Erwachsenen war es das Reichsbanner, das dem Verband Mitglieder und vor allem auch technisch und organisatorisch versierte Führungskräfte zuführte.<sup>159</sup> Zugang zu den noch nicht politisch orientierten jungen Männern bot der Freiwillige Arbeitsdienst (FAB), der beim Bau des Segelfliegerlagers eingesetzt war. Aus diesem Kreis meldete Binder Hunderte von Neuzugängen.<sup>160</sup> Frauen konnten ebenfalls die Mitgliedschaft erwerben. Über ihre Zahl gibt es keine Angaben. Das älteste Mitglied war eine Frau in Mannheim, die mit 76 Jahren an einem Rundflug teilnahm.<sup>161</sup> So deutlich der Verbandsvorsitzende W. Binder seine politischen Ziele vertrat, so verschwommen waren die Angaben über Mitgliederstärke und Finanzierung des Verbandes. Hier kann eindeutig von einer permanenten Verschleierungspolitik des Vorstandes gesprochen werden. Die veröffentlichten Zahlen über die Mitgliedschaft bezogen sich ausschließlich auf Zugänge und Werbekampagnen.<sup>162</sup> Über Stand und Abgänge der Mitglieder gab es keine Angaben im Mitteilungsblatt. Lediglich einem Pressedienst war es gelungen, für 1930 den Bestand von circa 10000 Mitgliedern anzugeben.<sup>163</sup> Da der Dienst offensichtlich nicht sehr verbreitet war, hat keine weitere Publikation die Meldung nachgedruckt. Weder der Bericht des Verbandstages 1930 noch das Tagungsprotokoll enthielten eine Aussage über die Mitgliederzahl. Aus einem unveröffentlichten Protokoll vom 13. November 1932 geht jedoch hervor, daß auf der Gautagung Niedersachsen/Nordmark das Vorstandsmitglied Dankworth den Mitgliederstand mit 20000 angab.<sup>164</sup> Völlig unklar ist die Zahl der korporativen Mitglieder und deren Potential. Binder sprach von „Verbänden mit mehreren hunderttausend Mitgliedern“,<sup>165</sup> ohne jemals einen Namen oder eine Zahl zu nennen. Die Satzung gab im Paragraph 8 den korporativen Mitgliedern das Recht, bis zu drei Delegierte zum Verbandstag zu entsenden. Über den

156 Adolf Galland, *Die Ersten und die Letzten*, München 1953, S. 21: „Im Gelsenkirchener Verein [...] waren 25 Prozent der jugendlichen Schüler. Die restlichen 75 Prozent waren Handwerker, Arbeiter oder Angestellte, der größte Teil von ihnen arbeitslos.“ (Zitat auch bei Georg Cordts, a. a. O., S. 57).

Adolf Galland, a. a. O., S. 18: „Zur Aufnahme in die Verkehrsfliegerschule Braunschweig hatten sich außer mir rund 4000 Bewerber gemeldet. Nur zwanzig hatten Aussicht, angenommen zu werden. In dieser enormen Zahl spiegelt sich nicht nur die Flugbegeisterung der deutschen Jugend, sondern auch die furchtbare Arbeitslosigkeit [...]“.

157 Günther Gerstenberg, a. a. O. Über den Bau des ersten Segelflugzeuges des Verbandes in Bayern heißt es: „Fast alle Mitglieder der Baugruppe waren arbeitslos.“

158 Kurt Königs, *Jugendgruppen im SV*, in: SV, Jg. 4 (1932), H. 5, S. 52.

159 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785530. Aus dem Lagebericht des sächsischen Ministers des Inneren, Dresden, 25. Januar 1930: „Die Ortsgruppe Leipzig des Sturm-vogel wird vorläufig von dem Gaugeschäftsführer des RB [...] und anderen Reichsbanner-Funktionären geleitet.“

160 Walther Binder, *Schlechte Zeiten*, in: SV, Jg. 4 (1932), H. 6, S. 64.

161 SV, Jg. 3 (1931), H. 7, S. 87.

162 SV, Jg. 4 (1932), H. 9, S. 99 (1733 Zugänge in drei Monaten).

163 Des Sturm-vogel erste Etappe, in: *Novissima*, Jg. 3 (1930), vom 8. Dezember.

164 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785685.

165 Walther Binder, *Der Sturm-vogel fliegt!*, in: SV, Jg. 1 (1929), H. 1, S. 2.

Delegiertenschlüssel auf dem einzigen Verbandstag wurden keine Angaben gemacht. Anwesend waren fünfzig Delegierte und sechzehn Gäste.<sup>166</sup> Publizitätsfreundlich war man lediglich bei der Namensnennung der individuellen fördernden Mitglieder.

*b) Die Fliegerprominenz: Ernst Udet, Gerd Achgelies, Gerhard Sedlmeyr*

Im Gegensatz zu den im DLV organisierten Vereinen beteiligte sich der Sturmvogel nicht am Personenkult um die Fliegeridole des Weltkrieges. Es gab jedoch eine Ausnahme: Ernst Udet.<sup>167</sup> Dieser genoß als Kunstflieger höchste Anerkennung. Nicht nur das, er wurde, obgleich offiziell niemals als Mitglied des Verbandes vorgestellt, als „Sturmvogel-Pilot“ betrachtet.<sup>168</sup> Udet, „der berühmteste Flieger, den Deutschland je besessen hat“,<sup>169</sup> hatte sich an den Höhepunkten der Verbandsarbeit, den Verfassungstagen 1929,<sup>170</sup> 1930<sup>171</sup> und 1931<sup>172</sup> mit seinen weltbekannten Flugdemonstrationen auf dem Tempelhofer Feld beteiligt. Besondere Sympathie im Verband brachte ihm ein, daß er, ein begabter Zeichner, den Entwurf des Plakates für die „Sturmvogel“-Veranstaltung 1929, gehalten „in den Farben des Reiches“, mitgestaltet hatte.<sup>173</sup>

Bei der Flugwoche in Dessau 1929 war er mit seinem Teamkameraden Claus von Suchotzki groß angekündigt.<sup>174</sup> In der Verbandszeitung wurde er durch Berichte und Karikaturen hervorgehoben.<sup>175</sup> Ein absolutes Novum war, daß, gänzlich unmotiviert, die Schilderung einer seiner Luftkämpfe, veröffentlicht in einem Buch über die „Pour-le-Mérite“-Träger der Fliegertruppe, im Verbandsorgan zum Abdruck kam.<sup>176</sup>

Symptomatisch ist, daß die Teilnahme Udets an den Veranstaltungen des „Sturmvogel“ bzw. der „Verfassungstage“ außerhalb der Verbandspublikationen fast immer unterschlagen wurde und noch heute nicht beachtet wird. Bei der zahlreichen „vaterländischen“ Literatur der zwanziger und dreißiger Jahre über ihn ist das nicht verwunderlich. In der 1977 erschienenen Udet-Biographie von Armand von Ishoven wird berichtet, daß er am 9. und 10. August 1930 bei einem Volksflugtag in Tempelhof dabei war.<sup>177</sup> Aussagen über den politischen Anlaß und den Veranstalter fehlen. Auch wenn es richtig ist, daß Udet „ein reicher Mann ohne Geld“<sup>178</sup> und deshalb bereit war, so ziemlich für jeden zu fliegen,

166 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785737 (Tagungsprotokoll).

167 Ernst Udet, nach Manfred von Richthofen mit 62 Abschüssen erfolgreichster deutscher Jagdflieger des Weltkrieges, Träger des Pour le Mérite, nach dem Kriege Kunstflieger, später Generalluftzeugmeister der Luftwaffe. Selbstmord 1941. Theaterstück von Carl Zuckmayer: Des Teufels General.

168 SV, Jg. 1 (1929), H. 4, S. 62.

169 Hannes Trautloff, Hals- und Beinbruch, Stuttgart 1979, S. 40.

170 SV, Jg. 1 (1929), H. 2, Deckblatt. Ebenso: Vorwärts, Beilage vom 12. 8. 1929, „Sport am Verfassungstag“.

171 Novissima, Jg. 4 (1930), vom 11. August. Ebenso Vorwärts-Spät Ausgabe vom 11. 8. 1930. Das heißt, die Veranstaltung war am 10. 8.

172 SV, Jg. 3 (1931), H. 9, S. 103. – Zum Verfassungstag im August 1931 war Udet mit seiner neuesten Attraktion, dem Flug bei Scheinwerferlicht, angekündigt (vgl. SV, Jg. 3, H. 8, S. 100). Über seine Beteiligung berichtet auch der Vorwärts vom 11. 8. 1931. Die Veranstaltung war auf Sonntag, den 9. 8., vorverlegt.

173 SV, Jg. 1 (1929), H. 2, S. 34.

174 SV, Jg. 1 (1929), H. 3, S. 50. Die Demonstration fiel jedoch aus.

175 U. a. SV, Jg. 1 (1929), H. 5/6, S. 77.

176 Ernst Schaeffer, Flieger im Feuer, in: SV, Jg. 4 (1932), H. 3, S. 29.

177 Armand von Ishoven, Udet (Biographie), Wien 1977, S. 235.

178 A. a. O., S. 173 ff.



der zählen konnte, so hob er sich durch die aktive Teilnahme und Mitgliedschaft bei den Demokraten von seinen Kriegskameraden ab. Für die Gestapo war das nach 1933 Anlaß genug, sich mit dem politischen Vorleben Udet's zu beschäftigen. Ergebnis der Recherche: Udet wurde 1929 Mitglied im „Sturmvogel“, bis er nach einem Streit mit Walther Binder 1932 austrat (Aussage von Reitz).<sup>179</sup>

Star unter den Piloten, die aus der Mitgliedschaft zum „Sturmvogel“ keinen Hehl machten, war Gerd Achgelies. Nach einem Flug 1930 mit einer Focke-Wulf „Kiebitz“ in Rückenlage über 31 Minuten galt er als Meister im Rückenflug.<sup>180</sup> Bereits 1929 hatte er einen inoffiziellen Rekord dieser Art über 37 Minuten aufgestellt.

Achgelies, der seit 1928 erfolgreich an internationalen Wettbewerben teilgenommen hatte und 1931 deutscher Kunstflugmeister wurde,<sup>181</sup> besaß eine eigene Maschine. Beruflich war er seit dem 1. 4. 1932 Chefpilot und Fluglehrer an der Ingenieurschule in Weimar.<sup>182</sup>

Auch für ihn galt, daß außer dem Verband und der Gestapo keiner seine „Sturmvogel“-Mitgliedschaft registrierte.

Zu den Aktiven des Verbandes gehörte auch ein Veteran des Luftsportes aus der Vorkriegszeit, Gerhard Sedlmeyr. Dieser hatte sich als erster deutscher Pilot die Prämie der vom Prinzen Heinrich 1912 initiierten „Nationalflugspende“ erlitten.<sup>183</sup> Die Bedingung war, mehr als sechs Stunden in der Luft zu bleiben. Am 14. März 1913 hatte Sedlmeyr nach sechs Stunden und vier Minuten ununterbrochenen Fluges über dem Flugfeld Johannisthal einen Betrag von 6000 Mark errungen. Mit diesem Rekord ging er in die Geschichte des deutschen Luftsportes ein. Verbunden war damit eine monatliche Rente von 2000 Mark für die Dauer des Rekordes bzw. für die Dauer von fünf Monaten.<sup>184</sup> Mit der Annahme der Rente verpflichtete man sich zum Dienst in der Fliegertruppe im Kriegsfall und zur Teilnahme an Übungen.<sup>185</sup> Sedlmeyr war dann auch als Flieger im Fronteinsatz 1914 und wurde bald mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet.<sup>186</sup> Nach dem Kriege war er Fluglehrer in Johannisthal und gründete 1919 die Firma „Autoflug“, die sich mit dem Vertrieb von Flugmotoren und Zubehör beschäftigte.

Aufgrund der engen Verbindung zu Walther Binder seit dem Dezember 1918 ist anzunehmen, daß er zu den Gründern des „Sturmvogel“ gehörte. Sedlmeyr war der erste Vorsitzende der Ortsgruppe Johannisthal.<sup>187</sup> Er demonstrierte seine enge Zugehörigkeit zum Verband durch eine Daueranzeige der Firma im Verbandsorgan.

Im Innenverhältnis des „Sturmvogel“-Verbandes wirkte sich die Zusammenarbeit mit diesen drei Prominenten im Sinne einer Bewußtseinsbildung positiv aus. Im Außenverhältnis, insbesondere zu den „Fliegerkameraden“ der anderen Vereine, war sie wirkungslos,

179 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785451, 2/785455, 2/785460-463, 2/785467 und 2/785474.

180 SV, Jg. 2 (1930), H. 10, Deckblatt mit Bild. Ebenso: Luftwacht. Zeitschrift für das Weltflugwesen, Jg. 1930, Nr. 9, September, S. 413 ff.

181 Peter Supf, a. a. O., S. 646.

182 Luftschau, Jg. 5 (1932), H. 3, S. 43.

183 Peter Supf, a. a. O., S. 12.

184 A. a. O., S. 669. Siehe auch Heinz Nowalla, Geschichte eines deutschen Flugrekordes. Sonderdruck aus Köhlers Fliegerkalender 1961. Hrsg. von Autoflug GmbH, Rellingen bei Hamburg.

185 Peter Supf, a. a. O., S. 23.

186 A. a. O., S. 669.

187 SV, Jg. 1 (1929), H. 3, S. 51.

da man sie einfach ignorierte. Verfassungstage wurden nicht zur Kenntnis genommen, deshalb auch nicht die Beteiligung Udets. Auch Achgelies flog nicht auf einer Verbandsmaschine, seine Mitgliedschaft blieb unerwähnt. Die Zugehörigkeit zum „Ring der Flieger“ wurde dagegen registriert.<sup>188</sup> Über Sedlmeyrs Aktivitäten wird im „Buch der deutschen Fluggeschichte“ berichtet, daß er sich um den „kameradschaftlichen Zusammenhalt“ aller beruflich in der Luftfahrt Tätigen bemüht hatte.<sup>189</sup> Daß damit ein gewerkschaftlicher Zusammenschluß gemeint war, kann man nur ahnen. – Dem Sohn Gerhard Sedlmeyrs, Dr. G. Sedlmeyr jr., der die Firma „Autoflug“ 1956 in Rellingen b. Hamburg wiederaufgebaut hat, wurden die „Sturmvogel“-Aktivitäten des Vaters erst durch die Korrespondenz mit dem Verfasser im Juli 1992 bekannt.

## 6. Finanzen

### a) Mitgliedsbeiträge und öffentliche Zuschüsse

Laut Satzung vom März 1929 betrug der monatliche Mitgliedsbeitrag im „Sturmvogel“ 0,50 Mark, die Aufnahmegebühr 1 Mark. Zuzüglich wurde ein Zeitungsgeld von 0,10 Mark erhoben. Fördernde Mitglieder zahlten einen Jahresbeitrag von mindestens 20 Mark (§ 3). Auf dem Verbandstag 1930 wurde der Mitgliedsbeitrag auf 1 Mark erhöht. Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr und Lehrlinge zahlten die Hälfte. Arbeitslose Mitglieder konnten auf Antrag sog. „schwarze“ Marken von monatlich 0,20 Mark erhalten. Von dem Beitrag der voll zahlenden Mitglieder standen nach dem Beschluß von 1930 50 Prozent den Ortsgruppen zur Verfügung.<sup>190</sup>

Daß von diesen im wahrsten Sinne „Arbeitergroßchen“ ein Reichsverband mit Geschäftsstelle, Motorflugzeugen mit dazugehöriger Versicherung, Verbandsschule, verbandseigenem Fluggelände und gut redigiertem Verbandsblatt nicht bestehen konnte, liegt auf der Hand. Dazu kamen die Beiträge der vielberufenen korporativen Mitglieder, deren Jahresbeitrag von Jahr zu Jahr vom Vorstand (Satzung § 3) festgelegt wurde. Es ist schwer sich vorzustellen, wie ein Vorstand einem anderen seine Beiträge vorgeschrieben hat.

Nachgewiesenermaßen war es nach den ersten eineinhalb Jahren die gewerbliche Tätigkeit, die den „Sturmvogel“ über Wasser, besser in der Luft, gehalten hatte. Wie aus den Klagen in den Leitartikeln der Verbandszeitschrift in der Folgezeit zu entnehmen ist, blieben die Aufträge aus den Kreisen der „Bruderorganisationen“ weit hinter den Erwartungen zurück. Für Werbeflüge der Organisationen oder Verkehrsflüge der Funktionäre fehlte entweder das Geld oder das nötige Verständnis. Für die Jahre 1930, 1931 und 1932 fehlt auch nur der Ansatz einer Bilanz. 1932 versuchte Binder, die Einnahmen durch zusätzliche Mitgliederwerbung zu erhöhen. Die Ortsvereine waren aufgerufen, die Mitgliederstärke zu verdoppeln. Die Geworbenen kamen aber hauptsächlich aus den Kreisen

188 Luftwacht, Jg. 1930, Nr. 11, November, S. XIV.

189 Peter Supf, a. a. O., S. 230.

190 Unsere Verbandsarbeit, in: SV, Jg. 3 (1931), H. 1, S. 5.



der Arbeitslosen, so daß ihre Beiträge kaum geeignet waren, den Kassenbestand wesentlich zu erhöhen.

Aus den Ortsgruppen gab es Kritik wegen mangelnder Mittel und des Anteils der Verbandsleitung an den Beiträgen. W. Binder deutete zum Jahresbeginn 1932 an, wie prekär die Finanzlage war: „Wir erleben [...] in bestimmten Gruppen mangelndes Verständnis für die Erfordernisse des Verbandsmittelpunktes. Wenige werden sich bewußt, was es überhaupt bedeutet, in diesen Notzeiten einen Verband wie den unseren vor dem finanziellen Erliegen zu bewahren.“<sup>191</sup> Unter diesen Umständen ist es geradezu ein Wunder, daß der Verband im selben Jahr größere Projekte angehen konnte. Es gehörte zum Ritual, bei offiziellen Anlässen den staatlichen Stellen für ihre Unterstützung zu danken. Gleichzeitig wies Binder aber stets darauf hin, daß sein Verband keine oder nur ganz geringe direkte Förderung aus öffentlichen Haushalten bekam.<sup>192</sup>

Der „Lufthaushalt“ des Reiches wies drei große Kapitel aus: „Flugsicherung“, „allgemeine Haushaltsausgaben auf dem Gebiete der Luftfahrt“ und „einmalige Ausgaben in Luftfahrtangelegenheiten“. Von dem Ansatz von 43 Millionen Mark für 1931 erhielt alleine die Lufthansa circa 21 Millionen Mark. 2,2 Millionen waren für die Berufsfliegerausbildung der deutschen Verkehrsfliegerschule (DVS) vorgesehen.<sup>193</sup> Für das Segelflugwesen sah der Reichshaushalt 1931 300 000 Mark vor.<sup>194</sup> Weitere 240 000 Mark waren eingestellt für flugsportliche Wettbewerbe und die flugwissenschaftlichen Vereinigungen an den Fach- und Hochschulen. Aus diesem Gesamtetat hatte der „Sturmvogel“ im Jahre zuvor genau 1500 Mark Förderung erhalten. Gemessen an dem Beitrag für den Akaflug, bei dem Gymnasiasten und Studenten dominierten, in Höhe von 144 000 Mark (für 1931) war das erbärmlich wenig, weshalb der „Sturmvogel“ diese Steuergelder ungerecht verteilt sah.<sup>195</sup> Binder bemängelte die Subventionspolitik im Reich. Die Länder- und Gemeindekassen steuerten zu den 43 Millionen des Reiches noch weitere erhebliche Millionensummen bei, ohne daß die Unternehmen, denen diese Steuermittel zufließen, ihre Wirtschaftsgebahrung offenlegten. Letzteres traf auf seinen Verband zwar auch nicht zu, ärgerlich war es aber schon, wenn andere Organisationen – „allerdings der sogenannten besseren Stände! – ohne eigene Opfer [...] für sich separat über Werte aus Reichs- und Ländermitteln verfügen, die oft viele Zehntausende betragen.“ Andere, so schrieb er weiter, bekämen „kostenfreie Clubheime und herrliche Maschinen“. Bei seinem

191 Walther Binder, 1932 – Jahr der Entscheidung, in: SV, Jg. 4 (1932), H. 1, S. 4.

192 Das Segelfliegerlager Steinberg war im Rahmen des 1931 gegründeten Freiwilligen Arbeitsdienstes (FAD) errichtet worden. Dieser wurde von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung mit Reichszuschüssen unterhalten. Projekte waren Aufforstungen, Moorkultivierungen und Flußregulierungen, aber auch die Anlage von Sportplätzen. Vorschlagsberechtigt waren u. a. Jugend-, Sport- und Wehrverbände. Die Träger der Dienste erhielten pro Person und Wochentag zwei Mark zur Auszahlung an die Arbeitsmänner (vom Arbeitsamt). Siehe Luftschau, Jg. 5 (1932), H. 7, S. 108.

„Manche Träger waren bemüht, junge Arbeiter, Bauern und Studenten zusammenzuführen und konnten hierbei Erfolge in der Anbahnung eines Gemeinschaftsgefühles erzielen.“ Zitiert nach Ferdinand Friedensburg, Die Weimarer Republik, Frankfurt a. M. und Hannover 1957, S. 239.

193 SV, Jg. 3 (1931), H. 1, S. 6–7.

194 Die Beschränkungen des Pariser Abkommens galten nicht für den Segelflug, da dieser nicht als Vorstufe der Militärfliegerei angesehen wurde. Für den Segelflugsport hingegen wirkten sich diese Regelungen eher als Stimulanz aus.

195 SV, Jg. 3 (1931), H. 1, S. 7.

Verband sah er „Kontrollen, die an Schikane oder passive Resistenz“ grenzten.<sup>196</sup> – Daß der Staat Preußen, der ebenfalls eine Haushaltsposition zur Förderung des Segelflugsportes eingestellt hatte, den „Sturmvogel“ gefördert hat, läßt sich vermuten, aus den Publikationen des Verbandes jedoch nicht belegen.

*b) Dezember 1932 – der „Sturmvogel“ gerät ins Trudeln*

Trotz aller Schwierigkeiten des Verbandes und der politischen Turbulenzen in Preußen und dem Reich allgemein, schien das Jahr 1932 für den „Sturmvogel“ erfolgreich zu Ende zu gehen. Am 15. 10. 1932 traf sich der Verbandsbeirat in offensichtlicher Harmonie, in „Sachlichkeit und bester Kameradschaft“.<sup>197</sup> Zwar wurde das Weiterbestehen finanzieller Probleme konstatiert, aber den Kritikern der Zentrale konnte man nachweisen, daß die materiellen Leistungen für die Gruppen den Wert der Beitragsanteile bei weitem übertrafen. Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Der Vorstand bestand aus Walther Binder als erstem und August Reitz als zweitem Vorsitzenden. Schriftführer war Albert Dankworth und Kassierer blieb Heinrich Georg.<sup>198</sup>

Ein Schock muß es für die Mitgliedschaft gewesen sein, zu erfahren, daß der Verbandsbeirat vor Weihnachten in einer Art Notsitzung am 21. 12. 1932 erneut zusammentreten mußte, da sowohl Binder als auch Georg nicht nur zurückgetreten, sondern auch noch aus dem Verband ausgetreten waren.<sup>199</sup> In welcher Form dieser Rücktritt erfolgte, ist nicht publiziert worden. Auffällig war jedoch, daß kein Wort des Dankes oder der Anerkennung für die Arbeit und die Leistungen der Vergangenheit notiert wurden. Persönliche oder politische Motive für diesen Schritt sind aus der Verbandspublikation nicht ersichtlich. Die Januarausgabe des „Sturmvogel“ 1933 ließ alles offen in ihrem Bericht mit dem Titel „Glück ab 1933!“ und beließ es bei dem Hinweis, daß auf dem einzuberufenden Verbandstag alles berichtet würde.

Die Liste der im Dezember getroffenen Sofortmaßnahmen gab jedoch genug Hinweise, um die Krise in den Bereich der Finanzen einzuordnen: Es wurde Paragraph 6 der Satzung geändert und der geschäftsführende Vorstand, der bis dahin aus fünf Personen bestand (1. und 2. Vorsitzender, Schriftführer, Kassierer und ein Beisitzer) auf 11 Personen erweitert. Die Zeichnungsberechtigung wurde auf eine Gruppe von vier Personen übertragen (1. und 2. Vorsitzender, Kassierer und ein weiteres Vorstandsmitglied). Die Werft (in Tempelhof) wurde mit der Fliegerschule (Johannisthal) zusammengelegt und der Rundflugbetrieb eingestellt. Die Verwaltung sollte vereinfacht werden. Kritik an der Strategie Binders enthielt die Aussage: „Keine Werbeprämien, keine spaltenlangen Artikel, [...] sondern Begeisterung, [...] der von echter Kameradschaft beseelte Bastelabend“ werde den Mitgliederzuwachs bringen. Weiter hieß es: „Die Hilfe der Zentrale kann aber bis auf weiteres nur ideeller Art sein.“<sup>200</sup>

196 Walther Binder, Streiflichter zur Subventionspolitik, in: SV, Jg. 3 (1931), H. 8, S. 91.

197 SV, Jg. 4 (1932), H. 11, S. 128 ff.

198 Ebda.

199 Glück ab, in: SV, Jg. 5 (1933), H. 1, S. 1.

200 Ebda.



Die attraktive Anschrift und der Sitz in der angemieteten Baracke auf dem Tempelhofer Feld mußten sofort aufgegeben werden. Der Verbandssitz wurde zum Michaelkirchplatz 1–2 verlegt.<sup>201</sup> Damit war der „Sturmvogel“ in das Gewerkschaftshaus zurückgekehrt, aus dem er als Idee gestartet war. Allerdings hatte er es tunlichst vermieden, als Anhängsel der Gewerkschaft in der Öffentlichkeit zu erscheinen.

Der neue Vorstand bestand aus dem Staatssekretär a. D. Dr. Staudinger als Erstem<sup>202</sup> und Erwin Zimmermann als Zweitem Vorsitzenden und Joseph Hochstadt als Kassierer.<sup>203</sup> Die politische Linie des Verbandes blieb bestehen. So hieß es am Schluß des Berichtes an die Verbandsmitglieder: „Mit den Freiheitsfarben der deutschen Republik durch Nebelschleier und dunkle Wolken der Gegenwart [...] der Zukunft der Sonne entgegen, sollen uns Sturmvogels Schwingen tragen.“<sup>204</sup> Die erklärte Zielvorstellung der Gründer, „von vornherein über das Niveau eines nur Bastel- und Sportvereins hinauszugehen“<sup>205</sup> und einen großen kulturpolitischen Beitrag zu leisten, war aber schon erheblich verkürzt worden, noch ehe den Verband das politische und administrative Ende ereilte.

W. Binder erhielt keine Gelegenheit mehr, im Verbandsblatt seine Motive für den Rücktritt von seinem Lebenswerk zu erläutern. Er verfaßte einen langen Abschiedsbrief an die Kameraden, wobei es zweifelhaft ist, ob dieser noch von der Geschäftsstelle an einen großen Mitgliederkreis versandt werden konnte. Es ist das Dokument eines geistig und gesundheitlich gebrochenen Mannes.<sup>206</sup> Zunächst verwies er darauf, daß die Gründung des „Sturmvogel“ aus eigenen Mitteln erfolgte „gegen den Widerstand und die überlegenskeptische Ablehnung fast aller Führer der Arbeiterorganisationen“. Hiermit bekannte er erstmalig, warum er nicht damit rechnen konnte, von der Solidarität der anderen getragen zu werden. Weiter erklärte er, war sein Ziel, „die deutsche Luftfahrtbewegung“ als „nichtmilitärisches Instrument“ zu entwickeln. Enttäuscht stellte er fest: „Ich bekenne heute, mich getäuscht zu haben.“ Die Tendenz sei dagegen, die Macht laufe in die Hand der Militärs, die Deutschland schon einmal „glorreichen Zeiten“ entgegengeführt hätten. Binder mußte aber auch einräumen, daß während der Krankheit des Geschäftsführers eine Kassenilliquidität eingetreten war, die er nur durch Verkauf von Maschinen abwenden konnte. Binder vermochte jedoch die anderen Vorstandsmitglieder nicht auf einen solidarischen Kurs zu bringen. Reitz trat zurück. Dankworth, Zweiter Geschäftsführer und bereits 1930 kritischer Revisor, war gegen ihn, und am 10. Dezember 1932 wurde auf der Vorstandssitzung ein Ausschlußantrag gegen Binder und Georg gestellt. Man warf

201 Ebda.

202 Der Staatssekretär Dr. Hans Staudinger war im Zusammenhang mit der sogenannten Reichsexekution des Reichskanzlers Papen („Preußenschlag“) gegen die preußische Regierung am 21. 7. 1932 in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Siehe Hans-Peter Ehni, *Bollwerk Preußen?*, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 276. Bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932 wurde er in Hamburg für die SPD in den Reichstag gewählt. Siehe Max Schwarz, *MdR. Biographisches Handbuch des Reichstages*, Hannover 1965, S. 767.

203 Es wurden sieben ehrenamtlich geleitete Referate geschaffen und wie folgt besetzt: Außenvertretung/Staudinger, Presse/Zimmermann, Technische Leitung/Borchert, Kasse/Hochstadt, Werbung/Dankworth, Verbandsangelegenheiten/Schreiber, Redaktion/Reddig. Über diese Aufgabenteilung wurden die Verbandsmitglieder noch am 1. März 1933 (!) informiert in einem Mitteilungsblatt des „Sturmvogel“ (BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785679-680).

204 Glück ab, in: SV, Jg. 5 (1933), H. 1, S. 1.

205 Walther Binder, *Die Angst vor der Politik*, in: SV, Jg. 3 (1931), H. 2, S. 18.

206 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785538-542 (Abschiedsschreiben Binders, Datum unleserlich).

Binder vor, das Verbandseigentum verschleudert zu haben, es gab Presseindiskretionen und eine Stimmungsmache gegen die „Gesamtverbandsbonzen“. Die in § 4 der Satzung gesicherte Macht des Vorstandes, das Recht des Ausschlusses von Mitgliedern, drohte nun Binder selbst zu erfassen, weshalb er die Konsequenzen zog.

## 7. Kooperation

Während die Luftsportkameraden des DLV dem „Sturmvogel“ ablehnend gegenüberstanden, sind Konflikte mit den „Bruderorganisationen“ nicht zu registrieren. Allerdings ist auch nicht festzustellen, daß die Meinung des Verbandes, Fliegen sei Volkssport oder sollte es wenigstens werden, sehr verbreitet gewesen ist. Der „Flugverband der Werktätigen“ spielte die Rolle eines „Paradiesvogels“, weshalb er heute kaum noch bekannt und W. Binder völlig vergessen ist. Partner im Ausland wurden zwar gesucht, es gibt aber keine Hinweise auf Kontakte, weshalb die Aussage in der Satzung (§ 2), der Verband vermittele Auslandsbesuche, kaum verwirklicht wurde.<sup>207</sup>

Auf dem Verbandstag 1930 gab es einen Antrag, man möge mit allen Flugzeugen an der Arbeiterolympiade in Wien 1931 teilnehmen. Eine Teilnahme ist aber nirgends registriert. Es gab für die Spitze des „Sturmvogel“ im Ausland ein Vorbild. Dieses kannte man aber nur aus der Literatur. Eine nähere Kontaktaufnahme hätte wohl den Irrtum einer Verwandtschaft im Geiste aufgedeckt. Dieses Leitbild war der sowjetische „OSSOAVIACHIM“. Dessen Wahlspruch „Proletarier auf's Flugzeug!“ schien mit dem des „Sturmvogel“ „Flugsport muß Volkssport werden“ zu harmonisieren.<sup>208</sup> Außerdem war man der naiven Ansicht, der sowjetische Verband habe eine solche Massenbasis, daß er sich aus den Mitgliedsbeiträgen selber finanziere und sogar noch den Staat unterstütze.<sup>209</sup> Daß dieser Verband auch die Funktion hatte, Vorarbeit für die sowjetische Luftwaffe zu leisten, wurde geflissentlich übersehen.

Die Organisation, mit der der „Sturmvogel“ ständig kooperierte und mit der ihn eine wirkliche „Gesinnungsgemeinschaft“ verband, war das Reichsbanner. Personell gab es zahlreiche Doppelmitgliedschaften, und bei beiden waren die Verfassungstage Höhepunkte. Der Anteil von Mitgliedern aus dem bürgerlichen Lager, aus dem Zentrum und der DDP (Staatspartei) dürfte im „Sturmvogel“ kaum eine Bedeutung gehabt haben.<sup>210</sup> Im Unterschied zum Reichsbanner war der „Sturmvogel“ aber nicht „großdeutsch“ orientiert.<sup>211</sup> Der Anschluß Österreichs beziehungsweise die Zugehörigkeit von Gebieten außerhalb der Reichsgrenzen mit deutschstämmiger Bevölkerung waren kein Thema.

207 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785775.

208 Walther Binder, Was kann der Sturmvogel von Rußland lernen? in: SV, Jg. 1 (1929), H. 4, S. 53. Siehe auch H. Reichhardt, OSSOAVIACHIM, in: SV, Jg. 3 (1931), H. 6, S. 69 ff.

209 H. Reichhardt, a. a. O.

210 Rundschreiben Binders Nr. 6 vom 30. 7. 1932 mit dem Hinweis, Zentrum und Staatspartei hätten keinen Gebrauch von der Möglichkeit des Charterns gemacht. In: BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785720.

211 Zum Beispiel waren bei der Verfassungsfeier des RB in Koblenz 1931 Abordnungen aus dem Saargebiet, Südtirol und Eupen-Malmedy vertreten. Siehe SV, Jg. 3 (1931), H. 9, S. 111.



W. Binder hatte klargestellt, daß der „Sturmvogel“ niemanden nach seiner politischen Gesinnung frage, wenn er die Satzung anerkenne.<sup>212</sup> Für Kommunisten war das aber schon Grund genug, sich fernzuhalten. Als am 14. April 1931 innerhalb der „Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit“ eine Flugsparte mit kommunistischer Ausrichtung geschaffen wurde,<sup>213</sup> war das für den „Sturmvogel“ keines Kommentares würdig. Eine Spaltung des Verbandes durch diesen Vorgang beziehungsweise Konkurrenz zu ihm konnte bei seiner politischen Tendenz nicht entstehen.

Der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege (Zetka), dem Dachverband der Arbeitersportvereine, gehörte der „Sturmvogel“ nicht an. Ein Antrag beizutreten, wurde auf dem Verbandstag 1930 zurückgezogen.<sup>214</sup> Der Vorsitzende der Zetka, Fritz Wildung, der sich 1932 in den Vorstand des „Sturmvogel“ wählen ließ, vertrat einerseits die enge Bindung der beiden Verbände, andererseits verhinderte er konkurrierende Aktivitäten. Fliegervereinen, die sich an Wildung wandten, empfahl er den Beitritt zum „Sturmvogel“ und lehnte die Aufnahme in den Bereich der Zetka ab. Entsprechende Bescheide erhielten der „Deutsche Arbeiter- und Luftsportverband e. V.“ in Gelsenkirchen-Buer 1930 und das „Kartell der Freien Flugvereinigung“ in Dresden (Groß-Dresden) 1931.<sup>215</sup>

Neben den aus der Gesinnung herrührenden Kontakten war die enge personelle Verknüpfung des „Sturmvogel“ zur preußischen Polizei auffällig. Zeitweise waren vier Angehörige der Polizeischule für Technik und Verkehr in Berlin in der Funktion von Fachreferenten des Verbandes.<sup>216</sup> Politisch fiel das nicht aus dem Rahmen, da zwischen der politischen Spitze in Preußen (SPD), den Gewerkschaften, dem Reichsbanner und der Landespolizei enge persönliche Bindungen bestanden und die preußische Polizei als „sozialdemokratisch“ galt.<sup>217</sup>

212 Walther Binder, Viel Feind, viel Ehr, in: SV, Jg. 2 (1930), H. 3, S. 30.

213 Hartmut Buch, Rotfront fliegt. Ein Tatsachenbericht zum 50. Jahrestag des deutschen Arbeiter-Flugsports, in: Flieger-Revue (DDR), Jg. 1979, H. 8, S. 328.

214 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785775 (Tagungsprotokoll des Verbandstages 1930).

Daß die Vereine des Arbeiter-Turn- und Sportbundes ihre parteipolitische Zuordnung nicht verhehlten, wird aus dem Buche: Arbeitersport, Berlin 1929, von Fritz Wildung deutlich, das geprägt ist von dem Bekenntnis zur SPD und zum Sozialismus marxistischer Prägung. Darin heißt es abschließend auf Seite 158: „Die Arbeitersportbewegung erstrebt einen Gesellschaftszustand, in dem der harmonische, an Leib und Seele gesunde Mensch gedeihen kann. Das kann nur die sozialistische Gesellschaft sein. Darum ist die Arbeitersportbewegung getragen von dem Geiste der sozialistischen Weltanschauung.“

215 BAP/RMdI, Akte 26020, Blatt 2 und Blatt 35. – Gegen den Verein in Gelsenkirchen gab es wegen ehemaliger KPD-Zugehörigkeit des Vorsitzenden und wegen dubioser Praktiken politische Bedenken, die auch im Sturmvogel zur Ablehnung geführt hätten. Wildung verbürgte sich jedoch für die republikanische Gesinnung des Dresdner Kartells. Ob es zu einer Mitgliedschaft oder Zusammenarbeit im bzw. mit dem Sturmvogel gekommen ist, ließ sich auch mit Hilfe des Stadtmuseums Dresden nicht klären.

216 Verbandsnachrichten, in: SV, Jg. 1 (1929), H. 5/6, S. 102.

217 Für die Richtigkeit dieser Annahme steht ein Bericht mit Bild über einen Besuch in der Polizeischule für Technik und Verkehr, den Vertreter der Gewerkschaftspresse auf Einladung des Berliner Polizeipräsidenten „Genossen“ Zörgiebel machten. LuK, Jg. 9 (1929), H. 5, S. 75.

## 8. Presse

Der „Sturmvogel“ gab die gleichnamige Monatsschrift heraus, die vom Juli 1929 bis zum März 1933 erschien. Fast jede Ausgabe enthielt einen politischen Leitartikel aus der Feder des Verbandsvorsitzenden. Die weiteren Beiträge befaßten sich mit Flugtechnik, dem Bau von Segelflugzeugen und Gleitern, Navigation und der Entwicklung des Flugwesens allgemein. Die Schlußseiten enthielten Nachrichten aus den Ortsgruppen und gelegentlich Literaturhinweise und Kommentare. Zeichnungen und Fotos lockerten das Gesamtbild auf. Verglichen mit den konkurrierenden Publikationen „Luftschau“ und „Luftwacht“ war der „Sturmvogel“ nicht weniger professionell gemacht. Nur war die Zeitschrift wesentlich politischer, was die Stellungnahme zu den Ereignissen in der Republik anging. Was fehlte, war die Larmoyanz über den „Leidensweg der deutschen Luftfahrt“, <sup>218</sup> ein Kennzeichen der anderen Presseorgane. Die Schriftleitung des „Sturmvogel“ hatten H. Rahskopff (bis März 1930), W. Binder (bis September 1930) und H. George (bis Dezember 1932). Die letzten Ausgaben wurden ohne persönliches Impressum vom Vorstand verantwortet.

Eine Auswertung der Inserenten der Zeitschrift gibt Aufschluß über Sympathisanten des Verbandes. Regelmäßig inserierten die Privatfirma „Autoflug“ (Sedlmeyr), die Konsumgenossenschaft (KGB – Berlin und Umgebung) und die „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten“. Von den anderen Unternehmen mit gewerkschaftlicher Beteiligung ließen nur die „Lindcar-Fahrradwerke AG“ in Berlin-Lichtenrade, der „Arbeitersamariterbund Berlin“ und der „Volksbühnenverlag und Vertrieb GmbH“ je einmal eine Anzeige platzieren. Diese Bilanz der auf den Berliner Raum konzentrierten Inserenten muß aus der Sicht der Geschäftsführung völlig unbefriedigend gewesen sein. Wie schon an anderer Stelle angemerkt, war die Firma BMW München im ersten Jahr ganz anders eingestiegen, mit ganzseitigen Titelinseraten. <sup>219</sup> Gelegentlich gaben aus der Privatwirtschaft noch die Firmen Siemens & Halske Flugmotorenwerke in Berlin-Spandau und die Shell-Benzin Anzeigen auf. Hier dürften aber rein geschäftliche Interessen eine Rolle gespielt haben, ebenso wie bei der Luftversicherung der Allianz. In die letzte Ausgabe der Zeitschrift vom März 1933 setzte der „Gesamtverband“ noch eine politisch motivierte Anzeige, die zur „Solidarität im Lebenskampf“ aufrief. <sup>220</sup>

Der Vorstand des „Sturmvogel“ nutzte die Märzausgabe 1933, um in einem Aufruf an die Kameraden die Beunruhigung bei den Mitgliedern durch „Gerüchte und die Maßnahmen örtlicher Behörden“ als grundlos zu bezeichnen. <sup>221</sup> Der Verband werde bestehenbleiben und man solle weiterhin für ihn werben. Für den 21. Mai 1933 wurde ein außerordentlicher Verbandstag nach Berlin in das Gewerkschaftshaus einberufen. <sup>222</sup> Ansonsten enthielt die Ausgabe keine politischen Berichte oder Kommentare. Im Bereich

218 So Bruno Loerzer (Stellvertretender Vorsitzender des DLV) auf dem 25. ordentlichen Deutschen Luftfahrttag 1931 in Augsburg, in: Luftschau, Jg. 4 (1931), H. 14, S. 13.

219 Was die seinerzeitigen Motive der BMW-Werke gewesen sein mögen, ist der gegenwärtigen Geschäftsleitung ebensowenig bekannt wie die Tatsache der Inserierung an sich (Korrespondenz des Verfassers mit der BMW-AG, März/April 1992).

220 SV, Jg. 5 (1933), H. 3, S. 22.

221 Ebda.

222 Ebda.



Technik wurde über das Schaufelradflugzeug informiert. Den Jahresberichten der Ortsgruppen fehlte jede politische Stellungnahme. Trotz der bereits festgestellten Schikanen hoffte der Vorstand, das politische „Schlechtwettergebiet“ irgendwie passieren zu können. Es war eine Illusion, die er mit Vertretern anderer Organisationen teilte.

Im Gründungsjahr des „Sturmvogel“, 1929, gab es größere Beiträge zu seiner Unterstützung in der Gewerkschaftszeitschrift „Luft- und Kraftverkehr“, die inhaltlich mit Veröffentlichungen im „Sturmvogel“ identisch waren. In den Folgejahren reduzierte sich dieses Engagement auf einzelne Nachrichten.

Außer auf die eigene Zeitschrift konnte sich der „Sturmvogel“ auf eine positive Berichterstattung in der „Illustrierten Novissima-Korrespondenz“, später „Internationales Luftfahrt-Archiv“ (ILA) genannt, verlassen. Diesen „Nachrichtendienst für Luftverkehr und Flugsport“ gab der ehemalige Weltkriegsflieger und Hauptmann a. D. H. Schreiber in Berlin heraus. Dieser bemühte sich mehrmals, im Konflikt zwischen dem „Sturmvogel“ und dem DLV zu vermitteln. Er schrieb unter anderem: „Wir meinen auch, es muß geflogen werden, und zwar ganz gleich, von welcher Seite aus.“<sup>223</sup> Schreiber scheute sich auch nicht, den „Sturmvogel“ dem DLV als Beispiel vorzuhalten. So berichtete er über das Segelfliegerlager Steinberg: „Die Reichshauptstadt ist über Nacht um eine Pflegestätte des Flugsportes reicher geworden. Man mußte mit Bedauern feststellen, daß es dem DLV trotz [...] größerer geldlicher Zuwendungen nicht gelungen ist, einen ähnlichen Tummelplatz für seine Jugend vor den Toren Berlins zu schaffen.“<sup>224</sup> – Politisch war Schreiber ein Konservativer, das Ende des „Sturmvogel“ hat er nicht mehr dokumentiert. Die Berufung seiner Fliegerkameraden Göring und Milch in höchste Staatsämter nach der Machtergreifung Hitlers war für ihn Beweis genug, daß die neuen Machthaber den richtigen Kurs hatten.

## 9. Das Ende des „Sturmvogel“ 1933 und die Versuche seiner Neugründung nach 1945

### a) Die Auflösung des Vereins und seine Bewertung durch die Gestapo

Nach der „Machtergreifung“ am 30. Januar 1933 ging der deutsche Luftsport, soweit er durch den „unpolitischen“ Deutschen Luftfahrtverband (DLV) repräsentiert wurde, ohne die geringsten Hemmungen auf die Seite der neuen Machthaber über. Der Schlüssel dafür lag nicht in der ideologischen Vorarbeit durch die Vereine oder die Publikationen des DLV, sondern in der personellen „Militarisierung“, wie sie W. Binder stets kritisiert hatte. Als ob er die Richtigkeit dieser Kritik nachträglich bestätigen wollte, schrieb der Geschäftsführer des DLV, Major a. D. Baur de Betaz, wenige Wochen nach Hitlers Regierungsantritt: „Eine Zusammenarbeit mit dem NSFK und den ihm angelehnten SS- und SA-Formationen wird ebenso leicht möglich sein, wie sie jetzt schon zwischen DLV und dem Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten) besteht. Beide Organisationen verfolgen [...] ähnliche nationale Ziele, die neben der Förderung des praktischen Flugsportes [...] und der Propagierung des Wehrgedankens [sich] vornehmlich auf die körperliche

223 Internationales Luftfahrt-Archiv (ILA), vormals Novissima-Korrespondenz, 15. 8. 1932.

224 Ebda.

Ertüchtigung und die Wehrhaftmachung der deutschen Jugend erstrecken.“<sup>225</sup> Der „Zivilist“ an der Spitze des Deutschen Luftfahrtverbandes (DLV), Staatsminister a. D. Dominicus, wurde in Ehren verabschiedet und an seiner Stelle Hauptmann a. D. Bruno Loerzer zum Präsidenten des am 25. 3. 1933 neu gegründeten und neu formierten Deutschen Luftsportverbandes (DLV) ernannt. Loerzer hatte schon vorher gejubelt: „Unser Führer Adolf Hitler schaffte endlich ein Luftfahrtministerium, an dessen Spitze er als Luftfahrtminister den Pour-le-Mérite-Flieger Hermann Göring stellte.“<sup>226</sup>

Diese Entscheidung, verbunden mit der Berufung des Lufthansadirektors Milch zum Staatssekretär, war ein sehr geschickter Schachzug. Die alten Kameraden der kaiserlichen Fliegertruppe fühlten sich wieder anerkannt und sahen es als Verheißung, die Fesseln von Versailles 1919 und die von Paris 1926 abzustreifen. Ernst Udet formulierte es 1935 in seinem Buch so: „Wir sind Soldaten ohne Fahne gewesen. Wir haben unsere Fahne wieder aufgerollt. Der Führer gab sie uns zurück. Für die alten Soldaten lohnt es sich wieder zu leben.“<sup>227</sup> Auf dem Flugtag am 29. April 1933 auf dem Tempelhofer Feld, zwei Tage vor dem ersten NS-„Tag der Arbeit“, führten zwei ehemalige „Sturm-vogel“-Piloten Kunstflüge vor: Udet und Achgelies (der inzwischen aus dem Verband ausgetreten war). Beide wurden dem Reichspräsidenten vorgestellt.<sup>228</sup>

Die Schicksale einiger politischer Führer des „Sturm-vogel“ verliefen weniger angepaßt. Professor Dr. Hans Staudinger, der letzte Vorsitzende, wurde vom 16. 6. 1933 bis zum 22. 7. 1933 inhaftiert und emigrierte 1934 in die USA, wo er auch nach 1945 verblieb.<sup>229</sup> Das „Sturm-vogel“-Vorstandsmitglied bis 1932 Emil Stahl emigrierte im Mai 1933 in die ČSR. Er starb 1956 in Frankfurt am Main.<sup>230</sup> Walther Binder, der seine Familie in Dänemark in Sicherheit wußte, hielt sich nach Hitlers Machtantritt noch in Berlin auf. Nach einer Warnung entzog er sich einer drohenden Verhaftung durch die Flucht mit dem PKW aus der Stadt. Unter Hinterlassung des Autos am Kontrollpunkt<sup>231</sup> überschritt er letztmalig die deutsch-dänische Grenze am 2. April 1933.<sup>232</sup> Im Juni 1933 stellte er einen Antrag auf politisches Asyl in Dänemark.<sup>233</sup> Sein letztes öffentliches Auftreten erfolgte am 1. 2. 1935 im Gruntvig-Haus in Kopenhagen vor der Vereinigung „Aldrig mere Krieg“ (Nie wieder Krieg) mit einem Bericht über KZ-Lager in Deutschland. Das dänische Justizministerium „ersuchte“ ihn daraufhin, sich politischer Äußerungen zu enthalten.<sup>234</sup>

225 Wilhelm Baur de Betaz, Gedanken zur Organisation der Sportluftfahrt, in: Luftschau, Jg. 6 (1933), H. 4, S. 51 ff.

226 Bruno Loerzer, in: Luftschau, Jg. 6 (1933), H. 4, S. 53.

227 Ernst Udet, Mein Fliegerleben, Berlin 1935, S. 176 ff.

228 A. von Ishoven, a. a. O., S. 285.

229 Max Schwarz, MdR. Biographisches Handbuch des deutschen Reichstages, Hannover 1965, S. 767.

230 Max Schwarz, a. a. O., S. 471.

231 Elisabeth Binder / M. Meyer, a. a. O.

232 Dänischer Sichtvermerk im Paß. RikKDän, a. a. O.

233 Ebda.

234 In einem längeren Schreiben an den Justizminister vom 26. 5. 1936 entschuldigte Binder sich für diesen „faux pas“ und gab zu, „det var sikker uklog“ (das war sicher unklug). Aber er sei immer ein politischer Mensch gewesen. Für die Zukunft versprach er, sich mit philosophischen und nicht mehr mit politischen Themen zu befassen. Binders Brief an den Minister endete „med socialistik Hilsen“ (mit sozialistischen Grüßen). – Seine wirtschaftliche Lage in Dänemark nach 1933 war ziemlich verzweifelt. Er versuchte, Frau und vier Kinder als Sprachlehrer, mit Vortragstätigkeit, als Radiohändler und sogar mit einer geplanten



Nach der Besetzung Dänemarks durch die Deutsche Wehrmacht 1940 fühlte sich Binder den Strapazen einer weiteren Flucht nach Schweden nicht mehr gewachsen. Als sein Sohn 1941 deutscherseits einberufen wurde, bat er diesen, dem Gestellungsbefehl zu folgen, da er anderenfalls mit Repressalien rechne.<sup>235</sup>

Die Verbandsspitze des „Sturmvogel“ hoffte nach der politischen Wende im Januar 1933, die Organisation könne überleben, obgleich schon im Februar Übergriffe auf das Verbandseigentum registriert worden waren. Diese Illusion hatte im April ein Ende. Der Staat setzte Dr. Bergmann als Staatskommissar ein, der das Büro am Michaelkirchplatz beschlagnahmte. Der von ihm eingesetzte Treuhänder Dr. Knappe verlegte die Geschäftsräume sofort von dort aus dem Gewerkschaftshaus nach Blumeshof Nr. 17<sup>236</sup> (sogenanntes Flugverbandshaus). Ziel war zu keiner Zeit, das Weiterbestehen des Verbandes zu gewährleisten, sondern die nicht unerheblichen Vermögenswerte zu sichern. Das wird deutlich aus dem Rundschreiben an die Kameraden, das Dr. Bergmann am 18. Mai 1933 versandte. Darin wurden die Ortsvorstände aufgefordert, sich für das Material verantwortlich zu fühlen und nicht eigenhändig darüber zu verfügen. Für den 24. Juni kündigte er einen Verbandstag an.<sup>237</sup>

Dabei war das Vermögen des „Sturmvogel“ weniger dadurch gefährdet, daß Verbandsfunktionäre es beiseite schafften, sondern dadurch, daß DLV-Vereine es nicht abwarten konnten, sich an den Beständen des ungeliebten Konkurrenten zu bereichern.

Der neue DLV-Chef Bruno Loerzer sah sich gezwungen, in der „Luftschau“ im Mai folgende Bekanntmachung den Landesgruppen zur Kenntnis zu geben: „Wie ich von verschiedenen Seiten im Reich erfahren habe, sind an verschiedenen Stellen, die bisher aus eigenen Mitteln Ausbildungsbetriebe unterhalten haben, Flugzeuge beschlagnahmt worden.“ Eine „Neuverteilung“ könne nur durch das Präsidium des DLV erfolgen, wurden die Vereine belehrt.<sup>238</sup> – Der krasseste Fall von illegaler Selbstbereicherung

[Forts. von Anm. 234]

Hühner- und Kaninchenfarm zu ernähren. Nach einem Rapport der Polizei (Staatspoliet i Praesto vom 9. 8. 1937, RikKDän, a. a. O., Nr. 4862) lebte die Familie nach Aussagen von Nachbarn „spartanisch“. Binder erhielt zunächst Unterstützung durch den Matteotti-Fonds, später durch die Hilfe für „Landflytende Andarbejdere“ (flüchtige Geistesarbeiter). Nach 1945 zahlte die Gemeinde Vordingen Sozialunterstützung. Binder bezeichnete sich ab 1937 als staatenlos, da die deutsche Gesandtschaft die Verlängerung des 1936 abgelaufenen Reisepasses abgelehnt hatte (RikKDän, a. a. O.). Auffällig war, daß Binder in allen Unterlagen der dänischen Behörden zwar als Sozialdemokrat registriert war, er seine führende Rolle beim Sturmvogel jedoch niemals angab. Lediglich gelegentliche Publikationen bei der gleichnamigen Zeitschrift werden einmal erwähnt, ebenso wie die Kenntnisse in der Flugzeugtechnik. Ansonsten erscheint er als freier Journalist bei diversen Tageszeitungen.

235 Nach 1945 mußte der Sohn dafür als Kollaborateur in einem Internierungslager in Dänemark büßen, was den Vater Walther Binder veranlaßte, den Lagerkommandanten nicht nur auf sein „Taleforbud“ (Redeverbot) in der Vorkriegszeit hinzuweisen, sondern auch darauf, daß er persönlich den dänischen Verteidigungsminister Alsing-Andersen aufgesucht und diesen auf die Gefahr des deutschen Angriffs hingewiesen habe. Ferner habe er den Entwurf seines Romans „Danmarks Undergang“ höheren Offizieren zur Kenntnis gegeben. (RikKDän, a. a. O., Nr. 104039, vom 12. 5. 1945 und vom 7. 6. 1945)

In diesem Zusammenhang gibt es in den polizeilichen Unterlagen einen Hinweis, allerdings ohne nähere Erläuterungen, wonach Binder vor seiner Emigration aus Deutschland ein Angebot Görings zur Zusammenarbeit erhalten, dieses jedoch abgelehnt habe.

236 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785474 (Abschließender Bericht der Gestapo zum Komplex SV vom 17. 5. 1936).

237 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785537.

238 Bruno Loerzer (Amtliche Nachrichten), in: Luftschau, Jg. 6 (1933), H. 16, S. 159.



*Walther Binder im Exil  
in Dänemark, 1942.*

*Foto: Privatbesitz von Frau  
Ruth Brönstedt, geb. Binder*

ereignete sich noch vor dem Verbot des Verbandes. Am 24. Juni 1933 brachen die Mitglieder des Fliegervereins „Roter Adler“ aus Luckenwalde zu einer Aktion auf, um das „rotlackierte Jungbonzennest“ bei Trebbin (gemeint war das Segelfliegerlager Steinberg) auszuräumen.<sup>239</sup> Die Gestapo charakterisierte den Täterkreis später wie folgt: „Nach Angaben von Luckenwalder Parteigenossen entwickelt sich der ‚Rote Adler‘ unter Führung von J. zu einer Verbrecherbande.“<sup>240</sup> Das Segelfliegerlager war auch noch später Ziel einer eigenmächtigen Aktion des DLV. So meldete der Landrat von Jüterbog-Luckenwalde am 30. 9. 1933 an den Regierungspräsidenten in Potsdam, „daß die beschlagnahmten Baracken auf dem Ährendorfer Berge am 25. September erbrochen und 57 Posten verschiedenen Materials entwendet worden seien.“<sup>241</sup>

Der vom eingesetzten Staatskommissar angekündigte Verbandstag wurde nicht mehr einberufen. „Am 12. Juli 1933 gab der Polizeifunkdienst der Gestapo die Auflösung des

239 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/285557.

240 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785443 (Gestapo Berlin vom 7. 12. 1935).

241 Brandenburgisches Landeshauptarchiv / Orangerie Potsdam, Akte Rep. 2A, Regierung Potsdam, I Pol., Nr. 1164, Bl. 108.



„Sturmvogel“ an alle Dienststellen bekannt und forderte zur Beschlagnahme des gesamten Fluggerätes auf.“<sup>242</sup> In Leipzig wurde das Vermögen darauf zwangsversteigert.<sup>243</sup> Ansonsten gelangte es in den Besitz des DLV, zum Teil wurde es auch der HJ übertragen, so in Karlsruhe.<sup>244</sup> Die Etappen der Enteignung des „Sturmvogel“-Vermögens lassen sich in Preußen genau verfolgen. Ebenso sind die „Rechtsquellen“ preußisch genau verzeichnet.<sup>245</sup>

Für die Gestapo war die Angelegenheit damit noch nicht abgeschlossen. Fieberhaft suchte man nach der Mitgliederkartei, die nachgewiesenermaßen noch in der alten Geschäftsstelle dem Treuhänder Dr. Knappe übergeben worden war. Diesem kam sie jedoch abhanden. Er konnte nicht mehr danach befragt werden, da er 1935 mit dem Flugzeug tödlich verunglückte.<sup>246</sup> Ähnlich negative Erfahrungen machte die Gestapo mit den Ortsvereinen. Auch dort verschwanden die Mitgliederlisten. Die Funktionäre konnten zum Teil mühsam ermittelt werden. Nur in zwei Fällen fiel die gesamte Kartei der Gestapo in die Hände, in Bremen und in Einbeck.<sup>247</sup> Das Segelfliegerlager Steinberg besaß nach Kenntnis der Gestapo ein Gästebuch mit Eintragungen „prominenter Marxisten“. Trotz intensiver Befragung von Verbandsmitgliedern in Luckenwalde 1935 konnte der Verbleib des Buches nicht geklärt werden, ebenso wenig wie der Aufenthaltsort von Ernst Hoffmann, dem ehemaligen Lagerleiter.<sup>248</sup> Im Januar 1936 machte die Gestapo den Kaufmann Heinrich Georg, den ehemaligen Geschäftsführer des „Sturmvogel“, in Thüringen ausfindig. Die Leitstelle in Berlin beauftragte das Amt in Weimar, Georg „eindringlich“ nach dem Verbleib der Kartei zu befragen, ebenso nach der Mitgliedschaft von Udet und der von Achgelies.<sup>249</sup> Offensichtlich hatte Georg große Erinnerungslücken, das heißt, er machte nur vage Angaben. Auf Weisung von Berlin mußte am 8. Februar ein zweites Verhör stattfinden. Erst jetzt bestätigte er die Mitgliedschaft von Udet und die von Achgelies und den Austritt Udets im August 1932. Auch die korporative Mitgliedschaft der Lufthansa wurde von ihm zugegeben.<sup>250</sup> Erstaunlich ist, daß bei allen Verhören der Gestapo die politischen Führer des „Sturmvogel“ nicht erwähnt wurden. Hingegen wurde die Frage nach Prominenten stets mit Ernst Udet beantwortet.<sup>251</sup> Offensichtlich gingen die ehemaligen Mitarbeiter und Mitglieder davon aus, diesem mit ihren Angaben

242 Georg Cordts, a. a. O., S. 47, und BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785566.

243 BAP/RFSS, ebda.

244 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785531.

245 Zu den gesetzlichen Grundlagen gehörten: § 1 des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. 5. 1933. Das Gesetz über die Einziehung staats- und volksfeindlichen Vermögens vom 14. 7. 1933. Die Preußische Ausführungsverordnung vom 31. 5. 1933 (Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Akte Rep. 2A, Regierung Potsdam, I Pol., Nr. 1164, Blatt 95). Unter Berufung auf die o. g. Bestimmungen teilte der Minister des Inneren allen Regierungspräsidenten am 1. 9. 1933 den Einzug des Sturmvogel-Vermögens zugunsten des Landes Preußen mit (a. a. O., Bl. 95). Bis zur endgültigen Entscheidung wurde gleichzeitig der DLV als Treuhänder und Verwalter eingesetzt (a. a. O., Bl. 110). Das Preußische Finanzministerium übertrug am 23. 4. 1934 das beschlagnahmte Vermögen endgültig dem DLV (a. a. O., Bl. 142).

246 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785477.

247 A. a. O., Nr. 2/785653-654.

248 A. a. O., Nr. 2/785440, 2/785436.

249 A. a. O., Nr. 2/785460-463.

250 A. a. O., Nr. 2/785467.

251 A. a. O., Nr. 2/785455 (Befragung der Mitarbeiter der SV-Geschäftsstelle).

nicht mehr schaden zu können, andererseits war er tatsächlich der Prominenteste des Verbandes gewesen.

Der Abschlußbericht der Gestapo aus dem Jahr 1936 über den Komplex „Sturmvogel“ zeugt von einer gewissen Resignation. Einmal war es nicht gelungen, die Mitgliederliste aufzufinden oder sie zu rekonstruieren. Zum anderen hatten die Befragungen zu Einzelpersonen wohl eher Unerfreuliches ergeben, was als „beachtenswert“ im Bericht charakterisiert wurde. Nicht nur die Mitgliedschaft von Udet und von Achgelies mußte registriert werden. Dazu kam ein weiterer bekannter Pilot, Freiherr Koenig von Warthausen.<sup>252</sup> Zwei weitere Namen fanden durch die korporative Mitgliedschaft Niederschlag in der Gestapoakte: die der Lufthansadirektoren Wronski und Milch.<sup>253</sup>

Da leitende Mitglieder des „Sturmvogel“ versuchten, ihre Tätigkeit in Vereinen des DLV weiter auszuüben (bekannt wurden die Fälle des Redakteurs Rahskopff und des Fluglehrers Sommerlatte) und da auch Sportler weiterhin fliegen wollten, kam die Sorge wegen politischer Unterwanderung auf.<sup>254</sup> Das Reichsministerium der Luftfahrt (RLM) bat die Gestapo am 24. 9. 1936 um eine Einschätzung des „Sturmvogel“. Gefragt wurde, ob der Verband korporatives Mitglied der SPD oder des Reichsbanners gewesen, ferner, ob er als marxistisch einzustufen sei. Die Gestapo beantwortete die Frage nach den Mitgliedschaften negativ, bejahte die marxistische Komponente aber eindeutig. Als Beleg wurde ein Artikel der „Berliner Börsenzeitung“ vom 6. 3. 1930 zitiert (das Blatt hatte, wohl aufgrund einer Indiskretion, ein Schreiben Binders veröffentlicht und sehr polemisch kommentiert). Der Gestapo-Bericht erwähnte die Bitte Binders an die SPD, den ADGB, den RB und an den Metallarbeiterverband, den „Sturmvogel“ finanziell zu unterstützen, da er ein „wichtiges Propagandainstrument der Arbeiterbewegung“ sei. Auch sei der größte Teil der Mitglieder bei der SPD gewesen.<sup>255</sup> Verwunderlich ist, daß die Gestapo ihre Beurteilung des Charakters des „Sturmvogel“ nicht aus einer eigenen Analyse abzuleiten vermochte. Die gesammelten Unterlagen sind lückenhaft und in der Auswertung eher dilettantisch. Die Auswertung der kompletten Sammlung der Zeitschrift „Sturmvogel“ hätte einen großen Teil der Fragen, auch die nach den Prominenten, beantwortet. – Die letzte Akte der Gestapo mit Angaben über Mitglieder und Funktionäre des „Sturmvogel“ stammte vom 2. 2. 1938, fast fünf Jahre nach der Auflösung des Verbandes.<sup>256</sup>

252 Freiherr Koenig von Warthausen hatte 1928 für den Flug Berlin-Moskau-Teheran den „Hindenburg-Pokal“ errungen. Siehe Peter Supf, a. a. O., S. 650 und S. 674.

253 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785477 (Abschlußbericht der Gestapo Berlin).

254 Schon am 24. April 1933 beschloß der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen die Aufnahme von Vereinen der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung abzulehnen, da sie mit Sicherheit die früheren politischen Ziele verfolgen würden. Die Aufnahme von Einzelmitgliedern sollte nur von Fall zu Fall nach sorgfältiger Prüfung erfolgen, in beschränktem Umfang. Vgl. Luftschau, Jg. 6 (1933), H. 7, S. 111.

Die Zetka für Arbeitersport hatte tatsächlich angefragt, ob man aufgenommen werden könnte mit folgender Begründung: „Ebenso wie die NSDAP versucht, ihre alten politischen Gegner zu überzeugen und zu gewinnen, kann man dasselbe auch von den Sportverbänden erwarten.“ Brandenburgisches Landeshauptarchiv, a. a. O., Bl. 211.

255 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785468-70 (Gestapo an RML vom 3. 10. 1936).

256 A. a. O., Nr. 2/785797.



b) „Die republikanische Fliegertruppe“<sup>257</sup>

Der „Flugverband der Werktätigen“ hatte sich ständig bemüht, die die Weimarer Republik tragenden Institutionen, Parteien und Persönlichkeiten davon zu überzeugen, daß er die einzige Flugsportgemeinschaft war, die nicht nur in den Symbolen, sondern auch gesinnungsmäßig ihre Verfassungstreue offen demonstrierte, und es daher im ureigensten Interesse der Demokraten sei, den „Sturmvogel“ aktiv zu unterstützen. Das konnte aus den verschiedensten Gründen nur unvollkommen gelingen. Flugsport als Volkssport war, insbesondere in einer Zeit, in der Millionen von Menschen um die tägliche Existenz bangten, zu ausgefallen und zu exklusiv.

Die Gründung des Vereins, ausgehend von einer Gruppe flugbegeisterter Männer, vermochte die Funktionäre der Arbeiterorganisationen, die ganz andere Sorgen hatten, nicht davon zu überzeugen, daß ein Flugverband ein politisches Angebot sei, das sie nicht ausschlagen dürften. Da die Gründung gegen ihren Willen erfolgte, hielt sich die Solidarität in Grenzen, will man von dem „Gesamtverband“ absehen. Aus dem Rahmen fiel der Verein auch dadurch, daß er im Gegensatz zu anderen Sportorganisationen auch kommerziell aktiv war bzw. sein mußte, um existieren zu können. Den Sozialdemokraten war der „Sturmvogel“ wohl auch zu parteifern wegen der Regelung in der Satzung, keine „parteipolitischen Bindungen“ einzugehen. Die „Bürgerlichen“ rieben und stießen sich ständig an dem Hinweis auf die „enge Fühlung“ mit den Organisationen der Werktätigen. Kommunisten war der Zugang nicht verwehrt,<sup>258</sup> aber W. Binder beharrte auf dem Recht des Vorstandes, Aufnahmen ablehnen zu können, um das „Umfunktionieren“ von Ortsgruppen zu vermeiden. „Wir kennen diese Taktik bei Nazis und Kommunisten“, hatte er auf dem Verbandstag 1930 erklärt.<sup>259</sup>

Die Persönlichkeit Binders bestimmte den politischen Kurs des Verbandes. Seine regelmäßigen Leitartikel waren nicht frei von Polemik. Ob die Mitgliedschaft ihm darin immer folgte, ist zweifelhaft. Viele werden im „Sturmvogel“ doch eher eine Sportvereinigung gesehen haben als eine primär politische Organisation. Binder war nicht frei von Eitelkeit. In einer Skizzenreihe „Führende Köpfe der deutschen Luftfahrt“ ließ er sich ganz selbstverständlich einordnen.<sup>260</sup> Worauf er fixiert war, waren die Militaristen im Luftsport. Seine Prognose, in einem zukünftigen Kriege sei der Luftraum über Deutschland militärisch nicht wirksam zu verteidigen, bestätigte sich drastisch im Zweiten Weltkrieg.

Was der „Sturmvogel“ unter Binders Führung in wenigen Jahren leistete, war imponierend. Auch wenn die Informationen des Verbandes nicht immer zuverlässig waren, so gab es anläßlich des Gautages Niedersachsen-Nordmark am 13. 11. 1932 doch einen Überblick, der als Bilanz der „Sturmvogel“-Arbeit angesehen werden kann. Danach hatte der Verband in dieser Zeit folgenden Bestand: 20 000 Mitglieder, 200 Ortsgruppen,

257 „... das ist der ‚Sturmvogel‘, die republikanische Fliegertruppe.“ Bei der Verfassungsfeier des Reichsbanners in Koblenz 1931 gebrauchte Formulierung. Vgl. SV, Jg. 3 (1931), H. 9, S. 111.

258 Hartmut Buch, a. a. O., S. 327. In der positiven Beurteilung der SV-Gruppe in Köthen unter Heinz Reichardt heißt es: „Sie gehörten der SPD und der KPD an oder waren parteilos und sympathisierten mit der Arbeiterbewegung.“

259 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785733 (Protokoll des Verbandstages).

260 SV, Jg. 2 (1930), H. 1, S. 6. Vgl. oben, S. 183.

225 Segelflugzeuge, eine Maschine Merkur (achtsitzig), eine Ju F13 (sechssitzig), drei Klemm 16, drei (Udet-)Flamingo und fünf weitere Klemm-Maschinen.<sup>261</sup> Damit war der „Sturmvogel“ nach Mitgliedern gewiß der größte Flugverein in Deutschland, da die 912 Mitgliedervereine des DLV zu dieser Zeit ca. 60 000 Mitglieder zählten mit 170 Motorflugzeugen und circa 1200 Segelflugzeugen.<sup>262</sup>

### *c) Bewertungen und der Versuch der Neugründung nach 1945*

Soweit Publikationen nach 1945 den „Sturmvogel“ überhaupt erwähnen, sind seine Intentionen und Motive mißverstanden oder fehlinterpretiert worden (erwähnenswerte Ausnahme Cordts). So wird im Begleitbuch zu einer Ausstellung über Arbeitersänger und Arbeitersportler in München vor 1933 ein in naivem Pathos gehaltener Aufruf der Münchener „Sturmvogel“-Gruppe polemisch wie folgt kommentiert: „Nicht nur Inhalte werden formuliert, sondern all die Symbole, die das Bürgertum besezt hält, müssen erobert werden. [...] Der scheinbar politische Ansatz in der Programmatik des ‚Sturmvogel‘ entpolitisierte seine Mitglieder.“<sup>263</sup> Daß Menschen aus der Arbeiterschaft auch Flugsport betreiben wollten und das nicht nur, um den bürgerlichen Lebensstil nachzuahmen, kam dem Kritiker nicht in den Sinn. Sicher, gemessen an denen, die davon träumten, „im Sozialismus“ werde die ideale Endzeit erreicht sein, war der „Sturmvogel“ ein pragmatischer Verein. An der Formulierung von Klassenkampfsparolen war er nicht führend beteiligt. Der unsäglich dumme Satz „Demokratie (Republik) das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel“ gehörte nicht zum Repertoire des Verbandes.

Während sozialistische Puritaner in Bayern dem „Sturmvogel“ politische Naivität unterstellten, war dessen Beurteilung in der DDR freundlicher. Im Gegensatz zu anderen sozialdemokratisch orientierten Organisationen wurde er in den siebziger Jahren in einigen Publikationen als Traditionsverband anerkannt. Begründet wurde das nicht zuletzt mit der positiven Beurteilung, die der sowjetische Flugsportverband seinerzeit gefunden hatte, und den Berichten über „die von allen sozialen Schranken freie Entwicklung des Flugsportes in der Sowjetunion“.<sup>264</sup> Die Ablösung Binders und Georgs von ihren Posten 1932 wurde „möglicherweise [auf] eine sowjetfreundliche Haltung“ zurückgeführt.<sup>265</sup>

Der erste DDR-Luftsportler stammte aus den Reihen des „Sturmvogel“. „Am 16. April 1950 startete in Ribnitz-Damgarten Karl Liebeskind, ehemaliger Arbeiterflieger und Fluglehrer des ‚Sturmvogel‘ in Jena, auf einer ‚Baby IIB‘ zum ersten Flug in der Geschichte der DDR. Das war der Beginn des Flugsportes in unserem Lande.“<sup>266</sup> Nachdem 1952 die paramilitärische Gesellschaft für Sport und Technik (GST) gegründet worden war und eine Sektion Flugsport die Modell- und Segelfluggruppen der FDJ

261 BAP/RFSS, Film Nr. 40166, Aufnahme Nr. 2/785685 (im Protokoll Bericht des Vorstandsmitgliedes Dankworth).

262 Zahlenangaben über den DLV aus Georg Cordts, a. a. O., S. 60. Über die Zahl der Vereine und deren Stärke liegen jedoch unterschiedliche Berichte vor.

263 Günther Gerstenberg, a. a. O., S. 150.

264 H. Buch, a. a. O., S. 328.

265 Ebda.

266 H. Buch, a. a. O., S. 331.



übernommen hatte, gab es „Sturm vogel“-Sportler unter den Funktionären. Auch durfte ein „Sturm vogel“-Veteran 1971 schreiben: „Mit dem Wirken des GST-Flugsports erhält der frühere Name ‚Sturm vogel – Flugverband der Werktätigen‘ seinen angestrebten Sinn und Inhalt.“<sup>267</sup> „Ob diese Berufung auf die Tradition des ‚Sturm vogel‘ gerechtfertigt war, muß sehr bezweifelt werden. Der ‚Flugverband der Werktätigen‘ unterschied sich von allen anderen gerade dadurch, daß er jede militärische oder vormilitärische Inanspruchnahme des Flugsportes konsequent ablehnte.“<sup>268</sup>

Im Jahre 1988 zeigte sich eine Änderung in der Bewertung des „Sturm vogel“. In Kenntnis der Publikation von Hartmut Buch aus dem Jahre 1975 schrieb Karl-Heinz Gittler abwertend: „Obwohl die Forderung (nach parteipolitischer Neutralität) von den örtlichen Bedingungen abhängig war, fanden in der Mehrzahl der ‚Sturm vogel‘-Gruppen klassenbewußte, sich für ihre Klasseninteressen engagierende Arbeitersportler keinen Platz.“<sup>269</sup> Gittlers Beitrag stellt die kommunistischen Piloten der „Kampfgemeinschaft“ in den Vordergrund. – Ein Rückfall in alte Klischees, ein Jahr vor der „Wende“ in der DDR.

#### *d) Die Neugründung des „Sturm vogel, Luftsportgemeinschaft e. V.“ in Hannover 1955<sup>270</sup>*

Sucht man nach den Spuren des „Sturm vogel“ in den ersten Nachkriegsjahren, so ist von Bedeutung, daß vom Alliierten Kontrollrat am 20. September 1945 das Fliegen einschließlich der Herstellung von Luftfahrzeugen sowie der Flugmodellbau verboten worden war. Die Kenntnis um das Nationalsozialistische Fliegerkorps (NSFK) und die Flieger-Hitler-Jugend (Flieger-HJ), ehemals paramilitärische Einheiten des NS-Staates, veranlaßten die Signatarmächte, diese Restriktion bis 1951 aufrechtzuerhalten. Erst am 26. Juli 1951 wurden mit der Durchführungsverordnung 9 zum Kontrollratsgesetz Segelfliegen, Ballonfahren und Modellflug wieder freigegeben.

In Berlin fand sich zu dieser Zeit eine Gruppe junger Leute und erfahrener Segelflieger zusammen, die unter dem Namen „Sturm vogel“ den Flugbetrieb aufnahmen. Mehrere Mitglieder wechselten etwa 1957 in die Segelfluggruppe der Naturfreunde (TDN) Berlin über. Mit der Abwanderung der Mitglieder in diese Fluggruppe war der „Sturm vogel“ in Berlin untergegangen.

Eine andere Entwicklung nahm der „Sturm vogel“ in der Region Hannover. Zu Beginn der fünfziger Jahre hatte sich innerhalb der Sozialistischen Jugend „Die Falken“ eine Neigungsgruppe Modellflug gebildet, die im Rahmen der allgemeinen Jugendpflege Segelflugmodelle baute und sich in öffentlichen Veranstaltungen und Wettbewerben vorstellte. Aus dieser Gruppe kam in der zweiten Jahreshälfte 1954 die Anregung, die Tradition des 1933 aufgelösten „Sturm vogel“ fortzusetzen, um in Hannover eine solche

267 Hermann Reich, Vom Arbeitersport zum GST Flugsport, in: Heimatkalender für den Kreis Zossen, 1971, S. 77 ff.

268 Nils Ferberg, Sturm vogel – Der Flugverband der Werktätigen, in: 100 Jahre Arbeiterbewegung in Tempelhof. Hrsg. vom Verein zur Heimatpflege, Heimatkunde, Geschichte und Kultur Tempelhofs, Berlin 1991, S. 67 ff.

269 Karl-Heinz Gittler, Rote Flieger – eine revolutionäre Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Jg. 30 (1988), H. 3, S. 372–375.

270 Dieser Abschnitt wurde von Michel Meyer (Hannover) recherchiert und geschrieben und freundlicherweise dem Verfasser zur Publikation zur Verfügung gestellt.

Fliegergruppe wieder zu begründen. Aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen war mehr an die aktive Ausübung des Flugsports als an die Mitformung der Flug- und Verkehrspolitik gedacht, wie sie der „Sturmvogel“ vor der NS-Machtergreifung praktizierte.

Am 18. Januar 1955 kam es im Jugendheim Lindener Berg in Hannover zur Gründungsversammlung, auf der Ingenieur Reinhard Molck zum Vorsitzenden gewählt wurde. Weiteres Vorstandsmitglied war u. a. Heinz Westphal, später langjähriger Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Im Vereinsregister des Amtsgerichts Hannover wurde der Verein am 12. April 1955 unter dem Namen „Sturmvogel, Luftsportgemeinschaft e. V. Hannover“ eingetragen.<sup>271</sup> Der Verein, so führte die Satzung aus, „[...] will mit schaffenden Menschen nach den Richtlinien des Deutschen Aero-Club e. V. aktiven Flugsport betreiben und dem Flugsport Eingang verschaffen in die Jugendarbeit der Jugendverbände, hierin ist jede militärische, militärähnliche, parteipolitische oder gewerbliche Betätigung ausgeschlossen. Der Verein dient ausschließlich jugendpflegerischen Zwecken [...].“ Mit dem Begriff „schaffende Menschen“ war Bezug genommen auf die Arbeitsgemeinschaft „Schaffende Jugend“, in der sich in Hannover die Jugendgruppen der Sozialistischen Jugend „Die Falken“, des Touristenvereins der Naturfreunde und der Gewerkschaften zusammengetan hatten. Relativ schnell meldeten sich nach der Wiedergründung zahlreiche „Sturmvogel“-Mitglieder aus der Weimarer Zeit. Zu ihnen gehörten der damalige Reichstagsabgeordnete Karl Rahloff, Polizeipräsident Erwin Barth und auch Elisabeth Binder, die Witwe des langjährigen Vorsitzenden Walther Binder.

Bereits am 21. August 1955 konnte Heinz Westphal, Vorsitzender des Bundesjugendringes und der SJD „Die Falken“, den selbstgebauten Doppelraab (Zweisitzer) auf den Namen „Hans Hucklebein“ taufen. In schneller Folge erweiterte sich der Fluggerätepark um eine K 3 (Einsitzer), SG-38 (Schulgleiter), Bergfalke II (Leistungsdoppelsitzer) und den Doppelsitzer Janus. Eine große Werkstatt mit Flugzeugabstellhalle war in Eigenarbeit in Hannover entstanden.

Am 14. Dezember 1959 beging die Gruppe ihr 30jähriges Bestehen in Anknüpfung an die Zeit vor 1933. Umfassend würdigte der Niedersächsische Verkehrsminister Alfred Kubel die Leistungen des „Sturmvogel“, vor allem die geänderte Aufgabenstellung gegenüber der Vergangenheit.

1959/1960 kam es zu internen Auseinandersetzungen in der Gruppe, in deren Folge rund 15 Mitglieder den Verein verließen, um einen Konkurrenzverein aufzubauen. Durch Gerichtsbeschluß wurde der neuen Gruppe untersagt, den Namen „Sturmvogel“ zu führen.<sup>272</sup> Sie nannte sich daraufhin „Flugverband der Werkstätigen“. – Wiedergutmachungsansprüche, die die konkurrierenden Gruppen bei der Oberfinanzdirektion in Hannover stellten, wurden letztlich vom Oberlandesgericht Celle zurückgewiesen, weil

a) der „Sturmvogel, Luftsportgemeinschaft e. V.“ zwar rechtzeitig seinen Anspruch nach dem Bundeserstattungsgesetz geltend gemacht hatte, jedoch wegen seiner überwiegend jugendpflegerischen und sportlichen Orientierung nicht das breite Spektrum ausfüllt wie der Zentralverband vor 1933.

<sup>271</sup> Amtsgericht Hannover, Az. VR. 2280.

<sup>272</sup> Landgericht Hannover – Q 17/60 – 2. Juli 1960.



b) der „Flugverband der Werktätigen“ seinen eigenen Vereinszweck, der irgendwie mit den Zielen des „Sturmvogel“ von vor 1933 verglichen werden könnte, nicht nachzuweisen in der Lage war.<sup>273</sup>

Unverständlich ist für den „Sturmvogel, Luftsportgemeinschaft e. V.“ geblieben, weshalb vor allem das Oberlandesgericht Celle die seit 1933 und 1945 gewandelten gesellschaftlichen Strukturen in der Gerichtsentscheidung nicht würdigte.

Der „Sturmvogel, Luftsportgemeinschaft e. V.“ besteht fort. Seine Mitgliederstruktur ist nicht mehr allein auf die Arbeitsgemeinschaft „Schaffende Jugend“ ausgerichtet. Dies kommt in der Satzung zum Ausdruck,<sup>274</sup> die nach Auflösung des Vereins das Vermögen nicht mehr, wie bei der Gründung 1955, der Arbeiterwohlfahrt zuordnet, sondern der Flugvereinigung Celle Stadt und Land e. V., mit der sie eng zusammenarbeitet.

273 Beschluß des OLG Celle 2 W 44/60, (RE) 21. Nov. 1961 (32 WgK 320/58-LG Hannover).

274 Protokoll Jahreshauptversammlung (Satzungsänderung) vom 27. Februar 1988.



Katalog Nr. 1:

**ARBEITERBEWEGUNG  
ANARCHISMUS  
KOMMUNISMUS  
SOZIALDEMOKRATIE  
WIDERSTAND UND NS**

1400 Nrn.

Bücher/Broschüren  
Zeitungen/Flugblätter

**FUNDUS-ANTIQUARIAT**  
Tarpenbekstr. 72  
20251 Hamburg  
Telefon und Telefax:  
040/4807605

## „Die Problematik der Parteidemokratie“

### Ein unbekannter Aufsatz Otto Kirchheimers aus dem Jahre 1930

Von Karsten Linne

Im Bestand „Hauptarchiv der NSDAP“ (NS 26) des Bundesarchivs Koblenz befindet sich – neben anderen interessanten Splitterbeständen<sup>1</sup> – umfangreicheres Material des Gewerkschaftsbundes der Angestellten aus der Weimarer Republik. Den größten Anteil daran, nämlich sechs Mappen, bildet die Korrespondenz der wissenschaftlichen Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes „Die Arbeit“ aus den Jahren 1930 bis 1934.<sup>2</sup> Die Korrespondenz enthält u. a. auch Einsendungen von Manuskripten, die aber natürlich nur zum Teil später publiziert wurden. Eines der nicht abgedruckten Manuskripte, „Die Problematik der Parteidemokratie“ von Otto Kirchheimer, soll hier zum ersten Mal publiziert werden.<sup>3</sup> Kirchheimer sandte es offensichtlich zuerst an die SPD-Zeitschrift „Die Gesellschaft“, denn er bezog sich auf einen dort veröffentlichten Aufsatz von Alexander Schiffrin.<sup>4</sup> Da Kirchheimers Aufsatz dort nicht zum Abdruck kam, wurde er wohl an „Die Arbeit“ weitergereicht.

#### *Zur Biographie Kirchheimers*

Otto Kirchheimer wurde am 11. November 1905 in Heilbronn geboren. Er studierte in Münster Philosophie und Geschichte und widmete sich anschließend an den Universitäten Köln, Berlin und Bonn den Rechtswissenschaften. Zu seinen Lehrern zählten Karl Vorländer, Max Scheler, Hermann Heller, Rudolf Smend und Carl Schmitt. 1928 verfaßte er bei Carl Schmitt in Bonn seine juristische Dissertation „Zur Staatstheorie des Sozialismus und Bolschewismus“. Während des folgenden Referendariats arbeitete er u. a. bei Franz L. Neumann, absolvierte 1932 das Assessorexamen und ließ sich in Berlin als Rechtsanwalt nieder. Doch bereits im folgenden Jahr sah sich der Jude und Sozialist gezwungen, nach Paris zu emigrieren, wo er 1934 Mitarbeiter der Zweigstelle des „Instituts für Sozialforschung“ wurde. 1937 siedelte er nach New York über und arbeitete bis 1942 im Zentralbüro des Instituts, von 1944 bis 1945 im Office of Strategic Services und danach bis 1955 im US-Außenministerium. Von 1955 bis 1962 lehrte er als Professor an

- 1 Vgl. Thomas Kuczynski, Archivmitteilung zum Restbestand „Communistischer Arbeiter-Bildungs-Verein“ sowie zu anderen „abseitigen“ Beständen im ehemaligen Hauptarchiv der NSDAP, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Jg. 35 (1993), H. 1, S. 100–104. Kuczynski erwähnt allerdings das Material des Gewerkschaftsbundes der Angestellten nicht.
- 2 Zur Geschichte des Bestandes vgl. Das Bundesarchiv und seine Bestände, Boppard 1977, S. 364 f.; NSDAP Hauptarchiv. Guide to the Hoover Institution Microfilm Collection. Compiled by Grete Heinz and Agnes F. Peterson, Stanford 1964, S. VII f.
- 3 Es befindet sich in: Bundesarchiv Koblenz, NS 26, vorl. 940. Das Manuskript wurde 1930 offensichtlich lektoriert, und die geänderten bzw. hinzugefügten Wörter und Satzteile sind in der Dokumentation in eckige Klammern gesetzt worden. Die Anmerkungen wurden z. T. vervollständigt.
- 4 Alexander Schiffrin, Parteiapparat und Parteidemokratie, in: Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik, Jg. 7 (1930), H. 6, S. 505–528.



der New School for Social Research, von 1962 bis zu seinem Tode 1965 als Professor für Public Law and Government an der Columbia University.

Vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wirkte Kirchheimer politisch innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und wurde ihrem linken Flügel zugerechnet. Trotz ihrer kämpferischen Linie waren selbst die ersten Arbeiten Kirchheimers recht weit von KPD-Positionen entfernt. Sein Blick war nach vorn gerichtet, das Gerede vom „Verrat“ der SPD brachte die Dinge für ihn nicht voran, die Sozialdemokratie mußte aufgerüttelt werden aus ihrer politischen Lethargie.<sup>5</sup> Er wurde zu einem der beredtesten Sprecher der Jungsozialisten, engagierte sich im Sozialistischen Studentenbund und später im Republikanischen Richterbund. Kirchheimer war seit etwa 1930 einer der jüngeren linksstehenden Sozialdemokraten, die die Gelegenheit nutzten, in der von Rudolf Hilferding seit 1924 herausgegebenen Monatsschrift „Die Gesellschaft“ zu publizieren, wobei diese Möglichkeit insbesondere durch die vorübergehende Übernahme der Redaktion der Zeitschrift durch Albert Salomon eröffnet wurde. Ferner erschienen seine Arbeiten, durch die er sich schnell einen Namen machte, u. a. in „Jungsozialistische Blätter“, „Der Klassenkampf“, „Die Arbeit“, „Die Justiz“ und im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“.<sup>6</sup>

Waren seine Weimarer Arbeiten überwiegend staatsrechtlich orientiert und beschäftigte er sich von 1933 bis 1945 hauptsächlich mit dem Rechtssystem des NS-Staates, so wandte er sich nach 1945 den aktuellen Entwicklungen des Parteiensystems zu. Auf diesem Gebiet gab es seiner Meinung nach viel nachzuholen: „In Deutschland hat die eingehende Beschäftigung mit politischen Parteien geraume Zeit unter einem romantischen Affekt gelitten.“<sup>7</sup> Er untersuchte vorwiegend das Aufkommen neuer Parteitypen und den Wandel der Opposition; Kirchheimer entwickelte sich mehr und mehr zum Politikwissenschaftler und Soziologen. Für diese politikwissenschaftliche und soziologische Orientierung kann man den hier abgedruckten Aufsatz, zusammen mit anderen, als einen ersten Ausgangspunkt betrachten.<sup>8</sup>

Die Schriften Otto Kirchheimers sind in der Bundesrepublik bisher weit verbreitet und rezipiert worden. Die Wiederaufnahme Kirchheimerscher Thesen innerhalb der „Linken“ in der Bundesrepublik setzte verstärkt Mitte der sechziger Jahre ein.<sup>9</sup>

5 Vgl. Volker Neumann, Verfassungstheorien politischer Antipoden: Otto Kirchheimer und Carl Schmitt, in: *Der Unrechts-Staat II. Recht und Justiz im Nationalsozialismus*. Hrsg. von der Redaktion Kritische Justiz, Baden-Baden 1984, S. 31–50 (bes. S. 38).

6 Zur Biographie Kirchheimers vgl. John H. Herz und Erich Hula, Otto Kirchheimer. An Introduction to his Life and Work, in: *Politics, Law and Social Change. Selected Essays of Otto Kirchheimer*. Ed. by Frederic S. Burin and Kurt L. Shell, New York and London 1969, S. IX–XXXVIII; John H. Herz, Otto Kirchheimer, Leben und Werk, in: *Verfassungsstaat, Souveränität, Pluralismus*. Otto Kirchheimer zum Gedächtnis. Hrsg. von Wolfgang Luthardt und Alfons Söllner, Opladen 1989, S. 11–23; Wolfgang Luthardt, Einleitung zu Otto Kirchheimer, Staatsgefüge und Recht des Dritten Reiches, in: *Kritische Justiz*, Jg. 9 (1976), H. 1, S. 33–39.

7 Otto Kirchheimer, Parteistruktur und Massendemokratie in Europa, in: *Archiv für Öffentliches Recht*, Jg. 79 (1953/54), S. 301–325 (Zitat S. 301).

8 Vgl. Manfred G. Schmidt, „Allerweltparteien“ und „Verfall der Opposition“. Ein Beitrag zu Kirchheimers Analysen westeuropäischer Parteiensysteme, in: *Verfassungsstaat, Souveränität, Pluralismus*, a. a. O., S. 173–181; Richard Stöss, Otto Kirchheimer als Parteientheoretiker, in: a. a. O., S. 189–197.

9 Vgl. Wolfgang Luthardt, Bemerkungen zu Otto Kirchheimers Arbeiten bis 1933, in: *Otto Kirchheimer, Von der Weimarer Republik zum Faschismus: Die Auflösung der demokratischen Rechtsordnung*. Hrsg. von Wolfgang Luthardt, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1981, S. 7–31.

*Zum Kontext des Aufsatzes*

Kirchheimers Aufsatz war, wie oben beschrieben, die Antwort auf einen Beitrag von Schiffrin, in dem sich dieser mit den Thesen von Robert Michels<sup>10</sup> auseinandergesetzt hatte. Zum besseren Verständnis und zur politischen Verortung von Kirchheimers Aufsatz sollen hier die Thesen von Michels und Schiffrin sowie die zeitgenössische Diskussion kurz dargestellt werden. Das Buch „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“ von Michels war 1911 zum ersten Mal erschienen und hatte Furore gemacht. Es war, nicht zuletzt auch von linken Autoren, breit rezipiert und so schon zum damaligen Zeitpunkt zu einem Klassiker geworden.

In der Zeit, in der Michels schrieb, waren die großen sozialistischen Parteien für viele Menschen die Hoffnung auf eine weitere Demokratisierung der europäischen Gesellschaften. Mit diesen Hoffnungen beschäftigte sich Michels, und er kam zu dem Ergebnis, daß sie illusionär waren. In dem selben Sinne, in dem schon Gaetano Mosca und Vilfredo Pareto die nicht zuletzt auch von den Sozialisten genährte Hoffnung auf Emanzipation als eine bloße Ideologie abgetan hatten, stellte Michels fest, daß es gerade auch in den großen sozialistischen Parteien ein „ehernes Gesetz der Oligarchie“ gäbe. Dieses werde alle freiheitlich-demokratischen Hoffnungen zunichte machen. Es sei organisatorisch, psychologisch und intellektuell so fest verankert, daß die Demokratie ein bloßes Ideal bleiben würde und man sich allenfalls eine Milderung der „oligarchischen Krankheit“ erhoffen könne. Im Zentrum stand bei Michels wie bei seinen Vorgängern und seinen Nachfolgern die Notwendigkeit der Organisation. Die Organisation einer Massenbewegung setze einen Verwaltungsapparat voraus, der nicht mehr von den „Massen“ selbst kontrolliert werden könne: „Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie. [...] Die Organisation vollendet entscheidend die Zweiteilung jeder Partei bzw. Gewerkschaft in eine anführende Minorität und eine geführte Majorität.“<sup>11</sup> Die Zunahme der Zahl der Mitglieder und das Wachstum der Aufgaben, die bewältigt werden müßten, brächten, unabhängig von allen demokratischen Idealen, die Notwendigkeit bürokratischer Organisationsformen hervor. Michels ging davon aus, daß sich die Massen nicht selbst regieren könnten, die mit zunehmender Größe und Komplexität der Organisation wachsende technische Unentbehrlichkeit der „Führer“ einerseits und die wesensmäßige geistige Immobilität und fachliche Inkompetenz der organisierten „Massen“ andererseits bedingten einander: „Mit zunehmender Organisation ist die Demokratie im Schwinden begriffen. Als Regel kann man aufstellen: Die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstabe wie die Organisation.“<sup>12</sup> Die Organisation der „Massen“ und das schlagkräftige Handeln der Organisation setzten voraus, daß ein Apparat geschaffen würde, der als Herrschaftsapparat über der „Masse“ stünde.<sup>13</sup> „Das soziologische Grundgesetz, dem die

10 Zur Biographie von Michels vgl. Heinrich August Winkler, Robert Michels, in: Deutsche Historiker. Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Bd. 4, Göttingen 1972, S. 65–80.

11 Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, 2. Aufl., Stuttgart 1925 (zuerst 1911), S. 25.

12 A.a.O., S. 26.

13 Vgl. Friedrich Jonas, Geschichte der Soziologie 2. Von der Jahrhundertwende bis zur Gegenwart, Reinbek 1976, S. 139 f.; Joachim Milles, Brüche und Kontinuitäten eines radikalen Intellektuellen. Zur Einführung in die Politische Soziologie Robert Michels, in: Robert Michels, Masse, Führer, Intellektuelle. Politisch-



politischen Parteien – das Wort Politik hier im weitesten Sinne genommen – bedingungslos unterworfen sind, mag, auf seine kürzeste Formel gebracht, etwa so lauten: Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber, der Delegierten über die Delegierenden.“<sup>14</sup> Und Michels blickte äußerst pessimistisch in die Zukunft: „Prophylaktischer Maßregeln gegen das Aufkommen der Oligarchie spottet die Entwicklung selbst. Wollen Gesetze der ‚Herrschaft der Führer‘ Einhalt tun, so weichen allmählich die Gesetze, nicht die Führer.“<sup>15</sup>

Alexander Schiffrin begann seinen Artikel mit einer massiven Attacke gegen Michels: „Es sind bereits 20 Jahre seit dem Erscheinen des Buches von R. Michels ‚Zur Soziologie des Parteiwesens‘ verstrichen. Der Grundgedanke des Werkes, daß die sozialistischen Arbeiterparteien dem soziologischen Gesetz einer Entwicklung zur Oligarchie verfallen, erwies sich im wesentlichen als falsch. Das konkrete Material des Buches ist veraltet.“<sup>16</sup> Schiffrin mußte allerdings einräumen, daß die Leistung von Michels, trotz aller Mängel, auch für die damalige Zeit aktuell blieb. Mehr noch, angesichts der Situation – im Januar 1930 hatte die Arbeitslosenzahl zum ersten Mal die Dreimillionengrenze überschritten, im März war die Regierung Müller gestürzt worden, die Nationalsozialisten gewannen an Zulauf, sie sollten in den Septemberwahlen 107 statt bis dahin 12 Abgeordnete in den Reichstag entsenden – hielt Schiffrin die Verwirklichung der innerparteilichen Demokratie für eine „Schicksalsfrage der Bewegung“. „Gerade jetzt, in dieser kritischen und politisch bewegten Zeit, wird unsere Partei vor die Aufgabe gestellt, ihre Organisation in der Richtung der Leistungsfähigkeit und der politischen Produktivität zu überprüfen. Die Frage nach der politischen Funktion der innerparteilichen Demokratie erscheint in diesem Zusammenhange in ihrer ganzen Bedeutung.“<sup>17</sup>

Als Fehler machte Schiffrin bei Michels u. a. dessen Begriff der Oligarchie aus; dieser sei falsch, denn es gäbe keine persönliche Konzentration der Macht in den Händen weniger, sondern vielmehr einen Trend zur Entpersönlichung, Macht werde nur im Zusammenhang mit der Arbeitsfunktion ausgeübt, es handele sich daher um ein strukturelles Problem. Nach Schiffrin könnten in erster Linie Parteiapparat und Arbeiterbürokratie die Parteidemokratie beeinträchtigen. Während aber bei Michels der Parteiapparat a priori im Gegensatz zur Parteidemokratie stand, hing dessen Wirkung bei Schiffrin von der konkreten politischen Entwicklung sowie von der „Wachstums- und Differenzierungserscheinung der Bewegung“ ab; gerade ein „apparatloser“ Zustand fördere das Auftreten „starker Männer“. „Wenn man diese Tatsachen in Betracht zieht, so wird der Schluß unvermeidlich, daß die Organisation keine Verneinung der Parteidemokratie, sondern deren Verfassung darstellt, und der Parteiapparat nicht der Träger der Parteioligarchie, sondern das Rückgrat der Organisation ist. Die innerparteiliche Demokratie ist nur innerhalb der Organisation und durch sie möglich.“<sup>18</sup> Der Funktionärskörper stellte für

[Forts. von Anm. 13]

soziologische Aufsätze 1906–1933, Frankfurt a. M. und New York 1987, S. 7–30; Wilfried Röhrich, Robert Michels. Vom sozialistisch-syndikalistischen zum faschistischen Credo, Berlin 1972.

14 Robert Michels, Zur Soziologie ..., a. a. O., S. 380 f.

15 A. a. O., S. 375.

16 Alexander Schiffrin, Parteiapparat und Parteidemokratie, a. a. O., S. 505.

17 Ebda.

18 A. a. O., S. 513.

ihn die aktive Schicht des Proletariats dar, die als Bindeglied zwischen Parteiapparat und „Masse“ auftrete. Die Funktionäre seien in der Lage, Parteibükratie und Parteispitze zu kontrollieren, durch sie hindurch gingen die „lebendigen Ströme“, die von unten kämen. Die Arbeiterbükratie, also die Berufsbeamten und Vertrauensleute der ökonomischen und sozialen Organisationen der Arbeiterklasse, erfüllten nach Schiffrin eine positive Funktion im Klassenkampf, denn sie würden die Partei „mit hoher Spannung der wirtschafts- und sozialpolitischen Kämpfe“ aufladen. Die von Schiffrin konstatierte geringe Anziehungskraft der Partei und die geringe Aktivität der Massen innerhalb der Partei stehe im Gegensatz zur Ausbreitung des Parteiapparates und dem Wachstum der Arbeiterbükratie: „Daraus entsteht nicht nur eine Disproportionalität zwischen der Massengrundlage der Partei und ihrer Organisationsmaschine, sondern auch die Verschiebung der innerparteilichen Aktivität in der Richtung nach oben. [...] Das führt zu einer organischen Verengung der innerparteilichen Demokratie.“<sup>19</sup> Aus dieser Entwicklung ergebe sich die Gefahr der Entpolitisierung und der koalitionspolitischen Bindung des Parteiapparats. Die strategischen Methoden des Gewerkschaftskampfes, die Suche nach dem momentanen praktischen Erfolg bei gleichzeitiger Zurückdrängung des spezifisch Politischen, kurz der Ökonomismus, würden auf die Partei übertragen.

Als Ausgangspunkte für eine funktionierende innerparteiliche Demokratie benannte Schiffrin die Meinungsfreiheit, das starke Eigenleben und die Autonomie der lokalen Organisationen und eine demokratische Parteiverfassung: „Der Weg zur Kräftigung der Parteidemokratie geht also durch eine politische Aktion; die Voraussetzung der Parteidemokratie ist Politisierung und Aktivierung der Massen.“<sup>20</sup> Am wichtigsten erschien ihm, daß der Willensbildungsprozeß der Partei durch ihre „öffentliche Meinung“ entscheidend beeinflußt und nicht zum „bloßen Instanzenspruch“ herabgesetzt werde. Schiffrins Ansicht nach steigere die Vollentfaltung der innerparteilichen Demokratie „die Aktivität der Massen und das Verantwortungsbewußtsein der Führer“, sie fördere „den Ausgleich der innerparteilichen Spannungen“ und stärke „den Widerstand der Sozialdemokratie dem Klassengegner gegenüber“.<sup>21</sup>

Natürlich erscheint Schiffrins Ansatz aus heutiger Sicht als kritikwürdig: „Daß Schiffrin nicht die sozialdemokratische Parteiwirklichkeit der Weimarer Republik, sondern nur den sozialdemokratischen Anspruch beschrieben hat, steht außer Frage. Zur Parteiwirklichkeit gehörten durchaus Mangel an innerparteilicher Demokratie, Bürokratisierung, Verharschung und Erstarrung.“<sup>22</sup> Aber es gab auch schon eine zeitgenössische Kritik an Schiffrin in dem 1931 erschienenen Buch „Die Organisation im Klassenkampf“: „Schiffrin erkennt das Problem, um das es sich handelt. Richtig ist, daß es in der sozialdemokratischen Partei kein Amt kraft Geburt und kraft Persönlichkeit, daß es nur Ämter kraft Wahl gibt. Es fragt sich aber, ob die Wahl nicht in vielen Fällen zur bloßen Form wird, es

19 A.a.O., S. 520.

20 A.a.O., S. 524.

21 A.a.O., S. 528.

22 Peter Lösche, Über den Zusammenhang von reformistischen Sozialismustheorien und sozialdemokratischer Organisationspraxis in der Weimarer Republik. Einige Überlegungen, in: Reformsozialismus und Sozialdemokratie. Zur Theoriediskussion des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik. Hrsg. von Horst Heimann und Thomas Meyer, Berlin und Bonn 1982, S. 13–32, Zitat S. 26.



fragt sich, ob nicht trotz der stimmenden Masse eine einmal vorgenommene Wahl die Wiederwahl auf Lebenszeit, die praktische Unabsetzbarkeit garantiert. Es fragt sich weiter, ob nicht gerade die, die sich so in der Tat der regelmäßigen Wiederwahl im Grunde nicht zu unterziehen brauchen, den Parteiapparat beherrschen. Demokratie in der Partei ist nur dann verwirklicht, wenn der wirkliche Massenwille in der Organisationsform seinen Ausdruck findet. Demokratie ist nicht etwa schon dann vorhanden, wenn demokratische Formen scheinbar gewahrt bleiben.<sup>23</sup> Die Verfasser dieser Darstellung, einer kritischen organisatorischen und strategischen Standortbestimmung der Sozialdemokratie zum Ausgang der 20er / Anfang der 30er Jahre – eine Gruppe von „Linken“ innerhalb der Partei, die als Journalisten und Bezirksfunktionäre selbst organisatorisch-politische Arbeit leisteten – versuchten, die organisatorische Entwicklung der Arbeiterbewegung im historisch-gesellschaftlichen Kontext vom Früh- zum Hochkapitalismus als Entwicklung zur immer stärkeren Herrschaft des Parteivorstandes und des Parteiapparates insgesamt aufzuweisen. Sie gelangten dabei in ihren einzelnen Beiträgen letzten Endes zu einer weitgehenden Bestätigung der Michelsschen Bürokratisierungs- und Oligarchisierungsthese für die SPD ihrer Zeit: „So wird die Bürokratie in der Arbeiterbewegung organisatorisch zu einem konservativen und politisch zu einem opportunistischen und reformistischen Element. [...] Der Hinweis auf die demokratische Grundlage der Organisation kann diese Tatsache nicht entkräften. Das Übergewicht des Apparates über die Mitgliedschaft ist augenscheinlich.“<sup>24</sup> Im Unterschied zur resignativen Haltung von Michels formulierten sie zugleich die These nicht nur der Notwendigkeit, sondern auch der prinzipiellen Möglichkeit einer „Politisierung“ und „Demokratisierung“ der Parteiorganisation. Hierbei legten sie – genau wie Kirchheimer – besonderes Gewicht auf eine diskussionsfreudige Parteipresse: „Die wichtigste Voraussetzung für die Verwirklichung der Parteidemokratie ist, daß das lebendige geistige Ringen der Partei dort erfolgt, wo sowohl die Mitgliedschaft wie auch wesentliche Teile der Arbeiterklasse als Einheit erfaßt werden: in der Parteipresse! Die Parteizeitung muß diese Diskussion eröffnen und sie so gestalten, daß die Mitglieder über die politische Haltung ihrer Spitzenfunktionäre orientiert werden und die Möglichkeit zu eigener Meinungsbildung gewinnen.“<sup>25</sup>

Die schon vor dem Ersten Weltkrieg spürbare Bürokratisierung der SPD hatte nach Kriegsende, gerade auch infolge des raschen Organisationswachstums, sprunghafte Fortschritte gemacht. Bürokratisierung und traditionalistisches Selbstverständnis bewirkten eine Reduzierung der innerparteilichen Diskussion und eine – auch von Kirchheimer kritisierte – Einschränkung der Ämterfluktuation. Die Überrepräsentation der Parteileitung auf den Parteitagen bewirkte eine Abschnürung der innerparteilichen Opposition, die durch manipulative Maßnahmen vielfach noch verstärkt wurde. Der linke Flügel,

23 Ernst Eckstein, Wie soll die Organisation aussehen, in: Fritz Bieligk u. a., Die Organisation im Klassenkampf (= Die Roten Bücher der Marxistischen Büchergemeinde, Bd. 2), Berlin o. J. [1931], S. 153–179, Zitat S. 153 f.

24 Helmut Wagner, Organisation und Klasse, in: a. a. O., S. 83–130, Zitat S. 95.

25 Kurt Laumann, Organisation und Apparat, in: a. a. O., S. 131–152, Zitat S. 148. Vgl. als direkte Reaktion auf das Buch: Alexander Schiffrin, Kritik an der Organisation, in: Die Gesellschaft, Jg. 8 (1931), H. 8, S. 166–178; Kurt Laumann, Zum Problem der Aktivierung der Partei, in: a. a. O., Jg. 8 (1931), H. 11, S. 460–471; Alexander Schiffrin, Der Streit um die Parteidemokratie, in: a. a. O., Jg. 8 (1931), H. 11, S. 472–477.

hierin von rechtsstehenden Parte intelektuellen unterstützt, verlangte vergeblich, den lokalen Organisationen, den Jugendverbänden und allgemein den abweichenden Strömungen einen größeren Bewegungsspielraum zu geben und die Diskussion innerhalb der Parteiorgane zu verbreitern. Von seiten des Parteivorstands wurden solche Anträge in der Regel als prokommunistisch denunziert.<sup>26</sup>

Trotzdem fehlte es nicht an Ansätzen, das allzu formalisierte Demokratieverständnis der SPD zugunsten einer stärkeren inner- und außerparteilichen Aktivierung der „Massen“ zu überwinden. Die darüber zwischen den Flügeln der Partei vorwiegend von der jüngeren Parteintelligenz geführte Diskussion entzündete sich an dem bürokratischen und mitunter autoritären Führungsstil des Parteivorstandes. Der Mangel an innerparteilicher Demokratie und die unzulängliche Aktivierung der Anhängerschaft wurden sowohl von der linken wie der rechten Parteiopposition heftig kritisiert. Beide stimmten darin überein, daß eine Dezentralisierung und Auflockerung des Parteiapparates, eine „Demokratie der Organisationen“, notwendig sei, um die oligarchischen Tendenzen und den Bürokratismus des Parteiapparats abzubauen. Im Vordergrund stand dabei das Bemühen um eine verstärkte innerparteiliche Partizipation und die Belebung der richtungspolitischen Diskussion in der Parteipresse, ferner um die Öffnung der Parteiorganisation auf den unteren Ebenen zugunsten der stärkeren Einbindung von Sympathisanten. In der Kritik am Führungsstil der Partei waren sich alle zu politischer Aktion drängenden Gruppen innerhalb der Partei – inklusive der Gruppe Klassenkampf und der Jungsozialisten, zu denen Kirchheimer tendierte – einig. Sie waren davon überzeugt, daß die Führungspraxis des Parteivorstands auf eine Entpolitisierung hinauslaufe. Die auf den Flügeln der Partei vorhandenen lebhaften Impulse, durch ein dynamischeres Demokratieverständnis aus der bloß defensiven Haltung der Partei herauszugelangen und ihre Attraktivität insbesondere bei der jüngeren Generation zu erhöhen, blieben allerdings weitgehend isoliert.<sup>27</sup> Neuere Forschungen zur Organisationsentwicklung der Arbeiterbewegung gehen von der Frage aus, warum die Analyse von Michels „häufig aus dem konkreten sozialen, politischen und geistigen Kontext gelöst worden ist, in dem sie entstanden war, und warum mancher Historiker und Sozialwissenschaftler sie nachgerade zu einem ehernen Interpretationsmuster stilisierte“.<sup>28</sup> Diese Forschungen kommen überwiegend zu dem Schluß, daß die SPD – trotz aller Zentralisierungstendenzen und Ansätze zur Bürokratisierung – zu keiner Zeit eine oligarchische Großorganisation war, in der Befehlsstränge nur hierarchisch von oben nach unten gelaufen wären. „Vielmehr ist die Partei immer demokratischer, pluralistischer und vielfältiger gewesen, als dies Michels beschrieben hat und auch viele Sozialdemokraten in der Weimarer Zeit selbst annahmen.“<sup>29</sup>

26 Vgl. Hans Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive: Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei. Hrsg. von Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1974, S. 106–133, hier S. 117 f.

27 Vgl. ebd., S. 115f.

28 Peter Lösche, Einführung zum Forschungsprojekt „Solidargemeinschaft und Milieu. Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik“, in: Franz Walter, Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik, Bonn 1990, S. 12.

29 Peter Lösche und Franz Walter, Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei, Darmstadt 1992, S. 178. Vgl. hierzu auch besonders S. 66 ff., 173 ff.



**DOKUMENTATION:****Die Problematik der Parteidemokratie****Von Otto Kirchheimer**

Wir sind Genossen Schiffrin zum Dank dafür verpflichtet, daß er in seinem Aufsatz über „Parteiapparat und Parteidemokratie“ in Nr. 6, 1930, dieser Zeitschrift eine Frage, die viele von uns tagtäglich bewegt, ausführlich behandelt hat. Das Wohl der Gesamtpartei [kann] nur gefördert werden, wenn die Zweckmäßigkeit jeder einzelnen Gegenwartsinstitution in der Partei überprüft und die organisatorische Einwirkung allgemeiner Entwicklungstendenzen auf unsere Partei ebenso sehr gewürdigt wird wie die Auswirkung dieser Tendenzen auf den Vertrauensträger unseres Parteikörpers: die große Masse der organisierten Arbeiterschaft. Mit Recht hat Genosse Schiffrin als seinen Ausgangspunkt eine Kritik des Michelsschen Buches „Zur Soziologie des Parteiwesens“ gewählt; denn bis heute macht sich der unheilvolle Einfluß dieses ebenso interessanten wie in seiner Grundkonzeption verfehlten Buches bei allen Versuchen, innerparteiliche Strukturprobleme zu erfassen, lähmend bemerkbar. Die Begriffe Demokratie und Oligarchie nehmen in der Sphäre des Staatlichen eine traditionelle Bedeutung ein, die sich freilich bei uns heute mehr und mehr auflöst. Überträgt man diese Begriffe in die Sphäre des Innerparteilichen, so tritt eine Sinnverschiebung ein. Diese Verschiebung mag [ohne weiteres] zulässig sein innerhalb des Gedankengebäudes einer analytischen Soziologie wie der Vilfredo Paretos, die in eifriger Mosaikarbeit jeden sozialen Tatbestand in einen psychologischen Zurechnungsprozeß auflöst. Das psychologische und eben nur psychologische Residuum führt am Ende zu einer Sozialtheorie, die keine ist: zur Elitentheorie. Als das Werk eines systematischen und konsequenten Denkers behält die methodische Leistung Paretos ihren dauernden Wert, als Forschungsmethode auf einem Einzelgebiet hat Paretos Buch über „Les Systèmes socialistes“ ebenso versagt wie die Arbeit von Michels, die in methodischer Hinsicht [größtenteils] unter dem Banne Paretos steht. In dem Eifer, die Allgemeingültigkeit der Elitentheorie auch in der Sphäre der Arbeiterbewegung zu beweisen, hat Michels [es] unterlassen, Technik und Idee in das richtige Verhältnis zu setzen, und so gewinnt es den Anschein, als ob mit der mehr oder minder geglückten Beweisführung, daß auch die Arbeiterbewegung sich dem Gesetz der Elite nicht entziehen könne, die geistige und organisatorische Selbständigkeit der Arbeiterbewegung in Frage gestellt sei. Auch in dem neuesten Beitrag Michels' zu diesem Fragenkomplex, der „Psychologie der antikapitalistischen Massenbewegung“<sup>1</sup> bricht diese grundsätzliche Einstellung allenthalben durch. Mit Recht hat Schiffrin gegen Michels die Frage der Parteidemokratie in erster Linie als eine Frage der Parteiproduktivität betont. Selbst wenn Michels der Nachweis gelungen wäre, daß die oligarchischen Tendenzen innerhalb

1 Robert Michels, Die Psychologie der antikapitalistischen Massenbewegung, in: Grundriß der Sozialökonomik, 9. Abt., 1. Teil, Tübingen 1926, S. 241–259.

der Arbeiterbewegung gesiegt hätten, so wäre dadurch noch nichts über die politische und geistige Orientierung der Arbeiterbewegung ausgesagt. Denn hier liegt das grundsätzliche Anderssein der Funktion der Demokratie innerhalb des Staates gegenüber ihrer Funktion innerhalb der proletarischen Organisation. Die Idee der Demokratie im Bereich des Staates hat ihren Nährboden in Vorstellungen politischer Gerechtigkeit. Jedes Stück verwirklichte Demokratie ist ein Stück verwirklichte Gerechtigkeit; hieraus ergibt sich schon rein bewußtseinsmäßig, welche Gefahren das Abgleiten vom Boden der Demokratie mit sich bringt. Die Idee der Partei setzt das Vorhandensein bestimmter Gerechtigkeitsvorstellungen in der Mitgliedschaft [schon] voraus. Wer in die Partei eintritt, gibt damit kund, daß er ihr Programm für gerecht hält, und die Diskussion in der Partei sollte eigentlich dem Entstehungsprozeß der *volonté générale*, wie sie Rousseau im *Contrat social* schildert, sehr nahe kommen. Denn hier tritt einmal wirklich der Fall ein, daß ein annäherndes Bild von dem zu erstrebenden Ziel die Grundlage für die Diskussion über die beste technische Methode der Durchführung abgibt. Gerade aber weil es sich um ein prinzipiell technisches Problem handelt, steht die Idee der Demokratie innerhalb der Partei unter dem Gesichtspunkt der innerparteilichen Produktivität. Von diesem Boden aus gewinnt das Problem der Oligarchie innerhalb der Partei ein neues Gesicht. Die Oligarchie ist nicht deshalb bekämpfenswert, weil sie die Idee der Partei verrät, sondern weil sie der Aktivierung der Arbeitermassen nachteilig ist. Nur für eine psychologisierende Soziologie kann die Behauptung des Verrats, den die Elitentheorie implizite immer enthält, solche entscheidende Bedeutung erlangen. Die Fragestellung, inwieweit der Spitzenapparat einer Massenpartei entpersönlicht ist, inwieweit seiner Bewegungsfreiheit durch das Schwergewicht der sozialen Tatbestände, denen er seine Entstehung verdankt, Grenzen gesetzt sind, ent[hüllt] den Charakter der Oligarchie in der proletarischen Bewegung als reine Organisationsoligarchie.

Bezüglich der überragenden Bedeutung, die heute unbestrittenermaßen der Organisationsoligarchie zukommt, meint Schiffrin, daß das Übermaß der Oligarchie auf einmalige Ursachen, nicht auf konstante Entwicklungsgesetze zurückzuführen sei. Er sieht die Parteioligarchie im wesentlichen Zusammenhang mit dem Gesamtcharakter der Stabilisierungsperiode. Die Entpolitisierung, die geringere Aktivität der Massen innerhalb der Parteiorganisation ist für ihn die Ursache der organischen Verengung der innerparteilichen Demokratie. Im Zusammenhang damit weist er auf die Stagnation der Massengrundlage hin, auf die Tatsache, daß die Partei bis heute noch nicht wieder den Mitgliederstand von 1914 erreicht hat, wodurch ebenfalls eine Expansion des Apparats, [sein] unverhältnismäßiges Hervortreten gegenüber der Masse der Parteianhänger verursacht ist. Abgelehnt wird von [Schiffrin] der Vergleich der Entwicklung der oligarchischen Organisation der Partei mit der Entwicklung der schwerindustriellen „Industrokratie“. Zur Eindämmung der oligarchischen Tendenzen, zur Wiedererstarkung der Parteidemokratie [zum] überragende[n] Faktor der innerparteilichen Produktivität nennt er als die drei wichtigsten Gesichtspunkte 1.) die Meinungsfreiheit [als] die elementarste und lebensnotwendigste unter den Voraussetzungen der innerparteilichen Demokratie, 2.) das starke Eigenleben, die Autonomie der lokalen Organisationen und 3.) die demokratische Parteiverfassung. Ich bin nicht der Überzeugung, daß die Stabilisierungsperiode die Ursache des Anwachsens der Parteioligarchie ist. Die Änderung im Verhältnis zwischen der



Zahl der Staats-, Gemeinde-, Gewerkschafts- und Parteifunktionäre, die alle – vielleicht nicht formell, aber doch materiell – im Rahmen der Partei eine andere Stellung einnehmen als die gewöhnlichen Parteimitglieder, und der Zahl der nicht beamteten Parteigenossen hat mit der Stabilisierungsperiode kaum etwas zu tun. Auch ein beträchtlicher Mitgliederzuwachs wird an der Tatsache nichts ändern, daß der rein numerische Einfluß des Funktionärskörpers gewaltig gewachsen ist. Außerdem ist es sehr fraglich, inwieweit die Mitgliederzunahme eine Verbreiterung der Parteidemokratie hervorrufen würde. Hierfür wäre nicht ausschlaggebend die Zahl, sondern der soziale Standort der neugewonnenen Mitglieder. Zehntausend neugewonnene mittlere Beamte dürften in dieser Hinsicht etwas ganz anderes bedeuten als dieselbe Zahl Arbeiter.<sup>2</sup> Bei der heutigen Position der Partei erscheint die Gefahr, daß sie zu einem Orden herabsinken könne, sehr klein, größer aber die Gefahr, daß man die Grenzen übersieht, die der Ausdehnung der Partei gesetzt sind. Der innere Wert der erworbenen Parteimitgliedschaft, die Frage, bis zu welchem Grade die Partei es vermag, dauernde Bindungen zu erzeugen, entscheidet über Produktivität und Lebendigkeit der Partei. Die Parteidemokratie leidet [und hat schon beträchtlich gelitten] durch Inaktivität und Scheinaktivität von [Konjunktur-] Mitglieder[n], deren innere [Anteilnahme] an dem Schicksal der Partei zu einer eigenen Stellungnahme nicht ausreicht und sie kritiklos in die Arme der jeweils vorhandenen Parteiobrigkeit führt. Die Parteidemokratie gewinnt durch den Zuzug von Menschen, die das Schicksal der Partei als ihr eigenes Schicksal erleben und mit der Verantwortung eigener Entscheidung selbst jedesmal Stellung zu nehmen in der Lage sind. Die Oligarchie innerhalb der Partei ist [durch diese Konjunkturmmitglieder ebenso] gefördert worden [wie] durch die unverhältnismäßige Zunahme des Funktionärsapparats in der Nachkriegszeit, der eine Folge der nunmehr beginnenden Verbindung mit dem Staatsapparat bildet. Die wesentliche Ursache dürfte aber viel allgemeinerer Natur sein. Der Konzentrationsprozeß der politischen und ökonomischen Kräfte, der in der Nachkriegszeit eingesetzt und heute wohl seinen Höhepunkt bald erreicht hat, erfaßte das Proletariat ebenso wie seine Gegner. Ob die Oligarchie des Kapitals eine geordnete oder eine ungezügelter ist, wie Schiffrin meint, kann hier außer acht bleiben; es handelt sich hier um die organisatorische Bedeutung der Oligarchie, nicht um eine moralische Wertung. Organisatorisch aber hat sich die Tendenz zur Zusammenfassung der Kräfte, zur Vermehrung der Übersichtlichkeit und Schlagfertigkeit der Organisation, zur einheitlichen Bewirtschaftung der Finanzquellen bei den proletarischen Organisationen ebenso durchgesetzt wie bei den bürgerlichen. Ja, [wegen der im Verhältnis zu den großen Wirtschaftsorganisationen des Bürgertums geringen finanziellen Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft mußte sie] sich innerhalb des Proletariats noch viel stärker durchsetzen und hat es auch getan. Der Entwicklungsgang der sozialistischen Presse mag als Beispiel dienen. Für eine Presse wie die sozialdemokratische, die in erster Linie [rein] politischen Gesichtspunkten zu folgen hat und deren Inseratenaufträge zu mäßig sind, um die eigene unabhängige Existenz der auch in der kleinsten Stadt notwendigen Tageszeitung zu gewährleisten, war die

2 Es wäre ein verdienstvolles Werk, wenn sich der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei dazu entschließen könnte, eine genaue Aufstellung der sozialen Gliederung der Parteimitgliedschaft fertigen zu lassen.

„Konzentration“ eine dringende Notwendigkeit. Aber die Konsequenz dieses Konzentrationsprozesses war eine politische Uniformierung der Parteipresse und ein ungeheurer Zuwachs an Einflußnahmemöglichkeiten der Berliner Zentralstelle. Die damit gegebene Verengung der Parteidemokratie war absolut unvermeidbar. Die Verlagerung des politischen Schwergewichts von den Ländern auf das Reich hat in ähnlicher Richtung gewirkt. Die Autonomie der Bezirksorganisationen blieb formell unangetastet; aber der Kreis ihrer Entscheidungsmöglichkeiten ist zugunsten der Zentrale zusammengeschrumpft. In der gleichen Richtung haben die koalitionspolitischen Bindungen gewirkt. Zur Zeit August Bebels konnte die süddeutsche Rebellion ohne Gefahr für die Gesamtlinie der Partei ruhig ihren Duodezmonarchen das Budget bewilligen. Wenn heute ein sozialdemokratischer Bezirksparteitag beschließen würde, daß die Bezirksabgeordneten [im Reichstag] in corpore gegen die Koalitionsregierung zu stimmen hätten und der Wehretat unter keinen Umständen von ihnen bewilligt werden dürfe, würde ein koalitionspolitisch gebundener Reichsparteivorstand sich wahrscheinlich nicht nur mit papierernen Parteitags- oder Vorstandsresolutionen begnügen können [wie] zu Bebels Zeit. Die Interdependenz hat sich gewaltig vergrößert, die Bindungen sind stärker geworden; mit wachsendem Betätigungsgebiet war eine Abnahme der Bewegungsfreiheit verbunden. Die zum großen Teil zwangsläufige Vergrößerung der Machtbefugnisse des Parteiapparats hat sich nicht nur auf die Berliner Zentralstelle beschränkt. Jede örtliche Parteiverwaltung bietet uns dasselbe Bild. Mit der wachsenden Notwendigkeit, die Kräfte der örtlichen Partei, der verschiedenen andern Organisationen sowie der Gewerkschaften einheitlich zusammenzufassen, wurde auch hier der Raum der Spontaneität eingeschränkt und der Aufgabenkreis der Organisationsspitzen erweitert. Eine wesentliche Stärkung des Apparates war durch die Spaltung der Arbeiterschaft bedingt. Nie war der Klassengegner der Partei so nahe gerückt wie die Kommunisten. Die Leitung des Abwehrkampfes verstärkte ebenfalls den Einfluß des Parteiapparates. Bei allen diesen Dingen, vielleicht [die] letzten ausgenommen, handelt es sich nicht um vorübergehende Erscheinungen, sondern [um] bleibende Wandlungen der Parteistruktur.

Aus diesen Gründen ist auch das Zurückgehen auf die Palladien der Parteidemokratie, wie es Schiffrin vornimmt, teilweise fragwürdig. In erster Linie beruft sich Schiffrin auf die Meinungsfreiheit. Die Meinungsfreiheit im innerparteilichen Bezirk steht, wie schon angedeutet, im Dienst der Erzeugung der *volonté générale*; sie sollte eigentlich dazu dienen, daß die Parteigenossenschaft in freier Abwägung von pro und contra auf Grund selbstgebildeter Überzeugung in jedem Fall ihr Votum in die Waagschale wirft. Die wesentlichen Vorbedingungen dieses Meinungsbildungsprozesses sind aber nicht mehr vorhanden. Wir haben heute Meinungsäußerungsfreiheit, aber keine Meinungsfreiheit mehr. Keinem Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist es verwehrt, seine Meinung zu äußern; seine Überzeugung ist frei, und die Partei ist im Vergleich etwa zu den Nachbarn von links höchst liberal. Aber wer über [die] Probleme keine eigene Meinung besitzt, wird sich auch kaum eine in der Partei bilden können; denn gerade über die strittigen Punkte, über die die eigentliche Parteimeinung erst gebildet werden soll, wird der Leser täglich im „Vorwärts“ oder der „Fränkischen Tagespost“ die gleiche einseitige Belehrung erhalten, wie er sie auf der andern Seite etwa durch das „Sächsische Volksblatt“ in Zwickau erhält. Eine auf Meinungsfreiheit basierende Meinungsbildung



wäre nur möglich, wenn jede Zeitung verpflichtet wäre, ihren Lesern jedesmal beide Argumente vorzuführen. Das Fehlen der Meinungsfreiheit wird noch dadurch vertieft, daß die oben angedeutete Entwicklung dazu geführt hat, daß die herrschende Partei-richtung [in mehr als] vier Fünftel, die Gegenseite jedoch nur [in kaum] ein[em] Fünftel der Presse [ihre Ansichten vorzutragen in der Lage ist].

Daß das starke Eigenleben und die Autonomie der lokalen Organisationen heute kaum mehr in dem Maße bestehen kann wie früher, wurde oben schon erörtert. Im übrigen bezieht sich dieses Argument ja nur auf die zentrale, nicht auf die örtliche Oligarchie.

Diese Entwicklung, die zum [größeren] Teil zwangsläufig [und unabwendbar] war und nur zum geringeren Teil parteitaktischen Erwägungen entsprang, hat überall dazu geführt, einem beschränkten Kreis von Funktionären, der keineswegs mit dem Funktionärskörper überhaupt identisch ist, die maßgebenden Entscheidungen in die Hand zu legen. Daß diese Entwicklung nur in einem höchst mäßigen Umfang die Tendenzen der Partei selbst zu ändern vermag, ist gegenüber den Ausführungen von Michels festzuhalten. Denn diese Funktionäre haben ja nichts mit dem gemein, was man bislang mit der Bezeichnung Arbeiteraristokratie zu belegen pflegte, [wor]unter man eine Schicht von Menschen verstand, die zum großen Teil eigene, von den übrigen Proletariern verschiedene Interessen hatten. Selbst von kommunistischer Seite ist kürzlich anerkannt worden, daß es [heute] so etwas wie eine Arbeiteraristokratie, jedenfalls in Deutschland, innerhalb der Reihen der Arbeiterbewegung kaum mehr gibt, und in einem Aufsatz über „Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung und das Problem der Arbeiteraristokratie“<sup>3</sup> hat Smoljanski letzthin unter teilweiser Zitierung Lenins ausgeführt: „So gleitet der alte Typus der Arbeiteraristokratie ins Reich des Vergangenen. Der Buchhalteraristokrat und der Mechaniker-Aristokrat sterben aus; aber an ihre Stelle tritt eine weniger zahlreiche, aber noch viel engere, egoistischere, hartherzigere, selbstsüchtigere, kleinbürgerlichere, imperialistisch gestimmte, vom Imperialismus gekaufte, vom Imperialismus korrumpierte Arbeiter-Aristokratie.“ Der Verfasser des Aufsatzes bemerkt aber in der Polemik gegen seinen Parteifreund Merker selbst, daß diese neue Arbeiteraristokratie nichts mit der in der Sozialdemokratie organisierten Arbeiterschaft zu schaffen habe, sondern er versteht hierunter die Subjekte, die Herr Bata und Herr Arnhold mit seiner Dinta „ausbilden“. Aber das schließt nicht aus, daß versucht werden muß, Gegengewichte gegen den heutigen Zustand zu schaffen, der dazu geführt hat, daß der weitaus größere Teil der Parteimitglieder nicht nur in ihren Mitbestimmungsrechten, sondern auch in ihren Zustimmungsrechten faktisch sehr weitgehend beschnitten sind und daß zwischen den Entscheidungen des Parteiparats, der weitgehend auch über das Bestehen formeller Koalitionen hinaus mit dem Staatsapparat verbunden ist, und den Massen der Parteianhänger eine Diskrepanz der politischen Auffassungen ent[standen ist]. Die Gegengewichte müssen zum Teil neu geschaffen werden, da die überlieferten Stützpfeiler der Parteidemokratie selbst in jenen organisatorischen Wandlungen ihre Tragfähigkeit mindestens teilweise eingebüßt haben.

Der Kreis der leitenden Funktionäre muß überall erweitert werden. Mit Recht hat Schiffrin am Beispiel des sozialdemokratischen Parteivorstandes gezeigt, daß für ein

3 In: Die kommunistische Internationale, Jg. 11 (1930), H. 29/30, S. 1613–1627.

solches Maß der Stabilität, wie wir sie in Deutschland bei unserem Funktionärskörper sehen, keinerlei Veranlassung besteht. Wollen wir, daß bis zu der kleinsten Parteiorganisation die Parteimitgliedschaft aktiver wird, so müssen wir von der Tradition abkommen, daß ein Amtswechsel grundsätzlich nur dann stattfindet, wenn sich jemand etwas hat zuschulden kommen lassen.<sup>4</sup> In den örtlichen Organisationen mindestens bezüglich der nicht besoldeten Ämter, in den Bezirks- und Reichsorganisationen bezüglich aller Ämter muß als Regel eingeführt werden, daß nach Ablauf einer zweimaligen Wahlperiode eine [Wieder]wahl nur unter der Voraussetzung der Erreichung einer Zweidrittelmehrheit möglich ist. Dies wird innerhalb der Reichsorganisation den Zwang zur Zusammenarbeit der verschiedenen Parteirichtungen begründen und die für unsere Organisation beschämende Tatsache, daß ein Drittel der Parteimitgliedschaft auf politische Vertretung in [den entscheidenden Körperschaften der] Partei bisher verzichten muß, für die Zukunft unmöglich machen. Bezüglich der örtlichen Organisationen, bei denen es sich meistens gar nicht um politische, sondern um mehr lokale Fragen handelt, wird diese Klausel dazu führen, daß der Kreis der leitenden Funktionäre öfter wechselt und daß die Parteimitgliedschaft das fast unreal gewordene Recht, ihre Vertrauensleute selbst zu wählen, wieder empfängt. Außerdem wird in den lokalen Organisationen, für die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Partei das allerwichtigste ist, häufiger vermieden werden, daß ein Vorsitzender, der zuerst mit überwältigender Stimmenmehrheit gewählt wurde, eine zwar immer kleiner werdende Zahl von Stimmen erhält, aber kraft des Prinzips der absoluten Mehrheit solange wiederkehrt, bis er selbst den Vorsitz niederlegt. Dazu muß allerdings ein zweiter, lang umkämpfter Grundsatz endlich eingeführt werden: Der, über dessen Amtsführung beraten und beschlossen werden soll, darf sich an der Beschlußfassung hierüber nicht beteiligen. Diesem Satz ist der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei auf dem Magdeburger Parteitag mit dem Argument entgegengetreten, daß hierdurch zweierlei Recht geschaffen würde. Man wird diesen Vorwurf nicht zu tragisch nehmen dürfen. Oberster Grundsatz für eine sozialistische Partei muß sein, den Willen ihrer Glieder zu erkunden und ihn entscheiden zu lassen. Die Geltendmachung dieses Willens wird dadurch behindert, daß diejenigen, über deren Amtsführung geurteilt werden soll, sich an dem Votum über ihre eigene Amtsführung beteiligen. Man wird sich hüten müssen, an die Organisationsgrundsätze einer Partei juristische Maßstäbe zu legen. Ein Parteitag dient nicht der Rechtsfindung, sondern der Aufstellung politischer Grundsätze; mindestens so groß muß aber die Objektivität des Verfahrens sein, daß die Verbindlichkeit des Resultats für alle Parteimitglieder gleich stark ist. Der gern zitierte Satz, daß ein einmal gefaßter Parteitagsbeschluß von allen Parteimitgliedern in gleicher Weise

4 Es ist hier nicht der Ort, ein Urteil über die literarischen Qualitäten des Buches „Der Bonze“ von Felix Riemkasten abzugeben. Es mag sein, daß die Menschen in diesem Buch erdacht, aber nicht erlebt sind; es ist sicher, daß die Kumulation aller negativen Eigenschaften den Helden des Buches zu einer absichtlichen und böartigen Verzerrung des Funktionärbildes macht; aber niemand wird leugnen können, daß mindestens ein Teil unserer gegenwärtigen Parteimaschinerie in diesem Buch eine zutreffende Darstellung gefunden hat. Daß diese Maschinerie bisher nicht mehr Schaden angerichtet hat, liegt daran, daß es innerhalb der Partei höchst wenige Menschen gibt, die mit dem Haß auf ihre eigene Vergangenheit den Haß [gegen diejenigen] verbinden, die selbst noch Teil dieser Vergangenheit sind. Meist wird sich gerade das umgekehrte Bild ergeben, und die Expansion des eigenen Leids sich in verstärkter Aktivität gegen den Klassengegner auswirken.



respektiert werden müsse, gleichgültig wie ihre Stellungnahme vorher gewesen sein mag, hat das Vorhandensein eines Minimums an Verfahrensobjektivität zur psychologischen Voraussetzung.

Die Aufstellung scharfer Unvereinbarkeitsprinzipien ist für die Partei fürderhin nicht entbehrlich. Es hat sich [hier] psychologisch schon oft äußerst schädlich ausgewirkt, daß innerhalb der Sphäre der Partei Parteifunktionen und Staatsfunktionen in einer Person sich vereinigt haben. In einer Zeit, in der das Ergebnis der Staatstätigkeit doch höchstens einen Kompromiß zwischen dem Willen der Arbeiterschaft und dem Willen des Bürgertums darstellen kann, wobei die Arbeiterschaft heute anerkanntermaßen der schwächere Teil ist, ist nichts verderblicher, als wenn die Masse der werktätigen Bevölkerung den Willen der Parteiführung mit der tatsächlichen Leistung der Staatsgewalt verwechselt. Wer Bürgermeister ist, kann nicht zugleich örtlicher Parteivorsitzender sein; wer Landtagsabgeordneter und Justizreferent in der Landtagsfraktion ist, kann nicht zugleich Abteilungsvorsteher bei der obersten Justizbehörde sein. Es ist [überhaupt] erstaunlich, wie wenig in Deutschland bis heute solche Unvereinbarkeitsgrundsätze, die die stärkste Stütze der Demokratie bilden, durchgedrungen sind; ist doch bis heute Herr von Siemens nicht nur der größte Lieferant der Reichsbahn, sondern auch der Vorsitzende ihres Verwaltungsrats. Vom Standpunkt der Beamten aus hat [kürzlich] Goslar festgestellt, daß es besser sei, wenn ein Beamter nicht zugleich Parlamentsmitglied sei. Sieht man von dem hier nicht interessierenden Beamtenstandpunkt ab, so bleibt für unsere Problemstellung der folgende Satz Goslars höchst aufschlußreich: „Es ist in der Regel nicht anzunehmen, daß Reichs- oder preußische Beamte, die den regierungsoptionellen Parteien angehören, jemals so weit gehen werden, unter Verletzung ihres Diensteides und unter Ausnutzung ihrer internen Amtskenntnisse der Regierung Schwierigkeiten im Parlament zu machen.“<sup>5</sup> Meistens wird eine solche Vereinigung von Staats- und korrespondierender Parteifunktion dazu führen, daß der betreffende Würdenträger in seiner Person schon einen Ausgleich zwischen den Forderungen seiner Partei und den Verhältnissen seines Amtes vornimmt und beide dann identifiziert. Sieht man von der, durch das parlamentarische System bedingten, politisch unvermeidlichen Verbindung von Ministerposten und höchstem Parteiamt ab, so sollte in Zukunft eine Kumulation von Beamtenstellungen und Parteifunktionen in einer Person vermieden werden. Eine solche Abstinenz erhöht die Parteiaktivität und befreit von falschen Rücksichtnahmen. Sie dient dadurch der für weite Kreise unserer Mitgliedschaft notwendigen Herausarbeitung des Willens der Partei.

Die Zahl der Vorschläge läßt sich wahrscheinlich noch vermehren. Das wichtige ist nur, daß die verantwortlichen Kreise innerhalb der Partei einsehen lernen, daß die organisatorischen Veränderungen der Partei eine Erneuerung der Institutionen notwendig machen, die die Parteidemokratie verbürgen. Wollen wir auch innerhalb unserer Partei den Grundsatz durchführen, den wir immer betonen und den Charles Beard kürzlich folgendermaßen formuliert hat: „History making in a machine age is a mass process

5 Vgl. Hans Goslar, Sollen Beamte Abgeordnete sein?, in: Sozialistische Monatshefte, Jg. 36 (1930), T. 1, S. 326–334, Zitat S. 328.

rather than an operation managed by a small aristocracy",<sup>6</sup> so müssen wir in eine Reform unserer Parteiorganisation eintreten. Es wäre im Interesse der Gesamtpartei, wenn der sozialdemokratische Parteivorstand Schritte unternehmen würde, um gegen die Stabilisierung des Kapitalismus durch eine Erhöhung der inneren Produktivität unserer Partei anzukämpfen. Er möge eine Kommission einsetzen, die dem nächsten Parteitag bestimmte Reformvorschläge zur Beschlußfassung unterbreitet.

Wichtiger als formale Institutionen ist die Erneuerung der Vertrauensbasis, der Bewußtseinsverbindung zwischen Führung und Masse. Der Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen, daß der gegenwärtige sozialdemokratische Parteivorstand mehr von Augenblicksakklationen als von dieser ständigen Bewußtseinsverbindung lebt. Niemand darf übersehen, daß die Aufgaben des Parteivorstands unendlich schwieriger sind als in der Vorkriegszeit, und es wäre deshalb ein billiger Vergleich, das [Bild] August Bebels gegen den heutigen Parteivorstand auszuspielen. Aber es ist die geschichtliche Aufgabe der heutigen Führergeneration, Gegenwartswollen und Endziel mit einer Klarheit herauszuarbeiten, die auch heute wiederum der Parteianhängerschaft jene Selbstverständlichkeit ihrer Zugehörigkeit verschafft, die sie ehemals besaß. Aus diesen Gründen war nicht erst die Art des Ergebnisses des letzten Parteitags [sondern bereits die Themenstellung] ein [kaum wieder gut zu machender] Fehler [für die] Partei. Wer die Einheit der Partei als nicht hoch genug zu schätzendes Gut betrachtet, muß die Fragen so stellen, daß die Antworten verbindlich sind; nichts [aber] ist schlimmer als eine Antwort, [der] die Geschichte [der Partei selbst] schon einmal [die verbindliche Kraft abgesprochen] hat. Möge deshalb der Parteivorstand der Sozialdemokratie das Vertrauensverhältnis zwischen Parteispitze und Mitgliedschaft als jene heute mehr denn je Erfüllung heischende Aufgabe betrachten, deren Lösung aus [einem] Parteivorstand erst [eine] Parteiführung macht.

6 Vgl. Charles Beard, Government by technologists, in: The New Republic vom 18. Juni 1930.



# **Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung zwischen Mitte des vergangenen Jahrhunderts und 1945 in den Beständen von Parteien, Vereinen, Verbänden und Sammlungen des Bundesarchivs, Abteilungen Potsdam**

**Von Gerlinde Grahn**

Über den Zugang der Bestände ins Archiv können ähnliche Feststellungen wie zu den Nachlässen getroffen werden.<sup>1</sup> Die im Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, aufbewahrte Überlieferung von Parteien, Organisationen und Institutionen gelangte auf unterschiedlichen Wegen in das Archiv. Ein geringer Teil geht auf Erwerbungen bzw. Übernahmen des Reichsarchivs in den zwanziger Jahren zurück. Zusammen mit anderen Beständen des Reichsarchivs wurden sie während des Zweiten Weltkriegs ausgelagert, wobei kaum Verluste eintraten.

In der Zeit des Faschismus wurde Archivgut von Persönlichkeiten, Organisationen, vor allem aber von Verlagen in der Emigration, insbesondere in Frankreich und in den Niederlanden, durch den Sicherheitsdienst beschlagnahmt und nach Berlin gebracht. 1945/1946 wurden sowohl an den ausgelagerten als auch den in der Emigration beschlagnahmten Beständen Sichtungsarbeiten durch Beauftragte der Roten Armee durchgeführt, Teile der Bestände in die Sowjetunion verbracht und teilweise ab Mitte der fünfziger Jahre zurückgegeben. Einiges befindet sich jedoch nachweislich noch im sog. Sonderarchiv in Moskau.<sup>2</sup>

Außerdem gelangten im Zuge notwendiger Sicherungsmaßnahmen bei der Auflösung von Parteien, Verbänden und Vereinen bzw. bei gefährdetem Erhaltungszustand seit der Existenz des Deutschen Zentralarchivs bzw. des Zentralen Staatsarchivs Dokumente in das Archiv. Des weiteren erfolgte im Zuge der Bestandsbearbeitung und damit verbundener Provenienzfeststellungen die Bildung von Beständen im Archiv.

Die verschiedenen Sammlungen, die hier zweckmäßigerweise mit einbezogen werden, wurden sowohl im Reichsarchiv als auch später im Zentralen Staatsarchiv angelegt.<sup>3</sup> Überliefert sind im wesentlichen Unterlagen von bürgerlichen Parteien und Verbänden, da die Arbeiterbewegung schon vor 1933 über eigene Archive verfügte und nach 1945 die Archive der Parteien und Organisationen in der DDR ebenfalls wieder eigene Archivnetze aufbauten und unterhielten. In diese ging auch die Überlieferung aus der Zeit vor

1 Vgl. Gerlinde Grahn, Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung zwischen der Mitte des vergangenen Jahrhunderts und 1945 in den Nachlässen des Bundesarchivs, Abteilungen Potsdam, in: *IWK*, Jg. 29 (1993), H. 1, S. 26–43.

2 Götz Aly und Susanne Heim, Das Zentrale Staatsarchiv in Moskau („Sonderarchiv“). Rekonstruktion und Bestandsverzeichnis verschollen geglaubten Schriftguts aus der NS-Zeit, Düsseldorf, 1992.

3 Eine Ausnahme bildet die Sammlung zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges, die vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR übernommen und leider noch nicht archivischen Anforderungen entsprechend bearbeitet wurde.

1933 ein. Insbesondere verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf die in der unselbständigen Stiftung beim Bundesarchiv zusammengefaßten Archive.<sup>4</sup>

Die Dichte der Überlieferung ist qualitativ und quantitativ sehr unterschiedlich.<sup>5</sup> In den Beständen befinden sich häufig sowohl Dokumente der zentralen als auch der regionalen Ebene. Die Quellen der Parteien und Verbände sind im Zusammenhang mit den Nachlässen führender Mitglieder dieser Organisationen zu betrachten, die in den Abteilungen des Bundesarchivs in Koblenz und Potsdam überliefert sind, da sich in den Nachlässen z. T. Geschäftsakten von Parteien und Vereinen befinden.

Die archivwissenschaftliche Bearbeitung erfolgte im wesentlichen im Archiv. Im Unterschied zur Bearbeitung der Nachlässe wurde jedoch bei größeren Beständen, die über sichtbare Ordnungsschemata schon aus den Behörden verfügten, auf diese zurückgegriffen. Erfolgte eine Neubearbeitung, wurde ähnlich wie bei den Nachlässen versucht, ein einheitliches Ordnungsschema anzuwenden, das die Benutzung der verschiedenen Bestände erleichtert. Der Zugang zu den Quellen ist über Findbücher und Findkarteien möglich.<sup>6</sup> Bei der Beschreibung der einzelnen Bestände wird auf eine Kurzdarstellung der Geschichte des Bestandsbildners verzichtet, wenn die Organisation im „Lexikon zur Parteiengeschichte“<sup>7</sup> nachgewiesen ist.

## 1. Parteien

- **Deutsche Volkspartei:**<sup>8</sup> Überliefert: Schriftwechsel mit Wahlkreisverbänden der Partei (1926–1930), u. a. zu Fragen der sozialen Lage der Arbeiter so z. B. zur Arbeitslosenversicherung.
- **Deutsche Zentrumspartei:** Geringe, bruchstückhafte Überlieferung, dabei drei Bände Artikeldienst der Deutschen Zentrumspartei (1930–1933), die sich u. a. auf das Verhältnis der Partei zur SPD und den Sozialismus im allgemeinen beziehen.<sup>9</sup>
- **Deutschnationale Volkspartei:** Überliefert: Material über das Verhältnis zur Sozialdemokratie, so Koalitionsbedingungen für ein mögliches Zusammengehen mit der SPD, zu Agrarpolitik und Agrarprogramm der SPD; Dokumente aus der Tätigkeit

4 Siehe: Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes vom 13. März 1992. Bundesgesetzblatt, Teil I, 1992, S. 506.

5 In fast allen Beständen befinden sich in größerem Umfang Druckschriften der Organisationen der Arbeiterbewegung, die hier verständlicherweise im einzelnen nicht aufgeführt werden können, meist aber in den detaillierten Enthält-Vermerken in den Findmitteln nachgewiesen sind. Besonders konzentriert überliefert sind solche Druckschriften in den Beständen Alldeutscher Verband, Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront, dem Stahlhelm und der Vereinigung für freie Wirtschaft. Zum letztgenannten Bestand liegt als Band 2 der Findbücher ein spezielles Register der Druckschriften vor.

6 Hinsichtlich der Benutzung der Bestände sei darauf verwiesen, daß das Bundesarchiv beabsichtigt, einige Bestände an Nachfolgeinstitutionen der Bestandsbildner abzugeben, so daß sich vor einer beabsichtigten Benutzung auf jeden Fall eine Rückfrage beim Archiv empfiehlt.

7 Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). Hrsg. von Dieter Fricke (Ltr. des Hrsg.-Kollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, 4 Bde., Leipzig 1983–1986.

8 Im Bestand enthalten sind auch Vorakten der Nationalliberalen Partei.

9 Über den Bestand existiert kein Findmittel; er ist aber, da er insgesamt nur vier Akteneinheiten umfaßt, benutzbar.



der KPD; mehrere Akten zum Kapp-Putsch 1920. Überliefert sind außerdem Akten der Hauptgeschäftsstelle der DNVP (1918–1933) und des Deutschnationalen Arbeiterbundes (1920–1931). Der letztgenannte Teilbestand enthält v.a. einen relativ umfangreichen Schriftwechsel mit den Ortsgruppen über Gründung und Tätigkeit des Bundes, dessen Bemühungen um die Gewinnung der Arbeiterschaft, Tagungen mit Arbeitern und Arbeiterführern und die Zusammenarbeit mit den christlichen Gewerkschaften.

- **Deutschsoziale Reformpartei:** Überliefert: Druckschriften und Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle, darunter in den Drucksachen von 1896 Mitteilungen der Kommission für Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.
- **Fortschrittliche Volkspartei:**<sup>10</sup> Überliefert: Akten zur Wirksamkeit von Ausschüssen, Kommissionen der Partei und von ihr beeinflusster Organisationen, so des Sozialpolitischen Ausschusses, des Reichsvereins der liberalen Arbeiter und Angestellten und der liberalen Landarbeiterbewegung (1911–1918). Im Schriftwechsel u. a. mit dem Wahlkreis Niederbarnim enthalten: Abstimmung mit den Konservativen zur Verhinderung eines Wahlsiegs der Sozialdemokratie; in politischen Lageeinschätzungen vom Oktober 1918 dargelegt: Haltung der Sozialdemokratie zu innen- und außenpolitischen Grundsatzfragen wie zum Brester Frieden und zur freien Wirtschaft am Ende des Ersten Weltkriegs.
- **Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und nationalsozialistische Organisationen:** Überliefert: nur Bruchstücke einzelner zentraler Dienststellen, u. a.
  - Auslandsorganisationen: Rundschreiben der DAF zu Lohn- und Tarifrfragen, Frauenarbeit, Arbeitsvermittlung.
  - Dienststellen Reichsleiter Rosenberg: Politische Stimmungsberichte der Gauschulungsämter bzw. der Gaubeauftragten des Überwachungsamtes, u. a. KPD, SPD, Nationalkomitee Freies Deutschland.
  - Außenpolitisches Amt, Presseamt: Über die Arbeit der Komintern in Westeuropa, Masch. Ms. o. Verfasser, o. J.; Flugblatt des Berliner Antifaschistischen Komitees an die sowjetischen Ostarbeiter mit Aufruf zum Kampf gegen den Faschismus, Juni 1943; ausländische Presse u. a. über Verhältnisse in den Konzentrationslagern, Hinrichtungen, Bücherverbrennung; Widerstand gegen Nazi-Deutschland (Kirche, Kommunismus, Emigranten); Prozeß gegen den Journalisten Berthold Jacob, 1935 nach Entführung durch Hans Wesemann, verbunden mit Aufruf zum Kampf um die Freilassung Thälmanns, Ossietzkys, Mierendorffs und der anderen antifaschistischen Gefangenen; Unterlagen über Tätigkeit der Komintern, Emigrantenbewegung, Organisation und Tätigkeit des Antikomintern-Verbandes e. V., Antikominternabkommen zwischen Deutschland, Japan und Italien; Tätigkeit des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts Berlin, 1933–1941; Tätigkeit und politische Haltung von Emigranten aus der Sowjetunion, Emigrantenorganisationen, 1939 bis 1941; Tätigkeit der Kommunistischen Internationale (KI) 1940–1941; Wirtschafts- und Sozialpolitik: Lage der Landarbeiter, Einsatz des männlichen und weiblichen

10 Dem Bestand zugeordnet wurden Akten des Wahlvereins der Liberalen (Freisinnige Vereinigung) (1893 bis 1918) und der Freisinnigen Volkspartei aus einzelnen Wahlkreisen.

Reichsarbeitsdienstes in der Landwirtschaft; Arbeitskräftemarkt und Frauenarbeit in Deutschland.

- Hauptamt NSBO: Schriftwechsel u. a. über medizinische Betriebsbetreuung, Tariffragen.
- Kanzlei des Führers der NSDAP: Bericht der Staatspolizeistelle Dortmund für den Regierungsbezirk Arnsberg über die politische Lage im Jan./Febr. 1934, u. a. illegale Tätigkeit der KPD, staatsfeindliche Äußerungen evangelischer und katholischer Pfarrer; Protestschreiben aus dem Ausland gegen das Todesurteil gegen Etkar André.
- Kampfbund für deutsche Kultur, Reichsleitung: Schwarze Listen für Volksbüchereien und den Buchhandel, u. a. Titel von Ludwig Renn, Anna Seghers, Johannes R. Becher, Bertolt Brecht.
- Reichspropagandaleitung: u. a. Berichte des Propagandastabes über das Nationalkomitee Freies Deutschland; 20. Juli 1944.
- Reichstagsfraktion der NSDAP: u. a. Informationen über die KPD und SPD 1932 bis 1933 im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen.
- Reichsleitung der NSDAP vor 1933: Presseübersichten des Reichsführers SS über die antifaschistische Presse 1931–1932.

## 2. Vereine und andere nichtstaatliche Institutionen

- *Alldeutscher Verband*: Überliefert: Material im wesentlichen aus der Zeit zwischen 1903 und 1935 zur organisierten Auseinandersetzung mit der revolutionären Arbeiterbewegung insbesondere in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wie dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie; Erfassung und Weitergabe von Informationen über die Tätigkeit der verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung und ihrer führenden Persönlichkeiten u. a. in Form von Lageberichten, insbesondere über die Sozialdemokratie und die KPD; Materialsammlungen zu Ereignissen in der Geschichte der Arbeiterbewegung wie dem Matrosenaufstand 1917, der Novemberrevolution, dem politischen und sozialen Kampf von KPD, SPD und Gewerkschaften in der Weimarer Republik. Dokumente liegen vor zum Kontakt des Verbandes zu den christlichen Gewerkschaften.
- *Antibolschewistischer Weltkongreß, vorbereitendes Sekretariat*: Überliefert ist ein geringer Schriftwechsel aus dem Jahre 1937 mit Universitäten und Hochschulen zur Feststellung von Personen mit antibolschewistischer Einstellung.
- *Arbeiterwohl, Verband katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde*: Überliefert: Aufrufe, Statuten, Protokolle von Generalversammlungen, Vorstandssitzungen, Mitgliederverzeichnisse und andere Organisationsunterlagen aus der Zeit von 1879–1905.
- *Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände Deutschlands (Zentralarbeitsgemeinschaft)*: Überliefert: Akten des Zentralvorstands (1918–1925) wie Protokolle, Satzungs- und Organisationsangelegenheiten, u. a. Bildung von Fachgruppenausschüssen, Rundschreiben und Denkschriften zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen wie Arbeiterschutz, Erwerbslosenfürsorge,



Einsatz ausländischer Arbeiter, Sozialisierung; Schriftwechsel mit Reichsbehörden, gewerkschaftlichen Zentralverbänden, Einzelgewerkschaften, Unternehmerorganisationen und Einzelpersonen zu allen Arbeitsgebieten der Zentralarbeitsgemeinschaft u. a. über Tarifverträge und Tarifstreitigkeiten, Regelung der Arbeitszeit, Lohnstatistiken, Errichtung von Arbeitskammern und Lebensmittelpreise. Darin enthalten auch Dokumente zu einzelnen historischen Ereignissen wie dem Bergarbeiterstreik in Oberschlesien 1919 und den Arbeiter- und Soldatenräten im Ruhrgebiet im selben Jahr.

- Akten aus der Tätigkeit von Ausschüssen (1918–1924): u. a. Sozialpolitischer Ausschuß, Ausschuß zur Regelung des Lehrlingswesens, Reichsarbeitsgemeinschaften und Fachgruppen, u. a. mit Satzungen und Schriftwechsel.
- Schriftwechsel der Gewerkschaften mit der Zentralarbeitsgemeinschaft über wirtschaftliche, politische und sozialpolitische Fragen, so über Streiks, Entlohnung und Tarifstreitigkeiten.
- **Baltische Delegation Stockholm:**<sup>11</sup> Überliefert: u. a. Telegramm von Klots vom 7. Mai 1919 über die Forderung der USPD nach Rückzug der deutschen Truppen aus den Ostseeprovinzen.
- **Baltischer Vertrauensrat:** Überliefert: Schriftwechsel des Vorsitzenden mit Behörden, Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen (1915–1940) v. a. über Arbeitsvermittlung, Fürsorge und Arbeitsbeschaffung für kriegs- und zivilgefangene Balten, Arbeitslosen- und Krisenunterstützung für in Deutschland lebende Balten.
- **Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiersgewerbes:** Überliefert: u. a. Material zu Revision und Liquidation des Gewerkschafts rings Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände (1934–1936).
- **Bund der Saarvereine:** Überliefert: in geringem Umfang Quellen zur sozialen Lage und Bewegungen der Arbeiter und zur Tätigkeit der Arbeiterparteien und Gewerkschaften im Saargebiet (1919–1935), u. a. ablehnende Haltung der Gewerkschaften zur Teilnahme an der Deutschen Kundgebung für Rhein, Saar und Pfalz am 15. Aug. 1926; Dokumente über die politische Tätigkeit von Max Braun, Chefredakteur der „Volksstimme“, Saarbrücken; Arbeits- und Wohnungsnachweis für Flüchtlinge.
- **Christlich-sozialer Verein:** Überliefert: Denkschriften, Mitgliederverzeichnisse, Materialsammlung u. a. zur christlich-sozialen Politik (1902–1909, 1927–1930).
- **Deutsche Arbeitsfront:** Überliefert: Akten des Zentralbüros, des Amtes Information, von Fachämtern der DAF, Einzelakten des Arbeitswissenschaftlichen Instituts und dessen umfangreiche Presseauschnittsammlung.<sup>12</sup>

11 Die Baltische Delegation war eine Interessenvertretung der vor den Auswirkungen der russischen Revolution 1917 aus dem Baltikum Geflüchteten. Ihre Aufgaben sah die Delegation anfangs in der Vermittlung der Rückkehr der im neutralen Ausland Befindlichen, dann v. a. in der Information über die baltischen Länder und in der Unterstützung beim Aufbau und Einsatz der Freikorps im Baltikum. Erster Direktor Erwin Dircks, Geschäftsführer Rechtsanwalt Henrik Laerum, stellv. Vorsitzender 1919 Baron von Pahlen.

12 Die Sammlung ist im wesentlichen hervorgegangen aus der Presseauschnittsammlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Im Archiv des Verbandes wurde seit 1919 laufend eine große Anzahl an Tageszeitungen und Zeitschriften ausgewertet. Die Sammlung wurde 1933 vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF übernommen und weitergeführt. Ihr angegliedert wurden mehrere von der Gestapo beschlagnahmte Sammlungen und solche, die nach der Gleichschaltung von Organisationen unterzubringen waren wie die der Gewerkschaftszentralen und anderer Verbände, u. a. Werkmeister-Verband, Deutscher Metallarbeiter-Verband, Deutscher Techniker-Verband. Der zeitliche Umfang der Überlieferung

Das breite Netz von Informanten und die enge Zusammenarbeit mit dem Gestapa bzw. der Gestapo nutzend, erhielt das Amt Information eine Fülle von Material aus den verschiedensten Bereichen bis hin zu detaillierten Meldungen der Gaue über die politische Situation in einzelnen Orten und Betrieben. So finden sich in der Aktenüberlieferung Dokumente u. a. zu folgenden Komplexen:

- Antifaschistischer Widerstand der illegalen Organisationen der Arbeiterbewegung: *KPD*: Wichtige Einzeldokumente der KI und der illegalen Leitungen der KPD inner- und außerhalb des Reichs, z. B. Memorandum der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg an die Bezirksorganisation der KPD, etwa Herbst 1934; Richtlinien des ZK der KPD an alle Bezirksleitungen der KPD und alle Kommunisten im RFB zur Schaffung einer einheitlichen proletarischen Wehrorganisation, etwa Okt./Nov. 1934; Organisationsrichtlinien der KPD(O) Sachsen, 1935; Beschlüsse des VII. Weltkongresses der KI 1935 und die Rede Ercoli/Togliattis. Überliefert sind illegale Presseerzeugnisse, Informationen über die Einschleusung und Versendung kommunistischer und sozialistischer Druckschriften aus der ČSR, Frankreich, der Schweiz und dem Saargebiet, über einen Kommunistischen Sender Deutschlands, 1937; Meldungen der DAF aus einzelnen Gauen über das Auffinden kommunistischer Druck- und Maueraufschriften; Tätigkeit und Verfolgung einzelner Kommunisten, kommunistische Aktivitäten in einzelnen Betrieben, u. a. Verdacht kommunistischer Agitation in der Künstlerkolonie Worpswede 1935; die Arbeit von KPD- und SPD-Mitgliedern in faschistischen Organisationen, u. a. DAF und KdF, dabei Liste von 2755 DAF-Mitgliedern, die wegen „marxistischer“ Betätigung vom Dez. 1935 – Juli 1937 verhaftet wurden (mit Angaben zur Person, Stellung in der DAF und früherer Parteizugehörigkeit); kommunistische Agitation in den Arbeitsdienstlagern des Kreises Chemnitz. Verhaftungswellen gegen die illegale KPD in Goslar 1933/34; Thüringen 1934, Leipzig 1934/1935, Mitteldeutschland 1935, Hannoversch-Münden 1936, im Bereich der Gestapostelle Münster und dem Ruhrgebiet 1936, Tuttlingen 1937, Verhaftung der Unterbezirksleitung Chemnitz des RFB und des KJVD. Entlassung von ehemaligen KPD- und SPD-Mitgliedern aus Wehrmachtsdienststellen und Rüstungsbetrieben, 1936–1938.

*Rote Hilfe*: u. a. Verhaftungen wegen illegaler Betätigung für die Organisation 1935–1937.

*KJVD*: u. a. Übereinkommen zwischen der Kampfgemeinschaft für deutschen Arbeitersport (ehemals Arbeiter-Turn- und Sportbund) und dem ZK des KJVD 1936.

*SPD*: u. a. Verhaftung von 130 Angehörigen der illegalen SPD (linker Flügel) in Duisburg, 1935; verstärkte Tätigkeit der SAP im Gau Schlesien 1936.

*Gewerkschaften*: u. a. Versuche der illegalen Neuorganisation der freien Gewerkschaften und von ehemaligen Funktionären des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Sachsen 1936; Verteilung illegaler Druckschriften; Liquidation der 1933 zerschlagenen Gewerkschaften; Vermögen der Gewerkschaften, Liste der ehem.

[Forts. von Anm. 12]

erstreckt sich daher auf den Zeitraum zwischen 1897 und 1944. Das Zentrale Staatsarchiv Potsdam übernahm den Bestand 1950 bzw. 1964 vom Archiv des Bundesvorstandes des FDGB.



Gewerkschaftssekretäre im Gau Magdeburg-Anhalt; Akten und Bibliotheken der Gewerkschaften, u. a. Vorschlag zur Errichtung eines Archivs für Gewerkschaftsfragen beim Amt Information als zentraler Sammelstelle für das Material der aufgelösten Gewerkschaften, Juni 1935; Abtransport von beschlagnahmten Zeitschriften aus Gewerkschaftseigentum in Harburg-Wilhelmsburg und Übergabe an das Hauptarchiv der NSDAP in München 1936; Erfassung, Auswertung und Aufteilung der beim Amt Information liegenden Bücher und Akten der freien Gewerkschaften auf SD-Hauptamt, Amt Information und Arbeitswissenschaftliches Institut der DAF 1937.

*Versuche des Amtes Information, in die illegalen Arbeiterorganisationen einzudringen und sie mit Hilfe der staatlichen Terrororgane zu zerschlagen.* Das belegen u. a. das Angebot der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zu einer Vereinbarung mit der DAF über gegenseitigen Nachrichtenaustausch vom Aug. 1933; ein interner Vorschlag der DAF vom Okt. 1933, eine geheime Organisationstruppe aufzubauen, um in die illegalen Organisationen der Arbeiterbewegung einzudringen und sie zu bekämpfen; Informationen über den Einsatz von V-Männern gegen die aktiven KPD-Zellen in Eberswalde, Potsdam und Nowawes, 1935; der Plan, V-Männer zur Jahrestagung 1937 des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Budapest zu entsenden.

*Informationen über die Arbeiterbewegung im Ausland:* u. a. Echo auf den Terror im faschistischen Deutschland, Proteste gegen Verhaftungen und Todesurteile, Aufforderung zum Warenboykott durch den Präsidenten des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, William Green, 1937.

*Aus der Überlieferung der Fachämter:* Arbeitsmarkt-, Lohn- und Sozialpolitik der DAF 1939–1945; u. a. Auseinandersetzungen zwischen DAF und Reichsarbeitsministerium darüber; arbeitsrechtliche Fragen, Arbeitszeit, Jugendschutz, Urlaub; Ernährung der deutschen Arbeiter; Tarifverträge einzelner Wirtschaftszweige (auch aus der Zeit vor 1933); Beteiligung der DAF am Zustandekommen des Erlasses über soziale Leistungen an ausländische Arbeitskräfte vom 25. Okt. 1941; Rückwirkungen der Lohnverhältnisse des Auslands auf die deutschen Löhne und Preise.

- Einen gesonderten Komplex der Überlieferung des Bestandes *Deutsche Arbeitsfront* stellt die schon genannte Presseauschnittsammlung des *Arbeitswissenschaftlichen Instituts* dar. Die Sammlung gliedert sich in folgende Sachkomplexe:

*Innenpolitik:* Werbematerial zu den Reichspräsidenten- und Reichstagswahlen 1925 bis 1932 u. a. von KPD, SPD, Antifaschistischer Aktion, RFB, Roter Jungfront, Eiserner Front und ADGB.

*Volksentscheide und Volksbegehren (1925–1928):* u. a. über Enteignung der Fürstenvermögen, gegen den Panzerkreuzerbau.

*Arbeiterparteien (1908–1933):* SPD, USPD, KPD, ASPD, Gewerkschaften und andere Arbeiterorganisationen mit Parteiprogrammen, Statuten, Parteitag und Kongressen, Druckschriften, interessanten Einzeldokumenten wie Satzungen des Bundes der Kommunisten; Karl Kautsky: Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm; Das Sozialistengesetz 1878. Jubiläums-Festschrift vom 21. Okt. 1928; Auszüge aus dem Stenogramm der Wahlversammlung der ASPD vom 12. Mai 1928.

*Landes- und Hochverratsprozesse (1929–1944)*: Hochverratsprozeß gegen Joseph Rossaint 1937 wegen Bemühungen um Schaffung einer Einheitsfront katholischer und kommunistischer Jugendorganisationen; Prozesse wegen Abhörens des Senders Moskau; Gesetze und Verordnungen aus der Zeit von 1932–1944 über: Verbote in- und ausländischer Druckschriften und Filme; Einziehung „volks- und staatsfeindlichen“ Vermögens u. a. von Arbeiterturn- und Sportvereinen; Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft und Ausbürgerungen; in- und ausländische Presse zur illegalen Arbeit und Verfolgung der Oppositionsbewegung gegen das Nazi-regime, u. a. illegaler Antifaschistischer Kongreß Berlin Dez. 1937.

*Druckschriften der Arbeiterorganisationen in einzelnen Ländern des Reichs (1918 bis 1938)*: u. a. des Arbeiter- und Soldatenrats München, 1918; Die kommunalpolitischen Richtlinien der SPD, 1928; Auszug aus dem Protokoll der 10. Konferenz des Reichsbeirats der Betriebsräte und Konzernvertreter der Metallindustrie am 25./26. Jan. 1931 in Berlin; Niederschrift über die Sitzung des Reichsreform-Ausschusses des DGB am 27. Aug. 1931.

*Verwaltung und Polizei (1921–1938)*: Auslandspresse über die Zustände in den KZ und Gegendarstellungen der NS-Presse; Meldungen über in Schutzhaft genommene bzw. ins KZ überführte Persönlichkeiten, u. a. Hinweise auf Thälmann, Ossietzky, Torgler, Friedrich Ebert jun., Heilmann.

*Rechtswesen (1925–1933)*: Gewerkschaften und Justizreform; Tarifrecht; Kontrollliste zur Prozeßvertretung vor Amtsgerichten durch Gewerkschaftsbeamte, 1926.

*Außen- und Weltpolitik (1915–1945)*: ADGB zum deutschen Auswanderungsproblem; Arbeit deutscher Arbeiterorganisationen mit den deutschen Arbeitern im Ausland, in den abgetretenen und besetzten Gebieten, u. a. Saargebiet, Danzig, Memelland; internationale Arbeiterbewegung (1935–1938); Sozialistische Arbeiter-internationale; Internationale Gewerkschaftsbewegung, u. a. Gewerkschaftsinternationale, Internationaler Gewerkschaftskongreß 1938.

*Wirtschaft und Sozialpolitik (1881–1945)*: u. a. Auszüge aus den Wahlaufrufen der einzelnen Parteien über ihre Stellung zur Sozialpolitik, zu den Reichstagswahlen u. a. SPD, ASPD; sozialpolitisch-wissenschaftliche Gesellschaften und Vereine (1900–1942); u. a. Verein für Sozialpolitik, Gesellschaft für soziale Reform, Verein Soziales Museum e. V., Frankfurt a. M.; Arbeitseinkommen und Sozialbeiträge; Arbeitsrecht, u. a. Bericht über eine Besprechung von Prof. Sinzheimer, Dr. Potthoff und Vertretern des ADGB und des Deutschen Gewerkschaftsrings über Fragen des Arbeitsrechts am 14. März 1922; DAF und Arbeitsrecht; Rechtsstellung ausländischer Arbeiter; arbeitsrechtliche Behandlung der Juden, Polen und Zigeuner; Arbeitsverträge; betriebliche Arbeitsordnungen; Tarifvertragsrecht und Schlichtungswesen, u. a. Stellung der verschiedenen Gewerkschaften dazu; Arbeitsgerichte; Vereins- und Koalitionsrecht (1899–1932); u. a. Koalitionsrecht der Lehrlinge.

*Arbeitskampf (1907–1927)*: u. a. Aussperrungen, Boykott und Arbeitsniederlegungen der Arbeiter in einzelnen Wirtschaftszweigen, u. a. Streik in der Berliner Metallindustrie, Sept./Okt. 1919; Berliner Streik der BVG, Nov. 1932.

*Arbeitslosigkeit (1909–1941)*: u. a. Staat, Arbeiterparteien und Gewerkschaften zur Arbeitslosigkeit; Arbeitsbeschaffungsprogramme; Ergebnisse der Verhandlungen



der Gemeinsamen Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

*Arbeitseinsatz, Arbeitsvermittlung (1894–1944)*: Entwicklung der Arbeitsnachweise; Wanderarbeiter; Dienstverpflichtungen; Vermittlung deutscher Arbeiter nach dem Ausland, ausländische Arbeiter in Deutschland; Kriegseinsatz u. a. Einsatz von Schülern und Studenten in Landwirtschaft und Industrie 1944–1945, von Körperbehinderten, Unfallverletzten, Kriegs- und Dienstbeschädigten; Arbeitsschutzrecht; Arbeitszeit, u. a. 1. Mai als Feiertag; Urlaub; Arbeitsdienst, u. a. Stellungnahme von Parteien, Gewerkschaften und Berufsgruppen dazu, Maßnahmen gegen den Arbeitsdienst.

*Sozial-, Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung (1900 bis 1945)*: u. a. Stellungnahmen von Gewerkschaften, Berufsgenossenschaften und Berufsgruppen; Mängel und Reformen der Versicherung zwischen 1905 und 1944; Kritik an diesen Versicherungen; Sitzungsberichte des Sozialversicherungsausschusses in der DAF, Okt. 1933.

*Soziale Verhältnisse (1904–1944)*: Beschäftigung, Lohnpolitik und Lebenshaltungskosten; betriebliche Sozialpolitik, u. a. Einsatz von Betriebsärzten, Betriebskindergärten, soziale Fürsorge für Frauen und Jugendliche; Gewinn- und Besitzbeteiligung der Arbeitnehmer, u. a. bei einzelnen Firmen, Beteiligung der Landarbeiter am Ertrag; Stellungnahme von Gewerkschaften und Berufsgruppen; Volkswohlfahrtspflege; u. a. Arbeiterwohlfahrt; Bund für Mutterschutz; Wohnungs- und Siedlungspolitik; u. a. Maßnahmen gegen die Wohnungsnot; Gewerkschaften und Heimstättenbau; Landarbeiterwohnungen und -siedlungen; Bodenreform: Stellungnahmen u. a. von katholischen Arbeitervereinen, christlichen Gewerkschaften, Reichsbanner, SPD, KPD, Gewerkschaftsring, ADGB.

*Geschichte der Frauenfrage und -bewegung (1902–1944)*: Frau im Berufsleben, u. a. in einzelnen Wirtschaftszweigen; Dienstbotenfrage; Frauenarbeit während des Ersten Weltkriegs insbes. in der Rüstungsindustrie; Frauenpersönlichkeiten, u. a. Julie Bebel; Margarete Behm; Frauenverbände; gewerkschaftliche Arbeiterinnenbewegung Deutschlands; Roter Frauen- und Mädchenbund.

*Politische und gewerkschaftliche Jugendarbeit (1920–1935)*: u. a. Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Rote Falken; Zusammenarbeit zwischen freier Gewerkschaftsjugend und sozialistischer Arbeiterjugend; Naturfreunde; sozialistische Jugendinternationale; christliche Gewerkschaften und evangelische Jungmännerbünde; sozialistische und kommunistische Studentengruppen: u. a. Sozialdemokratische Studentenvereinigung, Studentengruppe der USPD, Sozialistische Hochschulgemeinschaft.

*Landarbeiterfrage (1900–1944)*: u. a. Lohnfragen, Landflucht, Saisonarbeiter, polnische Fremdarbeiter, Arbeitszeit der Landarbeiter; Landarbeiterverbände: u. a. Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter Deutschlands, Satzung von 1913; Deutscher Landarbeiter-Verband: Denkschrift über die wirtschaftliche Lage der Landarbeiter und Landarbeiterinnen in Deutschland, Berlin, Jan. 1928.

*Konsumgenossenschaften (1901–1941)*: Liquidierung der Konsumvereine; Überführung der verbrauchergenossenschaftlichen Wirtschaft in ein Wirtschaftsunter-

nehmen der DAF, 1941.

*Technische Nothilfe*: Stellungnahmen von SPD und Gewerkschaften; Einsatz bei Landarbeiterstreiks.

*Pazifismus (1908–1928)*: u. a. pazifistische Organisationen und ihr Verhältnis zu KPD, SPD und Reichsbanner.

*Kulturarbeit der Arbeiterbewegung (1911–1937)*: u. a. Sozialdemokratie und Kunst; Literatur, u. a. Arbeiterdichter; Gewerkschaft Deutscher Geistesarbeiter; Verband der deutschen Volksbühnenvereine; Volksbühnen-Opposition; Arbeiterrat für Kunst; Novembergruppe; Austritt von Heinrich Mann und Käthe Kollwitz aus der Dichterkademie wegen Unterschrift eines Aufrufs zur Vereinigung von SPD und KPD gegen die Regierung, Febr. 1933.

*Filmkunst (1926–1937)*: mit Filmzensur, u. a. Verbot revolutionärer Filme wie „Panzerkreuzer Potemkin“ und „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“; Volksverband für Filmkunst.

*Politische Entwicklung von 1918–1933*: Die revolutionäre Bewegung in Deutschland: Stand, Träger; Auslandsquellen im Aug. 1917; Munitionsarbeiterstreik und Novemberrevolution 1918; Flugblätter von Arbeiter- und Soldatenräten, Gewerkschaften und Arbeiterparteien; Kapp-Putsch; Ruhrbesetzung; Massendemonstrationen am 31. Aug. 1921 in Berlin, veranstaltet von DGB, Gewerkschaftsring, SPD, USPD und KPD; Maifeiertage; Personen: Karl und Louise Kautsky, Wilhelm Pieck, Philipp Scheidemann, Adam Stegerwald, Otto Wels, August Winnig; Sammelakten u. a. zu Personen der Arbeiterbewegung.

*Arbeiterbildungsarbeit und Volkshochschulen (1911–1944)*: gewerkschaftliches Bibliothekenwesen; Arbeiterbüchereien; Parteiarchiv der SPD.

*Arbeitersport (1920–1943)*: Mitgliederbewegung; Gleichschaltung der Arbeiter-Turn- und Sportvereine 1933.

*Internationale Tagungen der Arbeiterbewegung (1906–1941)*: u. a. Kongreß der Werktätigen 1926; 2. Weltkongreß der Antiimperialistischen Liga in Frankfurt a. M. Juli 1929; Internationaler Bergarbeiterkongreß in Prag; Konferenzen und Tagungen der Zweiten und Dritten Internationale und der Gewerkschaften; der Christlichen Gewerkschaftsinternationale, u. a. Konferenz der Christlichen Gewerkschaftsinternationale in Utrecht; Frauenverbände, u. a. Weltbund für Frauenstimmrecht; Internationales Gewerkschaftliches Frauenkomitee; Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, deutscher Zweig; Internationale sozialistische Frauenkonferenz; Internationaler Arbeiterinnenbund.

*KPD und SPD und ihr Verhältnis zur Sowjetunion zwischen 1925 und 1938.*

- **Deutsche Stiftung**: Überliefert: Dokumente aus dem Zeitraum zwischen 1920 und 1945 u. a. zur Saisonarbeit polnischer und deutscher Landarbeiter in Deutschland; Reichskommissar des Memelgebiets über das Verhältnis von Heimatbund zur SPD; SPD und Grenzmarkdienst; Berichte des Landarbeiter-Verbandes für den Memelgau über die Entwicklung der Lage; deutsch-polnische Verhandlungen zum Genfer Abkommen über soziale Fürsorge; Lage der deutschen christlichen und freien Gewerkschaften in Polen und die Entwicklung ihres Mitgliederbestands; Befürchtungen in der Stiftung über die Ausbreitung des Kommunismus in der deutschen Volksgruppe.



Interessante Einzelvorgänge u. a.: Antrag des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit auf Unterstützungen für den Bund für Arbeiterbildung in Oberschlesien; Überlegungen des Bezirkssekretärs Wiersich zur Unterstützung der freien Gewerkschaften Oberschlesiens; Hinweise auf gemeinsame Wahlaktion der deutschen und polnischen Sozialdemokratie und Bildung der politischen Einheitsfront; Unterstützung der Gesangsvereine der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften; Grenzbund Nordschleswig an die Fraktion der Sozialdemokratischen Folketing-Organisation; von Volksbund und Gewerkschaften aufgestellte Richtlinien für die Anerkennung der deutschen Volkszugehörigkeit; Abrechnung über die auf Veranlassung des Auswärtigen Amts im Geschäftsjahr 1938 der DAF für Sonderunterstützungen an die deutschen Gewerkschaften in Polnisch-Oberschlesien zur Verfügung gestellten Reichsgelder. Im Zusammenhang mit der sozialpolitischen Arbeit der Stiftung finden sich u. a. Vorschläge für die Unterbringung von Arbeitslosen im Reich, eine Denkschrift über die Umschulung und Ansetzung erwerbsloser deutscher Arbeiter in Oberschlesien.

- **Deutscher Landwirtschaftsrat:**<sup>13</sup> Überliefert: Dokumente aus der Zeit 1916–1933 u. a. zur Sozialisierung der Landwirtschaft, zu Arbeitsbedingungen einschl. Arbeitsschutz, zum Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften und Arbeitsbeschaffung, zur Arbeitslosenversicherung in der Landwirtschaft, zu Landarbeiterverhältnissen, ausländischen Wanderarbeitern; Entlohnung, u. a. Kostenberechnung für einen Arbeitstag zur Zeit der Heuernte für einen Tagelöhner, einen Kriegsgefangenen für das Jahr 1914 und 1915 und einen Pferdearbeitstag; Gesinderecht und Hausgehilfengesetz.
- **Deutscher Nationalverein:** Überliefert: v. a. Schriftwechsel mit Einzelpersonen, Vereinen und Redaktionen (1859–1866), u. a. mit dem Deutschen Arbeiterbildungsverein Basel, dem Deutschen Arbeiter-Verein Bern, Persönlichkeiten wie Franz Duncker, Julius Knorr, Hermann Schulze-Delitzsch, Julius Vahlteich und Jacob Venedey.
- **Deutscher Schutzbund:** Überliefert u. a. Berichte über die KPD in Hamburg 1921 bis 1924, u. a. über eine erweiterte Vorstandssitzung der KPD in Hamburg unter Vorsitz von Ernst Thälmann.
- **Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände:** Überliefert: Sitzungsunterlagen des Zentralausschusses des Gewerkschaftsrings, April-Mai 1923; Akten zu Grundsatzfragen des Arbeitsrechts und der sozialen Betreuung der Arbeiter und Angestellten im besetzten Ruhrgebiet sowie Erläuterungen für die Arbeitslosenfürsorge, Richtlinien für die Durchführung der Vereinbarungen zwischen der Interessengemeinschaft rheinischer Arbeitgeberverbände und den Gewerkschaften vom 10. Febr. 1923; Protokollband des 1. Freiheitlich-Nationalen Kongresses des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände vom 27.–29. Nov. 1920 in Berlin.
- **Katholischer Siedlungsdienst e. V.:**<sup>14</sup> Überliefert: Schriftwechsel und Materialsammlung zu einzelnen Siedlungsfragen (1931–1936), so zu Einrichtungskrediten für Landarbeiter aus preußischen Mitteln, 1931, zur Landarbeiterunterbringung, zum Siedler-

13 Im Bestand befinden sich auch einzelne Akten von süddeutschen Landwirtschaftskammern und landwirtschaftlichen Gauverbänden.

14 Der Verein hatte die Förderung der Siedlungstätigkeit insbesondere von Katholiken in der Zeit der Weltwirtschaftskrise zum Ziel.

bund katholischer Erwerbsloser e. V., Stellung des Katholischen Siedlungsdienstes zur Landhilfe und zu Wanderarbeiterinnen.

- **Organisation Escherich und Nachfolgeorganisationen:** Überliefert u. a. Dokumente über die Verbindungen zu nationalistischen Arbeiterorganisationen und Berichte über die Aufstände in Mitteldeutschland aus der Zeit von 1920–1934.
- **Reichsbund der höheren Beamten:**<sup>15</sup> Überliefert: Material über Verbindungen zu Parteien und Gewerkschaften, u. a. zur SPD, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Preisprüfungskommission der Gewerkschaften aus der Zeit zwischen 1919 und 1924.
- **Reichsforstwirtschaftsrat:** Enthält u. a. Denkschrift von Hans Kruse: Aufbau und Zusammenarbeit der deutschen Forstwirtschaft, Sägeindustrie und Holzhandel in ganz Deutschland zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Stärkung der nationalen Wirtschaft (1933).
- **Reichsgemeinschaft deutscher Hausfrauen:**<sup>16</sup> Überliefert: Schriftwechsel (1916–1932) mit Reichs- und Landesbehörden, Reichsverbänden und anderen Institutionen u. a. über die Zusammenarbeit mit den Hausfrauenvereinen, zur hauswirtschaftlichen Ausbildung, zum Hausgehilfennengesetz, zur Krankenversicherung; Mitarbeit des Vereins bei Arbeitsgerichten und Arbeitsämtern.
- **Reichslandbund:** Überliefert: Akten der zentralen Leitung, von Mitgliedsverbänden<sup>17</sup> und die aus zwei Teilen bestehende umfangreiche Presseauschnittsammlung. Die Aktenüberlieferung aus dem Zeitraum von 1920–1933 bezieht sich u. a. auf: das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Arbeiterschaft; Abwanderung von Landarbeitern in die Industrie; Arbeitsvermittlung; Arbeitslosigkeit; Landarbeitersiedlungen; sozialdemokratische und kommunistische Propaganda auf dem Lande; Maßnahmen bei Landarbeiterstreiks, u. a. Einsatz der Technischen Nothilfe; Kampfgemeinschaft wirtschaftsfriedlicher Arbeitnehmerverbände; Berichte der Arbeitersekretäre in den Kreisgruppen über die Tätigkeit der Arbeitnehmergruppen; Bestrebungen der Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes und des Landarbeiterbundes zur Gründung von Arbeiter-Wahlvereinen. Proteste gegen Einreiseerlaubnis für Trotzki nach Deutschland.
- **Reichslandbund – Pressearchiv:**<sup>18</sup> In der Hauptgruppe des Bestandes Politik, Wirtschaft und Kultur (Inland) überliefert:
  - Politische Ereignisse zwischen 1908 und 1933: Verlauf und Auswirkungen der Novemberrevolution, Streikbewegungen, u. a. Januarstreik 1919, bewaffnete Kämpfe u. a. in Mitteldeutschland, Hamburger Aufstand, politische Aktionen des Spartakusbundes bzw. der KPD in der Nachkriegszeit; Haltung von KPD und SPD zu Kriegsfolgen, Reparationen, besetzten Gebieten; SPD, USPD, KPD und Gewerkschaften in den Wahlen zur Nationalversammlung, zum Reichstag und des Reichs-

15 Dem Bestand zugeordnet wurde Archivgut angeschlossener Verbände.

16 1915 gegründet als Verband Deutscher Hausfrauenvereine, seit 1924 Reichsverband Deutscher Hausfrauenvereine. 1934 mit der Reichsvereinigung deutscher Hausfrauen zur Reichsgemeinschaft deutscher Hausfrauen zusammengeschlossen. 1935 aufgelöst und im Deutschen Frauenwerk aufgegangen.

17 Überliefert sind Akten des Reichsjugendbunds, des Bayerischen Landbunds, des Landbunds Mecklenburg-Schwerin, des Pommerschen Landbunds und des Schleswig-Holsteinischen Land- und Bauernbunds.

18 Vgl. Kurt Metschies, Die Presseauschnittsammlungen im Zentralen Staatsarchiv, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 23 (1975) H. 1, S. 88–91.



präsidenten; Arbeiter-, Bauern- und Landarbeiterräte; Volksentscheid zur Fürstenenteignung; Reichspräsident und Arbeiterbewegung, dabei u. a. Ebert-Prozeß; Stellung von KPD, SPD zur Kabinettsbildung; Verhältnis zwischen Linksliberalen und Sozialdemokratie.

- Organisation und Tätigkeit der Arbeiterparteien:

*Sozialdemokratie:* Entwicklung, Parteileben, Ideologie, Propaganda, Parteitage, Parteiprogramme; sozialdemokratische Presse im In- und Ausland; sozialdemokratische Jugendbewegung; ASPD; Kampf gegen die Sozialdemokratie, u. a. Reichsverband gegen die Sozialdemokratie; Stellung der Sozialdemokratie zu politischen Grundsatzfragen 1907–1933, u. a. zu Revolution und revolutionärer Bewegung; Verhältnis zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaften; zu Nation und Vaterland, zum Kapitalismus, zu Militarismus und militärischen Problemen, zur Monarchie, zum Reichshaushalt, zur Landwirtschaft und Landarbeiterbewegung, zu Religion und Kirche, zur NSDAP.

*KPD:* Gründung, Parteitage, Parteiprogramme, „Rote Fahne“, Wirken im Reichstag; Verhältnis der KPD zur Regierung, zur Reichswehr; Stellung zu USPD, SPD, den Gewerkschaften, bürgerlichen Parteien und der NSDAP; Kampf der KPD um Einflußgewinnung unter der Landbevölkerung.

*USPD:* Tätigkeit und Ziele der Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft 1916–1919; Parteitage, Parteiprogramme, Presse, Anschluß an die KPD; Verhältnis zu anderen Parteien und zur Regierung; Stellung zur Innenpolitik, zu Heer, Landwirtschaft und Außenpolitik.

- Gewerkschaften: Verbandstage, Kongresse, Verhalten zueinander, Verbot.
- Lage und Kampf der Arbeiterklasse: Arbeiter in Gewerbe und Industrie, Verwaltung, u. a.: Lohn- und Tarifangelegenheiten, Schlichtungswesen, Arbeitsgerichte, Arbeitszeit, Arbeitsschutz, Lebenshaltungskosten, Gewinnbeteiligung der Industriearbeiter, Arbeitersiedlungen, Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit, Arbeitsbeschaffungsprogramme, Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen, Streiks, Aussperrungen, Betriebsräte, Arbeitskammern, Arbeitsämter.
- Haltung politischer Parteien, Gewerkschaften und Vereine: u. a. zur Arbeiterklasse und zum Parlament: Wahlrechtsbewegung gegen das Dreiklassenwahlrecht, Landtagswahlen in Preußen; Stellung der SPD zur Kabinettsbildung in Preußen; Kommunalpolitik der KPD, USPD, SPD; Wirtschaftspolitik, u. a. Sozialisierung, Stellung von KPD, SPD zu wirtschaftspolitischen Fragen; Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.
- Landwirtschaft: Lage der Landarbeiter, u. a. Entlohnung; Sozialwesen in der Landwirtschaft; Landflucht; Auswirkungen der Novemberrevolution auf die Landwirtschaft, Sozialisierung der Landwirtschaft; Koalitionsfreiheit (Streikrecht bzw. Zwangswirtschaft), Landarbeiterbünde und -verbände, Stellung des Bundes der Landwirte bzw. des Reichslandbundes zur KPD, SPD, des Deutschen Bauernbundes zur SPD.
- Andere Bereiche der Wirtschaft: Stellung von SPD, USPD und KPD zu Reichsfinanzen, Reichsfinanzreform, Steuerangelegenheiten, Zöllen.
- Versicherungen: u. a. Sozialversicherungen und Krankenkassen.

- Verkehr und Post: Seeleute, u. a. Berufsgenossenschaften, Heuer, Streiks.
- Sozialpolitik, Gesundheits- und Sozialwesen: Wohnungsnot; Gesundheits- und Sozialfürsorge des Staates, der Kirche und privater Einrichtungen.
- Einige Akten geben Auskunft über die Stellung der SPD zur Schule.
- Einen gesonderten Teilbestand innerhalb der Presseauschnittsammlung des Reichslandbundes bildet die Materialsammlung zu einzelnen Persönlichkeiten<sup>19</sup> aus allen gesellschaftlichen Bereichen, u. a. Arbeiterbewegung. Überliefert: Informationen über Funktionäre der Parteien und anderer Organisationen der Arbeiterbewegung, Abgeordnete in den verschiedenen Parlamenten, Redakteure, für die Arbeiterbewegung tätige fortschrittliche Juristen, andere, mit der Arbeiterbewegung verbundene Intellektuelle.
- **Reichsverband des deutschen Gartenbaus:**<sup>20</sup> Überliefert u. a. eine Akte zum landwirtschaftlichen Umschulungsbetrieb der Deutschen Arbeiterzentrale, 1931.
- **Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen:** Überliefert: u. a. Akten aus der Zeit von 1919–1933 zum Betriebsrätegesetz, zur Arbeitslosenversicherung; Versicherungspflicht für landwirtschaftliche Arbeitnehmer; Tarifangelegenheiten in der Land- und Forstwirtschaft in verschiedenen Ländern des Reichs; Vereinbarungen und Schiedssprüche über Lohnabbau für Arbeitskräfte in den Staats-, Kommunal- und Privatforsten Deutschlands in der Zeit vom 1. Jan. – 25. Okt. 1931; ausländische landwirtschaftliche Wanderarbeiter.
- **Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands e. V.:**<sup>21</sup> Überliefert: u. a. Dokumente aus dem Zeitraum 1918–1933 über Tarifverträge für verschiedene Berufsgruppen; zum Zentralausschuß für Arbeitertarifsachen; zum Betriebsrätegesetz.
- Rechtssprechung und Betriebsvertretungen: u. a. Vertretung bei arbeitsgerichtlichen Prozessen durch die Arbeitersekretäre bzw. die tarifschließenden Gewerkschaften; Gesetz über Betriebsvertretungen und wirtschaftliche Vereinigungen vom 4. April 1933; Abgrenzung der Aufgabengebiete zwischen NSBO und Betriebsvertretung; u. a. Einflußnahme der Landespolizeibehörden auf die Ernennung der Mitglieder von Betriebsvertretungen; Ersetzung alter Betriebsrätevertretungen auf Verlangen der NSDAP.
- Kommunale Lohnpolitik: u. a. Forderungen der Gewerkschaften Mitteldeutschlands zur Durchführung von Lohnverhandlungen, 1928; Arbeits- und Lohnbedingungen der Arbeiter in landwirtschaftlichen Betrieben der Gemeinden und Kommunalverbände; Streikrichtlinien, Notarbeitsverträge; Bericht über den Streik der Gemeindearbeiter der Stadt Barmen-Elberfeld, 23. Okt. 1923; Technische Nothilfe: u. a. Richtlinien für den Einsatz der Technischen Nothilfe in Thüringen und den preußischen Landesbezirken, 20. Dez. 1924, Grundsätze für den Aufbau und die Verwendung der Technischen Nothilfe, 20. Dez. 1924.

19 Dieser Teilbestand ist alphabetisch geordnet und mit gesonderten Findbüchern versehen.

20 Interessenvertretung der Betriebe des Obst- und Gartenbaus. 1933/1934 in den Reichsnährstand eingegliedert.

21 Im Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, S. 315, unter der Bezeichnung Arbeitgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände.



- Zusammenarbeit des Reichsverbands mit den Gewerkschaften: u. a. über Tarifverhandlungen, Satzung und Richtlinien des ADGB und des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Amsterdam; Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 22. Jan. 1919; gewerkschaftliche Richtlinien für den Wohnungsbau; Bericht über den außerordentlichen Kongreß der Gewerkschaften zur Arbeitsbeschaffung, April 1932; Gesamtverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs (Einheitsorganisation): u. a. die Vereinigung des Deutschen Verkehrsbundes, des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter zum Gesamtverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Satzungen, Statuten; Übernahme des Gesamtverbands der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe durch die NSBO.
- Soziale Lage der kommunalen Arbeiter: Vorarbeiter, zusätzliche Altersversorgung für Arbeiter und Angestellte bei der Reichsverwaltung, Arbeitszeitverkürzung, Einstellung arbeitsloser Angehöriger der SS, SA und des Stahlhelms.
- *Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer*: Überliefert: Material zu Tarifangelegenheiten für Landarbeiter, 1930–1933.
- *Sächsisches Esperanto Institut Leipzig*: Überliefert: Sammlung von Antworten auf einen Fragebogen des Instituts vom 1. Dez. 1917 zur Situation in den örtlichen Esperanto-Gruppen, u. a. Zusammenarbeit mit dem Deutschen Arbeiter-Esperantisten-Verband.
- *Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten*:<sup>22</sup> Überliefert: Schriftwechsel, Druckschriften, Presseauschnittsammlung zu Entwicklung, Organisation und Tätigkeit des Stahlhelm und seinen Auseinandersetzungen mit der Arbeiterbewegung. Im einzelnen sei besonders auf folgende Gruppen hingewiesen:
  - Schriftverkehr der Bundesführung mit den Landesverbänden und den mit dem Stahlhelm verbundenen Organisationen: u. a. dem Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werksvereine, dabei Einladung zum 3. Reichsbundtag am 9.–12. Sept. 1927 in Stettin mit Programm; über eine geplante Konferenz zwischen Reichsbund, Stahlhelm und christlichen Gewerkschaften, Reichsbehörden und anderen Institutionen u. a. über die politische Lage in den Ländern des Reichs; Verhältnis des Stahlhelm zu den Gewerkschaften, Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern des Stahlhelm und Reichsbanners, RFB und SPD; Rundschreiben des Landesverbandes Halle-Merseburg vom Aug. 1925 über Organisation des Nachrichtenwesens zur Beobachtung der KPD; Stahlhelmzersetzung- und -bekämpfungskomitee (Stazubko) der KPD unter Vorsitz von Schneller und Torgler; Meldungen über Stärke der KPD und der NSDAP in der Stadt Hannover, Stärke des Magdeburger Reichsbanners und des Roten Frontkämpferbundes; Protest gegen Einreiseerlaubnis für Trotzkis nach Deutschland; Denkschriften über die Sozialpolitik des Stahlhelm, Neuregelung der Beziehungen von Unternehmern und Arbeitnehmern auf berufsständischer

22 Im Bestand sind außer den Akten der Zentrale Unterlagen der Bundesämter Magdeburg und Berlin, von Landesverbänden, Gauen, Kreis- und Ortsgruppen, der Geschäftsstelle Frontsoldatentag und Materialien des Stahlhelm-Funktionärs Littershaus überliefert.

Grundlage, 15. Sept. 1932; Abwehrmaßnahmen gegen die Arbeiterbanken, Stellung des Stahlhelm zu Streiks.

- Protokolle von Bundesvorstands- und Bundesratssitzungen: u. a. Besprechung vom 17. Nov. 1927 mit Wirtschaftspolitikern, Arbeiter- und Stahlhelmführern über Auswirkung des Kohlenarbeiterstreiks in Mitteldeutschland.
- Nachrichtendienst des Stahlhelm: Lageberichte des Chefs des Nachrichtendienstes u. a. zur Tätigkeit von KPD und SPD, Kurzinformationen über die Tätigkeit des Reichsbanners, 1928; politische Stimmungsberichte der Landesverbände 1926–1932 mit Angaben über gegnerische Verbände, u. a. Reichsbanner und RFB bzw. KPD, 1928–1931; Geheimbericht an die Bundesleitung und Gaue vom 6. Jan. 1929 über Tätigkeit der KPD, SPD und der Freidenkerbewegung.
- Pressetätigkeit des Stahlhelm: u. a. Artikel gegen die Tätigkeit des Reichsbanners, Meldungen der Pressestelle des Stahlhelm über Zusammenstöße zwischen Stahlhelm-Mitgliedern und RFB, Reichsbanner bzw. Tätigkeit des Reichsbanners.
- Organisationen des Stahlhelm: u. a. Stahlhelm-Selbsthilfe, u. a. Bericht über eine Werwolf-Versammlung mit KPD-Beteiligung am 2. Juli 1931 in Güsten; Satzungen des Sturmvogel, Flugverband der Werk tätigen e. V.; Flugblätter der Stahlhelm-Selbsthilfe zum Mansfelder Bergarbeiterstreik 1930.
- Tätigkeit des Stahlhelm auf dem Gebiet der Sozialpolitik: u. a. Sozialprogramm des Stahlhelm, Erhebung über die Industriearbeiter im Stahlhelm, 1928; Metallarbeiterstreik Mai 1928 Ostsachsen, Bergarbeiterstreik Okt. 1928 im Niederschlesischen Kohlenrevier; Bericht über den Welterwerbslosentag in Hamburg am 25. Febr. 1931.
- Verhältnis zu anderen Parteien und Organisationen, u. a. zum Reichsbanner, zur KPD und den mit ihr verbundenen Organisationen, dabei umfangreiches organisationseigenes Material u. a. innerorganisatorische Anweisungen der KPD, Richtlinien des RFB über Aufgaben und Aufbau des RFB und der Roten Jungfront; Schreiben des Landesverbandes Sachsen vom 3. März 1933 über Vorschlag sächsischer Industrieller zur Beschlagnahme des Vermögens der KPD; Meldungen der Landesverbände mit Angaben über Stärke, Sitz, Führer, öffentliche Funktionen und Parteizugehörigkeit der Mitglieder des Reichsbanners und des RFB; Bericht über kommunistische Literatur und kommunistischen Literaturvertrieb.
- Überliefert ist eine große Gruppe von Druckschriften des Stahlhelm u. a. mit Adressenverzeichnis der RGO und ihrer Presse; Rundschreiben zur Tätigkeit der KPD.
- Den überwiegenden Teil des Bestandes stellt die Presseauschnittsammlung dar, für die sowohl Publikationsorgane der Arbeiterbewegung als auch die bürgerliche Presse ausgewertet wurden. Sie beinhaltet u. a. folgende Schwerpunkte:  
Echo auf Veranstaltungen des Stahlhelm in der Presse der Arbeiterbewegung, Flugblätter der KPD und SPD gegen die Veranstaltungen, Zusammenstöße von Stahlhelm-Mitgliedern mit verschiedenen Gegnern, Prozesse gegen Stahlhelm-Mitglieder u. a. wegen Ausschreitungen gegen SPD-Mitglieder und das Reichsbanner. Außenpolitik, Sowjetunion: u. a. Trotzki in der Emigration.

*Politische Ereignisse:* Novemberrevolution: u. a. Volksmarinedivision 1918, Novemberrevolution 1918 in Kiel, Novemberrevolution und Sowjetunion; revolutionäre Nachkriegskrise: revolutionäre Nachkriegskämpfe in Berlin, Münchener Räterepu-



blik im April 1919. Auftreten des Mörders von Karl Liebknecht Pflugk-Harttung in Skandinavien; Werksspionage mit Beteiligung der KPD bzw. RGO: u. a. bei der IG Farben.

*Artikel von und über Politiker der Arbeiterbewegung:* u. a. von August Winnig, Hermann Müller, Rudolf Breitscheid, Carl Severing.

*Innenpolitik:* Reichspräsidenten-, Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen, dabei Wahlpropaganda der Arbeiterparteien, Wahlergebnisse; Verhandlungen über Regierungskoalitionen, Stahlhelm-Volksbegehren und Volksentscheid über Auflösung des preußischen Landtages 1931; Versammlungs-, Demonstrations- und Unformgesetz.

*Reichstagsbrand:* Versuche zur Aufklärung des Brandes, Reichstagsbrandprozeß, Verhaftungen und Verbote der KPD- und SPD-Presse in Preußen im Gefolge des Reichstagsbrandes, Braunbuch zum Reichstagsbrandprozeß.

Verbote von Veranstaltungen und Organisationen, Verhaftungen, Schutzhaft, Konzentrationslager von SPD-Mitgliedern, u. a. ehemaliger Reichstagsabgeordneter und Reichsminister, KPD- und Reichsbanner-Mitglieder, Pazifisten; Beschlagnahme des Vermögens von Reichsbanner und SPD, Mai 1933; Ausbürgerung von Emigranten, Entlassung von sozialdemokratischen und kommunistischen Beamten, Lehrern und Ärzten; politische Morde und Selbstmorde; Straßenumbenennungen in Berlin 1933–1935, u. a. Friedrich-Ebert-Straße in Hermann-Göring-Straße.

*Politische Verhältnisse in den Ländern:* Stellung des Stahlhelm zu den preußischen Ministern Braun, Severing, dem Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski, Oberpräsident von Ostpreußen August Winnig.

*Parteien:* u. a. Verhältnis der Arbeiter- und bürgerlichen Parteien und der Gewerkschaften zueinander.

*KPD:* u. a. Agitation, Zeitungen, führende Mitglieder; Stellung zur Wehr- und Kulturpolitik; Programmerkklärung des ZK der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes; Polizeiaktion gegen die KPD-Zentrale, 19. Febr. 1930; Feiern der Novemberrevolution durch KPD und SPD; Demonstrations- und Versammlungsverbote gegen die KPD; Aufrufe der KPD zum Generalstreik; Vorbereitung auf die Illegalität und Verbot der KPD; Enteignung des Karl-Liebknecht-Hauses in Berlin 1933; illegale Tätigkeit, 1933–1934; Prozesse gegen Mitglieder der KPD, 1926–1935; internationale Kommunistische Bewegung und kommunistische Bewegung in einzelnen Ländern.

*SPD:* u. a. Stellung der SPD zu außenpolitischen Fragen; Parteitage, Wahlpropaganda; Pressetätigkeit der SPD; Haltung der SPD in der Innenpolitik, u. a. zur Landwirtschafts-, Sozial- und Wehrpolitik, zur Monarchie; Sozialdemokratische Kampfstaffeln, 1930–1932; Eiserne Front; Einheitsfront zwischen KPD und SPD gegen den Faschismus; Stellung der SPD zum Kabinett Hitler; Verbot der SPD; Neuorganisation im Ausland; internationale sozialistische Bewegung.

Andere Parteien und Organisationen: u. a. SAP; Verhältnis der Zentrumsparterie zur SPD und zu den Arbeiterverbänden; ADGB, Freie Gewerkschaften, u. a. Ziele, Tätigkeit der Gewerkschaften, Lohn- und Sozialpolitik, Streiks; Antifaschistische Junge Garde, Kampfbund gegen den Faschismus, Antifaschistische Aktion;

Reichslandarbeiterbund, RGO, Rote Hilfe, Rote Jungfront, RFB, Rote Arbeiterwehr und andere Deckorganisationen nach Verbot des RFB; Rote Sportorganisationen; Sturmvogel, Flugverband der Werktätigen; Sozialistische Arbeiterjugend; Kommunistische Jugendinternationale; Deutscher Gewerkschaftsbund und seine Stellung zur Sozialpolitik; Jungdeutscher Orden und sein Verhältnis zu den Linksverbänden und zum Reichsbanner.

*Reichsbanner:* u. a. Veranstaltungen des Reichsbanners mit Reichsbannertagen, Verfassungsfeiern, Bannerweihen; Führer des Reichsbanners; Tätigkeit des Reichsbanners, u. a. Satzungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold vom 30. Nov. 1928; Schutzformation des Reichsbanners (Schufo), Zusammenarbeit der Schutzformation mit der Schutzpolizei 1931–1932, Bewaffnung des Reichsbanners 1932–1933; staatliche Unterstützung; Verbot; Stellung zum Reichspräsidenten, Reichskuratorium für Jugendertüchtigung und zum „Wehrsport“; zur Kulturpolitik; Beziehungen zu anderen Organisationen und zur Kirche. Beziehungen zum Ausland, u. a. Unterstützung des österreichischen Republikanischen Schutzbundes durch das Reichsbanner.

*Reichsbund deutscher Angestellter, Berufsverbände, Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine, werkgemeinschaftliche Organisationen:* u. a. Statistik über die Mitgliederbewegung wirtschaftlicher Vereinigungen von Arbeitern 1907–1927 (Sozialistische Gewerkschaften, Christliche Gewerkschaften, Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften, wirtschaftsfriedliche Verbände).

*Justiz, politische und andere Prozesse:* u. a. literarischer Hochverratsprozeß gegen den kommunistischen Buchhändler Schällicke, 1927; Landfriedensbruchprozeß gegen Reichsbannerleute, Hasselfelde, 1926; Prozeß des Reichsanwalts Jorns gegen das „Tagebuch“ wegen Vorwurf der Begünstigung der Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts.

*Kulturpolitik, Jugendfragen, Schul- und Hochschulwesen:* u. a. 3. Kongreß der Internationalen Sozialistischen Arbeiterjugend in Wien; Kongreß der radikalen, liberalen und demokratischen Jugend Europas in Berlin; Sitzung des Büros der Sozialistischen Jugendinternationale in Berlin; Studentenbewegung, u. a. „Fall Gumbel“.

*Presse, Rundfunk:* mit zeitweisen Verboten u. a. von „Die Rote Fahne“, „Das Reichsbanner“, „Vorwärts“, „Die Gewerkschaft“ gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

*Kirchenangelegenheiten:* Freidenkerbewegung, Gottlosen- und Kirchenaustrittspropaganda, Prozesse wegen „Gotteslästerung“.

*Wirtschaftspolitik:* Preis-, Tarif-, Steuer- und Mietpolitik.

*Arbeit, Sozialwesen, Gesundheitswesen:* u. a. Arbeitszeitregelungen, Lohnpolitik, Arbeitslosigkeit, Erwerbslosenbewegung, Arbeitsbeschaffung, ausländische Arbeiter in Deutschland.

*Gewerkschaftsfragen:* u. a. Einheitsfront der Gewerkschaften gegen sozialpolitische Pläne der Reaktion; Gewerkschaften und Stahlhelm; Betriebsratswahlen; Streiks und andere Lohnkämpfe: u. a. Streik in der Stahl- und Walzwerke AG, Henningsdorf, Frühjahr 1929; Berliner Metallarbeiterstreik 1930; Bergarbeiterstreik an der Ruhr im Jan. 1931.



*Arbeitsdienst:* Widerstand der KPD gegen den Arbeitsdienst und in Arbeitsdienstlagern, 1932–1933; Stellung der SPD, des Reichsbanners, der Freien Gewerkschaften, der christlichen Gewerkschaften und des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes zum Arbeitsdienst.

Hingewiesen sei auf eine Sammlung von Bildmaterial zur Propaganda der Arbeiterbewegung zwischen 1919 und 1931 im Bestand.

- **Verband deutscher Katholiken in Polen, Verbandsleitung:** Überliefert: Dokumente zu den Christlichen Gewerkschaften 1929–1934.
- **Verband katholischer Arbeitervereine:**<sup>23</sup> Überliefert: aus der Zeit von 1882–1935 Schriftwechsel, Rundschreiben, Druckschriften über Organisation und Tätigkeit des Verbands, Protokolle von Tagungen. Dabei befinden sich u. a. Materialien des 1. Kongresses des Kartellverbands katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands in Frankfurt, Mai 1912; Satzungen des Verbands katholischer Arbeitervereine. Presseauschnitte: u. a. zur Arbeiterschutzgesetzgebung; Erziehung der Arbeiterjugend; sozialpolitische Thesen des Zentrums („Haider Thesen“). Einzelne Arbeitervereine: u. a. Tätigkeit und Organisation von Diözesan- und Bezirksverbänden, Ortsvereinen und Arbeitersekretariaten. Als interessante Dokumente enthalten u. a. Lehrplan für einen gewerkschaftlichen Fortbildungskursus; Schriftwechsel mit der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner e. V., Gauleitung Trier; gewerkschaftliche Betreuung der Arbeiterinnen der „Romika“ Schuhfabrik-AG, Gusterath, Kr. Trier.
- **Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohl):** Überliefert: Organisationsunterlagen und Druckschriften aus der Zeit von 1880–1913, u. a. Satzungen, Geschäftsordnung; Leitsätze von Adolf Weber / Bonn zur Einordnung der neuzeitlichen Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaft, o. D.; Dreißig Jahre Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohl) 1880/1910.
- **Verband der Stadt- und Landkreise der besetzten Gebiete:**<sup>24</sup> Überliefert: Unterlagen aus der Zeit zwischen 1920 und 1930 zur politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Situation in den besetzten Gebieten: u. a. Arbeitsvermittlung, Arbeitslosigkeit und Erwerbslosenfürsorge.
- **Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten:** Überliefert: Schriftwechsel, Rundschreiben, Druckschriften, Presseauschnitte (1914–1919, 1931): u. a. Frauenarbeit während des Ersten Weltkrieges; Protokoll der Pfingstberatung 1918 des Freien Ausschusses für einen Deutschen Arbeiterfrieden; Lehrlingsausbildung in der Industrie; Beschäftigung von Kriegsgefangenen in deutschen Maschinenfabriken 1915–1919; Auswirkungen des Krieges und ersten Nachkriegsjahres auf die Ernährungs-, Versorgungs- und soziale Lage der Bevölkerung, insbes. in der Maschinenbauindustrie; Lohnpolitische Kurvenbilder zur Krisenlage. Hrsg. vom Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten, 1931.

23 Es handelt sich um einen zusammengefaßten Bestand aus fragmentarischer Überlieferung verschiedener Institutionen, v. a. des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands (Zentrale, Diözesansekretariate, lokale Arbeitervereine).

24 Zweck des Verbands war die Wahrnehmung der Interessen der Städte und Gemeinden in den besetzten Gebieten.

- *Vereinigung für freie Wirtschaft e. V.*:<sup>25</sup> Überliefert: Presseauschnittsammlung, Druckschriften verschiedener Art, Spitzelberichte über und interne Organisationsmaterialien aus der Arbeiterbewegung, u. a. zu folgenden Komplexen:
    - Historische Ereignisse aus der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung: Wahlrechtsdemonstration März 1910, Karl Liebknecht 13. Juli 1914 in Frankreich, Munitionsarbeiterstreik und Kieler Aufstand 1918; Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, Märzkämpfe 1920 an der Ruhr, Kapp-Putsch, Hamburger Aufstand 1923.
    - KPD: Organisation und Tätigkeit mit Programmen und Organisationsanweisungen des ZK, der Bezirksleitungen und Unterbezirksleitungen; Reichskontrolle 1929; Schwarze Listen der KPD (Listen der „Parteischädlinge“), 1930–1933; Vorbereitung der KPD auf die Illegalität und Tätigkeit in der Illegalität; polizeiliche Besetzung und Enteignung des Karl-Liebknecht-Hauses.
    - Überwachung ihrer Tätigkeit: u. a. v. Lengriesser: Denkschrift über die kommunistische Bewegung; Die Organisation der KPD nach der Neuordnung vom Juli 1932; Übersicht über die KPD und ihre „Hilfs- und Nebenorganisationen“ (im Bezirk Ruhrgebiet) nach dem Stand vom 1. Sept. 1932; Liste der kommunistischen Organisationen, Nov. 1932; Stellungnahmen der bürgerlichen Presse zur kommunistischen und Arbeiterbewegung; Richtlinien für die Zusammenarbeit von: Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit, Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur, Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen, Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, Kampfbund gegen den Faschismus und der übrigen auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfs stehenden proletarischen Massenorganisationen, 1930–1931; Finanzangelegenheiten: u. a. Beitragskassierung, Wahlfondssammlungen, Sammelaktion für den Kampffonds der Antifaschistischen Aktion; einzelne Funktionäre und Mitglieder der KPD; Einzelpersönlichkeiten und ihr Verhältnis zur KPD; Auseinandersetzungen zwischen KPD und SPD; Tätigkeit von nahestehenden Massen- und anderen Organisationen: u. a. Einheitsverband der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer Deutschlands.
    - Presse und Literatur der KPD: u. a. Arbeiterkorrespondentenbewegung, Betriebszellen- und Häuserblockzeitungen; Verbote der kommunistischen Presse; Arbeitertheater, Agitpropgruppen, Film: u. a. Arbeiter-Theaterbund Deutschlands; Piscatorbühne Berlin: u. a. Rededisposition für die Parteireferenten zur Propagierung der Piscatorbühne; Universumbücherei GmbH, Berlin; Kommunistische Verlagsanstalt; Arbeiterschulung, Marxistische Arbeiterschule: u. a. Kursusdispositionen, Referentenmaterial, Lehr- und Schulungspläne zu verschiedenen Themen wie Miet- und Wohnungsfragen.
- 25 Offenbar Informationseinrichtung für die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Ihre Aufgabe sah sie in der Sammlung, Verarbeitung und Verbreitung von Informationen aus verschiedenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen, mit dem Schwerpunkt der Beobachtung der revolutionären Arbeiterbewegung. Wie aus der Einleitung zum Findbuch hervorgeht, wurde die Vereinigung besonders ab 1925/1926 aktiv, ein Vorläufer existierte aber schon seit 1918/1919. Nachweisbar ist die Tätigkeit bis Ende 1933. An einen begrenzten Kreis von Empfängern, zu dem sowohl die Arbeitgeberverbände als auch staatliche Stellen gehörten, wurde seit 1918 ein „O-Dienst. Nachrichten über die bolschewistische Bewegung“ versandt.



- Tätigkeit der RGO und der roten Betriebsräte: u. a. Rundschreiben, andere Unterlagen und Veröffentlichungen v.a. von: Reichskomitee, Bezirkskomitees, Reichsausschuß der Betriebsräte, Berlin; Schaffung revolutionärer Betriebsvertrauensmännerkörper; statistische Aufzeichnungen über die Ergebnisse der Betriebsrätewahlen in verschiedenen Betriebszweigen, Juli 1929.
- Aufbau und Tätigkeit der Betriebszellen: u. a. Über die Bildung der kommunistischen Zellen und Arbeitsgruppen, Instruktion des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 1925; Richtlinien für die Arbeit der Betriebszellen zur Gewinnung katholischer Arbeiter. Hrsg. vom Zentralkomitee der KPD.
- IAH, IRH, RHD: u. a. Hilfs- und Solidaritätsaktionen; Kinderhilfe und Kinderheime der IAH; Kongresse, Konferenzen; Unterlagen des Reichsausschusses, Reichssekretariats, der Landesbezirke; Informationsdienst der IAH; Verhältnis zu den Gewerkschaften; Bund der Freunde der IAH; Hilfsaktionen v.a. für politische Gefangene und deren Angehörige; Konferenzen: u. a. Volkskongreß gegen den Faschismus März 1931 in Berlin und Massenveranstaltungen, Berichte über die Internationale Rote Hilfe (MOPR).
- Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen.
- Einheitskomitees in den Betrieben.
- Kampfbund gegen den Faschismus: Gründung, Kampfkongresse, Berichte über Organisation und Entwicklung, Unterlagen der Reichsleitung, Bezirksverbandsleitungen.
- Agitation gegen den Krieg: u. a. Bericht über Vorbereitungen zum Antikriegstag 1929, Gründung und Tätigkeit von Antikriegskomitees; Bericht über den Kampf-Kongreß gegen den imperialistischen Krieg in Amsterdam 1932.
- RFB: u. a. Statuten, Unterlagen der Bundes- und von Gauführungen, Veranstaltungen, Verbot des RFB 1929; Tätigkeit in der Illegalität; Gründung der Ruhrwacht, von Schutzbünden und Arbeiterwehren als Nachfolgeorganisationen des RFB.
- Proletarische Freidenkerbewegung: u. a. Zentrale proletarischer Freidenkerverbände, Berlin; Opposition in der Reichsleitung des Freidenkerverbandes; Schulentlassungsfeiern und Einführungsabende; proletarischer Schulkampf.
- Kampf gegen § 218; Parteimitgliedschaft und Kirche.
- Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur: u. a. Zweck, Aufbau und Tätigkeit; Arbeiterkulturkongreß für Berlin-Brandenburg-Lausitz; George-Grosz-Prozeß.
- Agitation unter der Jugend: u. a. SAJ, Freie Sozialistische Jugend Deutschlands, KJVD, Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre des KJVD, Jugendbetriebsvertrauensleute; Resolution der 1. Internationalen Jugendkonferenz der Revolutionären Gewerkschaftsinternationale (RGI); Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugendinternationale; Reichsjugendtage und Kongresse; Offener Brief der Kommunistischen Jugendinternationale. Material zur Berichterstattung über das erweiterte Plenum der Kommunistischen Jugendinternationale. Hrsg. vom Zentralkomitee des KJVD; Manifest der antifaschistischen Jugendkonferenz, Paris, an die schaffende Jugend Europas, Pfingsten 1933; Kurzanweisung des Zentralkomitees des KJVD zum Internationalen Jugendkongreß gegen imperialistischen Krieg im Aug. 1933; Rote Jungfront und deren Verbot; Gründung und Verbot der Roten Jungfront

und Antifaschistischer Junger Garden; kommunistische Studentenverbände und -gruppen; kommunistische Kinderbewegung: Jungspartakusbund; Die Beschlüsse des 1. Weltkongresses der Arbeiterkinder. Hrsg. vom Zentralbüro des JSB; 2. Welttreffen der proletarischen Kinder in Deutschland vom 24.–27. Juli 1930 in Berlin.

- Kommunistische und Arbeitersportbewegung: u. a. Arbeiterschützenbund Deutschlands, Beschlüsse und Resolution des Reichskongresses der oppositionellen Arbeiterschützen in Halle am 12./13. Oktober 1929; Revolutionäre Arbeitersportopposition; Reichsausschuß der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit: u. a. Entschliebung der Reichsfraktionsleitung der Roten Sporteinheit zu den Beschlüssen der 12. Exekutive des Zentralkomitees der KPD und der Reichsarbeiterkonferenz 1932; Bildung von roten Pfadfindergruppen.
- Agitation unter den Frauen: u. a. Reichskongresse werktätiger Frauen, Arbeit der Ortskomitees werktätiger Frauen; Roter Frauen- und Mädchenbund: u. a. Reichskongresse des Roten Frauen- und Mädchenbundes.
- Agitation unter der Landbevölkerung: u. a. Arbeit der KPD auf dem Lande; Bauernhilfsprogramm der KPD; Landarbeiterstreiks; Tarifbewegung unter den Landarbeitern 1928/1929; Reichs-Bauernbund und seine angeschlossenen Verbände; Bauernkongresse und -konferenzen: Europäischer Bauernkongreß März 1930 in Berlin.
- Agitation unter der Intelligenz, den Angestellten, der Beamtenschaft, den Schriftstellern, Gewerbetreibenden und in den Konsumgenossenschaften.
- Erwerbslosenbewegung: u. a. Unruhen, Hungermärsche und Demonstrationen der Erwerbslosen, Erwerbslosen-Tagungen, Konferenzen und Kongresse; Internationaler Kampftag gegen die Weltarbeitslosigkeit am 6. März 1930.
- Verschiedene Organisationen: u. a. Bund der Freunde der Sowjetunion, Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller, Association revolutionärer bildender Künstler Deutschlands, Arbeiter-Samariterbund, Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur, Internationaler Bund, Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit; Internationale der Bildungsarbeiter, Deutsche Abteilung, Gotha; Liga gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung, Arbeiter-Esperanto-Bund, Reichsausschuß der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen, Vereinigung der Arbeiterfotografen Deutschlands; Internationale Juristische Vereinigung, Volksfilmverband; Einheitsverband für proletarische Sexualreform und Mutterschutz, Arbeiterturn- und Sportbund, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Reichsbund deutscher Mieter, Proletarischer Gesundheitsdienst, Verband der Interessengemeinschaften der Mieter.
- Agitation in der Reichswehr, Schutzpolizei, rechtsgerichteten und anderen Organisationen.
- Parteitage und andere Veranstaltungen, Massenaktionen: u. a. Reichs- und Bezirksparteitage; Konferenzen, Tagungen und Sitzungen, Demonstrationen, Kundgebungen und sonstige Veranstaltungen der KPD und des RFB, u. a. Rotes Pfingsttreffen 1929; Kongreß der Werktätigen und Reichserwerbslosenkonferenz Dez. 1926 in Berlin.
- Wahlen, Volksbegehren: u. a. gegen Panzerkreuzerbau und drohende Kriegsgefahr Okt. 1928; Volksentscheid gegen den Youngplan.



- Tätigkeit der KPD in den Parlamenten: u. a. im Reichstag, Preußischen Landtag, Landtagen anderer Länder, Provinzialland- und Kreistagen und in kommunalen Volksvertretungen.
- Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung: innerhalb der KPD: u. a. mit der Gruppe Maslow-Fischer; dem Lenin-Bund; Übertritte zur SPD; Schreiben der Mitglieder der Zelle Hafenschiffahrt, Hamburg, an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, Moskau, zur Wiederaufnahme ausgeschlossener Genossen in die KPD; KAPD; Gruppe Brandler-Thalheimer; zwischen KPD, SPD und Reichsbanner.
- Agitation der KPD unter der christlichen Arbeiterschaft und Arbeitern der NSDAP.
- Kampffaktionen der KPD: Zusammenstöße mit Polizei und Nazis; Terrormaßnahmen gegen die KPD und ihre Mitglieder, v. a. 1928–1931.
- Prozesse gegen die KPD und ihre Mitglieder, u. a. Befreiung des Kommunisten Otto Braun aus dem Untersuchungsgefängnis in Moabit; Spionagetätigkeit der KPD und der Sowjetunion: u. a. angebliche Werkspionage von kommunistischer bzw. sowjetischer Seite in der chemischen Industrie und in der Versuchsanstalt für Luftschiffahrt.
- Internationale Beziehungen der KPD: u. a. zur Komintern und zur Sowjetunion, u. a. Austausch von Arbeiterdelegationen; Internationaler Antifaschistenkongreß März 1929 in Berlin; Anwerbung deutscher Arbeiter für den Bergbau in der SU 1930; zu anderen kommunistischen Parteien: u. a. Stellungnahmen der kommunistischen Parteien Englands, Frankreichs, Italiens, Polens und der Tschechoslowakei zur Programmerkklärung des Zentralkomitees der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes und zum Wahlsieg der KPD bei der Reichstagswahl 1930; Antifaschistischer Arbeiterkongreß Europas am 4./5. Juni 1933 in Paris; Pariser Weltkongreß der Jugend gegen Krieg und Faschismus Sept. 1933.
- **Volksbund für Freiheit und Vaterland:** Überliefert: Schriftwechsel (1917–1918) über die Stellung zu anderen Vereinen und Gewerkschaften.
- **Volksverein für das katholische Deutschland:**<sup>26</sup> Überliefert: Schriftwechsel, Protokolle, Berichte, Druckschriften und Manuskripte aus der Zeit zwischen 1894–1918, u. a. Protokoll der kirchlich-sozialen Konferenz am 13. April 1909 mit Haltung des Vereins zur Sozialdemokratie und zu den Gewerkschaften („Gewerkschaftsstreit“); Auseinandersetzung Bebels mit Zentrum und Volksverein; Verband der katholischen Arbeitervereine, Berlin, mit Satzungen und anderen Druckschriften v. a. über gewerkschaftliche Organisation („berufliche Fachabteilungen“) im Verband und seine Stellung zum Volksverein; Referat des Arbeitersekretärs Becker über das soziale Programm der katholischen Arbeitervereine; sozialer Kursus des Verbandes katholischer Arbeitervereine, Berlin, zur Schaffung katholischer Gewerkschaften im Rahmen der katholischen Arbeitervereine; christliche Gewerkschaften, u. a. Jahresberichte 1903–1910; Gründung und Tätigkeit des Kartellverbandes Katholischer Arbeitervereine West-,

26 Der Bestand setzt sich zusammen aus einer fragmentarischen Überlieferung aus verschiedenen zentralen Leitungsbereichen (Generaldirektor, Vorsitzende, andere leitende Funktionäre) und regionalen und lokalen Sekretariaten des Vereins (Mittel- und Norddeutschland, Schlesien, Ost- und Westpreußen, Rheinland, Westfalen, Südwestdeutschland, Süddeutschland). Eine größere Aktengruppe bezieht sich auf die Gründung und Tätigkeit der Zeitschrift des Vereins „Soziales Archiv“.

Süd- und Ostdeutschlands; Organisation katholischer Arbeiterinnen; Einrichtung eines Volkswohlfahrtsamtes bzw. Umwandlung der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen in eine Zentralstelle für Volkswohlfahrt.

- **Zentralverband der Werftarbeiter Deutschlands:** Überliefert: Protokoll der Generalversammlung des Zentralverbands vom 9. Juni 1891 in Hamburg.

### 3. Nachrichtenagenturen, Redaktionen und Verlage

- **Deutscher Aus- und Einfuhrdienst:**<sup>27</sup> Überliefert: aus der Zeit zwischen 1921–1922 politische, militärische und wirtschaftspolitische Korrespondenzberichte aus verschiedenen Ländern, Unterlagen und Vorarbeiten für die Berichte, u. a. über die kommunistische Bewegung in Deutschland; deutsch-sowjetische Beziehungen; Wirksamkeit der autonomen Gruppe der RKP(B) in Deutschland; Abschriften von Berichten der sowjetrussischen Vertretung in Berlin, Berichte des Russischen Nachrichtendienstes (RNB) und des Antibolschewistischen Nachrichtendienstes u. a. über die Anleihe der IAH, Tätigkeit der III. Internationale, insbesondere des Westeuropäischen Büros in Deutschland; Wirken der russischen Sozialrevolutionäre in Deutschland; Verbindung zwischen deutschen und indischen Kommunisten; Dresdner Konferenz der linken Kommunisten und Anarchisten 1921; Einfluß Radeks auf die deutsche kommunistische Bewegung.
- **Mirbachs Telegraphisches Büro:**<sup>28</sup> Überliefert: u. a. Schriftverkehr, Unterlagen und Vorarbeiten für Nachrichtendienste, Korrespondenzen (1919–1930), dabei befinden sich u. a. Bewegung der Metallarbeiter im Saargebiet 1920; Bericht über die Lage im Moerser Kohlenggebiet und bei Krupp Rheinhausen nach den Unruhen im April 1921; Schriftwechsel mit verschiedenen Zeitungen zur Übermittlung von Artikeln zur Veröffentlichung, u. a. „Vorwärts“, Sozialdemokratischer Parlamentsdienst. III. Internationale: Presseauschnitte u. a. über Programm, Statut und Beschlüsse, Stellungnahmen verschiedener Parteigruppen zur III. Internationale. Haltung der Gewerkschaften und Arbeiterparteien in den besetzten und abgetretenen Gebieten zu Fragen der Innen- und Außenpolitik: u. a. zu Streiks; christliche Gewerkschaften in Köln zum Kapp-Putsch; Einführung des deutschen Betriebsrätegesetzes; Lage im Bergbau an der Saar und in Oberschlesien; Arbeitsmarktlage, Schaffung eines demokratischen Parlaments im Saargebiet; sozialdemokratische Presse in den besetzten und abgetretenen Gebieten; Verhältnis der Gewerkschaften und Arbeiterparteien zu den Organisationen der Anschlußländer.
- **„Neue Weltbühne“:**<sup>29</sup> Überliefert: Schriftwechsel Hermann Budzislawskis mit Mitarbeitern (1934–1939).

27 Privater politischer Nachrichtendienst, exaktere Angaben konnten bislang nicht ermittelt werden. Aus Quellen anderer Archive, u. a. der Nachrichtenstelle der Polizeidirektion Bremen, ist ersichtlich, daß diese Institution eng mit dem preußischen Staatskommissar für öffentliche Ordnung zusammenarbeitete.

28 Politischer Nachrichtendienst, v. a. für die Grenzgebiete.

29 Die neue Weltbühne. Wochenschrift für Politik, Kunst, Wirtschaft. Wien und Prag, Jg. 30 (1934)–Jg. 36 (1940). Hermann Budzislawski 1934–1939 Herausgeber und Chefredakteur.



- **Pariser Tageszeitung:**<sup>30</sup> Überliefert: Schriftwechsel in redaktionellen Angelegenheiten (1937–1940), u. a. mit Arthur Koestler und zu allgemeinen Emigrantenangelegenheiten, u. a. Auskünfte über Ausbürgerungen; Gesamtverzeichnis der Ausbürgerungslisten 1933–1938 (zusammengestellt von Dr. Carl Misch, Paris); Manuskripte von Autoren, alphabetisch geordnet, u. a. Maria Arnold, Willi Bredel, Kurt Hiller, Egon Erwin Kisch, Anna Seghers, F. C. Weiskopf, Friedrich Wolff; Sammlung von Zeitungen, Zeitschriften, Presseausschnitten, u. a. „Deutsche Volkszeitung“, „Neuer Vorwärts“ und „Die Zukunft“, Paris.
- **Saarbildarchiv:**<sup>31</sup> Überliefert: Schriftwechsel, Lageberichte und Informationsmaterial (1933–1935), u. a. Spitzelberichte über Versammlungen, Kongresse und Kundgebungen der antifaschistischen Parteien und Organisationen wie Saarländische Sozialistische Partei, IAH, KPD, freie Gewerkschaften, Christlicher Metallarbeiterverband des Saargebiets; Unterlagen über die Mitgliederbewegung der KPD, des Roten Frontkämpferbunds vom Mai–Aug. 1934, des Arbeitersportvereins „Thälmann“ in Ludweiler; Aufruf der Internationalen Kommunisten (Trotzkisten) an die Arbeiter des Saargebiets; deutsche Emigranten im Saargebiet; Material über einzelne Sozialdemokraten und Kommunisten wie Max Braun, Arthur Pieck, Siegfried Thalheimer, Karl Minster.

#### 4. Sammlungen

- **Autographensammlung:**<sup>32</sup> Überliefert: Einzeldokumente, deren Wert sich in erster Linie aus der Persönlichkeit des Autors ergibt. Vorhanden sind Briefe u. a. von August Bebel, Robert Blum, Otto Braun, Minna Cauer, Eduard David, Friedrich Ebert, Kurt Eisner, Johann Jacoby, Ferdinand Lassalle, Erich Mühsam, Arnold Ruge, Hermann Schulze-Delitzsch, Jakob Venedey, Georg von Vollmar.
- **Sachthematische Sammlung:**<sup>33</sup> Überliefert: Einzeldokumente und Dokumentengruppen zu folgenden Sachkomplexen:
  - Bürgerlich-demokratische Revolution und Frankfurter Nationalversammlung mit Eingaben ihrer Mitglieder u. a. über Bildung und materielle Versorgung der Arbeiter.
  - Arbeiterbewegung zwischen 1848 und 1870: u. a. Unterstützung der durch die Mainzer Pulverexplosion 1857 in Not geratenen Familien mit Brief des deutschen Arbeiterbildungsvereins zu Luzern, Winterthur, Uster und Zürich an das Unterstützungskomitee.

30 Pariser Tageszeitung. Auslandskurier; erschien vom 12. Juni 1936 bis zum 18. Februar 1940 in Paris in Nachfolge des „Pariser Tageblatts“; bis 1937 Georg Bernhard Chefredakteur.

31 Nachrichten- und Bildagentur zur Belieferung der deutschen Presse mit Material zur Saarfrage; in enger Verbindung mit dem Saarreferat des preußischen Innenministeriums und der Saarabteilung der NSDAP.

32 Die Autographensammlung wurde im Reichsarchiv angelegt. Sie besteht aus Einzelstücken, die als solche erworben und keinem Bestand zugeordnet wurden. Die Sammlung ist alphabetisch geordnet. Die Einzelstücke tragen keine Signaturen.

Siehe auch: Sachthematische Sammlung, Gruppe Bürgerlich-demokratische Revolution. Allgemeines.

33 Die Sammlung wurde ebenfalls im Reichsarchiv angelegt zur Ergänzung der Archivbestände durch zeitgeschichtliche Dokumente. Sie wird noch laufend ergänzt im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beständen. Zur Revolution 1848 siehe auch Autographensammlung.

- Innenpolitik 1870–1918: u. a. Anarchistenbewegung, Statuten des Berliner Arbeiter-Vereins, 1870; 1. Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen in Stuttgart 1907.
- Weltkrieg 1914–1918 und Novemberrevolution: u. a. Protokoll der Reichskonferenz der Sozialdemokratie Deutschlands, Sept. 1916; Einsatz von ausländischen Kriegsgefangenen in der gewerblichen Wirtschaft; Kriegsbriefe und -tagebücher, u. a. von Friedrich Ebert; Protokolle und Druckschriften von Arbeiter- und Soldatenräten, u. a. in Berlin, Bremen; Erinnerungen verschiedener Persönlichkeiten an die revolutionären Ereignisse 1918/1919.
- Innenpolitik nach 1918: Materialien über die revolutionären Nachkriegsereignisse 1920–1923, u. a. Baden, in Hessen und dem Maingau, Mitteldeutschland, Ruhrgebiet; über den Kapp-Putsch; Nachrufe auf Politiker, u. a. Rosa Luxemburg, Julie Bebel, Hermann Müller, Eduard Bernstein, Karl Gareis, Carl Legien.
- Politik der KPD und SPD: u. a. sozialdemokratische Presse, SAJ; Protokoll einer Diskussion zwischen Vertretern verschiedener weltanschaulicher Richtungen (Marxisten, Christen, Juden, Faschisten) zur Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, 1930.
- Volksentscheide: u. a. zur Enteignung der Fürstenvermögens, 1926.
- Parlamentswahlen: u. a. Reichspräsidenten- und Reichstagswahlen.
- Antifaschistischer Widerstandskampf: Material über den Widerstandskampf von KPD, SPD mit Hinweisen auf Tätigkeit in faschistischen Organisationen, dabei u. a. antifaschistische Druckschriften mit Manifest des Nationalkomitees Freies Deutschland, Berichten der Sopade, Deutschland-Bericht der Revolutionären Sozialisten Deutschlands.
- *Sammlung zweiter Weltkrieg:*<sup>34</sup>
  - Inland und Innenpolitik: wirtschaftliche Aufrüstung, u. a. Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffung 1933–1935; Preis- und Lohnentwicklung; Ernährungslage in Deutschland; Neuordnung der Sozialversicherung, 1934.
  - Berichte über die Arbeitskräftelage und den Arbeitseinsatz ab 1933 und nach Kriegsbeginn: Arbeitskräfteeinsatz in einzelnen Werken und Industriezweigen; einheitliche Festlegung der Maßnahmen gegen Bummelschichten und Arbeitssabotage, Dez. 1939; Situationsberichte über die Stimmung unter den Arbeitern in der Rüstungsindustrie; Richtlinie des Reichsarbeitsministeriums für die Beschäftigung von Frauen im Mobilmachungsfall, Sept. 1938; Arbeitseinsatz von Frauen im Kriege, u. a. allgemeine Frauenarbeitsdienstpflicht und Einsatz im Arbeitsprozeß; Widerstand der Frauen gegen Arbeit in den Rüstungsbetrieben und Resistenz der Dienstverpflichteten; Richtlinien für Fraueneinsatz in Gußstahlfabriken, 1942/1943;
  - Einsatz von Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen, Häftlingen aus Strafanstalten und Konzentrationslagern und von Juden in der Rüstungsindustrie; Arbeitseinsätze von

34 Die Sammlung beinhaltet Kopien von Dokumenten aus verschiedenen europäischen Archiven, die als Materialgrundlage zur Erarbeitung der vom Zentralinstitut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Geschichte des Zweiten Weltkrieges dienen. Im wesentlichen handelt es sich um Dokumente deutscher zentraler und regionaler Behörden bzw. von Wirtschaftsunternehmen.



Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft; Verpflegung, Bezahlung, Unterbringung und Überwachung von ausländischen Arbeitskräften, u. a. Löhne für sowjetische Kriegsgefangene und deren Differenz zu den für deutsche Arbeiter gezahlten Löhnen, 1944; Statistiken mit Angaben über die Zusammensetzung der beschäftigten Ausländer nach Nationen; ausländische Arbeitskräfte in Rüstungsbetrieben 1940 bis 1941, u. a.: Arbeitsniederlegung und Fluchtversuche von ausländischen Arbeitskräften; Berichte an die Geheime Staatspolizei Braunschweig über die politische Einstellung der Ostarbeiter und der Holländer, 3. Aug. 1943.

- **Ausland und Außenpolitik:** u. a. Auflösung der Komintern; antifaschistische Widerstandsbewegung nach Entfesselung des Kriegs, u. a. antifaschistische Druckschriften, z. B. Flugblätter des Freien Deutschen Kulturbunds und des NKFD; Volksfrontkundgebung an der deutsch-französischen Grenze bei Saarbrücken, 1936; politische Emigranten in Paris 1940; Schreiben der Gestapo-Leitstelle Stuttgart an das RSHA, Amt IV, über die Berichterstattung über die illegale kommunistische und marxistische Bewegung nach Beginn des Überfalls auf die UdSSR; Rundschreiben der Landesgruppe Deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, 1942; Bildung der Organisation „Free Germany“ in Mexiko und die Haltung der USA, England und der Sowjetunion dazu, 1942.
- **Kartensammlung:** Überliefert u. a. zwei Karten mit Arbeiterverteilung in der deutschen Industrie Ende 1921. Hergest. Reichsarbeitsverwaltung, um 1923; Bezirke der Landesarbeitsämter und der Arbeitsämter im Deutschen Reich. Hergest. vom Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, von 1943.

# Russische Archive im Spiegel der Presse 1987–1993\*

Von Wladislaw Hedeler

Die Tilgung „weißer Flecken“ in der sowjetischen Geschichtsschreibung war von Beginn an die Öffnung der sog. „Spezchrany“ (der „Giftschränke“ in Bibliotheken) und die Freigabe gesperrter Akten in den staatlichen und Parteiarchiven gebunden.<sup>1</sup> Die zentrale sowjetische Presse berichtete in den ersten Jahren der Perestroika über die Einführung von lückenlosen Katalogen in Bibliotheken und die Bereitstellung bzw. Aktualisierung von Findbüchern in Archiven. Was das für Arbeitserleichterungen waren, können in erster Linie jene Wissenschaftler einschätzen, die zuvor selbst z. B. in der Lenin-Bibliothek oder im Zentralen Parteiarchiv gearbeitet haben.<sup>2</sup>

In den Fachzeitschriften erschienen Beiträge, die die Vorstellung zentraler staatlicher und

\* Folgende Zeitungen und Zeitschriften wurden ausgewertet:

Argumenty i Fakty (AiF),  
Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG),  
Berliner Zeitung (Berl. Z.),  
The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism (NL),  
Istorija SSSR (ISSSR),  
Istoričeskij Archiv (IA),  
IWK,  
Izvestija (I),  
Izvestija CK KPSS (ICKPSS),  
Deutsche Studien (DS)  
Kommunist (K),  
Literaturnaja Gazeta (LG),  
Meždunarodnaja Žisn' (MŽ),  
Moskovskie Novosti (MN),  
Neues Deutschland (ND),  
Novaja i Novejšaja Istorija (NINI),  
Obščestvennye Nauki i Sovremennost' – keine Beiträge zum Thema,  
Ogonek (O),  
Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens (Ost),  
Otečestvennaja Istorija (OI),  
Pravda (P),  
Rabočij Klass i Sovremennij Mir (RKSM),  
Rossija (R),  
Sociologičeskie Issledovanija (SI),  
Sovetskaja Kultura (SK),  
Svobodnaja Mysl' (SM),  
Utopie kreativ (UK),  
Voprosy Istorii (VI) – keine Beiträge zum Thema.  
Voprosy Istorii KPSS (VIKPSS),  
DIE ZEIT.  
Ms.-Abschluß: Herbst 1993.

- 1 Ju. Maksimov, Die „Sperrre“ öffnet ihre Türen, in: Nedelja vom 20.–26. 6. 1988, S. 4 f.; B. Mironov, Die Tür zur „Sperrre“ öffnet sich. In den Lesesälen der Leninbibliothek tauchen „Neue Bücher“ auf, die vor Jahrzehnten herausgegeben wurden, in: P. vom 10. 9. 1988, S. 6.
- 2 Vgl.: Alexander S. Grossmann, Die Geschichtswissenschaft und die Perestroika in der Sowjetunion, in: DS. Vierteljahresschrift, Nr. 113, Jg. 29 (1991), S. 55–66. Grossmanns Vortrag auf der Tagung „Wissenschaft in der Perestroika – Perestroika in der Wissenschaft“, Sektion „Geschichte und Perestroika“ in Frankfurt am Main, 22.–24. 1. 1991, enthält einen Abschnitt „Der Historiker und die Archive“ (S. 59–61).



Parteiarchive aber auch privater Sammlungen<sup>3</sup> zum Inhalt hatten.<sup>4</sup> Tages- und Wochenzeitungen veröffentlichten regelmäßig umfangreiche Artikel, in denen Historiker aufdeckten, wie Biographien von „Unpersonen“ oder „Führern“ fabriziert und Ereignisse aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben des Landes von der offiziellen Geschichtsschreibung verfälscht wurden.<sup>5</sup> (Nach dem Scheitern des Augustputsches sind solche Artikel z. T. von sensationell aufgemachten Berichten über Funde im Präsidialarchiv oder im Archiv des KGB verdrängt worden.<sup>6</sup>) Die Geschichte des Landes und der kommunistischen Bewegung sollte endlich so geschrieben werden, wie sie war. Welche Schwierigkeiten und Hindernisse es dabei (bis hinein in die Führungsspitze der KPdSU<sup>7</sup>) zu überwinden gab, läßt sich anhand der Rede Michail Gorbachevs auf der Festveranstaltung zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution und der darauffolgenden Debatte oder anhand der Arbeit der vom Politbüro des ZK der KPdSU eingesetzten Arbeitsgruppe zur Aufdeckung der Stalinschen Verbrechen erläutern.<sup>8</sup>

- 3 Ein Teil der in der Sowjetunion zugänglich gemachten Nachlässe aus Privatarchiven, darunter Aufzeichnungen von Simonov, Solochov, Gorkij, Fadeev, Prišvin, Žukov und Ehrenburg, um nur einige Namen zu nennen, sind in Deutschland bereits übersetzt und veröffentlicht worden.
- 4 L. Ermakova, Auf den Spuren der Dokumente. Reportage aus dem Zentralen Revolutionsmuseum der UdSSR, in: SK vom 6. 11. 1988, S. 3; S. Tarasov: Archive und Geheimnisse, in: I vom 11. 11. 1988, S. 6; V. Rževskij, V dome na Pražskoj naberežnoj najden literaturnyj archiv B. Savinkova (Über die Auffindung des Archivs B. Sawinkows in Prag), in: SK vom 19. 11. 1988, S. 7; G. Alimow, Das Außenministerium der UdSSR öffnet seine Archive. Das Archiv des Außenministeriums gibt Akten von Anfang 1937 frei, die im Zusammenhang mit der „Strafsache Tuchačevski stehen, in: I vom 6. 1. 1989, S. 1; T. F. Pavlova und L. I. Tjutjunnik, Zentrales Staatliches Archiv der Oktoberrevolution: Der Kreis der zugänglichen Dokumente wird größer, in: VIKPSS, Jg. 1989, Nr. 4, S. 99–108; A. Černenko, Nach Berichten der Aufklärung. Aus den Archiven der Staatssicherheitsorgane der UdSSR, in: P vom 8. 5. 1989, S. 4; Natal'ja Davydova, Das ehemalige Zentrale Parteiarchiv in Moskau, heute: das Russische Zentrum zur Aufbewahrung und zum Studium der Dokumente der neuesten Geschichte – verwaltet über 30 Millionen Dokumente „Das papierene Gold der Partei“, in: MN vom 23. 2. 1992, S. 10; Brisante Akten unter Verschuß, in: ND, 7./8. 3. 1992, S. 13. In diesem Beitrag kommen Vladimir Černous, Leiter der Publikationsabteilung des Zentrums für die Archive des ZK der KPdSU und Rem Usikov, Leiter des Zentrums für die Archive des ZK der KPdSU zu Wort. Jevgenij Kuz'min, Das „Geheim“-Archiv Gorbachevs, in: LG vom 15. 1. 1992, S. 11; E. N. Šachnazarova und V. N. Ščezilina, Das Komintern-Archiv, in: NINI, Jg. 1992, Nr. 3, S. 209–215; Vladimir Snegirev, Die Archive der Lubjanka. Es wird keine Sensationen geben, in: Trud vom 7. 11. 1992, S. 5.
- 5 Die vom Verf. für den Zeitraum Januar 1987–Juli 1989 erstellte Auswahlbibliographie zur Geschichtsdiskussion in der UdSSR enthält 900 Titel, die in 30 zentralen Tages- und Wochenzeitungen sowie Fachzeitschriften veröffentlicht worden sind. Vgl.: Informationsbulletin. Aktuelle Probleme der Philosophie der UdSSR. Zentralstelle für philosophische Information und Dokumentation. Berlin, Jg. 1987, H. 7–9, H. 10–12; Jg. 1988, H. 4–6, H. 7–9, H. 10–12; Jg. 1989, H. 1–3, H. 10–12.
- 6 Typische Titel solcher Veröffentlichungen sind: „War Urho Kekkonen ein Agent des KGB?; Imre Nagy – ein Agent? Was für Schriftsteller den Schriftstellerverband leiteten. Aus einer Sitzung des Politbüros vom 26. Juni 1986. Darüber hinaus finden sich vor allem Hinweise auf Dokumente zur Außenpolitik der UdSSR, die Praktiken der Sicherheitsorgane – von Katyn bis hin zur Überwachung sowjetischer Dissidenten und die im KGB-Archiv aufgefundenen Manuskripte und Tagebücher verhafteter Schriftsteller. 1992 erschienen 11 solcher Artikel. Das in O publizierte Material fand u. a. Eingang in das Buch von Valentin Stepankow, Das Kreml-Komplott, München 1992.
- 7 Vgl.: Ein internes Dokument der Zensur gegen Historiker in der ehemaligen Sowjetunion durch das Zentralkomitee der KPdSU, in: NL, Bd. 1 (1993), Nr. 1/2, S. 85–90. Die Dokumente belegen die Eingriffe in einen Sammelband zur Geschichte der Komintern, die Aufsätze von F. Firsov „Der Funktionsmechanismus der Komintern“ und „Der deutsch-sowjetische Pakt und die Komintern“ sowie Aufsätze von A. Vatlin und V. N. Grebennikov über das Verhältnis zur Sozialdemokratie bzw. die politische Emigration in der UdSSR.
- 8 Vgl. die in den Heften 1, 1989 bis 6, 1991 der Zeitschrift ICKPSS publizierten Berichte über die Arbeit der Kommission.

Viele der unter dem Banner von Glasnost<sup>9</sup> und Perestroika seit der 19. Parteikonferenz der KPdSU im Sommer 1988 aufbereiteten und diskutierten Themen waren für die sowjetische Öffentlichkeit keineswegs neu. Neu hingegen war die Dimension der Diskussion und die Tatsache, daß die bisherigen Erklärungsmuster versagten und im wahrsten Sinne des Wortes über den Haufen geworfen wurden. Geschichtsprüfungen an Universitäten und Schulen fielen aus. Gorbachev forderte mit Nachdruck, die Geschichte der Sowjetunion neu zu schreiben. Als die ersten Schritte in Richtung auf die Konzeptionsfindung und Themenstellung im Rahmen der marxistischen Historiographie erfolgt waren, brach die Sowjetunion zusammen. Damit waren tradierte, in der sowjetischen Geschichtsschreibung verankerte Fragestellungen, die zuvor viele Menschen bewegt hatten, nicht mehr aktuell.

Im Ausland wurde nicht nur die Historikerdebatte in der UdSSR mit Interesse verfolgt, sondern auch genau registriert, wie die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung – und insbesondere der chinesischen, deutschen und polnischen Sektion der Komintern – thematisiert wurde.<sup>10</sup> Die Fragestellung, ob und wie für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung relevante Themen und Personen von sowjetischen Wissenschaftlern reflektiert wurden, lag auch diesem Literaturbericht zu Grunde. Wie haben sowjetische Historiker auf die 1987 von der SED-Führung in Auftrag gegebene Handreichung „Die Geschichte der KPdSU – ein nie versiegender Quell revolutionärer Erfahrungen im Kampf für den Frieden und den Sozialismus“, das „Sputnik“-Verbot am 19. November 1988 und die prompte Entgegnung auf den von F. Firsov, G. Smirnov und K. Širinja für die „Pravda“ (7. 4. 1989) verfaßten Artikel „Komintern – Zeit der Prüfungen“ im ND vom 6./7. 5. 1989 durch Hanna Wolf und Wolfgang Schneider reagiert? Auch der Kommentar zur Veröffentlichung eines Briefes von Wilhelm Pieck an Manuilski über die Verfolgung deutscher Kommunisten in der Sowjetunion im ND vom 12. Januar 1989 zeigte, daß es sich hier um mehr als nur um Meinungsverschiedenheiten und Nuancen handelte. Vergleichbare „Vorstöße“ sowjetischer Historiker in das Terrain der „befreundeten deutschen Partei“ hörten danach auf.<sup>11</sup>

9 Vgl. Wladislaw Hedeler, Glasnost ein Schlüsselbegriff der Perestroika, in: Utopie kreativ, Jg. 1991, Nr. 15, S. 94–101.

10 An dieser Stelle weisen wir nur auf einige Artikel von F. Firsov hin: Die Geschichte der Komintern gründlich, allseitig und wahrheitsgemäß untersuchen, in: VIKPSS, Jg. 1987, Nr. 10, S. 137–145; ders. (zusammen mit K. Širinja), Die Komintern: Erfahrungen der Tätigkeit, in: K, Jg. 1988, Nr. 10, S. 105–115; Die Archive der Komintern werden es erzählen, in: Problemy mira i socializma, Jg. 1989, Nr. 1, S. 52–57; Stalin und die Komintern, in: Voprosy Istorii, Jg. 1989, Nr. 8, S. 3–23, und 9, S. 3–19 [deutsche Übersetzung: Stalin und die Komintern, in: Die Komintern und Stalin. Sowjetische Historiker zur Geschichte der Kommunistischen Internationale, Berlin 1990, S. 65–132]; ders. (zusammen mit K. K. Širinja), Komintern: Zeit der Prüfungen, in: P vom 7. 4. 1989 [deutsche Übersetzung: Komintern: Zeit der Prüfungen, in: Die Komintern und Stalin. Sowjetische Historiker zur Geschichte der Kommunistischen Internationale, Berlin 1990, S. 28–46]; Die Komintern: Der Mechanismus ihrer Funktionsweise, in: NINI, Jg. 1991, Nr. 2, S. 32–47; Die Partei und die Komintern, in: K, Jg. 1991, Nr. 7, S. 92–97; Die Archive der Komintern und die Außenpolitik der UdSSR in den Jahren 1939–1941, in: NINI, Jg. 1990, Nr. 6, S. 12–35.

11 Der Beitrag von A. Latyšev, Poimenno nasvat' ... (in: SK vom 2. 8. 1988, S. 6.), über das Schicksal von H. Eberlein, F. Platten und G. Klinger oder der Artikel von A. Plutnik über Lion Feuchtwanger, Moskau 1937 oder wie Lion Feuchtwanger Hitler mit Stalins Faust drohte, in: MN vom 30. 10. 1988, S. 10, blieben die Ausnahme.



Ein weiteres Beispiel für den Umgang mit derartigen „grenzüberschreitenden“ Themen ist die Veröffentlichung der Rede Nikolai Bucharins auf dem Aprilplenum 1929 im 1989 in der UdSSR veröffentlichten Sammelband „N. Bucharin, Probleme der Theorie und Praxis des Sozialismus“. Die Passage aus dieser Rede, in der sich Bucharin mit der sog. Wittorf-Affäre und der Diskussion in der KPD beschäftigte, wurde im erwähnten Band einfach aus- oder, genauer gesagt, den Historikern des betreffenden Landes zur Interpretation überlassen. Als wir 1991 zusammen mit Ruth Stoljarowa eine deutsche Übersetzung von Bucharins Rede für den Dietz-Verlag vorbereiteten, kamen die russischen Kollegen der Bitte, uns die fehlenden Passagen zur Verfügung zu stellen, nicht nach.<sup>12</sup> Die internationale Diskussion kam erst mit Verspätung in Gang. Die im Band „Kommunisten verfolgen Kommunisten“<sup>13</sup> vorgestellten Beiträge des internationalen wissenschaftlichen Symposiums an der Universität Mannheim „Weiße Flecken‘ in der Geschichte des Weltkommunismus – stalinistischer Terror und ‚Säuberungen‘ in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren“ vom 22. bis 25. Februar 1992 zeigen ein Themenspektrum auf, das in der DDR von offizieller Seite verdrängt worden war. Bevor deutsche Historiker in russischen Archiven fündig wurden, galt es, das Material „vor Ort“ zu sichten. Die Ergebnisse ließen nicht lange auf sich warten.<sup>14</sup> Das Interesse an den Beständen der russischen Archive wuchs.<sup>15</sup> Deutsche Historiker sind mit Dokumentationen, die auf der Arbeit in Moskauer Archiven fußen, bereits hervorgetreten.<sup>16</sup> Moskauer Forscher ermittelten 1992 im ehemaligen Moskauer KGB-Archiv, heute

12 Nikolai Bucharin, 1929 – Das Jahr des großen Umschwungs, Berlin 1991, S. 105.

13 Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen“ in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren. Hrsg. von Hermann Weber und Dietrich Staritz in Verbindung mit Siegfried Bahne und Richard Lorenz, Berlin 1993; Markus Wehner, „Weiße Flecken“ in der Geschichte des Weltkommunismus – stalinistischer Terror und „Säuberungen“ in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren. Tagungsbericht zum internationalen wissenschaftlichen Symposium an der Universität Mannheim vom 22. bis 25. Februar 1992, in: IWK, Jg. 28 (1992), H. 1, S. 92–96.

14 In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, Berlin 1991; Ronald Sassning, Ich bin kein Feind des Volkes, will und kann es nicht sein! Die Geschichte eines Briefes an Stalin und das Schicksal eines deutschen Emigranten in der UdSSR. Ausgeliefert an die Gestapo, in: ND vom 27./28. 3. 1993, S. 13.

15 Olaf Groehler, Bergweise deutsche Akten. Erste Kunde von Sonderarchiven in UdSSR, in: ND vom 20./21. 7. 1991, S. 13. Groehler erwähnt in seinem Artikel, daß der Stellvertretende Vorsitzende des Komitees für Archivangelegenheiten der RSFSR, A. S. Prokopenko, und der Direktor des Zentralen Staatlichen Sonderarchivs der UdSSR, V. N. Bondarenko vor der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr am 12. 7. 1991 über deutsche Aktenbestände in der Sowjetunion informierten. Vgl. auch Karl-Heinz Janßen und Thomas Kleine-Brockhoff, Der KGB lädt ein. Die sowjetischen Archive öffnen sich, in: DIE ZEIT vom 19. 7. 1991, S. 9–10; Jevgenij Kuz'min: Wegschaffen ... vernichten ... verstecken. Das Schicksal erbeuteter Archive, in: LG vom 2. 10. 1991, S. 13; Manfred Quiring, In Moskaus Kirche Sankt Annen verrotten deutsche Klassiker. 1,5 Millionen Bücher als vergessenes Beutegut des Krieges und viele ungeklärte Fragen, in: Berl. Z. vom 25. 9. 1991, S. 3.

16 Georg Lukács, Johannes R. Becher, Friedrich Wolf u. a. Die Säuberung. Moskau 1937: Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung. Hrsg. von Reinhard Müller, Reinbek 1991; Heinz Kühnrich: „Die Arbeit liegt zu Berge, aber wir sind ein Diskutierklub.“ Unbekannte Dokumente zur Komintern-Debatte über Gruppenkampf und Sektierertum in der KPD Anfang 1935, in: ND vom 7./8. 8. 1993, S. 13; Markus Wehner und Aleksandr Vatlin, „Genosse Thomas“ und die Geheimtätigkeit der Komintern in Deutschland 1919–1925, in: IWK, Jg. 29 (1993), H. 1, S. 1–19; August Thalheimer, Programmatische Fragen. Kritik des Programmentwurfs der Kommunistischen Internationale (VI. Weltkongreß). Mit einem Vorwort von Theodor Bergmann und einer Einleitung von Jens Becker, Mainz 1993; Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–1943). Hrsg. vom Theodor Bergmann und Mario Keßler, Mainz 1992.

Archiv des Ministeriums für Sicherheit der Russischen Föderation, die Namen von 206 Deutschen, die 1937 und 1938 vom NKVD erschossen worden waren.<sup>17</sup> Schrittweise werden Angaben über die Kriegsgefangenenlager<sup>18</sup> in der UdSSR und die neun, von 1945 bis 1948 bestehenden Speziallager<sup>19</sup> in Deutschland, die dem NKVD unterstanden, publiziert. Die ersten Beiträge, in denen Wissenschaftler aus Deutschland schildern, mit welchen Problemen sie während der Arbeit in russischen Archiven konfrontiert waren, sind ebenfalls bereits veröffentlicht.<sup>20</sup> Bestimmte Archivbestände sind nach wie vor nicht zugänglich.<sup>21</sup>

Russische Journalisten und Historiker äußern sich ausgesprochen zurückhaltend zur gesetzlichen Grundlage der „Glasnost in der Geschichtsschreibung“ und ihrer Verankerung in einem Archivgesetz. Am 14. November 1990 erfolgte die Gründung der „Gesellschaft

- 17 Die Toten von Butowo, in: ND vom 17. 6. 1993, S. 7. (Nur 64 der in diesen Listen aufgeführten Personen waren im Buch „In den Fängen des NKWD“ erfaßt; Ulla Plener, Richard Ulbricht, ein deutscher Facharbeiter. Vernehmungsprotokolle, Anklageschrift und weitere Dokumente, in: UK, Jg. 1991, Nr. 9, S. 93–106; „Wenn die Verhaftungen andauern ... bleibt kein deutsches Parteimitglied mehr übrig.“ Stalin-sche „Säuberungen“ der deutschen Politemigration 1937–1938, in: IA, Jg. 1992, Nr. 1, S. 117–123 (hrsg. und komm. von L. G. Babičenko). Es handelt sich um einen von Paul Jakel an Ph. Dengel adressierten, für das ZK der KPD und die Deutsche Vertretung beim EKKI erarbeiteten Informationsbericht vom 29. 4. 1938 (Sprache Deutsch; Signatur: RCChIDNI. F. 495. Op. 292. D.101 L. 13–18). Im Bericht werden folgende Zahlen genannt: Bis zum 28. 4. 1938 registrierte die Deutsche Vertretung beim EKKI 842 Verhaftungen von Deutschen. Von Oktober 1937 bis Ende März 1938 betrug die Zahl der Verhafteten 470. Allein im März 1938 wurden ca. 100 Deutsche verhaftet. Am 9. März 1938 waren es 13, am 11. 3. – 17, am 12. 3. – 12 Politemigranten. Am 23. 3. wurden die letzten vier Männer verhaftet. In Engels z. B. ist kein Deutscher mehr in Freiheit. In Leningrad zählte die Gruppe der deutschen Kommunisten in Leningrad 103 Genossen, im Februar 1938 waren 12 übrig. Das widerspiegelt sich auch in der Höhe der gezahlten Mitgliedsbeiträge. Anfang 1937 entrichteten ca. 1300 deutsche Kommunisten ihre Beiträge an die Deutsche Vertretung, z. Zt. sind es nur 378. Von diesen haben 17 in diesem Jahr nicht gezahlt. Über ihr Schicksal wissen wir nichts. Über 70 % der KPD-Mitglieder sind inhaftiert. Wenn das so weitergeht, ist in drei Monaten kein deutscher Kommunist mehr auf freiem Fuß. Die Zahl der Entlassungen ist minimal. Von 841 Verhafteten kamen nur 8 frei.
- 18 Gerd Kaiser, Die Geheimnisse des „Tarnkäppchen“-Archivs. Moskau übergibt Personalakten, in: ND vom 9./10. 1. 1993, S. 13.
- 19 Holger Becker, Leicht verspätet. Moskau: Medien berichten jetzt über Lager in der SBZ, in: ND vom 26. 2. 1992, S. 2; Funde im Moskauer Geheimarchiv. Neue Dokumente über sowjetisches Speziallager in Buchenwald entdeckt, in: ND, 24. 9. 1992, S. 1; Sonja Kretzschmar: „Sehnsuchts Hügel“ als Endstation. Moskauer Archiv gibt neue Lagerlisten an das Rote Kreuz, in: Berl. Z. vom 19. 4. 1993, S. 5.
- 20 Bianka Pietrow-Ennker und Benno Ennker, Freier Zugriff auf Lenin, in: DIE ZEIT vom 4. 12. 1992; Götz Aly und Susanne Heim, Das Zentrale Staatsarchiv in Moskau („Sonderarchiv“). Rekonstruktion und Bestandsverzeichnis verschollen geglaubten Schriftguts aus der NS-Zeit, Düsseldorf 1992; Stefan Creuzberger und Ruud Veltmeijer, Forschungsarbeit in Moskauer Archiven. Ein Erfahrungsbericht, in: Ost, Jg. 1993, Nr. 3, S. 271–279. Hierbei handelt es sich um einen Erfahrungsbericht über die Arbeit von Mai 1991 bis Mai 1992 in verschiedenen Moskauer Archiven.
- 21 Reiner Tosstorff, Forschungen zur Kommunistischen Internationale. Bericht über eine Tagung im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, vom 1.–3. Oktober 1992, in: IWK, Jg. 29 (1993), H. 1, S. 48–51 (hier bes. S. 50 f.); Wilfriede Otto schreibt in diesem Zusammenhang in ihrem Artikel: Zwischen Parteibefehl und Bannbulle, in: ND vom 19./20. 6. 1993, S. 13: „Da sowjetische Quellen, die nähere Auskunft über die berechtigten Aktionen von NKWD-Leuten bzw. KP-Funktionären im Auftrag des NKWD zum Aufspüren von ‚Trotzkisten‘ in Spanien geben könnten, noch unter Verschuß gehalten werden, können diese bislang historisch noch nicht endgültig aufgeklärt werden – so auch nicht die von Walter Janka erhobene Anschuldigung, Zaisser sei für den Tod von Hans Beimler verantwortlich.“ Das trifft auch auf das nicht freigegebene NKWD-Dossier über Max Hoelz zu. Vgl. Manfred Gebhardt, Der mysteriöse Tod eines Rebellen, in: ND vom 11./12. 9. 1993, S. 13.



der Archivare der UdSSR“.<sup>22</sup> „Die Archive der KPdSU und des Komitees für Staatssicherheit (KGB) wurden am 24. August 1991 durch Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation verstaatlicht, die Aufsicht über den dokumentarischen Bestand dem Komitee für Archivwesen bei der Regierung der Russischen Föderation (Komitet po delam archiwow pri prawitelstwe Rossijskoj Federazii, Rossskomarchiv) übertragen, das als staatlicher Archivdienst im Februar 1992 die Rechtsnachfolge der früheren Archiv-Hauptverwaltung beim Ministerrat der UdSSR (Glawnoje archiwnoje uprawlenije pri Sowete Ministrow SSSR, Glawarchiw) antrat. In die Obhut des Komitees gingen insgesamt 204 Millionen sog. archivalische Einheiten über (Stand 1992), davon 70 Millionen aus dem ehemaligen Parteiarchiv, 4 Millionen aus dem Archiv des aufgelösten KGB und 20 Millionen, die sich früher in der Obhut der sowjetischen Archivverwaltung befanden, also alle Bestände der zentralen Archive der früheren Sowjetunion auf dem Gebiet Rußlands.“<sup>23</sup>

Das Thema der Veräußerung von Archivalien tauchte erst sehr spät – und in der Regel als Reaktion auf Projekte, Archivbestände im Ausland aufzubereiten und zu publizieren – auf. Oft ist das der einzige Weg, die Bestände zu retten.<sup>24</sup> Trotzdem sollten Wege gefunden werden, die garantieren, daß die Akten in Moskau bleiben, wie es in einer auf dem internationalen Symposium „Weiße Flecken in der Geschichte des Weltkommunismus“ verabschiedeten Erklärung heißt.<sup>25</sup>

22 N. A. Šiškina, *Sozdano obščestvo archivistov SSSR*, in: *ISSSR*, Jg. 1991, Nr. 3, S. 234–235. Stellvertreten-der Vorsitzender der Vereinigung ist Vladimir Manykin. Die Archivvereinigung und das Russische Zentrum unterstehen dem von Rudolf Pichoja geleiteten Komitee für Archivwesen der russischen Regierung.

23 Jan Foitzik, *Zur Situation in Moskauer Archiven*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, Jg. 1 (1993), S. 300. J. Foitzik stellt im Bericht folgende Archive näher vor. 1) Das am 12. Oktober 1991 gegründete „Russische Zentrum für Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte“, das eigentlich drei Archive beherbergt: ein Archiv zu sozialen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, das Archiv der zentralen Organe des ZK der KPdSU bis 1952 und das sog. Kominternarchiv. 2) Das am 25. Februar 1992 gegründete „Zentrum für die Aufbewahrung moderner Dokumente“ (hier werden Dokumente der KPdSU aus den Jahren 1952–1991 aufbewahrt). 3) Außerhalb der Fachaufsicht des Staatlichen Archivdienstes Rußlands befinden sich auf der zentralen Ebene insbesondere das Archiv der Außenpolitik des Russischen Reiches und das Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation, die unmittelbar dem russischen Außenministerium unterstellt sind. Darüber hinaus enthält der Beitrag einen Anhang mit Anschriften und Angaben zu zwölf weiteren Moskauer Archiven. – Ende 1992, Anfang 1993 haben die Archive damit begonnen, eigene Zeitschriften und Bulletins herauszugeben. Das „Russische Zentrum zur Aufbewahrung und zum Studium der Dokumente der neuesten Geschichte“ gibt (gemeinsam mit dem Institut für Sozialgeschichte Amsterdam) ein wissenschaftliches Informationsbulletin heraus. In der ersten Ausgabe werden Fonds 545 (Internationale Brigaden in Spanien) und 272 (Die Organisationen der Poale-Zion in Rußland und in der UdSSR) sowie einige Dokumente des EKKI vorgestellt. Ferner werden die internationale Zusammenarbeit und Forschungsprojekte dokumentiert. Als Beilage zum „Isto-ričeskij Archiv“ erschien 1993 die erste Doppelnummer des „Archivno-informacionnyj bjulleten“, in dem das Kreml-Archiv (heute Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation) und das Archiv des Sekretariats und Politbüros des ZK der KPdSU (heute Zentrum zur Aufbewahrung neuester Dokumente) vorgestellt werden. Damit liegt ein erstes Findbuch für die in diesen Archiven aufbewahrten Dokumente aus den Jahren 1940–1990 vor. Material aus diesen Archiven wird u. a. auch in der Beilage „Rodina“, die unter dem Titel „Istočnik“ erscheint, publiziert.

24 Bernhard H. Bayerlein, *Europäische Kulturgüter in Gefahr. Ein dringender Appell aus Moskau, die zentralen Archive zu retten*, in: *DIE ZEIT* vom 13. 3. 1992.

25 Mannheimer Erklärung zum Kominternarchiv vom 27. 2. 1992, in: *NL*, Jg. 1 (1993), Nr. 1/2, S. 7. In dieser Ausgabe werden u. a. die politischen Archive des sowjetischen Außenministeriums und das Russische Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung der Dokumente der Neuzeit vorgestellt.

Crown-Publishing hatte z. B. einen Buchvertrag mit dem KGB-Archiv bekanntgegeben. Der Verleger Jonathan Ryden von der Yale-University-Press und der Direktor des Russischen Zentrums zur Bewahrung und zum Studium der Dokumente zeitgenössischer Geschichte, **Oleg Naumov**, teilten mit, einen Vertrag über ein gemeinsames Buchprojekt unterzeichnet zu haben. Zwischen 1994 und 1996 sollen mindestens neun Bücher veröffentlicht werden, die unter anderem Lenins „geheime Archive“,<sup>26</sup> Zeugnisse stalinistischer Repression und Dokumente über die Steuerung der US-amerikanischen KP durch Moskau enthalten sollen. Nach sechsmonatigen Verhandlungen wurde ein Vertrag unterzeichnet, der Yale die Weltrechte an der Publikation von Dokumenten aus dem Archiv sichert. Vom Ausverkauf kulturellen Erbes war u. a. in der Presse zu lesen.<sup>27</sup> Es siegte der Kommerz, nicht die Wissenschaft, kommentiert z. B. Roy Medwedjew die am 17. April 1992 geschlossene Vereinbarung „Über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Austausches von Archivinformation, Mikrokopien und Organisation der Mikrokopie“, die auf russischer Seite von R. Pichoja, D. Volkogonov und N. Pokrowski und auf amerikanisch-englischer Seite von J. Dunlop, R. Conquest, T. Emmons und J. Hewlett unterzeichnet wurde. Die Amerikaner und Briten vermarkten einen Großteil der Moskauer Archive, die russischen Historiker fühlen sich betrogen.<sup>28</sup>

Mit Besorgnis wiesen russische Journalisten und Historiker in der letzten Zeit auf Versuche hin, die Öffnung der Archive rückgängig zu machen bzw. zu unterlaufen.<sup>29</sup> „Nur die völlige Öffnung kann Mißbrauch verhindern“, heben F. Firsov, Leiter der Publikationsabteilung des Russischen Zentrums für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte, und A. Vatlin, Vizepräsident der im Januar 1992 gegründeten „Russischen Gesellschaft für sowjetische Studien“ hervor.<sup>30</sup> Auch das Thema der

26 Am 14. 11. 1991 veröffentlichte ND unter der Überschrift „Unbekannte Briefe Lenins entdeckt“ folgende Meldung: 3724 Lenin-Briefe, die bisher unausgewertet in den Archiven der KPdSU und des sowjetischen Geheimdienstes KGB lagerten, sollen jetzt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. „Der unbekannte Lenin“, der bei der Lektüre dieser Dokumente zutage tritt, ist weit von dem bis heute präsentierten Idealbild entfernt“, sagte der Historiker General Solotarev, Mitglied der russischen Parlamentskommission zur Überführung der Dokumente in die Nationalarchive, gegenüber der sowjetischen Tageszeitung „Krasnaja Svezda“.

27 Rußland vermarktet Archive der KPdSU, in: ND vom 23. 1. 1992, S. 2. Für 25 % Provision hat der englische Universitätsverlag Chadwyck-Healy die Rechte erworben, 70 Millionen Archivalien der KPdSU auf Mikrofilm aufzunehmen und weltweit zu veräußern; Jewgenija Albaz, Osobyje papki CK KPSS i KGB (1969–1990) Z. B. wurden Aktenstücke über die Nahostpolitik der UdSSR aus dem Archiv des ZK der KPdSU und dem KGB vor ihrer Publikation in der UdSSR bereits im Boston Globe veröffentlicht. Vgl. MN vom 14. 6. 1992, S. 16–17. In dem Artikel „Das erinnert an alte Zeiten“ (MN vom 16. 8. 1992, S. 19) ist davon die Rede, wie es zum Vertrag über das Fotokopieren der Materialien aus den Parteiarchiven mit der Hoover-Institution gekommen war. Roland Heine, In Moskaus Archiven ticken die Bomben. Gleich tonnenweise werden Dokumente der KPdSU an diverse Interessenten im Ausland verschleudert, in: Berl. Z. vom 4. 3. 1992, S. 3.

28 Roy Medwedjew, in: ND vom 7. 5. 1993, S. 14. Vgl. auch: Jeder Hinweis darauf ist zu entfernen. Die Lehren der Zensur. Dokumente aus den Jahren 1939–1977, in: MN vom 9. 8. 1992, S. 20. Das von Tatjana Gorjaewa zusammengestellte Material wird in einer Ausstellung in den USA zu sehen sein. Eine Dokumentation ist in Vorbereitung.

29 Natalija Gevorkjan, Die Akten des KGB werden zugänglicher – vorerst theoretisch, in: MN vom 23. 2. 1992, S. 10; dies., Geschlossene Archive in offenem Kampf, in: MN vom 25. 10. 1992, S. 9; Silva Rubašova: Heilige Geheimnisse. Mit welchem Schlüssel kann man die Panzerschranke des ZK der KPdSU wieder schließen, in: MN vom 23. 2. 1992, S. 10.

30 ND vom 14./15. 3. 1992, S. 13.



Aktenvernichtung wird nunmehr angesprochen.<sup>31</sup> Kompetenzstreitigkeiten<sup>32</sup> oder Auslagerungen von Archivbeständen<sup>33</sup> behindern nach wie vor die Forschungsarbeit. Am 14. August 1992 veröffentlichte die „Rossijskaja Gazeta“ „Die Grundlagen der Gesetzgebung über das Archivwesen Rußlands“.<sup>34</sup>

Mit Blick auf die hier nur skizzenhaft umrissene Situation (auf die Methodologiediskussion, die Rechtslage und die Notwendigkeit, den Rahmen der vaterländischen Geschichtsschreibung erneut zu fixieren, wäre noch einzugehen) wird m. E. klar, warum Veröffentlichungen zur russischen bzw. sowjetischen Geschichte nach 1991 dominieren. In neueren Literaturberichten weisen russische Autoren die Artikel zu „ausländischen Themen“ nicht gesondert aus.<sup>35</sup> Im Folgenden sind die seit 1991 veröffentlichten Artikel, in denen wenigstens Bezüge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hergestellt werden, chronologisch und nach Themen sortiert.

*Veröffentlichungen neuer Lenin-Dokumente, sowie von Dokumenten, die Aufschluß über die Beziehungen Lenins und der russischen Arbeiterbewegung zur deutschen Arbeiterbewegung und ihren Funktionären geben:* 1991 erschienen: Aus dem Briefwechsel V. I. Lenins mit dem Zentralbüro der deutschen Sektion beim ZK der KPR(B) zwischen dem 10. Oktober 1920 und dem 12. Januar 1921 über die Übersetzung des Buches „Materialismus und Empirioskritizismus“ ins Deutsche, in: VIKPSS, Jg. 1991, Nr. 4, S. 12–15.; Clara Zetkin an Vladimir Il'itsch Lenin, 30. Juli 1921, in: ICKKPSS, Jg. 1991, Nr. 5, S. 178–179. Diese Veröffentlichungen ergänzen die bisher umfangreichste Sammlung von insgesamt 91 Briefen von Vertretern der deutschen Arbeiterbewegung an Lenin sowie 29 Briefen Lenins an Deutsche.<sup>36</sup>

In einer Reihe von Veröffentlichungen wird das Thema *Lenin als bezahlter Agent des deutschen Imperialismus* aufgegriffen: V. Loginov, Über den „plombierten Wagen“, „deutsches Gold“ und den Nutzen der Neuauflage alter Bücher, in: K, Jg. 1991, Nr. 5, S. 124 bis 126. In diesem Artikel sowie in weiteren Rezensionen (z. B. S. V. Devjatov, Rezension zu Fritz Platten: Lenin iz emigracii v Rossiju. Moskau 1990, in: VIKPSS, Jg. 1991, Nr. 3, S. 143–146), wird der Vorwurf, Lenin sei in Wirklichkeit ein Spion, Verräter und politischer Abenteurer gewesen, der deutsches Geld genommen hätte, zurückgewiesen. Aleksandr Michajlovič Sovokin setzt sich in dem Artikel „Mif o ‚nemeckih millionach‘“, in: VIKPSS, Jg. 1991, H. 4, S. 70, mit der Legende über die von Lenin angeblich

31 Rudolf Pichoja, Vorsitzender des Komitees für Archivangelegenheiten beim Ministerrat der RSFSR berichtete im Artikel „Die Öffnung der Archive Rußlands“, in: Rodina, Jg. 1992, H. 1, S. 80–81, über Beispiele für Aktenvernichtung nach dem Putsch; Klaus-Joachim Herrmann, Er kannte alles und wollte es vernichten, in: ND vom 13./14. 3. 1993, S. 3.

32 Dmitri Volkogonov informiert in dem Artikel „Ewig ist nur die Vergangenheit“ über die Arbeit der von ihm geleiteten Kommission des Obersten Sowjets Rußlands zur Übernahme von Archiven des ZK der KPdSU und des KGB, in: AiF, Jg. 1992, Nr. 6, S. 4.

33 Natalja Davydova, Die Reise der „Ochraňa“ von Moskau nach St. Petersburg, in: MN vom 12. 4. 1992, S. 3.

34 Oznovy zakonodatel'stva ob Archivnom fonde Rossii, in: Rossijskaja Gazeta vom 14. 8. 1992.

35 M. Gorinov, Geschichtszeitschriften 1992, in: SM, Jg. 1993, Nr. 3, S. 106–113. (In die Literaturanalyse wurden einbezogen: WI, OI und NINI.)

36 Im Band: Briefe Deutscher an Lenin. Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung im Briefwechsel mit Lenin, Berlin 1990, 390 S., stellten die Herausgeber Ruth Stoljarowa und Peter Schmalfuß 30 Dokumente, die zum ersten Mal oder erstmals vollständig, und weitere 26, die erstmals in Deutschland ediert wurden, vor.

kassierten „deutschen Millionen“ auseinander. Diese Legende taucht in der russischen Presse immer wieder auf, z. B. im Artikel von A. Vladimirov „Wer hat die ‚Musik‘ bestellt“, in: R, Jg. 1991, Nr. 3, oder in Akim Arutjanovs „War Lenin ein Agent des deutschen Generalstabes?“. Ferner findet sie sich im „Moskovskij Komsomolec“ vom 11. 11. 1991 und in den Heften 48, 49 und 51 der Zeitschrift Ogonek. Akim Arutjanov hat diese These in seinem am 29. 8. 1991 in der Zeitung „Kuranty“ veröffentlichten Artikel „Einem Toten helfen keine heißen Umschläge mehr“ aufgegriffen. Jene Autoren, die gegen derartige Spekulationen polemisieren, verweisen auf die in der Sowjetunion unbekannten bzw. verbotenen und nunmehr einem breiten Leserkreis zugänglich gemachten Arbeiten von Fritz Platten „Lenins Reise im plombierten Wagen“ und Werner Hahlweg „Lenins Rückkehr nach Rußland 1917“ (Leiden 1957, Moskau 1990). Beide Bücher liegen nun auch in russischer Übersetzung vor.

Russische Zeitschriften veröffentlichten eine Reihe von Literaturberichten, um ihren Lesern die im Westen verbreitete Literatur vorzustellen. So kommentierte z. B. Benno Enker für die Leser der Zeitschrift OI (Jg. 1992, Nr. 5, S. 191–205) die im Westen verbreitete Literatur über den Ursprung des Leninkultes. Ulrich Völklein griff in seinem Beitrag für den „stern“ „Die gekaufte Revolution“ auf einen Teil der russischen Veröffentlichungen zurück und behauptete, die „Moskauer Dokumente belegen, daß die Russische Oktoberrevolution 1917 aus deutschen Staats- und Industrie-Kassen finanziert worden ist.<sup>37</sup> Das Geschäft wurde auch über Lenin abgewickelt.“, in: stern, 1993, Nr. 11.

*Artikel über repressierte Revolutionäre, das Schicksal der Leninschen Garde und den Verlauf der Rehabilitierung* werden in den Zeitschriften nur noch selten veröffentlicht: L. I. Gincberg, Die Moskauer Prozesse 1936–1938: die Haltung der Führer der internationalen und kommunistischen Bewegung, in: NINI, Jg. 1991, H. 6, S. 10–24. Gincberg referiert die nicht in russischer Sprache vorliegenden Artikel aus der „Rundschau“ und Memoirenliteratur. Ju. S. Borisov und A. V. Golubev erläutern unter Rückgriff auf die Mitte der 60er Jahre veröffentlichten Bücher von L. Labedz, J. P. Shapiro, S. A. Oppenheim und B. Levytzky, wie die politische Rehabilitierung in der UdSSR (1950 bis 1960) im Westen aufgenommen wurde. In: OI, Jg. 1992, Nr. 5, S. 205–209. Zu den Autoren, die durch ihre Publikationen auch in Deutschland bekannt sind, gehören Jakov G. Rokitjanskij und Arkadij Waksberg.

Artikel (unter Verwendung von Dokumenten aus dem KGB-Archiv) über die Reaktion in der Führung der KPdSU auf die Ereignisse in Budapest und Prag sind häufiger anzutreffen als Veröffentlichungen über den 17. Juni 1953 in der DDR.<sup>38</sup>

37 Vgl. hierzu auch die Veröffentlichung von 14 Dokumenten aus den Jahren 1922–1927, darunter Briefen an das ZK und das Sekretariat des ZK der Kommunistischen Partei Rußlands: Neue Dokumente über die finanzielle Unterstützung der Bolschewiki im Jahre 1917, in: OI, Jg. 1993, Nr. 2, S. 128–143.

38 Zu dieser Thematik hat u. a. Elke Scherstjanoi veröffentlicht: Das kann man nicht machen, das könnte der Sowjetunion schaden. Vor 40 Jahren: Der 17. Juni 1953 vor dem Hintergrund der Machtkämpfe in Moskau. Zehn Tage, in denen sich alles entschied, in: ND vom 17. 6. 1993, S. 3; Deutsche Historiker besorgten die Übersetzung des (in: ICKPSS, Jg. 1991, Nr. 1, S. 140–213; 1991, Nr. 2, S. 141–208, veröffentlichten) Stenogramms des Juli-Plenums des ZK der KPdSU 1953. Über die Erschließung von Dokumenten aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED, ihre Interpretation und die sich daran anschließende, in den Zeitschriften BzG und UK geführte Diskussion unter deutschen Historikern informiert Rolf Badstübner in dem Artikel: Zum Problem der historischen Alternativen im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Neue Quellen zur Deutschlandpolitik von KPdSU und SED, in: BzG, Jg. 33 (1991), H. 5, S. 579–592.



*Veröffentlichung neuer Stalin-Dokumente, die Aufschluß über die Beziehungen J. V. Stalins zur deutschen Arbeiterbewegung und ihren Funktionären geben:* L. G. Babičenko, Stalins Brief an die Zeitschrift „Proletarskaja Revoljucija“ und seine Folgen, in: VIKPSS, Jg. 1990, Nr. 6, S. 94–108. Babičenko vergleicht in seinem Artikel, der mit dem Ziel, die Mechanismen der ideologischen Indoktrination bloßzulegen, verfaßt wurde, die unterschiedliche Rezeption von Stalins Brief im In- (darunter an der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens, der Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten des Westens und an der Internationalen Lenin-Schule) und Ausland. Unter Rückgriff auf die von Klaus Kinner aufgearbeiteten Quellen<sup>39</sup> sowie von bisher unveröffentlichtem Archivmaterial weist er nach, daß sich Stalins Brief im Ausland nicht als „richtungsweisendes Dokument“ verwenden ließ.

D. S. Davydovič gibt im Artikel *Tragische Seiten in der Geschichte der KPD*<sup>40</sup> einen Überblick über die in der deutschen und russischen Presse veröffentlichten Artikel über die Opfer des Stalinismus in der KPD. Anhand von Archivdokumenten schildert er die Bemühungen der Angehörigen Ernst Thälmanns, bei der sowjetischen Regierung Hilfe zu erwirken. Stalin hatte alle Hilfersuchen abgelehnt. Den gleichen Zeitraum behandeln Aleksandr Vatlin<sup>41</sup> und Lev Israilevič Gincberg in ihren Artikeln<sup>42</sup>

*Rosa Luxemburg* wird von E. Samarskaja, B. A. Kalašnikov und Ja. Drabkin als *Kritikerin des bolschewistischen Experiments* – ihre Artikel zur Russischen Revolution wurden in der Sowjetunion unterdrückt – vorgestellt.<sup>43</sup>

An die Stelle der in den Jahren der Perestroika vorherrschenden Veröffentlichungen über den Hitler-Stalin-Pakt und den Großen Vaterländischen Krieg traten Publikationen über die *Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion auf militärischem Gebiet*. Dem Artikel von Abdulchan Abdurachmanovič Achtamžjan über die Kooperation zwischen der UdSSR und Deutschland auf militärischem Gebiet von 1920 bis 1933<sup>44</sup> folgte

39 Klaus Kinner, *Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933. Geschichte und Politik im Kampf der KPD*, Berlin 1982.

40 D. S. Davydovič, *Die tragischen Seiten der Geschichte der KPD*, in: NINI, Jg. 1990, Nr. 4, S. 225–227.

41 Aleksander Jurjevič Vatlin, *Der heiße Herbst des Jahres 1928. Über die Stalinisierung der Komintern*, in: UK, Jg. 1990, Nr. 2, S. 66–72.

42 Stalin und die KPD am Vorabend der Hitlerdiktatur 1929–1933, in: NINI, Jg. 1990, Nr. 6, S. 21–40.

43 R. Luxemburg, *Die Organisationsfrage in der russischen Sozialdemokratie*. Mit einer Vorbemerkung von E. A. Samarskaja, in: RKISM, Jg. 1990, Nr. 6, S. 141–150.; R. Luxemburgs Manuskript „Zur russischen Revolution“. Mit einer Vorbemerkung von Jakov S. Drabkin, in: VI, Jg. 1990, Nr. 2; B. A. Kalašnikov, *Das theoretische Schöpfung Rosa Luxemburgs*, in: VIKPSS, Jg. 1991, Nr. 3, S. 28–39. Kalašnikov plädiert für eine Wiederaufnahme der Beschäftigung mit R. Luxemburgs Werk. Er bezeichnet sie als glänzende Theoretikerin, die das Instrumentarium der marxistischen Geschichtsanalyse perfekt beherrschte. Im Unterschied zu Drabkin besteht Kalašnikov nicht auf einer Neubewertung von Luxemburgs Äußerungen über die Oktoberrevolution in Rußland. Vgl. Die fast unbekannte Rosa. Gespräch mit Jakov Drabkin, Vorsitzender des Zentrums für deutsche historische Forschungen der AdW der UdSSR, Herausgeber und Verfasser des Vorworts zum Band *Rosa Luxemburg: Über Sozialismus und russische Revolution*. Ausgewählte Artikel und Reden, Moskau 1991, 399 S., in: K, Jg. 1991, Nr. 9, S. 121–124. Mit diesem Band werden dem russischen Leser erstmals die revolutionstheoretischen Schriften R. Luxemburgs, darunter ihre Kritik am Vorgehen der Bolschewiki, vorgestellt. Im Interview wird u. a. die Rezeptionsgeschichte der Schriften R. Luxemburgs in der Sowjetunion skizziert und die Fehlerhaftigkeit der von W. I. Lenin 1922 in den „Notizen eines Publizisten“ an Rosa Luxemburg geübten Kritik konstatiert.

44 In: NINI, Jg. 1990, Nr. 5, S. 3–24.

bald eine Edition ausgewählter Dokumente.<sup>45</sup> Der Interpretation der neuen sowjetischen Sicht auf den *Zweiten Weltkrieg* widmete Ingeborg Fleischhauer mehrere Artikel.<sup>46</sup> Russische Historiker greifen durchweg auf neues Archivmaterial zurück. Stellvertretend für die Untersuchungen über Beginn, Verlauf und Ende des Krieges seien folgende Beiträge genannt: Ju. Ja. Kirsin und N. M. Ramaničev, Am Vorabend des 22. Juni 1941. Material aus Militärarchiven, in: NINI, Jg. 1991, Nr. 6, S. 3–19; G. A. Kumanev, Von der grundlegenden Wende zum Sieg. November 1942–September 1945, in: ISSSR, Jg. 1991, Nr. 3, S. 29–49; A. A. Sevjakov, Hitlers Völkermord auf den Territorien der UdSSR. Die Archive beginnen zu reden, in: SI, Jg. 1991, Nr. 12, S. 3–11. Auch im Hinblick auf dieses Thema werden Veröffentlichungen über die Archivlage und den Forschungsstand im Ausland publiziert.<sup>47</sup>

Unter der Rubrik *Konferenzberichte*<sup>48</sup> werden die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung betreffende Fragen nur selten angesprochen. Im *Rezensionsteil* der Fachzeitschriften wurden – in der Regel mit einer Verspätung von vier bis fünf Jahren – vor allem Bücher zur Geschichte der Sozialdemokratie und der Weimarer Republik vorgestellt.

- 45 Jurij Leontjevič Djakov und Tatjana Semenovna Bušujeva, Fašistskij meč kovalsja v SSSR. Krasnaja Armija i rejschver. Tajnoe sotrudničestvo. 1922–1933. Neizvestnye dokumenty. Moskau: Sovetskaja Rossija, 1992 – 384 S. (Rossija v lizach, dokumentach, dnevnikach) Übers. d. Sacht.: Das faschistische Schwert wurde in der UdSSR geschmiedet. Die Rote Armee und die Reichswehr. Die geheimgehaltene Zusammenarbeit. 1922–1933.
- 46 Vgl. Ingeborg Fleischhauer, „Unternehmen Barbarossa“. Die deutsche Kriegserklärung in Moskau im Lichte sowjetischer Dokumente, in: Osteuropa, Jg. 1991, Nr. 6, S. 517–544. In ihrem Artikel umreißt I. Fleischhauer, die im Archiv des Außenministeriums der UdSSR arbeiten konnte, u. a. die Handhabung der Verordnung Nr. 804 des Ministerrates der UdSSR vom 10. 8. 1990, die bis zur Annahme eines Archivgesetzes die Regelungen für Einsichtnahme in Akten festschreibt. Die Zeitschrift MSH druckte I. Fleischhauers Artikel nach, Jg. 1991, Nr. 7, S. 126–138. Vor allem in dieser Zeitschrift sowie in NINI finden sich Auszüge aus Memoiren von deutschen Militärs und Diplomaten sowie Veröffentlichungen von Dokumenten aus dem Auswärtigen Amt bzw. dem Außenministerium zur Vorgeschichte und zum Verlauf des Zweiten Weltkrieges.
- 47 O. V. Vislev, Warum zögerte Stalin 1941. Aus deutschen Archiven, in: NINI, Jg. 1992, Nr. 1, S. 86–100; 1992, Nr. 2, S. 70–97.
- 48 Dietrich Geyer, Probleme und Perspektiven der Zusammenarbeit von Historikern aus der Sowjetunion und der BRD (Referat auf dem VI. Kolloquium von Historikern aus der UdSSR und der BRD in Moskau, 9.–11. 10. 1989, in: ISSSR, Jg. 1990, Nr. 2, S. 207–210; M. B. Korčagina, Eine Konferenz der Deutschland-Historiker und Germanisten. Die Koordinationsberatung fand vom 25.–26. 1. 1990 in Moskau statt. Zum Leiter des Büros wurde Ja. S. Drabkin gewählt. Vgl. NINI, Jg. 1990, Nr. 3, S. 221–226. Er informierte über die Bildung eines Zentrums für deutsche Geschichtsforschung. N. I. Kaniščeva berichtete über ein in Bonn stattgefundenes Seminar des IML beim ZK der KPdSU und der Friedrich-Ebert-Stiftung, auf dem über die Zusammenarbeit beider Einrichtungen beraten wurde. Reform und Revolution: Theorie und Praxis der sozialistischen Arbeiterbewegung, in: VIKPSS, Jg. 1991, Nr. 6, S. 148–155.



# **Geschichte der Internationalen Transportarbeiterföderation 1896–1996**

## **Ein gewerkschaftlich-wissenschaftliches Kooperationsprojekt**

**Von Sigrid Koch-Baumgarten**

In den 90er Jahren wurde bzw. wird eine Reihe wichtiger Internationaler Berufssekretariate (IBS) – internationale gewerkschaftliche Zusammenschlüsse auf Branchenebene, die locker mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) assoziiert sind – 100 Jahre alt, darunter 1996 die Internationale Transportarbeiterföderation (ITF). Ihre Vorläuferorganisation, die Internationale Föderation der Schiffs-, Hafen- und Flußarbeiter, wurde 1896 in London gegründet, später um Gewerkschaften anderer Verkehrsbranchen erweitert und in ITF umbenannt. Sie nahm innerhalb der IBS aufgrund bereits frühzeitig weitgehend international strukturierter Verkehrssektoren (Schifffahrt) immer eine Sonderstellung und -rolle ein. Sie gehörte bzw. gehört nicht nur zu den ressourcenstärksten und größten IBS (mit 1993 über 5 Millionen Mitgliedern in mehr als 400 Organisationen in über 100 Ländern),<sup>1</sup> sondern hat außerdem eine über die „Briefkasten“- und Dienstleistungsfunktion anderer Gewerkschaftsinternationalen hinausgehende beachtliche Aktivität in diversen Tätigkeitsbereichen entfaltet. Dazu gehören in der internationalen Gewerkschaftsbewegung singuläre internationale Boykottaktionen (gegen die Horthy-Diktatur in Ungarn 1920, gegen Waffenlieferungen im polnisch-sowjetrussischen Krieg 1920 und gegen die Gelegenheitsflaggen 1956) sowie ein außergewöhnliches Engagement im gewerkschaftlichen deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus.<sup>2</sup> Gewerkschaftsjubiläen haben bereits in der Vergangenheit häufig den Anstoß zur Aufarbeitung der Geschichte von Gewerkschaftsorganisationen auf nationaler und internationaler Ebene gegeben. Sie boten und bieten den Anlaß zur Selbstverständigung, zur Identitätsbildung – aber auch zur kritischen Selbstreflexion. So sind aus Anlaß des 100jährigen Bestehens des Internationalen Metallarbeiter-Verbandes (IMB),<sup>3</sup> des Internationalen Bundes der Bau- und Holzarbeiter (IBBH)<sup>4</sup> bzw. des 90jährigen „Geburts-tags“ der Fédération International des Employés et des Techniciens (FIET)<sup>5</sup> erst kürzlich drei im Umfeld der Organisationen selbst entstandene Publikationen erschienen. Und auch die ITF hat bereits mehrere Ansätze zur Aufarbeitung ihrer Geschichte in Eigenregie anlässlich verschiedener Jubiläen unternommen.<sup>6</sup>

1 Vgl. ITF, *Flags of Convenience – The ITF's campaign*, London o. J. [1993], S. 5.

2 Vgl. Helmut Esters, Hans Pelger und Alexandra Schlingensiepen, *Gewerkschafter im Widerstand*, 2. Aufl., Bonn 1983.

3 *Der Internationale Metallgewerkschaftsbund 1893–1993. Die ersten hundert Jahre*. Hrsg. von K. Casserini, o. O. o. J. [1993]; siehe auch die Vorläuferstudie Fritz Opels: *75 Jahre Eiserne Internationale: 1893–1968*. Hrsg. vom IMB, Genf 1968.

4 *Auf der Suche nach Solidarität. Eine Geschichte der Internationalen Bau- und Holzarbeiterbewegung*. Hrsg. von Konrad Carl und Bruno Köbele, Köln 1993.

5 FIET, *FIET 90. 1904–1994*, Genf 1994.

6 Ken Golding, *Brief History of the ITF 1896–1914*, unpubl. Ms. (1964), Fahren im Modern Record Centre der University of Warwick, Großbritannien; ders., *75 Jahre ITF. Zur Geschichte der Gewerkschaftsinternationalen, die seit 1896 Geschichte macht*. Sondernummer der Internationalen Transportarbeiter-Zeitung

Trotz des grundsätzlich begrüßenswerten Versuchs von Interessengruppen, ihre Geschichte aufzuarbeiten oder Forschungsmittel zur Verfügung zu stellen, bleiben Selbstdarstellungen aufgrund der fehlenden Distanz zum Forschungsobjekt und organisationspolitischer Interessen häufig problematisch und erhalten den Charakter von Selbstrechtfertigungen. Die selektive Wahrnehmung einer kontinuierlichen Erfolgsgeschichte, die Ausblendung von Brüchen, Fehlschlägen oder kritischen Phasen der eigenen Vergangenheit sind daher nicht selten. Das historiographische Interesse der Gewerkschaften kann aber auch von dem Bedürfnis motiviert werden, „Lehren“ aus der Geschichte abzuleiten, die eine „geschichtsbewußte Gestaltung zukünftiger Verhältnisse“ möglich machen<sup>7</sup> – das aber setzt eine kritische Reflexion und unabhängige Forschungspraxis voraus.

Das gegenwärtig anlaufende internationale Projekt zur Historie der ITF 1896–1996 ist dafür ein Beispiel. Es wurde ebenfalls im Kontext der Planungen einer 100-Jahr-Feier von der ITF selbst initiiert. Im Unterschied zu den bisherigen organisationsinternen Selbstdarstellungen wurde diesmal jedoch von vornherein eine Kooperation mit Fachvertretern der historischen und politikwissenschaftlichen Gewerkschaftsforschung gesucht,<sup>8</sup> um eine unabhängige und kritische Forschung zur ITF-Geschichte zu ermöglichen. Damit wurde die Grundlage gelegt für ein ambitioniertes Kooperationsprojekt zwischen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen verschiedener Länder einerseits und historisch interessierten Gewerkschaftsvertretern andererseits – in dieser Form ein Novum in der Gewerkschaftsforschung auf internationaler Ebene. Beteiligt an den bisherigen Diskussionen<sup>9</sup> waren u. a. Historiker und Politikwissenschaftler aus Belgien, Großbritannien, Indien, der Universitäten Nijmegen und Bochum, des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam, des Archiv und Museum der Sozialistischen Arbeiterbewegung (AMSAB) in Gent und der Forschungsstelle Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik der FU Berlin.

Nachdem internationale Gewerkschaftspolitik und -organisation lange ein Schattendasein in der Gewerkschaftsforschung geführt haben, ist seit den 70er Jahren aufgrund wachsender ökonomischer und politischer transnationaler Interdependenzen auch ein zunehmendes wissenschaftliches Interesse an diesem Themenkomplex zu verzeichnen. Da bislang nur vereinzelte Studien zur ITF vorliegen,<sup>10</sup> verspricht das Projekt zur Aufarbeitung der ITF-Geschichte einen relevanten Beitrag zur Untersuchung internationaler Gewerkschaftspolitik, ihrer Grenzen und Möglichkeiten und der Funktionen Inter-

[Forts. von Anm. 6]

(ITZ) 1971; Omer Becu, Ein kurzer Überblick über Geschichte und Tätigkeit der ITF. Hrsg. von der ITF, London o. J. [1952].

7 Gerhard Beier, Die Wiederentdeckung der Gewerkschaftsgeschichte als politisches Problem, in: ders., Geschichte und Gewerkschaften. Politisch-historische Beiträge zur Geschichte sozialer Bewegungen, Köln 1981, S. 457 ff., Zitat S. 459.

8 Siehe „Aufruf an alle ITF-Historiker“, in: ITF-news, März 1990, S. 16.

9 Es haben bereits drei Konferenzen beteiligter und interessierter Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen und Gewerkschaftsvertreter und -vertreterinnen in London (Juni 1993), Istanbul (September 1993) und Berlin (März 1994) stattgefunden.

10 Etwa Hartmut Simon, Die Internationale Transportarbeiterföderation. Möglichkeiten und Grenzen internationaler Gewerkschaftsarbeit vor dem Ersten Weltkrieg, Essen 1993; Herbert N. Northrup und Richard R. Rowan, The International Transport Worker's Federation and Flag of Convenience Shipping, Pennsylvania 1983; siehe auch Anm. 2.



nationaler Berufssekretariate zu leisten. Da es zudem einen Zeitraum von 100 Jahren ITF-Geschichte umfaßt, lassen sich Kontinuitätslinien und Brüche, aber auch die Frage nach dem Wandel von IBS-Funktionen, Politikfeldern und gewerkschaftlichem Internationalismus verfolgen. Thematisch ist das Projekt weitgesteckt. Es werden sowohl Organisationsfragen (Organisationsaufbau, Verhältnis zu anderen Internationalen), zentrale historische Ereignisse oder Aktivitäten (Streikaktionen, Boykottaktionen, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, die inzwischen mehr als 40jährige transnationale gewerkschaftliche Kooperation gegen das Problem der sog. Gelegenheitsflaggen) als auch Biographisches, Gegensätze zwischen Gewerkschaften der Ersten und Dritten Welt, Herausforderungen der Verkehrsgewerkschaften durch den Europäischen Binnenmarkt, aktuelle Expansion nach Osteuropa und in die GUS zum Beispiel behandelt.

Geplant ist die Publikation einer fünfbandigen ITF-Geschichte, deren Einzelbände sowohl von Wissenschaftlern als auch von Gewerkschaftsvertretern herausgegeben werden. Außerdem wird eine Ausstellung vorbereitet:

*Band 1:* Die Entstehungs- und Anfangsjahre der ITF 1896–1916. *Koordinator:* Bruce Aubry, Großbritannien.

*Band 2:* Die Ära Edo Fimmen 1917–1945. *Koordinator:* Bob Reinalda, Universität Nijmegen, Niederlande.

*Band 3:* Die ITF in den außereuropäischen Regionen. *Koordinator:* A. K. Arora, Kalkutta, Indien.

*Band 4:* Die ITF-Politik gegen die Flags of Convenience. *Koordinator:* Lennart Johnsson, Schweden.

*Band 5:* Die ITF in modern times 1945–1996. *Koordinatorin:* Sigrid Koch-Baumgarten, FU Berlin.

*Ausstellung:* Michel Vermote, Archiv und Museum der Sozialistischen Arbeiterbewegung, Gent, Belgien.

Interessierte Historiker(innen) oder Politikwissenschaftler(innen), die zur ITF oder zu verwandten Themenkomplexen forschen oder an der Aufarbeitung von Einzelaspekten der ITF-Historie mitwirken wollen (die Bände 2 und 5 sind als Sammelbände konzipiert), können die Herausgeber kontaktieren über:

Bob Reinalda, University of Nijmegen, Department for Political Science, Postbus 9108, NL-6500 Nijmegen; Tel. 31-80-61 30 75 oder 31-88 94-506 86.

Sigrid Koch-Baumgarten; FU Berlin, FB Politische Wissenschaft, Ihnestr. 21, D-14195 Berlin, Tel. 30-8 38 23 46.

Eine weitere Konferenz wird im September 1994 in Budapest stattfinden.

Anmeldungen über:

International Transport Workers' Federation, Richard Flint, Secretary Research and Publications Department, 133–135 Great Suffolk Street, London SE1 1PD, Tel. 44-71-403 27 33.

# **„Politische Kultur, soziale Milieus und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland. Verweigerung und Widerstand im regionalen Vergleich“**

## **Ein Tagungsbericht**

**Von Thomas Franz und Jan Merk**

Wenn auch die Vielzahl der Veröffentlichungen zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus mittlerweile kaum mehr überschaubar ist, so sind doch Versuche, die im einzelnen gewonnenen Erkenntnisse zu systematisieren und theoriegeleitete Erklärungselemente zu entwickeln, Mangelware. In den Räumen der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin fand vom 24. bis zum 26. Februar 1994 eine Tagung statt, die gemeinsam mit der Forschungsstelle Widerstandsgeschichte an der Freien Universität Berlin konzipiert worden war und in deren Rahmen in der Auseinandersetzung mit neueren regional und milieuspezifisch orientierten Studien zwei wichtige Paradigmata soziologischer und politikwissenschaftlicher Theoriebildung überprüft werden sollten. Der Begründer des Theorems der „sozialen Milieus“ in der deutschen Gesellschaft, M. Rainer LEPSIUS (Heidelberg), konnte als Tagungsteilnehmer begrüßt werden.<sup>1</sup> Hinsichtlich des während der 1960er Jahre von Gabriel Almond und Sidney Verba entwickelten Instruments der vergleichenden Analyse von politischen Kulturen<sup>2</sup> („civic culture“) befanden sich viele Sachkenner unter den etwa 70 Teilnehmern, die bereits an einem Projekt des Fachbereichs Politische Wissenschaft der FU zu den politischen Teilkulturen der Weimarer Republik gearbeitet hatten. Schmerzlich vermißt wurde jedoch der plötzlich verstorbene Klaus Megerle, der diesem Forschungsfeld maßgebliche Impulse verliehen hatte.<sup>3</sup>

Peter STEINBACH (Berlin) betonte in seiner Einführung die Notwendigkeit, daß die Resultate der bisherigen Widerstandsgeschichtsschreibung in eine „Ebene gerückt werden, die Vergleichbarkeit möglich macht“. Eine komparative Ausrichtung könne als ein Weg betrachtet werden, um sich nicht im Labyrinth der Spezialstudien zu verirren und neue Perspektiven der Widerstandsforschung zu gewinnen.

In seinem Einleitungsreferat: „Zwischen Traditionsbildung und Wissenschaft. Tendenzen, Erträge und Desiderata der lokal- und regionalgeschichtlichen Widerstandsforschung“

- 1 M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: ders., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 25–50 (Erstdruck 1966).
- 2 Gabriel Almond und Sidney Verba, The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton N. J. 1963; The Civic Culture Revisited. Hrsg. von Gabriel Almond und Sidney Verba, Boston und Toronto 1980.
- 3 Vgl. Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik. Hrsg. von Detlef Lehnert und Klaus Megerle, Opladen 1989; Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik. Hrsg. von Detlef Lehnert und Klaus Megerle, Opladen 1990; Pluralismus als Verfassungs- und Gesellschaftsmodell. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik. Hrsg. von Detlef Lehnert und Klaus Megerle, Opladen 1993.



umriß Gerhard PAUL (Flensburg) die Entwicklungslinien der Historiographie zum Thema in Deutschland seit 1945. Schon während der Zeit der alliierten Besatzung, insbesondere aber nach 1949, war der Widerstand zum Vehikel der Identitätsstiftung geworden. Während die katholische Kirche bereits 1945 damit begann, Dokumente zu sammeln und zu veröffentlichen, um sich selbst gewissermaßen die „Generalabsolution“ zu erteilen, rückte in der Bundesrepublik zunächst der „20. Juli“ in den Vordergrund. Im Hinblick auf die westdeutsche Wiederbewaffnung eignete sich der Widerstand aus den Reihen der Wehrmachtsoffiziere als Legitimationsgrundlage. Während dies im Westteil Deutschlands keineswegs unwidersprochen blieb, hatte man in der DDR spätestens seit dem Erscheinen des „Achtbänders“ zur Geschichte der Arbeiterbewegung Mitte der 1960er Jahre eine „Generallinie“ entwickelt und etabliert, wonach die führende Stellung der KPD im antifaschistischen Kampf bis weit in die 1980er Jahre hinein festgeschrieben wurde. In der Bundesrepublik sei als Reflex auf die Kollektivschuldthese der Siegermächte versucht worden, breite Teile der Gesamtbevölkerung von der Verantwortung zu exkulpieren. Auch während der 1960er und 1970er Jahre ging es vorrangig um einen „Nachweis des breiten Spektrums“ von Widerstand, nicht aber um die „Frage nach dem Scheitern“. Die dominierenden Bereiche der „Auftragsforschung“ durch (meist politische) Institutionen und der „Betroffenenforschung“ führten zu einem Mangel an kritischer Distanz, wobei „platter Empirismus und die Vernachlässigung der Quellenkritik“ ein hoher Preis gewesen seien. In Ansätzen habe sich die Regional- und Lokalgeschichtsschreibung zwar von festgefahrenen Dogmen lösen können, der zentrale Umbruch erfolgte aber erst mit der Veröffentlichung der Ergebnisse des „Bayernprojekts“ des Instituts für Zeitgeschichte, weil die „Region als spezifische Erfahrungswelt“ gedeutet wurde und ein Umbruch von der traditionsbildenden zur wissenschaftlichen Forschung gelang. Paul benannte abschließend positive Anstöße der regionalhistorischen Arbeit und Bereiche, in denen die Bemühungen verstärkt werden sollten. Wichtige Anregungen resultierten demzufolge aus der allgemeinen Erweiterung des Wissens aufgrund der Vielzahl von Lokalstudien, wobei die Qualität der Werke erheblich differiere. Zudem sei auch der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik erst durch die Regionalgeschichte die Aufmerksamkeit gewidmet worden, die ihr gebühre. Offene Fragen überwögen aber gelöste Probleme bei weitem, u. a. die Untersuchung von „loyalen Anteilen innerhalb des widerständigen Verhaltens“, das Geschlechterverhältnis im Widerstand, „topographische wie thematische Lücken“ und Fragen von Kontinuitäten und Auseinandersetzungen über 1945 hinaus. Paul plädierte für eine „Überwindung der Verinselung der Widerstandskultur“.

In der **Diskussion** gab Andreas GRAF (Berlin) zu bedenken, daß der Prozeß der Dogmatisierung der Widerstandsforschung in der DDR weitaus früher abgeschlossen gewesen sei, als Paul vermutete, und verwies auf einen Artikel in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ aus dem Jahre 1954.<sup>4</sup> Außerdem hätten etwa seit Anfang der 1980er Jahre Lokalhistoriker wichtige Spuren gesichert. Vor allem die „graue“ Literatur verdiene stärkere Beachtung.

4 Werner Plesse, Zum antifaschistischen Widerstandskampf in Mitteldeutschland (1939–1945), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 2 (1954), H. 6, S. 813–843.

Die erste thematisch ausgerichtete Sektion war der Frage gewidmet, inwieweit die Modernisierung der Lebensverhältnisse nach dem Ersten Weltkrieg auch Rahmenbedingungen für den Erfolg des Nationalsozialismus beinhaltete. Inge MARSSOLEK (Bremen) sprach über das Verhältnis von Milieukultur und neuem Freizeitverhalten in der Zeit zwischen 1920 und 1950. Die Bedrohung der traditionellen Arbeiterkultur durch die rasante Verbreitung von neuen kulturindustriell gefertigten Massenmedien in der Weimarer Republik sei nicht unter Zuhilfenahme eines Modells von „Linearität“ zu erklären. Wenn auch der zentrale gesellschaftliche Umbruch durch die Begriffe Kriegsende, Revolution und Inflation zu erfassen ist, so betrachtete man von seiten der Arbeiterbewegung den kulturellen Wandel als ambivalentes Phänomen. Obgleich das „Aufweichen der Hegemonie des Bürgertums“ eine größere soziale Mobilität und eine Zunahme an politischen Partizipationsmöglichkeiten für die Arbeiter die positive Seite der Medaille darstellten, barg der Wandel der Gesellschaftsstruktur auch Risiken. Das Zeitalter der Massenfertigung beschleunigte die Erosion „alter Milieus“, und eine zunehmende gesellschaftliche Fragmentarisierung konnte durch die Nationalsozialisten beispielsweise dadurch funktionalisiert werden, daß neue „Ikonen des Fortschritts“ zu Identifikationsträgern gemacht werden konnten, die konträr zu althergebrachten Klassenmustern gelagert waren. Die Referentin sah den Nationalsozialismus als „Katalysator“ einer Vielzahl von Dekompositionsprozessen im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung: „Die Nationalsozialisten nahmen Formen und Rituale der Arbeiterbewegungskultur auf, adaptierten sie und beraubten sie ihres sozialistischen Gehalts [...]. Gelingen konnte dies, da sich die Bilder vor 1933 glichen: Uniformierung, Inszenierung von Massen, Männlichkeitskult ...“ Wichtig sei es, auch über das Jahr 1945 hinauszublicken, da es Indizien dafür gebe, daß die Grundlagen einer „skeptischen Generation“ (Helmut Schelsky) und eines tiefgreifenden Wertewandels möglicherweise früher anzusetzen sind, als gemeinhin angenommen wird.

Detlef LEHNERT (Wien) äußerte in der anschließenden **Diskussionsrunde** die Ansicht, daß die Massenkultur in Kleinstädten und auf dem Lande im behandelten Zeitraum keinen eindeutigen Siegeszug führen konnte. Dirk STEGMANN (Lüneburg) verwies auf die Tatsache, daß die NSDAP im nord- und ostdeutschen Raum 1932 breite Wählerschichten rekrutieren konnte, die noch traditionellen Milieus verhaftet waren. Wolfgang ZOLLITSCH (Brüssel) regte einen Vergleich mit Großbritannien an, wo das Arbeitermilieu länger einen vergleichsweise homogenen Charakter bewahren konnte, obwohl ähnliche Einflüsse der Massenkultur wirksam waren.

Im darauffolgenden Vortrag grenzte Zollitsch den Untersuchungsgegenstand stärker ein. Er behandelte die Modernisierung im Betrieb in der Phase zwischen Weltwirtschaftskrise und Kriegsökonomie. Wenn es auch dem Nationalsozialismus nicht gelungen sei, die Arbeiterschaft „für seine Politik innerlich ganz zu gewinnen“, glückte im ganzen gesehen die projektierte „Entkoppelung von politischer Wahrnehmung und industrieller Erfahrungswelt“. In den Betrieben kam es – vor allem in der Rüstungs- und Produktionsgüterindustrie – mit der Überwindung der Krise zu Modernisierungsmaßnahmen, die durchaus positive Auswirkungen für die Arbeitenden mit sich brachten. Gemäß den Anforderungen an die Betriebsorganisation im nationalsozialistischen Staat erfolgten eine weitere Differenzierung der Qualifikationsstruktur, eine Zunahme der



Frauenerwerbstätigkeit, eine Verbesserung der Aufstiegschancen und in einigen Fällen auch ein Abbau willkürlicher betrieblicher Herrschaft. Die Ideologie der Betriebsgemeinschaft „ermöglichte Ansätze einer sozialen Betriebsführung“, ohne daß dabei der Charakter einer „Zwangsgemeinschaft“ verlorengegangen wäre. Wenn auch der Nationalsozialismus von längerfristigen Wandlungstendenzen und dem Wiederaufschwung profitieren konnte und traditionelle Gruppensolidaritäten aufgeweicht wurden, brachte nicht zuletzt der Übergang zur Kriegswirtschaft auch retardierende Elemente mit sich. Die polykratischen Momente des Herrschaftssystems förderten vermehrt Widersprüche zu Tage. Zwangsarbeit, Terror und latente Bedrohung überlagerten das Bild von der einigen „Betriebsgemeinschaft“ zunehmend.

In der **Diskussion** vertrat Rüdiger HACHTMANN (Berlin) die Ansicht, daß die hohe Zahl der in den Betrieben beschäftigten Fremd- und Zwangsarbeiter möglicherweise unter den deutschen Belegschaftsmitgliedern eine „positive Integration“ im Sinne stärkerer Abgrenzung bewirkt habe. Ludwig EIBER (München) konnte die Hypothese vom vergleichsweise reibungsarmen Übergang der Arbeiterbewegung von der Weimarer Republik zur NS-Herrschaft mit Blick auf Konflikte zwischen Hamburger Hafen- und Werftarbeitern und deren Betriebsleitungen nicht ohne weiteres akzeptieren, woraufhin Zollitsch die Notwendigkeit unterstrich, branchenübergreifende Vergleiche vorzunehmen und auch Klein- und Mittelbetrieben mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Für den Abend des ersten Konferenztages hatten die Veranstalter in Zusammenarbeit mit der Stiftung Topographie des Terrors einen öffentlichen Vortrag des kanadischen Historikers Robert GELLATELY (London/Ontario) zum Thema „Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft“ organisiert, der auf das Interesse von rund 250 Zuhörern stieß. Mit seiner Studie zur Durchsetzung der NS-Rassenpolitik<sup>5</sup> hat Gellately einen wesentlichen Beitrag zur Erforschung der Arbeitsweise der Gestapo geliefert und den Mythos vom allmächtigen Polizeiapparat in Frage gestellt. Er betonte zunächst die jahrzehntelange Vernachlässigung dieses Themas zwischen allen „wissenschaftlichen Stühlen“ der traditionellen Historiographie „von oben“, der Sozial- und der Alltagsgeschichte. Auch in der Widerstandsforschung sind Anpassung oder Zustimmung und Polizeigeschichte nur selten näher untersucht worden. Erst in den letzten Jahren zeichnet sich eine Wende ab, bis heute fehlt jedoch eine zufriedenstellende Institutionengeschichte der Geheimen Staatspolizei. Ende 1944 waren 32000 Personen dort beschäftigt, ein relativ geringer Personalbestand war in den Gestapo-Leitstellen zu verzeichnen. Auch wenn man die Zusammenarbeit mit SS, SD, HJ und anderen NS-Organisationen berücksichtigt, wird deutlich, daß die Gestapo bei einem ständig wachsenden Aufgabenfeld (neue Gesetze, Zuständigkeit für „Fremdarbeiter“ etc.) allein nicht zu dessen Bearbeitung in der Lage war. Ein Blick auf die allerdings noch 1945 stark dezimierten Gestapo-Personen-Akten, vorrangig aus den Leitstellen Düsseldorf, Würzburg und Speyer, zeigt den hohen Grad der „Mitteilsamkeit“ der Bevölkerung. Anhand der Düsseldorfer Quellen hat Reinhard Mann eine Denunziationsquote von 40 % als Anlaß für Gestapo-Aktionen ermittelt und

5 Robert Gellately, *The Gestapo and German Society: Enforcing Racial Policy 1933–1945*, Oxford 1990; deutsch: *Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933–1945*, Paderborn 1993.

vor diesem Hintergrund den eher passiven, reaktiven Charakter der Arbeitsweise herausgearbeitet. Gellatelys eigene Forschungen, die sich allerdings im Gegensatz zu Mann auf „rassenpolitische“ Maßnahmen gegen Juden konzentrieren, ergeben einen noch höheren Anteil von 57 %. Verfahren der Gestapo-Leitstelle Düsseldorf gegen polnische „Fremdarbeiter“ wurden in mindestens 44 % der Fälle durch Denunziationen in Gang gesetzt. In neun Schlußfolgerungen trug Gellately **wichtige Arbeitsergebnisse** zusammen:

- Denunziationen lieferten entscheidende Gestapo-Informationen;
- **der NS-Staat regte die Denunziationstätigkeit nur in begrenztem Rahmen an;**
- mit Ausnahme der anonymen Großstädte war die Abhängigkeit der Gestapo von Denunziationen vermutlich überall in Deutschland sehr hoch;
- **die zentralisierte NS-Polizei verzichtete auf eine Systematisierung der „inoffiziellen Mitarbeit“ der Bevölkerung, wodurch sich Begrenzungen bei der Kontrolle der Informationszuträger ergaben;**
- im Vergleich mit früheren Polizeiapparaten war die Gestapo aufgrund des umfangreichen „Verbrechenskatalogs“ stärker auf die „Selbstüberwachung“ der Gesellschaft angewiesen;
- diese „Selbstüberwachung“ führte auch zur Beseitigung geschützter gesellschaftlicher Nischen und zur Überschätzung der Ubiquität der Verfolgungsbehörden und erschwerte somit die Arbeit für eine potentielle Opposition erheblich;
- **die Denunziationstätigkeit kann nicht ohne weiteres als Gradmesser für die Konsensbereitschaft der Bevölkerung mit dem Nationalsozialismus herangezogen werden; für die Gestapo war die Gleichgültigkeit eines großen Teils der Deutschen akzeptabel, solange eine ausreichende Zahl der Menschen zur Mitarbeit bereit war;**
- über die Motive der Denunziation geben die Personenakten der Gestapo nur im Falle widersprüchlicher oder falscher Aussagen Auskunft;
- der komplexe Zusammenhang zwischen Gestapo und Gesellschaft, die spontan, nach Aufforderung oder unter Druck zur Kooperation bereit war, wirft die Frage auf, wie das System selbst immer neue Kriminalität produziert hat; diese Frage muß die sich selbst überwachende Gesellschaft in Deutschland thematisieren.

In der engagierten **Diskussion**, die von Reinhard RÜRUP (Berlin), dem Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, moderiert wurde, kamen viele Fragen zu den Trägern und den Motiven der Denunziationen zur Sprache, die mit dem Gestapo-Quellenmaterial allein nicht zu beantworten sind. Gerhard Paul wies auf die dürftige Personalausstattung der Behörde in der Vorkriegszeit hin. 1938 betrug die Mitarbeiterzahl nur 6500, davon waren etwa 50 % im Bürodienst tätig. Bei der Bewertung der Denunziationshäufigkeit sei auch zu berücksichtigen, daß viele Meldungen die Gestapo nie erreicht haben, sondern von anderen Institutionen oder Parteistellen bearbeitet wurden. Denunziationen seien in erster Linie im Kampf gegen ohnehin stigmatisierte gesellschaftliche Gruppen wichtig gewesen; bei Hochverratsverfahren gegen Mitglieder illegaler Widerstandsgruppen dagegen waren V-Leute dominierend. Franz von HAMMERSTEIN (Berlin) warnte als Zeitzeuge vor einer Überschätzung der Denunziationsbereitschaft in der damaligen Gesellschaft und unterstrich die Rolle der institutionalisierten Überwachung, etwa durch das Blockwartssystem. Inge MarBolek warf die Frage auf, ob Denunziationen über Deutschland hinaus auch ein Mittel zur Beherrschung Europas waren. Weiterführend,



so merkten andere Diskutanten an, sei auch eine Untersuchung der historischen Kontinuitätslinien.

Der nächste Tagungsabschnitt war zwei „klassischen“ Sozialmilieus – Katholiken und Sozialdemokraten – und den Protestanten zugedacht. Cornelia RAUH-KÜHNE (Tübingen) informierte über die Haltung des katholischen Sozialmilieus gegenüber dem Nationalsozialismus im badischen Raum. Sie bestätigte Pauls Ausführungen bezüglich der Anstrengungen des Katholizismus in der Nachkriegszeit, widerständische Potentiale hervorzuheben und stimmte auch dahingehend mit ihm überein, daß es „politischen Widerstand von katholischer Seite nur in außerordentlich wenigen Ausnahmefällen“ gegeben hat. Die Strategie der nationalsozialistischen Machthaber war darauf orientiert, kirchliche Einflußbereiche schrittweise zu erobern; und auch wenn die Katholiken versuchten, ihre Interessengebiete zu behaupten, sahen sie sich letzten Endes auf die rein kirchliche Sphäre beschränkt. Als eine späte Nachwirkung des Kirchenkampfes in den Reihen des Katholizismus kann eine Überbetonung der Loyalität gegenüber dem Staat ausgemacht werden, der ab 1933 mit dem Nationalsozialismus verbunden war. Der weit verbreitete „Antimarxismus“ und die „Salamitaktik“ der NSDAP begünstigten Selbstpreisgabe und Beschneidung der Macht der Katholiken. Zu beachten sei aber die „Ungleichzeitigkeit“ von Repressionsmaßnahmen im lokalen Vergleich; eine fortgesetzte Bearbeitung des katholischen Milieus auf regionaler Basis erscheine geboten.

Franz WALTER (Göttingen) meinte, daß die Diktatur auf traditionelle Sozialmilieus durchaus einen „konservierenden“ Einfluß haben könne, während Michael KISSENER (Karlsruhe) den Generationenkonflikt innerhalb des Milieus stärker akzentuierte.

Mit der Frage, ob es auch ein evangelisches Milieu gegeben habe und wie sich die Protestanten zum Nationalsozialismus verhielten, setzte sich Hans OTTE (Hannover) auseinander. Für die exemplarisch untersuchten Gebiete Mittelfranken und Oldenburg kam er zu differenzierenden Ergebnissen, insbesondere zur Binnenstruktur der Organisation der evangelischen Kirche und zum Verhältnis zwischen Pfarrern und Gemeinden. Trotz zahlreicher Parallelen hinsichtlich der gesellschaftlichen Strukturen in den behandelten Regionen ist die Konstruktion eines idealtypischen evangelischen Milieus kaum vorzunehmen, da die Unterschiede zu mannigfaltig sind. Bereits bei der Untersuchung des Wahlverhaltens ergeben sich große Schwierigkeiten, und auch die Binnensicht der Gemeinden weist vielfältige Ausprägungen auf. Verbleibt man auf der kirchlichen Organisationsebene, so ergeben sich zwischen kirchlicher Leitung, Pfarrern, Kirchenvorständen und Gemeindemitgliedern in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus Allianzen und Konflikte, die keinesfalls eine einheitliche und geschlossene Position widerspiegeln. Neben der nachlassenden Bindekraft der christlichen Lehre infolge langfristiger Modernisierungsprozesse konnten die Nationalsozialisten auch von der Uneinigkeit innerhalb der evangelischen Kirche profitieren. Ähnlich den Katholiken akzeptierten auch die Protestanten die Kompetenzen der staatlichen Ordnungsmacht, so daß die antisemitischen und antiklerikalen Beschimpfungen Julius Streichers in Mittelfranken zwar auf Ablehnung stießen, staatlich „getarnte“ Angriffe auf die Kirche aber im Endeffekt die gewünschten Erfolge zeitigten.

Clemens VOLLNHALS (Berlin) wies in der **Diskussion** auf die Notwendigkeit hin, die Untersuchungen zur Haltung der Kirchen stärker auf die Zeit zwischen 1935/36 und

dem Krieg auszurichten und die systematische Auswertung komparativer Studien voranzutreiben.

Detlef SCHMIECHEN-ACKERMANN (Berlin, der Koordinator der Tagung) behandelte in seinem Vortrag Strategien der Anpassung und Verweigerung in den Großstädten von seiten sozialistischer Milieugruppen nach 1933. Am Beispiel von Arbeitersportlern und Arbeitersängern, Organisationen mit hunderttausenden von Mitgliedern in SPD- und KPD-nahen Vereinen, konnte er illustrieren, daß Auflösungen, Übernahmen und Selbstgleichschaltungen häufig waren, jedoch auch vielfach Wege der Verweigerung und des Widerstands beschritten wurden. Der Referent hob fünf Ergebnisse hervor: Er unterstrich die Tatsache, daß ein breites Spektrum an Verhaltensweisen zu beobachten sei, wobei dem Nationalsozialismus schon in der Formierungsphase ein „in quantitativer Hinsicht bedeutender Einbruch“ ins Lager der Arbeiterbewegung gelang. Zum dritten zeige sich deutlich, daß die „Solidargemeinschaft“ nicht auf SPD- und KPD-Mitglieder beschränkt war, was den Zugriff der Nazis tendentiell erschwerte. Strukturell sind drei Phasen der „Erosion“ unterscheidbar: 1933, 1937, Krieg, und in den Großstädten und Industrieregionen sind Widerstandshandlungen öfter zu registrieren als in Kleinstädten und auf dem Lande. – Sowohl Hartmut MEHRINGER (München) als auch Herbert OBENAU (Hannover) kritisierten die Periodisierung der „Erosion“ und wiesen auf den Generationenwechsel im Widerstand hin.

In der von Christl WICKERT (Berlin) moderierten dritten Sektion der Tagung zu Voraussetzungen und regionalspezifischen Ausprägungen des Arbeiterwiderstands referierte zuerst Andreas WIRSCHING (München) über den „kommunistischen Antifaschismus in Berlin und Paris während der Zwischenkriegszeit“. In seinem Vortrag stand die Interdependenz zwischen kommunistischer Faschismustheorie und politischer Alltagserfahrung im Mittelpunkt. Theoretischer Ausgangspunkt war sowohl in Paris wie in Berlin ein ideologisch universalisierter Faschismusbegriff, der nicht trennscharf zwischen Kapitalismus, demokratischem Rechtsstaat und Faschismus differenzierte. Dem antifaschistischen Kampfkonzzept der „Einheitsfront von unten“ schrieb Wirsching eine dreifache Funktion zu. Erstens sollte dadurch die revolutionäre kommunistische Massenbasis erweitert werden. Während entsprechende Versuche in Berlin vor allem unter den Metallarbeitern zu kommunistischen Abspaltungen vom Deutschen Metallarbeiterverband führten, gelang es der radikalen Pariser Metallarbeitergewerkschaft dagegen, unorganisierte Arbeiter zu mobilisieren. Zweitens sollten Mittelschichten angeworben werden. In Berlin blieb diese Zielsetzung weitgehend Theorie, in Paris jedoch entwickelten die Kommunisten – auch aufgrund der entspannteren Wirtschaftslage und der stärker kleinbürgerlich geprägten Sozialstruktur der Stadt – eine relativ kohärente Mittelstandspolitik. Schließlich zielte das Einheitsfrontkonzept in beiden Städten auch auf individuelle Abwerbungsversuche an der Basis faschistischer Gruppen ab. In einem dritten Referat wandte sich Wirsching dann dem „wehrhaften Antifaschismus“ zu. Deutlich kritisierte er sowohl den Ansatz Eve Rosenhafts, die das autochthone antidemokratische Gewaltpotential der Kommunisten unterschätze, als auch die neue Arbeit von Christian Striefler, der dem Nationalsozialismus in der Nachfolge Ernst Noltes einen rationalen Kern in der Kommunismusabwehr zuschreibt. Wirsching plädierte für eine strikt totalitarismustheoretische Perspektive. In der konkreten historischen Situation gab es



gravierende Unterschiede zwischen Berlin und Paris. In Berlin zeigte sich das staatliche Gewaltmonopol, repräsentiert durch den Polizeipräsidenten und den preußischen Innenminister, stets in Gestalt sozialdemokratischer Politiker. Deren Verhalten schien eine ungebrochene Kontinuität antikommunistischer Unterdrückung zu bestätigen. Gerade nach einer ersten Linkswendung der KPD 1924 schrumpften die faschistischen Parteien vorübergehend zur Bedeutungslosigkeit, so daß sich das Feindbild Sozialdemokratie um so stärker einprägen konnte und die Sozialfaschismusthese von 1928 wie für die deutschen Verhältnisse gemacht zu sein schien. In Paris hingegen, wo das Gewaltmonopol beim obrigkeitsstaatlich eingesetzten Departementspräfekten der Seine und dem Pariser Polizeipräfekten lag, die als Angehörige der bürgerlichen Verwaltungselite hart gegen Kommunisten vorgingen, wurden die Kategorien des Klassenkampfes verstärkt („Regierungsfaschismus“). Entgegen dem parteioffiziellen ultralinken Kurs in Frankreich gab es Ansätze zur antifaschistischen Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialisten an der Basis. Die 1934 von der KPF verkündete Volksfronttaktik wertete Wirsching als deren kongeniales Paradigma, das ihr im Großraum Paris von 1932 bis 1937 einen Mitgliederanstieg von 5000 auf 115000 und bedeutende Wahlerfolge sicherte.

Klaus-Michael MALLMANN (Saarbrücken) referierte im Anschluß über „Profile des kommunistischen Widerstandes“. Vehement kritisierte er die zahlreichen „Scheuklappen“, die bisher bei der Behandlung dieses Themas in Ost und West angelegt worden seien. Ideologische Scheuklappen standen an erster Stelle. In der DDR versuchte die SED, den Antifaschismus als zentrales Legitimationsargument für die eigene Rolle zu instrumentalisieren. Trotz der starken Ideologisierung der DDR-Widerstandshistoriographie ist jedoch deren Materialreichtum nicht zu vernachlässigen. In der Bundesrepublik ist der Kommunismus in der Hermann Weberschen Tradition hauptsächlich programmatisch wahrgenommen worden. Ohne Recherchen ist oft die Praxis vor Ort als Marionettenspiel im Rahmen der Stalinisierung abgetan worden. Die zweite – unfreiwillige – Scheuklappe war die Quellennot. Zum kommunistischen Widerstand waren oft nur die Gestapo- und Justizakten verfügbar. In der DDR blieben Parteiquellen in vielen Fällen unter Verschuß. Die dritte Scheuklappe machte Mallmann in der Phobie vieler westdeutscher Historiker gegenüber der DDR-Widerstandsliteratur aus: Nicht nur handwerkliche Fehler, sondern auch inhaltliche Defizite seien dadurch zu beklagen. Besonders scharfer Kritik unterzog er Detlev Peukert trotz dessen Verdiensten um die neuere bundesdeutsche Widerstandsforschung. Peukert habe zwar die KPD-Überlieferung berücksichtigt, nicht aber darauf hingewiesen, daß auch er nur Zugang zur Bezirksüberlieferung bis 1935 hatte. Von den danach im Politbürobestand archivierten Akten habe er gewußt, ohne sie zu kennen – allerdings auch, ohne auf diese Quellenlage und die dadurch entstehenden Einschränkungen seiner Forschungsergebnisse aufmerksam zu machen.

Neuere, auch Mallmanns eigene Forschungen ergäben vor allem in zwei Bereichen sachliche Korrekturen am bisherigen Bild vom kommunistischen Widerstand. Zum einen ist in verschiedenen Regionen (Nordbaden, Berlin, Saarland) in den 1930er Jahren die Bildung neuer illegaler kommunistischer Organisationen auf Bezirksebene zu belegen. Sowohl die DDR-These von der ungebrochenen Kontinuität des KPD-Widerstands als auch die in der Bundesrepublik vertretene These von der vollständigen Zerschlagung

des kommunistischen Widerstands 1935/36 müssen deshalb differenziert werden. Zum zweiten herrscht in weiten Teilen der bisherigen Literatur eine Überbetonung der anfänglichen kommunistischen „Kamikaze-Aktionen“ vor. Hier ist eine Umbewertung der kommunistischen Lernfähigkeit angezeigt. 1936 kam es wohl weitgehend zu einer Abwartehaltung, die aber keineswegs überall ein Dauerzustand bleiben mußte. Aktivitäten sind vor allem in Städten und Industriegebieten feststellbar, deren Träger meist alte KPD-Funktionäre (oft nach der Rückkehr aus der KZ-Haft) waren. Mallmann benannte vier Themenkomplexe für die zukünftige Forschung: Das Sozialprofil des kommunistischen Widerstands ist noch konturenlos; die politische Kultur an der Basis, Feind- und Selbstbilder sowie Orientierungsmuster jenseits der Verlautbarungen der Parteiführung sind noch wenig bekannt; auch über das Verhältnis von SPD und KPD an der Basis ist das Wissen bisher gering; schließlich ist im Zusammenhang mit dem kommunistischen Widerstand auch das schwierige Thema der Kollaboration näher zu untersuchen. Gerade hier seien die Historiker Profiteure der deutschen Einheit. Der Zugang zu neuen Quellen, zur KPD-Überlieferung, zur Verfolgung, zum Widerstandsarchiv des MfS, zu Moskauer Archiven und zu den Beständen der Wiedergutmachungsbehörden liefert beste Forschungsmöglichkeiten.

In der sehr lebhaften **Diskussion** zu beiden Referaten merkte Werner BRAMKE (Leipzig) an, Wirsching habe das Berliner Beispiel bei der Herausbildung der Sozialfaschismustheorie stark überschätzt; zahlreiche Erfahrungen aus verschiedenen Regionen haben neben politischen Interessenlagen eine wichtige Rolle gespielt. Zum kaum betriebenen Versuch der Einbindung von Teilen des Mittelstands in die KPD-Politik sei festzustellen, daß der Mittelstand in Deutschland seit den 1870er Jahren fest im konservativen Lager verankert war. Mallmann habe bei seinen Ausführungen die Autonomie der Kommunisten auch im Widerstand über-, die Parteidisziplin dagegen unterbetont. In der Auseinandersetzung mit der Forschungsliteratur könne man zudem ab 1983/84 nicht mehr pauschal von der DDR-Historiographie sprechen. Inge MarBolek kritisierte heftig Mallmanns Rundumschlag gegen die bisherige Forschung, der nur durch die Überzeichnung alter Positionen möglich sei. In dem als postmoderne Wiederauflage der Totalitarismustheorie qualifizierten Referat von Wirsching hielt sie vor allem die pauschale Einordnung der KPD als Gewaltpartei für unhaltbar. Ludwig Eiber warnte vor der Selbstgerechtigkeit der Historiker. Der völlige Wandel der Form des kommunistischen Widerstands 1935/36 bestätigte eher die hier kritisierten Interpretationen Peukerts. Eiber wies auf KPD-Beschlüsse zur Umorganisation und auf verstärkte Einzelaktionen hin. Auch Detlef Schmiechen-Ackermann und Beatrix HERLEMANN (Hannover) betonten, an der Zerschlagung des organisierten kommunistischen Widerstands 1935/36 oder sogar früher könne kein Zweifel bestehen. Hans COPPI (Berlin) kritisierte, Wirsching habe die Rolle der jeweiligen Milieus zu sehr vernachlässigt; dazu ließe sich auch in den neu zugänglichen Archiven aufschlußreiches Material finden.

Detlef Lehnert verglich in seinem Vortrag die Voraussetzungen sozialdemokratischen Widerstands in Berlin und in Wien. Einschränkend hob er hervor, das regionale Eigenprofil der jeweiligen Metropole – hier das „rote Wien“ und da Berlin mit ausgeprägt „roten Bezirken“ – müsse in der komparatistischen Scheweise stets die implizite gedankliche Hintergrundfolie abgeben. Für Wien zeichnete er bis 1933 das Bild einer relativ



gefestigten Demokratie mit einer dominanten, lange Zeit unangreifbaren Stellung der SDAP. Die Partei hatte einen hohen Organisationsgrad, war mit Anhängern auch bei Angestellten und kleinen Selbständigen eine Volkspartei und brauchte die Konkurrenz nationalistischer und antisemitischer Parteien zunächst nicht zu fürchten. Zahlreiche Elemente des „Wiener Modells“ trugen zu einer Milieustabilisierung bei. Obschon oft überschätzt, bewirkten die Gemeindebauten mit die Schaffung überschaubarer Lebenswelten mit Bindekraft in der Großstadt. Auch die weitentwickelte Mieterschutzgesetzgebung etablierte einen gruppenübergreifenden Solidaritätszusammenhang. Dennoch gelang es nicht, die vorhandenen Milieuprägungen zur Organisation von Widerstand in großem Maßstab zu nutzen. Die unangefochtene Stellung der SDAP in Wien führte auch zu Machtmißbrauch und Klientelismus. So setzte in den 1930er Jahren ein Desillusionierungs- und Demoralisierungsprozeß ein, der die potentielle Widerstandskraft schwächte. Außerdem gab es keine spezifisch sozialdemokratischen Wohnbezirke; überall in der Stadt organisierten sich auch andere Milieus. Nicht zuletzt war die „rote Insel Wien“ von einem weitgehend anders geprägten Umland umgeben.

In Berlin fehlten vergleichbare gemeinschaftsstiftende Bauvorhaben. Genossenschaftssiedlungen wurden ohne Beteiligung der Stadtregierung hauptsächlich von Berufsverbänden errichtet. Die relativ hohen Mieten führten schnell zur Stigmatisierung als „Bonzenburgen“. Dennoch gab es gerade in der Verfolgungssituation im Nationalsozialismus Möglichkeiten zum subkulturellen Rückzug in Teilmilieus. Doch Siedlungen wie die „Freie Scholle“, die „Ebert-Siedlung“, „Britz“ oder „Fischtal“ blieben vereinzelte genossenschaftliche Ausnahmen, die Widerstandshandlungen begünstigen konnten. Zu beachten bleibt, daß die NSDAP in Berlin stets relativ niedrige Wahlergebnisse zu verzeichnen hatte.

Beatrix Herlemann stellte Aspekte des sozialdemokratischen Widerstands- und Überlebensverhaltens von 1932 bis 1945 vor. Zahlreiche Einzelstudien haben einen Immunitätsbefund für das sozialdemokratische Milieu in der Einigelung im Nationalsozialismus ergeben. Forschungslücken zum SPD- und Gewerkschaftswiderstand seien in den 1980er Jahren geschlossen worden. Neuere Fragestellungen – jenseits des ursprünglichen Identifikationsbedürfnisses – richten sich auf die Kontinuität von Lebenseinstellungen in einem Milieu über politische Zäsuren hinweg. Ein geschätzter sozialdemokratischer Milieukern von ca. 200 000 bis 300 000 Menschen hielt einen fortdauernden Zusammenhalt aufrecht, vor allem durch Spenden, Informationen und Treffen. Auch in Betrieben wurden jahrzehntealte Organisationsformen inoffiziell perpetuiert. Stefan Goch spricht resümierend von bewußter politischer Opposition, gesellschaftlicher Verweigerung und weltanschaulicher Dissidenz. Aus ihrer Beschäftigung mit der Region Magdeburg/Anhalt als einer SPD-Hochburg zeigte Herlemann mehrere Forschungsperspektiven auf. Analysen von Initiativen des Reichsbanners oder der Eisernen Front zeigten für 1933 eine ausgeprägte Kampfbereitschaft; die schon vielfach gestellte Frage nach der Kampffähigkeit ist noch immer unzureichend erforscht. Für Aktivitäten an der Basis muß ein auch nach 1933 in manchen Regionen weiterhin sozialdemokratisch mitgeprägter Polizeiapparat in Rechnung gestellt werden; in Einzelfällen waren Maßnahmen zugunsten von SPD-Verfolgten möglich. Kritisch zu betrachten ist die These einer zeitweiligen Volksfront, die vorrangig auf KPD-Initiative zustandegekommen sei. Als Notwendigkeit erweise sich auch die

Fortführung von Untersuchungen zur Fortdauer von Lebenseinstellungen über das Epochenjahr 1945 hinaus.

In der nach einem langen Konferenztage kürzeren **Diskussion** problematisierte Kurt SCHILDE (Berlin) die Frage nach den Zuordnungskriterien für sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstand und wies auf vielfach belegte Alltagssolidarität zwischen Anhängern beider Arbeiterparteien hin. Detlef Lehnert veranschaulichte die Vielfalt realer Zweckbündnisse mit dem Hinweis, in Wien habe es gegen Ständestaatsbestrebungen auch partielle Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gegeben. Klaus-Michael Mallmann stellte die Bedeutung des beiden Arbeiterbewegungen gemeinsamen Feindbildes „Reaktion“ für Widerstandshandlungen heraus. Am Abschlußtag der Konferenz stand die von Johannes TUCHEL (Berlin) geleitete vierte Sektion unter dem Thema „Selbstbehauptungsstrategien spezifischer sozialer Gruppen“. Sylvia ROGGE-GAU (Berlin) präsentierte einen Forschungs- und Literaturüberblick zu den lange vernachlässigten „jüdischen Selbstbehauptungsstrategien zwischen nationaler Identität und Diskriminierung“. Erst in den 1980er Jahren etablierten Konrad Kwiet und Helmut Eschwege eine Typologie von organisiertem Widerstand, Verweigerung und Abwehr mit spezifisch jüdischer Motivation. Aus der Fülle lokal- und regionalhistorischer Exempel wählte Rogge-Gau die Beispiele Hamburg und Berlin. In Hamburg lebten 1933 etwa 17000 jüdische Bürger. Rund 2000 von ihnen waren im organisierten, vor allem im kommunistischen Widerstand tätig. Daneben sind aber auch Widerstandshandlungen aus anderen Milieus belegt. In Berlin zählte die größte jüdische Gemeinde in Deutschland 160000 Mitglieder. Seit den 1980er Jahren ist eine Vielzahl meist stadtteilbezogener Untersuchungen, oft in Verbindung mit Ausstellungsprojekten, entstanden. Die vergleichsweise hohe Zahl von Überlebenden in Berlin weist auf vermehrte Gegenwehr und Unterstützungsbereitschaft hin. Der Ausstellungskatalog „Juden im Widerstand“ von 1993 stellt ausführlich drei überregionale Gruppen vor: die Herbert-Baum-Gruppe, Chug Chaluzi und die Gemeinschaft für Frieden und Aufbau. Die Ausstellung zum Jüdischen Kulturbund machte den hohen Stellenwert kultureller Selbstbehauptung für mögliche Widerstandshandlungen deutlich. Zusammenfassend beklagte die Referentin, daß eine umfassende Untersuchung zum Thema immer noch aussteht. Ziele künftiger Arbeiten sollten eine weitere Systematisierung der Widerstandstypologie in Verbindung mit der Betrachtung der unterschiedlichen sozialen Milieus sowie der regionale Vergleich sein.

In der **Diskussion** fragte Herbert Obenaus nach den Gründen für die Dominanz des sozialdemokratischen und kommunistischen jüdischen Widerstands. Hans-Dieter SCHMID (Hannover) machte auf die Schwierigkeit aufmerksam, Widerstand von Juden vom Widerstand von Sozialdemokraten und Kommunisten zu trennen. Peter Steinbach konnte von einer neuen Dissertation berichten, die das Schwinden der jüdischen Identifizierung mit der DDP bereits nach 1928/30 deutlich belegt. Beatrix Herlemann wies auf die große Anzahl jüdischer Widerstandsaktivitäten in Magdeburg/Anhalt hin, die oft von Ärzten und Rechtsanwälten getragen wurden. Hier stelle sich auch die Frage, inwieweit die Rückbesinnung auf jüdische Wurzeln in den 1930er Jahren und das Bleiben in Deutschland als Widerstand gewertet werden könne. Kurt Schilde merkte an, für die Frage nach jüdischem Widerstand sei auch die Rolle zionistischer Gruppierungen und des jüdischen Sportvereinswesens zu beachten. Zu einem „Schlagabtausch“ mit Bernward



DÖRNER (Berlin) kam es in der Frage, inwieweit alte jüdische Widerstandstraditionen (Masada) noch Prägestkraft besaßen. Dirk Stegmann fragte, wie stark beim Fehlen eines einheitlichen politisch und sozial stabilen jüdischen Milieus das kulturelle Milieu für gemeinsame Handlungen überhaupt tragfähig sein konnte. Peter Steinbach stellte in diesem Zusammenhang die Mehrdimensionalität des Milieubegriffs von Lepsius heraus. Im Falle der deutschen Juden sei nach dem Verlust alter Kommunikationsstrukturen nach 1933 ein „Zwangsmilieu“ für kurze Zeit entstanden.

Die Alltagskultur der bündischen Jugend stellte Wilfried BREYVOGEL (Essen) in den Mittelpunkt seiner Ausführungen über „Oppositionelles Verhalten Jugendlicher“. In den verschiedensten Gruppen lassen sich Elemente dieser Alltagskultur finden: von gemeinsamen Fahrten, Zeltlagern, Gitarrenspiel und sportlichen Mutproben bis zur Abgrenzung von der Erwachsenenwelt durch Frisur und Kleidung. Auch für die Zeit nach 1933 ist diesen Verhaltensweisen hohe Bedeutung als „nachschiebender Resistenzboden“ für politischen Widerstand beizumessen. Linke Jugendorganisationen, etwa KJVD oder SAJ, die mangelhaft auf die Illegalität vorbereitet waren und – wie Arno Klönne es bitter formuliert hat – durch Spitzeltätigkeit und Massenverhaftungen regelrecht „ausbluteten“, konnten sich am besten halten und tarnen, wenn sie „jugendgemäße“ Lebensformen als Wander- oder Fahrtenvereine pflegten. Doch gerade auch die Hitlerjugend, die „geschichtslos“ war, besetzte bündische Traditionen. Erst mit deren zunehmender Militarisierung ab 1935/36 setzte die Ablehnung und Bekämpfung dieser Tradition mit ihren spezifischen Entwicklungsfreiräumen ein. Für viele jugendliche Oppositionsgruppen blieb die bündische Alltagskultur ein resistenter Bezugspunkt: nicht nur für Zusammenschlüsse wie die dj.l.11, die Bündische Front, die Schwarzen Scharen oder die Südlegion, sondern auch für evangelische Bibelkreise und CVJM-Gruppen, für katholische St.-Georg-Pfadfinder oder die Sturmscharen, für Mitglieder der Weißen Rose, der Herbert-Baum-Gruppe, letztlich auch für die Kittelbach- und Edelweißpiraten. Hier führte Breyvogel Bernd Rusineks Modell der drei Rezeptionsformen des Bündischen ein: direkt durch persönliche Kontakte, indirekt durch Erzählungen und indirekt-adversativ als bewußte Identifikation mit dem zum NS-Feindbild gewandelten Bündischen. Einzig die großstädtischen „Swings“ sind nicht in den bündischen Traditionszusammenhang einzuordnen. Zusammenfassend betonte Breyvogel die deutliche Revision des Geschichtsbildes durch die regionalhistorische Forschung. Sukzessive sind ältere Interpretationen des Jugendwiderstands entidealisiert worden. Die Überprüfung einfacher Freund-Feind-Bilder hat zu einer fälligen Neubewertung des Bündischen geführt. Gerade Jugendwiderstandshandlungen sind eher als Resultate einer Interaktionsdynamik mit biographischem Prozeßcharakter zu verstehen, denn als festgefügte Überzeugungsmuster und Pläne. Schließlich wird Jugendwiderstand künftig stärker im Zusammenhang von sozialer Ausgrenzung und sozialem Rassismus zu untersuchen sein.

In der **Diskussion** wurde zunächst die Frage aufgeworfen, inwieweit Jugendliche kulturelle Modernisierungsprozesse in Gang bringen. Inge Marßolek fragte nach der Rolle der Swingjugend für die Tradierung eines Amerikabildes im Nationalsozialismus und der Beziehung zwischen bündischer Körperlichkeitserfahrung und dem männlichen Körperkult in Weimar. Kritisch merkte Ludwig Eiber an, Breyvogel habe nur die oppositionelle Seite des Bündischen herausgestellt. Wichtig sei es aber, auch die autoritären Orientierungen

der ehemaligen bündischen Jugendlichen im Erwachsenenalter zu beachten, die nicht selten in NS-Organisationen verantwortliche Posten übernahmen. Michael SCHNEIDER (Bonn) äußerte ebenfalls Bedenken hinsichtlich des allzu positiven Bildes, das Breyvogel vom Selbstständigkeitsstreben der Bündischen gezeichnet hatte. Dieser beharrte jedoch auf seinem Begriff der „Autonomie“, den er als Ideal, nicht als Realitätsbeschreibung verstanden wissen wollte. Unterstützung erfuhr er von Hans Coppi, der weitere Beispiele für bündische Tendenzen in linken Kreisen anführte. Jürgen ZARUSKY (München) verwies auf ein Beispiel für die indirekt-adversative Rezeptionsform in den Erinnerungen Günter de Bruyns.

Burkhard JELLONEK (Saarbrücken) sprach über „Überlebensstrategien und Verfolgung der männlichen Homosexuellen“, da von einem spezifischen Widerstand dieser sozial sehr heterogenen Gruppe kaum gesprochen werden kann. Ungebrochene Traditionen über 1945 hinaus, die die Homosexuellen rechtlich und sozial diskriminierten, haben die Behandlung dieses Komplexes lange erschwert. Bis heute ist eine Entschädigung homosexueller KZ- und Sterilisationsopfer ausgeblieben. Dennoch warnte Jellonek vor dem Zerrbild einer übermächtigen Gestapo und der Betrachtung aller Homosexuellen als Opfer der NS-Willkür. Oral-history-Projekte führten zu widersprüchlichen Ergebnissen, da der Nationalsozialismus als Zeit extremer Verfolgung, oft aber auch als Zeit partieller Selbstverwirklichung gedeutet werde. Gegenüber der Weimarer Republik stellte die NS-Homosexuellenpolitik einen krassen Rückschritt dar. 1933 wurden Vereine und Lokale verboten und geschlossen, nach der Ermordung Röhm 1934 setzte die Verschärfung der polizeilichen und juristischen Verfolgungsmaßnahmen ein, für die sowohl die Kriminalpolizei als auch die Geheime Staatspolizei zuständig waren. 1936 wurde per Geheimerlaß eine Reichszentrale zur Bekämpfung von Homosexualität und Abtreibung gegründet, die nach Direktiven Himmlers Homosexuelle zu erfassen und eine „Umerziehung“ – auch durch KZ-Haft – zu erreichen hatte. Näher untersucht hat Jellonek die Homosexuellenpolitik anhand der Personenermittlungsakten der Gestapo im Regierungsbezirk Düsseldorf. Eine flächendeckende Verfolgung durch die Polizei war schon aufgrund der angespannten Personalsituation nicht möglich. Wie im Falle anderer Minderheiten war man auch hier auf die Mitteilbarkeit der Bevölkerung angewiesen, allerdings lag die Denunziationsrate mit 9 bis 15 % relativ niedrig. Vor allem in den Jahren 1936 bis 1938 führte die Gestapo Razzien durch, die zu zahlreichen Festnahmen und Verhören führten. In einem Klima fortschreitender Ausgrenzung bot sich den einmal Verhafteten zunehmend weniger Schutz.

Inge MarBolek eröffnete die **Diskussion** mit der Frage nach den Kontinuitäten über 1945 hinaus, etwa bezüglich der Weiterverwendung „wissenschaftlichen“ Materials der nationalsozialistischen kriminalbiologischen Sammelstelle. Roland MÜLLER (Stuttgart) regte an, zu untersuchen, inwieweit Homosexualität innerhalb von NS-Organisationen ein Thema war. Ludwig Eiber fragte im Zusammenhang damit nach Erkenntnissen über den Stellenwert der Homosexualität in kasernierten Verbänden und in der Wehrmacht.

In der **Abschlußdiskussion** trat Peter Steinbach für ein Festhalten an den Begriffen des „sozialen Milieus“ und der „politischen Kultur“ in der Widerstandsforschung ein. Allerdings müsse beachtet werden, daß Milieu als historische und soziologische Kategorie verstanden werden kann. Dies erlaubt, die Dynamik der Entwicklung stärker zu betonen,



ohne auf einen Systematisierungsversuch ganz verzichten zu müssen. M. Rainer Lepsius hielt anschließend ein fulminantes Plädoyer für den differenzierenden Gebrauch des ihm unverzichtbar erscheinenden Milieubegriffs. Er konzedierte, daß schon bei der Beschreibung der vier Sozialmilieus im Kaiserreich (Konservative, Liberale, Katholiken, Sozialisten) in soziologischer Perspektive eine „gewisse Einheitlichkeit“ konstruiert wurde. Für die historische Forschung könne ein Ausweg darin gesehen werden, die Größe der jeweiligen kulturellen und sozialmoralischen Einheiten und damit die Aggregationshöhe innerhalb der Milieus zu variieren. Da in Deutschland „bewußte Demokraten“ in allen Milieus in der Minderheit blieben, kann es keine milieuspezifische Prädisposition für den Widerstand gegeben haben. Erfolgversprechend – und das habe auch die Tagung gezeigt – sei indes die Betrachtung von Solidarstrukturen niedrigerer Ordnung (Vereine, Nachbarschaft, Familie).

Inge MarBolek wies darauf hin, daß neben der Fortsetzung der Suche nach Vorbedingungen für den Widerstand auch der Zusammenhang zwischen Sozialmilieu und systemkonformem Verhalten beachtet werden müsse. Ludwig Eiber kritisierte, die Politisierung der einzelnen Milieus werde von Lepsius unterschätzt; die sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen – auch in der Frage der Demokratisierung – blieben bei der Konstruktion vergleichbarer Einheiten zu wenig akzentuiert. Dirk Stegmann begrüßte den Hinweis auf die Betrachtung kleinerer sozialer Einheiten unter Berücksichtigung der „Biographik“. Auch Wilfried Breyvogel sah in der Untersuchung bisher vernachlässigter kultureller Einheiten Chancen, gerade deren Binnenstruktur, etwa Generationenkonflikte, sei aufschlußreich für Fragestellungen der Widerstandsgeschichte. Lepsius sprach sich daraufhin für eine größere methodische Vielfalt aus. Während er den Erklärungswert der Totalitarismustheorie beispielsweise gering ansetzte, sah er in einer Neuformulierung von Idealtypen nach dem Modell Max Webers auch für die Widerstandsforschung Möglichkeiten. Peter Steinbach wertete die Ergebnisse der Tagung dahingehend, daß als Ausgangsbasis für neue Fragen der Widerstandsgeschichtsschreibung zwei Bereiche sich abzeichneten. Zum einen sollte der vergleichenden Widerstandsforschung mehr Raum beigemessen, andererseits eine Erweiterung auf die Ebene der allgemeinen Diktaturgeschichte angestrebt werden.

Die Tagungsbeiträge und einige weitere Abhandlungen werden nebst einer Zusammenfassung der Diskussionen in der Schriftenreihe der Gedenkstätte Deutscher Widerstand bei der Edition Hentrich veröffentlicht. Die Intention der Veranstalter, durch einen Vergleich neuerer regionalgeschichtlicher Studien den aktuellen Forschungsstand zu bilanzieren, wurde von den Teilnehmern durchweg positiv bewertet. Nicht zuletzt die direkte Konfrontation zwischen Vertretern verschiedener wissenschaftlicher „Schulen“ und Forschungsrichtungen erwies sich als überaus fruchtbar. Offenkundig versprechen sich vor allem Historiker des Arbeiterwiderstands weiterhin einiges von der Verwendung des Milieubegriffs. Hier lag eindeutig der inhaltliche Schwerpunkt der Tagung. Früh einsetzende und nachhaltige Erosionsprozesse im liberalen und konservativen Milieu erschweren deren Einordnung in den Konferenzzusammenhang. Auch bei den weiteren behandelten sozialen Gruppen – den christlichen Kirchen, den Juden, den Jugendlichen und den Homosexuellen – wurden die Grenzen der Begrifflichkeit deutlich. Selbst im Bereich der Arbeiterbewegung werden zunehmend kleinere Gruppen, etwa Anarcho-

syndikalisten, Spanienkämpfer oder die Internationale Transportarbeiterföderation, untersucht. Doch daraus den Schluß zu ziehen, theoretische Ansätze seien in der Widerstandsforschung kaum oder nur sehr eingeschränkt verwendbar, wäre verfehlt. Ein Tagungsertrag war im Gegenteil: Gerade im wissenschaftlichen Gespräch gelingt es, Verallgemeinerungsversuche und Erklärungsmodelle kritisch zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Insofern war die Berliner Konferenz ein begrüßenswerter Auftakt.

## **Die Blockade Leningrads – 50 Jahre danach**

**Von Wolfgang Thormeyer**

Am 12. April 1994 hatte die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung zu einem Vortrag von Gerhart Hass (Berlin) zum Thema „Die Blockade Leningrads – 50 Jahre danach“ in die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Berliner Stauffenbergstraße eingeladen.

Einleitend wies Hass darauf hin, daß viele mit diesem Thema zusammenhängende Probleme noch ungeklärt und seine Ausführungen deshalb als eine Art Werkstattgespräch zu betrachten seien. Er informierte über den aktuellen Stand der Forschungen, vor allem über neue Erkenntnisse nach der Einsicht in bis vor wenigen Jahren noch unzugängliche Dokumente aus russischen Archiven. So gab es nach neuesten Angaben, entgegen der bisher genannten Zahl von ca. 500 000 bis 600 000, mindestens 800 000 zivile Blockade-Opfer. Keine Angaben lagen bis in die jüngste Zeit über die bei der Verteidigung Leningrads gefallenen Sowjetsoldaten vor. Im letzten Jahr ermöglichten erstmals veröffentlichte, nach einzelnen Fronten und Divisionen aufgegliederte Verlustlisten der Roten Armee für den Zweiten Weltkrieg, die Zahl mit insgesamt 932 473 Toten und Vermißten anzugeben.

Im ersten Teil seines Vortrags behandelte Hass politische und militärische Fragen der 827 Tage dauernden Blockade Leningrads. Er hob hervor, daß die Ziele der politischen Führung des faschistischen Deutschland auf die Vernichtung der Stadt ausgerichtet waren. So habe Hitler schon am 8. Juli 1941 gefordert, Moskau und Leningrad dem Erdboden gleichzumachen. Im Gegensatz dazu standen Planungen der deutschen Industrie, wie man diesen Raum ökonomisch ausbeuten könnte. Das Vorhaben scheiterte in dem Maße, wie der deutsche Blitzkrieg nicht nur in der Mitte und im Süden, sondern auch im Norden der deutsch-sowjetischen Front scheiterte. Hass ging auf den seit 1985/86 unter russischen Historikern geführten Streit um die Verteidigung Leningrads ein, der auch im Januar 1994 auf einer Konferenz in St. Petersburg fortgesetzt wurde. Einige Historiker vertreten, über verschiedenste politische Richtungen hinweg, die Auffassung, daß man Leningrad hätte aufgeben sollen, und fragen, warum die Stadt keineswegs auf eine Verteidigung oder Blockade vorbereitet war. Vor allem wird die Frage diskutiert, ob eine Aufgabe Leningrads nicht aus humanitären Gründen angebracht gewesen wäre, angesichts der Tatsache, weder die Bevölkerung versorgen noch ausreichend Güter



in die Stadt schaffen zu können. Bis September 1941 war es zwar gelungen, einen Teil der Rüstungsindustrie mit den Facharbeitern aus dem bedrohten Leningrad zu verlagern, aber eine Evakuierung der Bevölkerung, überwiegend Frauen, Kinder und alte Leute, wurde nicht erwogen. Der Führung hätte bewußt sein müssen, daß im Falle einer Belagerung der Stadt Tausende umkommen würden. Die Antwort scheint klar: Noch im Juni 1941 ging die sowjetische Militärdoktrin von der These aus, nach kurzer Zeit den Gegner auf sein eigenes Territorium zurückschlagen zu können. Deshalb habe es in Leningrad wie an allen Fronten praktisch keine Vorbereitung auf eine Verteidigung oder gar eine jahrelange Belagerung gegeben.

Andere Historiker führen stichhaltige Gegenargumente an. So gehe aus deutschen Führungsdokumenten hervor, daß die Absicht bestand, eine Kapitulation Leningrads nicht anzunehmen und, falls Teile der hungernden Bevölkerung aus der Stadt auszubrechen versuchten, diese niederzuschießen. Außerdem sei es hinsichtlich der späteren Massensterbe von Auschwitz zweifelhaft, ob die Aufgabe Leningrads das Leben Hunderttausender gerettet hätte. Auch eine andere, in erster Linie militärische Argumentation spräche sehr dafür, daß es trotz der ungeheuren Verluste richtig gewesen war, die Stadt zu halten und zu verteidigen.

Erstens wäre bei einer Kapitulation Leningrads der gesamte Nordflügel der Front für die Sowjetunion zusammengebrochen, die dort gebundenen deutschen Truppen hätten vor Moskau oder Stalingrad eingesetzt werden können. Zweitens hätte sich dann möglicherweise die finnische Politik geändert, die besonders nach dem Scheitern des deutschen Blitzkrieges betonte, einen Parallelkrieg zum deutsch-sowjetischen Krieg für rein finnische Belange zu führen. Drittens wäre mit der Aufgabe Leningrads ein deutscher Vormarsch in Richtung Murmansk und Archangelsk möglich gewesen. Außerdem wäre die Bahnverbindung, teilweise auch die Schiffsverbindung, über die ein Großteil der amerikanischen, britischen und kanadischen Hilfslieferungen an die sowjetischen Fronten gelangte, unterbrochen worden. Der Fall der Stadt hätte auch das Ende der Baltischen Flotte bedeutet. Für die Vertreter dieser Argumentation ist deshalb die Verteidigung Leningrads mit von kriegsentscheidender Bedeutung gewesen. Die Schwierigkeiten der Debatte liegen u. a. darin, daß sich damals kämpfende Militärs in ihrer Ehre bedroht fühlen und bisher kaum Dokumente aus den Archiven veröffentlicht worden sind, die belegen könnten, daß die sowjetische Führung tatsächlich von solchen militärischen Argumenten ausgegangen ist.

Der zweite Teil des Vortrags von Hass befaßte sich mit dem deutschen Besatzungsregime im Leningrader Gebiet. Dazu liegt bisher keine Arbeit vor, außer zur Partisanentätigkeit auch keine sowjetische Veröffentlichung. Das Thema Kollaboration und die Frage, bis zu welchem Punkt eine erzwungene, aber im Interesse der Bevölkerung notwendige Zusammenarbeit vorlag, und ab wann der Verrat begann, wurden in der Sowjetunion nie diskutiert. Alle, die mit den deutschen Besatzungsbehörden Kontakt hatten, ob als Dorfpolizist oder zur Ausgabe von Lebensmittelkarten verpflichtet, galten als Verräter. Man müsse einigen Autoren aus dem Bereich der deutschen Wehrmacht in gewissem Maße Recht geben, die die Herstellung eines „Modus vivendi“ mit der Bevölkerung als notwendig bezeichneten, um Ruhe im besetzten Gebiet zu bewahren. Dies bedeute nicht eine Verdrängung der Tatsache grausamer deutscher Strafmaßnahmen. Mit der

Stalingrader Schlacht und dem absehbaren Ende der deutschen Besatzung habe es im Leningrader Gebiet immer weniger Bereitschaft zur Zusammenarbeit gegeben und Berichte über Repressalien häuften sich.

In der Diskussion befinde sich auch eine genauere Betrachtung des Partisanenkampfes. So haben Besatzungsmacht wie Partisanen die Erschießung von Dorfbewohnern vorgenommen und Häuser abgebrannt, gingen Jugendliche oft nicht freiwillig zu den Partisanen, sondern wurden zwangsrekrutiert. Völlig offen ist das Problem der Wlassow-Armee und deren teilweise Erfolge unter der russischen Bevölkerung. Außerdem wurde bisher in der Literatur die Rolle der Kirchen, insbesondere der russisch-orthodoxen Kirche, nicht behandelt. Ein weiterer interessanter Hinweis bezog sich auf die von der deutschen Besatzungsmacht angestellten Überlegungen, im Leningrader Gebiet sechsklassige und Handwerkerschulen einzurichten, obwohl ursprünglich nur vierklassige Dorfschulen für die russische Bevölkerung vorgesehen waren.

Im letzten Teil seines Vortrags ging Hass auf die Abrechnung Stalins mit den Führern der Verteidigung Leningrads und deren Liquidierung nach dem Krieg („Leningrader Sache“) ein. Die „Leningradskaja Prawda“ hatte am 26. Juli 1989 in einem Artikel über einen von drei bislang geheimgehaltenen Friedhöfen mit 46 771 Grabstätten am Rande der Stadt berichtet. In 40 485 davon sind Menschen begraben, die der NKWD 1937/38 unschuldig und ohne Urteil erschossen hatte. Das Sensationelle an dem Artikel war die Information, daß sich dort auch die Gräber derjenigen befinden, die an der Spitze der Verteidigung Leningrads gestanden haben und 1950 auf Veranlassung Stalins erschossen worden sind, u. a. der Sekretär des Stadtparteikomitees Alexej Kusnetzow und der Vorsitzende des Stadtsowjets Pjotr Popkow. Der Vorwurf: Sie hätten Leningrad den Deutschen übergeben wollen, illegal die Sprengung der Stadt und die Versenkung der Baltischen Flotte vorbereitet. Bis heute ist umstritten, warum es zu den Leningrader Prozessen mit 4000 bis 5000 Hinrichtungen kam. Eine Erklärung ist, Stalin sei suggeriert worden, Shdanow und Kusnetzow hätten eine russisch-nationalistische Linie entwickelt. Eine andere, das Vertrauen, das den Leningrader Führern von der Bevölkerung entgegengebracht wurde, habe bei Stalin, der Leningrad nie gemocht habe, politischen Neid geweckt.

Abschließend stellte Hass fest, daß die Leningrader Blockade in der Geschichtsschreibung weitgehend unbearbeitet geblieben ist. So gibt es keine wissenschaftliche Publikation außerhalb Rußlands und nur wenige sowjetische Veröffentlichungen. In beiden Berliner Staatsbibliotheken finden sich außer rein militärischen Abhandlungen lediglich eine kleine Arbeit von Andreas Hillgruber („Nordlicht“, Wiesbaden 1964) und ein Buch des amerikanischen Historikers Harrison E. Salisbury („900 Tage Belagerung von Leningrad“, New York 1969, dt. 1989). In der DDR blieb die Behandlung der Blockade auf das sechsbändige Werk „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“, Berlin 1974–1985, beschränkt. An literarischen Werken liegen „Das Blockadebuch“ (Berlin 1984) von Ales Adamowitsch und Daniil Granin, obwohl vor dem Erscheinen etwa ein Drittel gestrichen werden mußte, und Alexander Tschakowskis dreibändiger dokumentarischer Roman „Die Blockade“ (Berlin 1974/77) vor, wobei hier das Schwergewicht auf dem Heroismus des Verteidigungskampfes liege.

In der von Werner RÖHR (Berlin) geleiteten **Diskussion** gab es zahlreiche Fragen und kritische Anmerkungen zur Wertung neuer Fakten, zum Problem einer differenzierteren



Betrachtung des sowjetischen Partisanenkampfes und des deutschen Besatzungsregimes sowie zur notwendigen Aufarbeitung „weißer Flecken“ in der Geschichtsschreibung der DDR zum Zweiten Weltkrieg, auch hinsichtlich des Krieges gegen die Sowjetunion. Paul HEIDER (Berlin) sprach methodologische Fragen wie die nach dem Stellenwert der Kriegsziele der beteiligten Mächte, den Zielen Wlassows und deren Bewertung oder dem Charakter der deutschen Militärverwaltung an. Auf die Frage von Günther WIELAND (Berlin), wie es möglich gewesen sei, die Skelette aus den Gräbern bei Leningrad zeitlich so genau zu datieren, verwies der Referent auf die vorhandenen, exakt geführten NKWD-Listen. Kurt PÄTZOLD (Berlin) warnte davor, bei aller notwendigen Auseinandersetzung um Einzelaspekte wie den Partisanenkampf und den antifaschistischen Widerstand, die Kriegsziele des faschistischen Deutschland in bezug auf die Sowjetunion und das Wesen des Zweiten Weltkrieges aus dem Blickfeld zu verlieren. So gebe es Bestrebungen, diesen Krieg als Parallelkrieg zweier Diktaturen zu erklären und damit historische Ursachen und Zusammenhänge zu leugnen.

## **Tagung zu „Stand und Perspektiven der Erforschung der DDR-Geschichte“ in Mannheim vom 12.–14. April 1994**

**Von Thomas Heimann**

Im fünften Jahr nach dem Ende der SED-Herrschaft hat die historische DDR-Forschung erheblich an Bedeutung gewonnen. Dies bestätigte die rege Teilnahme von über 70 Historikern und Politikwissenschaftlern an einer Tagung zu Erträgen und Problemen der Geschichtsschreibung zur DDR, die Mitte April in Mannheim stattfand. Eingeladen hatte der Arbeitsbereich DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim in Zusammenarbeit mit dem Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien, Potsdam. Ziel der Konferenz war es, einen Austausch über Forschungsaktivitäten zu ermöglichen, Kooperationen anzubahnen und Informationen auszutauschen. Angesichts der mittlerweile abgeschlossenen Neuordnung der zeitgeschichtlichen Forschung in den neuen Bundesländern und dem neuen Stellenwert der historischen DDR-Forschung war eine Bestandsaufnahme – darauf wies der Leiter des Arbeitsbereichs, Hermann WEBER, in seiner Einführung hin – dringend geboten.

Ein Bericht von Thomas HEIMANN über die Ergebnisse einer Erhebung „Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte“, die der Mannheimer Arbeitsbereich im Auftrag der „Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ unternommen hatte, bot einen Überblick über die Themenbreite und die noch vorhandenen Lücken in der Forschung. In der anschließenden **Diskussion** wurde unter anderem auf den Mangel an Editionen von Dokumenten staatlicher Einrichtungen und des Parteiparates sowie an biographischen Forschungsarbeiten aufmerksam gemacht. Ähnliches gilt auch noch für Ansätze des

Diktaturenvergleichs, für Fragen nach dem Ausmaß wechselseitiger Beeinflussung beider deutscher Staaten und nach der Einordnung der DDR-Geschichte in die gesamteuropäische Entwicklung.

Neben dem Mannheimer Arbeitsbereich erläuterten Vertreter zeitgeschichtlicher Institute (darunter fünf seit 1990 in den neuen Bundesländern entstandene) bisher auf den Weg gebrachte oder geplante Vorhaben: der Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien Potsdam, der „Forschungsverbund SED-Staat“ an der Freien Universität Berlin, die Außenstelle des Instituts für Zeitgeschichte in Potsdam, das Hannah-Arendt-Institut in Dresden, die Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und das Berliner Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung. Ergänzt wurde dieser Überblick durch die Vorstellung des DFG-Schwerpunktprogramms „Wirtschaftliche Strukturveränderungen, Innovation und regionaler Wandel in Deutschland nach 1945“.

In den Diskussionsbeiträgen wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, daß die Forschung über die DDR-Geschichte mehr als bisher auf interdisziplinäre Arbeit angewiesen sei. Ebenso müsse die Auseinandersetzung über methodische Fragen und theoretische Ansätze forciert werden, um den komplexen Problemen der Erforschung der Machtstrukturen und ihrer Rückwirkungen auf die DDR-Gesellschaft gerecht zu werden.

Einblicke in ihre Arbeit gaben auch Sachverständige aus dem Umkreis der KZ-Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen. Erfreulicherweise sind nun die Verwaltungsakten der sowjetischen Lagerleitungen nach 1945 zugänglich, die derzeit aus dem Russischen übersetzt werden. Problematischer ist der Umgang mit den Personalakten, die im Gewahrsam des ehemaligen KGB waren und noch nicht zur Benutzung freigegeben sind. Aus den Berichten und der nachfolgenden Debatte wurde darüber hinaus der auch öffentlich heftig diskutierte schwierige Umgang mit der doppelten Vergangenheit der ehemaligen Konzentrationslager und späteren sowjetischen Internierungslager deutlich. Vertreter außeruniversitärer Forschungsgruppen und Geschichtsvereine, die zum Teil aus der Bürgerbewegung der Wendezeit hervorgegangen sind, verwiesen darauf, daß ihre Forschungsarbeit durch Mittelkürzungen stark beeinträchtigt und in einigen Fällen sogar gefährdet ist. Eindrucksvoll, wenn auch etwas entmutigend, war der Bericht von Jochen LAUFER aus Berlin über die gegenwärtigen Probleme beim Zugang zu russischen Archiven. – Erfreulicherweise hatte sich der Präsident des Bundesarchivs, Friedrich P. KAHLENBERG, die Zeit genommen, über Fragen der Neuordnung des deutschen Archivwesens zu sprechen. Sein Appell an die Benutzer, sich mit konstruktiver Kritik an rationalen Lösungen zur Verbesserung der Archivnutzung zu beteiligen, wurde positiv aufgenommen.

Die Konferenz endete mit einer Generaldebatte, die sich an den Beitrag von Markus MECKEL über die Arbeit der Enquete-Kommission anschloß. Eine wichtige Schlußfolgerung war, den Informationsaustausch zu intensivieren. Bis dahin soll dies mit Hilfe einer demnächst in der Zeitschrift „Deutschland Archiv“ einzurichtenden Rubrik „Aktuelles aus der DDR-Forschung“ geleistet werden.

Die Ergebnisse der Umfrage des Mannheimer Arbeitsbereichs sind als Broschüre bei der „Enquete-Kommission zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Peter-Hensen-Straße 1, D-53113 Bonn, erhältlich.



# Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete (99)

Bearbeitet von Franz Jean Frohn

Die IWK versucht, systematisch alle Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete zu erfassen. In der Rubrik „Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete“ werden regelmäßig die Ergebnisse dieser Erhebungen veröffentlicht, sofern die Arbeiten noch nicht publiziert worden sind. Bei der weiten Verbreitung der IWK in Fachkreisen ist mit der Anzeige eines Forschungsvorhabens gewährleistet, daß es allgemein zur Kenntnis genommen, somit Doppelarbeit vermieden und Kooperation gefördert wird. Die Redaktion bittet daher alle Bearbeiter und Bearbeiterinnen einschlägiger Projekte – die in Frage kommenden Themenbereiche sind nachstehend erläutert – um Ergänzung und Rücksendung des Fragebogens, der in jedem Heft als Anhang abgedruckt ist. Auch die Mitteilung von Projekten Dritter – unter Angabe von deren Anschrift – ist erwünscht. Juristische Bedenken hiergegen bestehen insofern nicht, als eine Titelanzeige in der IWK nur nach Vorlage des Fragebogens bei den BearbeiterInnen erfolgt.

Die Kriterien für die Aufnahme in das Projektverzeichnis sind nicht immer scharf abzugrenzen. Neben Projekten zur Geschichte der deutschen, österreichischen und schweizerischen Arbeiterbewegung, zur Geschichte der Internationalen und zur Marx-Forschung finden verwandte Untersuchungen der Politologie und der empirischen Soziologie sowie Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte und zur Geschichte der sozialen Bewegungen Berücksichtigung, soweit sie sich mit den Problemen der Industrialisierung, Firmen- und Wirtschaftsgeschichte befassen. Einschlägige Vorhaben über andere Länder werden dann aufgenommen, wenn ein breiteres Interesse der deutschsprachigen Forschung vorausgesetzt werden darf, oder wenn sie von Gelehrten der Bundesrepublik bearbeitet werden.

Die uns übermittelten Daten werden in der IWK veröffentlicht, um anderen Wissenschaftlern eine erste Information über das Projekt zu vermitteln und eine direkte und schnelle Kontaktaufnahme mit dem Bearbeiter oder der Bearbeiterin zu ermöglichen. Die Speicherung erfolgt in Form einer Autorenkartei. Die Ergebnisse der Erhebung werden außerdem an das Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn, zur Speicherung und Auswertung für dessen wissenschaftliche Zwecke und gegebenenfalls zur Aufnahme des Projekts in das jährlich vom Informationszentrum publizierte Verzeichnis der „Forschungsarbeiten in den Sozialwissenschaften“ weitergegeben. Sofern Projekte aus anderen Publikationen übernommen oder der Redaktion von Institutionen mitgeteilt worden sind, wird das am Ende der Projektmeldung vermerkt. Im übrigen beruhen die Meldungen und insbesondere die Nachträge auf den uns von den jeweiligen BearbeiterInnen übermittelten Daten. Die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben, insbesondere die Genauigkeit von bibliographischen Angaben, kann die Redaktion aus Gründen der Arbeitsökonomie nicht überprüfen.

Die Angaben zu den einzelnen Projekten sind jeweils nach dem folgenden Schema geordnet:

## 0 Laufende Nummer des Projekts (in der IWK)

- 1 Institution(en), in deren Rahmen die Forschungsarbeit durchgeführt wird
- 2 Bearbeiter/in, Vor- und Zuname, Titel, Anschrift, Tel. (*Leiter/in kursiv*)
- 3 Bei Arbeiten zur Erlangung eines akademischen Grades: Name des/der Betreuer(s)/in
- 4 Stand der Forschungsarbeit
- 5 Laufzeit des Projekts
- 6 Art der Arbeit
- 7 Auftraggeber der Forschungsarbeit
- 8 Kostenträger
- 9 (Arbeits-)Titel der Forschungsarbeit (ggf. Untertitel)
- 10 Zeitraum, auf den sich die Forschungsarbeit bezieht
- 11 Geographischer Raum, auf den sich die Forschungsarbeit bezieht
- 12 Inhaltliche Ziele der Arbeit
- 13 (Teil-)Veröffentlichungen der Arbeit bzw. deren Planung
- 14 Nichtveröffentlichte (Zwischen-)Berichte, Manuskripte, Arbeitspapiere usw.

- 15 Methodische Anlage (Vorgehensweise, Untersuchungsart, theoretischer Ansatz, Interview, schriftliche Befragung, Auswertung von Massendaten)
- 16 Benutzte Unterlagen (Quellenbasis: Archive, Archivalien, statistische Materialien, Zeitungen)
- 17 Hinweis auf Fundstelle oder mitteilende Institution

#### Eine dringende Bitte an unsere Leser:

Um die Berichterstattung über den Fortgang der gemeldeten Forschungs- und Publikationsvorhaben jeweils auf dem neuesten Stand zu halten, bittet die Redaktion dringend darum, ihr auch Mitteilungen über den Stand von bereits angezeigten Projekten zukommen zu lassen. Insbesondere wenn Arbeiten abgeschlossen, publiziert, Titel oder Gegenstand geändert oder aufgegeben wurden, bitten wir um Nachricht. Nur so können wir vermeiden, daß das Verzeichnis der Forschungs- und Publikationsvorhaben der IWK zu einem „Projektfriedhof“ ohne tatsächlichen Wert als Hilfsmittel für die Forschung wird. Bitte verwenden Sie den Projektfragebogen am Schluß dieses Heftes und füllen Sie diesen bitte möglichst vollständig und genau aus.

Redaktionsschluß: 24. 5. 1994

#### I. PROJEKTVERZEICHNIS

##### A. Geschichtswissenschaft, Hilfsmittel

##### B. Quellenveröffentlichungen, Neudrucke, Übersetzungen

###### 0 94-022

- 2 HARTWEG, Frédéric, Prof. Dr., 19, rue Ferdinand Duval, F-75004 Paris; DOHLE, Horst, Prof. Dr., Berlin; HEISE, Joachim, Dr., Berlin; ONNASCH, Martin, Prof. Dr., Naumburg
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 1/91, Abschluß: 95
- 6 Quellenedition
- 8 Bearb.
- 9 **SED und Kirche**
- 10 1946–1989
- 11 SBZ/DDR
- 12 Dokumentation grundsätzlicher Entscheidungen zu den Beziehungen zwischen SED und (im wesentlichen) evangelischen Kirchen
- 13 **SED und Kirche.** Hrsg. von Frédéric Hartweg. Bd. 1: Bearb. von Joachim Heise. Bd. 2: Bearb. von Horst Dohle. Bd. 3: Bearb. von Martin Onnasch. Neukirchen: Vluyn Verlag
- 14 Bd. 1: im Druck; Bd. 2: Ms. abgeschlossen
- 15 Dokumentation; Quellenedition mit einleitendem Kommentar
- 16 Ehemaliges ZPA; KirchenAe (EZA, BEK, Landeskirchen)

##### C. Sozialistische Theoretiker, Beiträge zur Ideengeschichte

##### D. Biographische Beiträge

###### 0 94-023

- 1 Univ. Düsseldorf, Historisches Seminar VII, Universitätsstr. 1, D-40225 Düsseldorf
- 2 FRESE, Birgit; Herderstr. 79, D-40237 Düsseldorf; Tel. 02 11/67 31 67
- 3 Prof. Dr. Hans Süßmuth
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 1/91, Abschluß: 6/94
- 6 Diss.
- 8 Bearb.; teilweise Stipendium des Landes NRW
- 9 **Hans Katzer: Christlich-sozialer Arbeitnehmervertreter, Parlamentarier, Bundesminister (1950 bis 1980)**
- 10 1950–1980
- 11 Deutschland
- 12 Herausarbeitung der Positionen Hans Katzers – und der Sozialausschüsse der CDU – in den Fragen Eigentumsbildung und Mitbestimmung; Darstellung der Beteiligung Hans Katzers an der Vermögensbildungspolitik der 3. und 4. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages; Darstellung der Entstehung des Lohnfortzahlungsgesetzes, des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) und des Berufsbildungsgesetzes als der drei bedeutendsten Gesetze der Ministerzeit Hans Katzers; Resümee mit Bezug auf die Vorstellungen Hans Katzers von Sozial- und Gesellschaftspolitik
- 16 Sekundärliteratur; Archivmaterial; Zeitungen



**0 94-024**

2 HERRMANN, Ursula, Prof. Dr.; Harnackstr. 20, D-10365 Berlin; Tel. 030/5 59 83 43

4 Laufend

5 Abschluß: 12/94

6 Eigenprojekt der Bearb.; biographischer Abriß; Zeitschriftenbeitrag

8 Bearb.

9 **Ferdinand Simon (1862–1912), Schwiegersohn August Bebels, Bakteriologe, Freund von Carl und Gerhart Hauptmann**

10 1862–1912

11 Jena, Berlin, v. a. Zürich

12 Der Arzt und sozialdemokratische Publizist Ferdinand Simon findet zumeist nur als Schwiegersohn Bebels Erwähnung; er heiratete 1891 dessen einzige Tochter; Simons Persönlichkeit erschließt sich genauer aus Überlieferungen Gerhart Hauptmanns; Simons Anliegen und Wirken, durch bakteriologische Forschungen zum Menschheitsfortschritt beizutragen, wird u. a. durch angesehene Mediziner der Züricher Universität bezeugt

13 Veröffentlichung geplant

15 Biographischer Abriß in Auswertung einer Vielzahl sehr verstreuter Quellen

16 Briefwechsel; Zeitungsmeldungen; Nachrufe; Simons Publikationen u. a.

## **E. Darstellungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung**

### **I. Allgemeine Darstellungen Darstellungen über größere Zeiträume**

**0 94-025**

1 Univ. Bielefeld, Fakultät für Geschichtswissenschaft

2 SPEHR, Michael; Grasweg 36, D-33611 Bielefeld; Fax: 05 21/89 28 47

3 Prof. Dr. Klaus Tenfelde, Bielefeld; Prof. Dr. Jürgen Kocka, Berlin

4 Laufend

5 Beginn: 1/94; Abschluß: 12/95

6 Eigenprojekt des Bearb.; Diss.

8 Bearb.; Stipendium

9 **Industrialisierung und Protest. Mechanisierung und Maschinensturm in Deutschland von 1815 bis 1848/49**

10 1815–1848/49

11 Deutschland (Gebiet des späteren Deutschen Reiches)

12 Systematische Erforschung von Maschinensturm und Maschinenprotesten zu Beginn der Industrialisierung; Verhältnis der frühen Arbeiterbewegung zur modernen Technik; Frage nach den sozialen und betrieblichen Auswirkungen der Mechanisierung und Technisierung

14 **Spehr, Michael: Maschinensturm und -protest in**

**Deutschland von 1815–1848/49.** M. A., Univ. Bielefeld 1992

15 Systematische Erarbeitung einer Statistik der Fälle von Maschinensturm und Maschinenprotesten für die Jahre von 1815 bis 1848/49; quantitative und qualitative Auswertung

16 Archivalien aus zwei bis drei Regionen; Zeitungen

**0 94-026**

1 Technische Univ. Berlin, Institut für Geschichtswissenschaft, Ernst-Reuter-Platz 7, D-10587 Berlin

2 LAMBERTY, Christiane; Adalbertstr. 27, D-10997 Berlin; Tel. 030/6 15 25 44

3 Prof. Dr. Karin Hausen

4 Laufend

5 Beginn: 2/94, Abschluß: 1/96

6 Diss.

8 Stipendium NAFöG

9 **Propaganda für die Reklame! Entwicklung, Legitimierung und Wahrnehmung der frühen Wirtschaftswerbung in Deutschland, 1880–1914**

10 1880–1914

11 Deutschland

12 Entwicklung und Wahrnehmung früher Massenmedien; Professionalisierung der Reklamebranche; gesellschaftlicher Diskurs um die Reklame

15 V. a. Diskursanalyse anhand der Massen- und der Fachpresse

16 Archivmaterial (LAB u. a.); Fachzeitschriften der Reklamebranche

**0 94-027**

1 Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Westfälisches Institut für Regionalgeschichte, Warendorfer Str. 14, D-48145 Münster

2 FRESE, Matthias, Dr.; c/o Westfälisches Institut für Regionalgeschichte; Tel. 02 51/591 56 92

4 Laufend

5 Beginn: 93, Abschluß: 96

6 Eigenprojekt des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte

9 **Die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Dienst am Beispiel kommunaler Betriebe**

10 1920–1960

11 Deutschland; Schwerpunkte: Dortmund, Bielefeld, Heidelberg, Magdeburg, Mannheim

12 Arbeitsbedingungen, Struktur, Organisations- und Konfliktverhalten der Gemeindearbeitnehmerschaft; Tätigkeit der Kommunen als Arbeitgeber; Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft

13 **Frese, Matthias: Vom Kommunalbeamten zum kommunalen Arbeitnehmer. Der Wandel in der Beschäftigtenstruktur im öffentlichen Dienst 1920–1960**, in: Politische Zäsuren und gesellschaftliche Modernisierung im 20. Jahrhundert. Tagungsband. Hrsg. von Michael Prinz und Matthias Frese. Veröffentlichung geplant 1995

- 15 Auswertung von Archivalien und Periodika  
 16 Kommunale, Unternehmens-, Betriebsrats-,  
 Verbands- und staatliche Ae; Zeitungen und  
 andere Periodika

**0 94-028**

- 1 Freie Univ. Berlin, FB Geschichtswissen-  
 schaften, Friedrich-Meinecke-Institut, Habel-  
 schwerdter Allee 45, D-14195 Berlin  
 2 MELZER, Ralf, M. A.; Sibyllenstr. 17, D-12247  
 Berlin; Tel. 030/7746917  
 3 Prof. Dr. Wolfgang Wippermann  
 4 Abgeschlossen  
 5 Abschluß: 1/94  
 6 M. A.  
 8 Bearb.  
 9 „Völkische Freimaurerei“ 1922–1935  
 10 1922–1935  
 11 Deutschland  
 12 Die Arbeit untersucht die Kontinuitäten natio-  
 nalistischen und völkisch-antisemitischen Den-  
 kens vorwiegend bei den altpreußischen Groß-  
 logen; die Untersuchung kommt zu dem Ergeb-  
 nis, daß die Umgestaltung der national-konser-  
 vativen Großlogen 1933 in „Deutsch-Christliche  
 Orden“ Ausdruck bewußter Indienststel-  
 lung und keine „Tarnung“ war; zu Mittälern  
 machte sich dieser Teil der deutschen Logen u. a.  
 durch die Einführung des „Arierparagraphen“.  
 14 Melzer, Ralf: „Völkische Freimaurerei“ 1922 bis  
 1935. M. A., Freie Univ. Berlin 1994  
 15 Ideen- und institutionsgeschichtliche Untersu-  
 chung  
 16 A der Großlogen, Berlin; GStA Preußischer  
 Kulturbesitz, Abt. Merseburg, Berlin; Deut-  
 sches Freimaurer Museum, Bayreuth; BDL

**0 94-029**

- 2 PAETAU, Rainer, Dr., Kantstr. 84, D-10627  
 Berlin, Tel. 030/3236824; KOPITZSCH, Wolf-  
 gang, M. A.; STAHR, Gerhard, M. A.  
 4 Abgeschlossen  
 5 Beginn: 6/93, Abschluß: 11/93  
 6 Auftragsforschung; Eigenprojekt der Bearb.;  
 Aufsatz; Edition  
 7 Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Ge-  
 schichte  
 8 Bearb.; Gesellschaft für Schleswig-Holsteini-  
 sche Geschichte  
 9 Die Ermordung des Reichstagsabgeordneten  
 Otto Eggerstedt 1933 im Spiegel der Justizurteile  
 von 1949/50  
 10 1930–1934 und 1945–1950  
 11 Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen  
 12 Behandelt werden der „Altonaer Blutsonntag“  
 1932, die NS-Machtergreifung in Schleswig-  
 Holstein 1933, die SPD 1930 bis 1933 in Schles-  
 wig-Holstein, das KZ Esterwegen 1933/34 und  
 die Justiz 1945 bis 1950  
 13 Veröffentlichung 1994 in der Zeitschrift der Ge-  
 sellschaft für Schleswig-Holsteinische Ge-  
 schichte  
 14 Ms.

**II. Darstellungen in zeitlicher Folge**

- a) Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialisten-  
 gesetzes  
 —  
 b) 1890–1914  
 —  
 c) Weltkrieg und Revolution  
 —  
 d) Weimarer Republik  
 —  
 e) 1933–1945  
 —  
 f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs  
 —  
 g) Westzonen/BRD  
 —  
 h) SBZ/DDR  
 —

**III. Regionale und lokale Darstellungen**

- a) Regional  
**0 94-030**  
 2 FRESE, Matthias, Dr.; c/o Landschaftsverband  
 Westfalen-Lippe, Westfälisches Institut für Re-  
 gionalgeschichte, Warendorfer Str. 14, D-48145  
 Münster; Tel. 0251/5915692  
 4 Abgeschlossen  
 6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz  
 8 Bearb.  
 9 Betriebsrat und Betriebsrattätigkeit in Baden  
 1920–1960  
 10 1920–1960  
 11 Baden; Schwerpunkt: Weinheim/Bergstraße  
 13 Frese, Matthias: Betriebsrat und Betriebsräte-



- tätigkeit zwischen 1920 und 1960. Handlungsspielräume und -muster betrieblicher Interessenvertretung, in: Mikropolitik im Unternehmen. Hrsg. von Karl Lauschke und Thomas Welskopp. Essen: Klartext Verlag 1994
- 0 94-031**  
 1 Rheinisches Amt für Denkmalpflege, Abtei Brauweiler, D-50239 Pulheim  
 2 BUSCHMANN, Walter, Dr.; Elsenborner Str. 19, D-50933 Köln; Tel. 0221/545152  
 4 Laufend  
 5 Beginn: 10/90, Abschluß: 10/94  
 6 Auftragsforschung  
 7 Rheinisches Amt für Denkmalpflege  
 8 Rheinisches Amt für Denkmalpflege  
 9 **Geschichte des Steinkohlenbergbaus im Rheinland**  
 10 19. und 20. Jahrhundert  
 11 Rheinland  
 12 Behandelt Technik, Architektur sowie sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Grundlagen  
 15 Bestandsaufnahme; Archivalien- und Literaturauswertung  
 16 Staats-, Stadt-, Behörden- und Firmen-Ac
- b) Lokal
- 0 94-032**  
 1 Stadtarchiv Hürth, Rathaus, Friedrich-Ebert-Str. 40, D-50354 Hürth  
 2 FAUST, Manfred, Dr.; c/o Stadtarchiv Hürth  
 4 Abgeschlossen  
 6 Eigenprojekt des Stadtarchivs Hürth; Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz  
 8 Stadtarchiv Hürth  
 9 **Entstehung und Entwicklung der sozialistischen und der christlichen Arbeiterbewegung in Hürth vor dem Ersten Weltkrieg**  
 10 1878–1914  
 11 Hürth, Rheinisches Braunkohlenrevier  
 13 **Faust, Manfred: Entstehung und Entwicklung der sozialistischen und der christlichen Arbeiterbewegung in Hürth vor dem Ersten Weltkrieg**, in: Hürther Heimat, Jg. 73 (1994), S. 1–42  
 16 StadtA Hürth, LHA Koblenz, HStA Düsseldorf, A des Erzbistums Köln; Rheinische Zeitung; Geschäfts- und Jahresberichte der Bergarbeiterverbände; Bergarbeiter-Zeitung; Der Bergknappe
- F. Darstellungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung anderer Gebiete**
- Rußland/Sowjetunion
- 0 94-033**  
 1 Freie Univ. Berlin, Osteuropa-Institut, Abt. Geschichte  
 2 WEHNER, Markus; Pasteurstr. 36, D-10407 Berlin; Tel. 030/4416648  
 4 Abgeschlossen  
 5 Beginn: 2/93, Abschluß: 10/93  
 6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz  
 8 Stipendium des DAAD/NAFöG  
 9 **„Die Lage vor Ort ist unbefriedigend.“ Die Berichte des sowjetischen Geheimdienstes (WTschK/GPU/OGPU) zur Lage der russischen Bauern in den Jahren der Neuen Ökonomischen Politik (1921–1927)**  
 10 1921–1927  
 11 Rußland, Sowjetunion  
 12 Darstellung des Aufbaus eines geheimen Informationsnetzes in den zwanziger Jahren und seiner Schwierigkeiten; Aufbau, Form und Adressaten der Geheimdienstberichte; Diskussion der speziellen Quellenproblematik; Auswertung am Beispiel der Lage der Bauern anhand ausgewählter Themen: Steuer- und Preispolitik, Einstellung zur Stadt und zur Kommunistischen Partei, Forderung nach Bauernverbänden, sog. Terror im Dorf [S. a. Proj.-Nr. 93-063]  
 13 Veröffentlichung in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Jg. 2 (1994)  
 15 Auswertung bisher unbekannter Archivmaterialien  
 16 Geheimdienstberichte aus dem „Russischen Zentrum“ (ehem. ParteiA), Moskau, und dem StA der Russischen Föderation, Moskau
- 0 94-034**  
 1 Humboldt-Univ. zu Berlin, Institut für Theaterwissenschaft/Kulturelle Kommunikation, Universitätsstr. 3b, D-10099 Berlin; Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt am Main–Berlin, Bertramstr. 8, D-60320 Frankfurt a. M.  
 2 MÜHL-BENNINGHAUS, Wolfgang, Prof. Dr., c/o Humboldt-Univ. zu Berlin; LEONHARD, Joachim Felix, Dr., c/o Deutsches Rundfunkarchiv, Frankfurt a. M.; DILLER, Ansgar, Dr., Deutsches Rundfunkarchiv, Frankfurt a. M.  
 4 Laufend  
 5 Beginn: 10/93, Abschluß: 9/95  
 6 Geförderte Forschung  
 8 DFG  
 9 **Rundfunkaktivitäten deutscher Emigranten gegen das Dritte Reich in der UdSSR von 1933 bis 1945**  
 10 1933–1945  
 11 Sowjetunion  
 12 Es wird nach dem publizistischen Stellenwert der Rundfunkarbeit deutscher Exilierter gefragt, und es werden die Beziehungen zur Tätig-

- keit des politischen, literarischen und künstlerischen Exils thematisiert
- 13 **Diller, Ansgar: Herbert Wehner und Radio Moskau**, in: Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte, Jg. 20 (1994), H. 1, S. 52 ff. – **Diller, Ansgar: Politik im Äther. Neue Dokumente zum Propagandafunk aus der Sowjetunion**, in: FAZ vom 9. 2. 1994, S. N 6
- 14 **Mühl-Benninghaus, Wolfgang und Ansgar Diller: Bericht über Archivrecherchen in Moskau – Oktober 1993 bis März 1994**. Ms.
- 15 Auswertung von Schrift- und Tondokumenten zur Anlage eines Dokumenten-/Quellenbandes; Vorbereitung einer Monographie/Fallstudie; Erarbeitung eines Artikels für das Handbuch „Rundfunk gegen das Dritte Reich“ (Neuaufgabe)
- 16 Ae; Archivalien
- G. Darstellungen zur Geschichte der Internationalen und zur Geschichte der Arbeiterbewegung mehrerer Länder**
- 0 **94-035**
- 2 **ARORA, A. K., Dr.**, Kalkutta, Indien; **AUBRY, Bruce**, Großbritannien; **JOHNSON, Lennart**, Schweden; **KOCH-BAUMGARTEN, Sigrid, Dr.**, c/o Freie Univ. Berlin, FB Politische Wissenschaft, Ihnestr. 21, D-14195 Berlin, Tel. 030/838-2346; **REINALDA, Bob, Dr.**, Univ. of Nijmegen, Dept. for Political Science, Postbus 9108, NL-6500 Nijmegen, Tel. 0031-80/613075; **VERMOTE, Michel**, c/o Archiv und Museum der Sozialistischen Arbeiterbewegung, Gent, Belgien
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 93, Abschluß: 95
- 6 Auftragsforschung; Edition
- 7 Internationale Transportarbeiterföderation (ITF), 133–135 Great Suffolk Street, GB-London SE1 1PD; Tel. 0044-71/403-2733
- 9 **Geschichte der Internationalen Transportarbeiterföderation 1896–1996**
- 10 1896–1996
- 11 Weltweit
- 12 Geplant sind fünf Bände mit den Themen: 1. Die Entstehungs- und Anfangsjahre der ITF, 1896–1916; 2. Die Ära Edo Fimmen, 1917–1945; 3. Die ITF in den außereuropäischen Regionen; 4. Die ITF-Politik gegen die Flags of Convenience; 5. Die ITF in modern times, 1945–1996
- 13 Veröffentlichung geplant
- 0 **94-036**
- 1 Freie Univ. Berlin, FB Politische Wissenschaft, Ihnestr. 21, D-14195 Berlin; Tel. 030/838-2346
- 2 **KOCH-BAUMGARTEN, Sigrid, Dr.**; c/o Freie Univ. Berlin
- 4 Laufend
- 5 Abschluß: 6/95
- 6 Habil.
- 9 **Konstitutionsbedingungen und Funktionsmechanismen gewerkschaftlichen Internationalismus am Beispiel der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF)**
- 10 1896–1990
- 11 Weltweit
- 16 Organisationsarchiv ITF im Modern Records Centre, Warwick; AdsD/FES, Bonn; ITF-Publikationen und -Presse
- 0 **94-037**
- 2 **HUBER, Peter, Dr.**; 9, rue de la Faucille, CH-1201 Genf
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 4/94, Abschluß: 3/96
- 6 Geförderte Forschung; Monographie; Aufsatz
- 8 Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, CH-3000 Bern
- 9 **Die Kominternzentrale in Moskau: Gliederung, Kaderauslese und politische Disziplinierung**
- 10 1919–1943
- 11 Moskau; weltweit
- 13 [S. a. Proj.-Nr. 91-095 (4/93)]
- 15 Auswertung von Archivalien
- 16 Komintern-Archiv („Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und zum Studium der Dokumente der neueren Geschichte“)
- 0 **94-038**
- 1 Univ. de Lausanne, Institut de Recherches Interdisciplinaires, BFSH 2, CH-1015 Lausanne
- 2 **STUDER, Brigitte, Dr.**; Les Lilas, CH-1607 Palézieux; Tel. 0041-21/9077420
- 4 Abgeschlossen
- 5 Abschluß: 2/94
- 6 Aufsatz mit Dokumentation
- 8 Bearb.
- 9 **Das Protokoll des Sekretariats des EKKI über die Reorganisierung des Apparats des EKKI, 2. Oktober 1935**
- 10 1919–1943, Schwerpunkt 1935
- 11 Sowjetunion, weltweit
- 12 Welche strukturellen und im weiteren Sinne politischen Änderungen brachte die bis dahin nur andeutungsweise bekannte Reorganisierung des EKKI-Apparats nach dem VII. Weltkongreß der Komintern?
- 13 Veröffentlichung in der IWK geplant
- 15 Einführung in die Fragestellung und den Forschungsstand; erste Erkenntnisse der konkreten Gestaltung der Umstrukturierung des EKKI-Apparats
- 16 Russisches Zentrum für die Aufbewahrung von Dokumenten der neuesten Geschichte, Moskau



**0 94-039**

- 1 Univ. Trier, FB 3, Geschichte, LS Prof. Dr. Düwell
- 2 KAISER, Claudia; Q 3, 5, D-68161 Mannheim; Tel. 06 21/2 63 76
- 3 Prof. Dr. Kurt Düwell
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 91, Abschluß: 7/95
- 6 Geförderte Forschung; Diss.
- 8 Bearb.; DHI London, 17, Bloomsbury Square, GB-London WC1A 2CP
- 9 **Die Arbeitslosenpolitik der deutschen und britischen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise, 1929–1937**
- 10 1929–1937
- 11 Deutschland, Großbritannien
- 12 Untersucht wird am Beispiel der gewerkschaftlichen Arbeitslosenpolitik, welchen Beitrag der Dachverband der britischen Gewerkschaften – TUC – zum Erhalt der politischen Stabilität unter dem Druck der Wirtschaftskrise leistete, bzw. ob der Dachverband der deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung – ADGB – vor dem Problem der Massenarbeitslosigkeit versagte und damit möglicherweise eine Mitverantwortung am Untergang der Weimarer Republik auf sich lud
- 14 **Kaiser, Claudia: Die Arbeitslosenpolitik der britischen Gewerkschaften als Beitrag zur politischen Stabilität, 1929–1937. Eine Untersuchung vor dem Hintergrund der gewerkschaftlichen Arbeitslosenpolitik in der Endphase der Weimarer Republik.** M. A., Univ. Freiburg 1990
- 15 Empirischer Vergleich; der Analyse des empirischen Materials wird das theoretische Modell des „Korporatismus“ idealtypisch zugrunde gelegt
- 16 Public Record Office, Kew; London School of Economics and Political Science; TUC-Archiv, London; Zeitschriften-A der British Library, London; Modern Records Centre, Coventry; BA Koblenz; BA Potsdam; Historische Kommission zu Berlin; AdsD/FES, Bonn; A der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

**0 94-040**

- 1 Archive und Bibliotheken der Arbeiterbewegung in Helsinki, Kopenhagen, Oslo und Stockholm, Umeå Univ. (Institut för historia), Göteborgs Univ. (Historiska institutionen), Stockholms Univ. (Tyska Institutionen), Roskilde Universitetscenter (Institut for sprog og kultur)
- 2 **LORENZ, Einhart, Dr., c/o Arbejderbevægelsens Arkiv og Bibliotek Oslo, Folkets Hus, Youngs gt. 11 C, N-0181 Oslo, Tel. 0047-2/203 17 58, Fax: 0047-2/203 17 63; MISGELD, Klaus, Dr., c/o Arbetarrörelsens arkiv och bibliotek Stockholm; MÜSENER, Helmut, Prof. Dr., c/o Stockholms Univ.; PETERSEN, Hans Uwe, c/o Arbejderbevægelsens bibliotek og arkiv København; LAHTINEN, Esa, Dr., Helsinki; LINDNER, Jörg, Dr., Umeå; LÖÖW, Hélène, Dr., Göteborg; MEYER, Frank, M. A.,**

Oslo; SCHOLZ, Michael, Dr., Greifswald; SCHULTE, Klaus, Roskilde; TEMPSCH, Rudolf, Göteborg

- 4 Laufend
- 5 Beginn: 1/94, Abschluß: 12/95
- 6 Geförderte Forschung; Eigenprojekte der Bearb.; Diss.
- 8 Nordiska samarbetsnämnden för humanistisk forskning (NOS-H) [Nordischer Forschungsrat]; für individuelle Projekte mit Bezug auf das Hauptprojekt: Riksbankens jubileumsfonden, Schweden; Socialvetenskapliga forskningsrådet, Schweden; Norges Forskningsråd, Norwegen; andere Institutionen
- 9 **Hitler-Flüchtlinge im Norden**
- 10 1933 bis in die Nachkriegszeit
- 11 Skandinavien, Finnland, Deutschland, Österreich, CSR
- 12 Ziel ist a) ein Vergleich der Spezifika des Exils in Nordeuropa (hoher Anteil anonym politischer Flüchtlinge), der Flüchtlingspolitik und der Hilfsbereitschaft in Nordeuropa, d. h. der Schritt von Länderstudien zu einer Studie über die Region Skandinavien und Finnland, und b) eine fächerübergreifende Studie unter Beteiligung von Historikern, Gesellschaftswissenschaftlern und Literaturwissenschaftlern.
- 13 Veröffentlichungen ab 1995 geplant
- 14 **Lorenz, Einhart: Deutsche Sozialisten im skandinavischen Exil. Das Beispiel der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.** Ms., 220 S. – Weitere Arbeitsberichte und Mss.
- 14 Verschiedene methodische Anlagen der einzelnen Beiträge
- 16 Ae der Arbeiterbewegung in Skandinavien und Finnland; ReichsAe in Skandinavien; SAPMO-BA, Berlin; BA Koblenz; IISG Amsterdam; IfZ München; AdsD/FES, Bonn; Zeitungen, Zeitschriften, Interviews, Autobiographien

**II. NACHTRÄGE****0 81-488**

- 1 Univ. Bonn, Philosophische Fak., Historisches Seminar, Abt. Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Konviktstr. 11, D-53113 Bonn
- 2 **SCHULZ, Günther, Prof. Dr.; Hauptstr. 60c, D-53619 Rheinbreitbach; Tel. 0224/743 98**
- 3 Prof. Dr. Hans Pohl
- 4 Abgeschlossen
- 5 Beginn: 81, Abschluß: 90/91
- 6 Habil.
- 9 **Wohnungspolitik, Bauwirtschaft und Wohnverhältnisse in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1956**
- 10 1945–1957
- 11 Westzonen, Bundesrepublik Deutschland

- 13 Schulz, Günther: **Wiederaufbau in Deutschland. Die Wohnungsbaupolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik von 1945 bis 1957** (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 20). Düsseldorf: Droste Verlag 1994. 405 S. [S. a. Proj.-Nr. 86-017 (4/93)]
- 14 Habil., Univ. Bonn 1990/91 (2/94)
- 0 **83-201**
- 1 Univ. München, Philosophische Fak. für Geschichts- und Kunstwissenschaften, FB Geschichtswissenschaft, Institut für Neuere Geschichte, Franz-Joseph-Str. 10/III, D-80801 München
- 2 HERRMANN, Karl Georg, M. A., Dr.
- 3 Prof. Dr. Klaus Tenfelde
- 4 Abgeschlossen
- 5 Beginn: 1/83, Abschluß: 85/86
- 6 Diss.
- 7 IG Bergbau und Energie, Postfach 101229, D-44712 Bochum
- 8 IG Bergbau und Energie
- 9 **Die internationale Bergarbeiterbewegung in der Zwischenkriegszeit**
- 10 1890–1939
- 11 Weltweit
- 13 **Herrmann, Karl Georg: Die Geschichte des internationalen Bergarbeiterverbandes 1890–1939** (= Quellen und Studien zur Sozialgeschichte, Bd. 12). Frankfurt a. M. und New York: Campus Verlag 1994. 510 S.
- 14 Diss., Univ. München 1986. – [S. a. Proj.-Nr. 83-201 (1/86)] (2/94)
- 0 **87-017**
- 1 Univ. Hannover, Arbeitsgruppe Regionalgeschichte, Tiestestr. 16, D-30171 Hannover; Tel. 0511/8078393
- 2 *OBENAU, Herbert, Prof. Dr.*; SCHMID, Hans-Dieter, Dr.; u. a.
- 4 Abgeschlossen
- 5 Beginn: 3/86, Abschluß: 9/88
- 6 Geförderte Forschung; Lokalstudie
- 8 Stiftung Volkswagenwerk
- 9 **Widerstand, Verweigerung und Verfolgung in Hannover und Umgebung in der Zeit des Nationalsozialismus**
- 10 1933–1945
- 11 Hannover und Leipzig
- 12 [S. a. Proj.-Nr. 93-097 (2/94)]
- 13 **Zwei Städte unter dem Hakenkreuz. Widerstand und Verweigerung in Hannover und Leipzig 1933–1945.** Hrsg. von Hans-Dieter Schmid (= Hannover Kulturinformation, Nr. 23). Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 1994. 262 S. (2/94)
- 0 **89-072**
- 1 Technische Univ. Berlin, Institut für Geschichtswissenschaft, LS Prof. Dr. Karin Hausen, Ernst-Reuter-Platz 7, D-10587 Berlin; Tel. 030/ 314-5844
- 2 WICKERT, Christl, Dr.; Kameruner Str. 2, D-13351 Berlin; Tel. 030/4512220
- 4 Abgeschlossen
- 5 Beginn: 12/90, Abschluß: 11/93
- 6 Geförderte Forschung
- 7 Stiftung Volkswagenwerk
- 8 Stiftung Volkswagenwerk
- 9 **Widerstand und Verfolgung von Frauen in der Zeit des Nationalsozialismus**
- 10 1933–1945
- 11 Gestapo(lei)stelle Düsseldorf
- 13 **Wickert, Christl: Frauen im Hintergrund – das Beispiel von Kommunistinnen und Bibelforscherinnen**, in: Das „andere Deutschland“ im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Beiträge zur politischen Überwindung der nationalsozialistischen Diktatur im Exil und im Dritten Reich. Hrsg. von Helga Grebing und Christl Wickert (= Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung; Schriftenreihe A: Darstellungen, Bd. 6). Essen: Klartext Verlag 1994, S. 200–225 [S. a. Proj.-Nr. 93-014 (2/94) und 94-010)] (2/94)
- 0 **90-135**
- 1 Univ. Düsseldorf, Historisches Institut, LS Diktatur der Geschichte, Universitätsstr. 1, D-40225 Düsseldorf; Tel. 0211/311-3919
- 2 BRÜGGEMANN, Günter, M. A.; Merowingerstr. 28, D-40223 Düsseldorf; Tel. 0211/349996
- 3 Prof. Dr. Hans Süßmuth
- 4 Abgeschlossen
- 5 Beginn: 8/91, Abschluß: 2/92
- 6 M. A.
- 8 Bearb.
- 9 **Arbeiterradiokultur in der Weimarer Republik**
- 10 1918–1933
- 11 Deutschland
- 12 Interesse und Maßstäbe in der SPD für eine Rundfunkpolitik; wie wurde Rundfunkpolitik intern und extern umgesetzt? Rundfunkpolitik betreibt die SPD erst ab 1927; sie wird zur Machtfrage; Ziel: der Rundfunk wird staatlich kontrolliert, parlamentarisch legitimiert
- 14 **Brüggemann, Günter: Die Rundfunkpolitik der SPD in der Weimarer Republik.** M. A., Univ. Düsseldorf 1992
- 15 Zusammenhangsdarstellung; Untersuchung innerparteilicher Strukturen und ihrer Durchlässigkeit
- 16 Ae; Archivalien; amtliche Statistik; Zeitungen; Sekundärliteratur (2/94)
- 0 **91-022**
- 1 Humboldt-Univ. zu Berlin, Institut für Geschichtswissenschaften, LS für Neueste Geschichte, Unter den Linden 6, D-10099 Berlin
- 2 DELL, Peter, M. A.; Flughafenstr. 22, D-12053 Berlin; Tel. 030/6238356
- 3 Prof. Dr. Heinrich August Winkler
- 4 Abgeschlossen
- 5 Beginn: 1/91, Abschluß: 3/94



- 6 Diss.  
8 Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn  
9 **Sozialdemokratie und Junkertum. Die sozialdemokratischen Positionen zum ostelbischen Landadel**  
10 1890–1920  
11 Preußen, Deutschland  
12 S. Proj.-Nr. 91-022 (1/91 und 1/92)  
13 Veröffentlichung geplant  
14 Diss., Humboldt-Univ. zu Berlin 1994 [S. a. Proj.-Nr. 91-022 (1/91 und 1/92)] (2/94)
- 0 **91-028**  
1 Univ. Bielefeld, Fak. für Pädagogik, Universitätsstraße, D-33615 Bielefeld  
2 RETZLAFF, Birgit; Bretonische Str. 136, D-33659 Bielefeld; Tel. 05 21/490 31  
3 Dr. Bodo Brücher  
4 Abgeschlossen  
5 Beginn: 12/89, Abschluß: 11/93  
6 Diss.  
8 Bearb.  
9 **Widerstand der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung im Dritten Reich**  
10 1933–1945  
11 Deutschland  
13 **Retzlaff, Birgit: Arbeiterjugend gegen Hitler. Der Widerstand ehemaliger Angehöriger der Sozialistischen Arbeiterjugendbewegung gegen das Dritte Reich sowohl in der eigenen Organisation als auch in und mit anderen Verbänden aus der Arbeiterbewegung sowie darüber hinaus.** Werter i. W.: Paegelit Verlag 1993. 281 S. (2/94)
- 0 **91-071**  
1 FernUniv. Hagen, LG Neuere Geschichte, AVZ II, Feithstr. 140, D-58084 Hagen  
2 SIMON, Dietmar, Dr.; Brockhauser Weg 42, D-58507 Lüdenscheid; Tel. 023 51/509 23  
3 Prof. Dr. Peter Brandt  
4 Abgeschlossen  
5 Beginn: 10/90, Abschluß: 12/93  
6 Diss.  
8 Bearb.; Graduiertenstipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn  
9 **Arbeiterbewegung in der Provinz. Soziale Konflikte und sozialistische Politik in Lüdenscheid im 19. und 20. Jahrhundert**  
10 1800–1960  
11 Lüdenscheid; Südwestfalen  
12 Es wird das gesamte Spektrum der Arbeiterbewegung über den Zeitraum der Vorindustrialisierung bis in die Gründungsphase der Bundesrepublik in einem eng umgrenzten Raum untersucht (Arbeitervereine, Sozialdemokratie, Gewerkschaften, Kommunismus, Genossenschaften, Arbeiterkulturbewegung, Arbeiterwiderstand)  
13 **Simon, Dietmar: Zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie. Die Lüdenscheider Zeitung „Reform“ (1887–1894), in: Der Märker, Jg. 41 (1992), S. 79–89. – Simon, Dietmar: Die Presse der Arbeiterbewegung im märkischen Sauerland. Von den Anfängen bis nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Der Märker, Jg. 42 (1993), S. 264–273**  
14 **Simon, Dietmar: Arbeiterbewegung in der Provinz. Soziale Konflikte und sozialistische Politik in Lüdenscheid im 19. und 20. Jahrhundert.** Diss., FernUniv. Hagen 1993  
15 Organisationssoziologische und sozialgeschichtliche Perspektive; Vernetzung verschiedener Entwicklungslinien zu einer geschlossenen lokalgeschichtlichen Darstellung  
16 Kommunale und überregionale Ae; Zeitungen (zeitgenössische Presse); Zeitzeugenbefragungen (2/94)
- 0 **91-095**  
1 Univ. Zürich, Historisches Seminar  
2 HUBER, Peter, Dr.; 9, rue de la Faucille, CH-1201 Genf  
4 Abgeschlossen  
5 Beginn: 3/91, Abschluß: 8/93  
6 Geförderte Forschung; Eigenprojekt des Bearb.; Monographie  
8 Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, CH-3000 Bern  
9 **Schweizer Kommunisten in Moskau zur Zeit des Großen Terrors**  
10 1929–1953  
11 Sowjetunion  
13 **Huber, Peter: Stalins Schatten in die Schweiz. Schweizer Kommunisten in Moskau: Verteidiger und Gefangene der Komintern.** Zürich: Chronos Verlag 1994. 629 S. [S. a. Proj.-Nr. 91-095 (4/93)] (2/94)
- 0 **92-087**  
2 MAYER, Herbert, Dr.; Wilhelm-Pieck-Str. 7a, D-10119 Berlin  
4 Laufend  
5 Beginn: 91, Abschluß: unbestimmt  
6 Eigenprojekt des Bearb.; Edition  
8 Bearb.  
9 **Am Gängelband der SED. Fremdbestimmung oder Eigenverantwortung der KPD**  
10 1946–1956  
11 Deutschland  
12 Dokumentenveröffentlichung; Einwirkung der SED auf die KPD; Auswirkungen auf Politik und Programmatik sowie auf Organisations- und Personalpolitik der KPD  
13 **Mayer, Herbert: Nur eine Wahlniederlage? Zum Verhältnis zwischen SED und KPD, in: Wilfriede Otto: Die „Waldheimer Prozesse“ 1950 / Herbert Mayer: Nur eine Wahlniederlage? (= Hefte zur ddr-Geschichte, H. 12). Berlin: [o. V.] 1993. – Mayer, Herbert: Die Bundestagswahlen 1949, die SED und die KPD, in: Zum deutschen Neuanfang 1945–1949. Tatsachen, Probleme, Ergebnisse, Irrwege. Die Arbeiterbewegung und die Entstehung der beiden deutschen Staaten. Bonn: [o. V.] 1993. – Mayer, Herbert: Zur Entwicklung der KPD 1948/49, in: Reader. Deutschland im Kalten Krieg. [O. O.: o. V.] 1992**

- 14 **Mayer, Herbert: Die KPD 1948/49: Die Auswirkungen der deutschen Spaltung auf das Verhältnis von KPD und SED.** Ms.
- 15 Auswertung von Archivalien und Interviews
- 16 Archivalien; Befragungen (2/94)
- 0 **93-014**
- 1 Univ. Bochum, Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung, Postfach 102148, D-44721 Bochum
- 2 GREBING, Helga, Prof. Dr.; WICKERT, Christl, Dr.; u. a.
- 4 Abgeschlossen
- 5 Beginn: 4/92, Abschluß: 3/93
- 6 Edition; Aufsatzsammlung
- 8 Univ. Bochum; andere Geldgeber
- 9 **Widerstand und Exil**
- 10 1933–1945
- 13 **Das „andere Deutschland“ im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Beiträge zur politischen Überwindung der nationalsozialistischen Diktatur im Exil und im Dritten Reich.** Hrsg. von Helga Grebing und Christl Wickert (= Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung; Schriftenreihe A: Darstellungen, Bd. 6). Essen: Klartext Verlag 1994. 226 S. [S. a. Proj.-Nr. 89-072 (2/94)] (2/94)
- 0 **93-074**
- 2 BENSER, Günter, Prof. Dr., Baikalstr. 15, D-10319 Berlin, Tel. 030/5 12 68 80; KRUSCH, Hans-Joachim, Prof. Dr., Else-Jahn-Str. 2, D-13088 Berlin, Tel. 030/9 66 33 34
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 1/91, Abschluß: 12/95
- 6 Eigenprojekt der Bearb.; Edition
- 7 Die Bearb. in Verbindung mit dem K. G. Saur Verlag, München, New Providence, London und Paris
- 8 Bearb.; K. G. Saur Verlag
- 9 **Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946**
- 10 1945–1946
- 11 Deutschland, alle vier Besatzungszonen
- 13 **Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland.** Hrsg. von Günther Benser und Hans-Joachim Krusch. Bd. 2: **Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD, Juli 1945 bis Februar 1946.** Bearb. von Günter Benser und Hans-Joachim Krusch. München, New Providence, London und Paris: K. G. Saur Verlag 1994. XII, 708 S. (2/94)
- 0 **93-097**
- 1 Univ. Hannover, Arbeitsgruppe für Regional- und Lokalgeschichte, Engelbosteler Damm 1, D-30167 Hannover
- 2 SCHMID, Hans-Dieter, Dr.; Wiesenweg 9, D-30916 Isernhagen K. B.; Tel. 051 39/8 71 98
- 4 Abgeschlossen
- 5 Beginn: 1/92, Abschluß: 6/93
- 6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz; Edition
- 9 **Der organisierte Widerstand der Sozialdemokraten in Leipzig**
- 10 1933–1945
- 11 Hannover und Leipzig
- 12 [S. a. Proj.-Nr. 87-017 (2/94)]
- 13 **Schmid, Hans-Dieter: Der organisierte Widerstand der Sozialdemokraten in Leipzig 1933 bis 1935,** in: *Zwei Städte unter dem Hakenkreuz. Widerstand und Verweigerung in Hannover und Leipzig.* Hrsg. von Hans-Dieter Schmid (= Hannover Kulturinformation, Nr. 23). Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 1994, S. 26–70 (2/94)
- 0 **94-003**
- 1 Washington Univ., Department of Political Science, St. Louis, MO 63130, USA
- 2 KAUTSKY, John H., Prof. Dr.; c/o Washington Univ.
- 4 Laufend
- 5 Beginn: 91, Abschluß: 94
- 6 Edition; Monographie
- 9 **Karl Kautsky**
- 10 1854–1938
- 13 **John H. Kautsky: Karl Kautsky. Marxism, Revolution, and Democracy.** New Brunswick/New Jersey und London: Transaction Publishers 1994. XIV, 256 S. (2/94)
- III. **Bisher nicht gemeldete, unpublizierte Arbeiten, die verfügbar sind**
- Entfällt



## Neue Literatur

MAIERBRUGGER, Arno: **„Fesseln brechen nicht von selbst“. Die Presse der Anarchisten 1890–1933 anhand ausgewählter Beispiele.** – Grafenau: Trotzdem Verlag 1991. 214 S.

Das vorliegende Buch entstand als Diplomarbeit am Institut für Publizistik der Universität Wien. Als Motto ist ihm Hölderlins frühe Hymne an die Freiheit vorangestellt. Daß diese Freiheit nicht Beliebigkeit bedeuten kann, sollte nicht zuletzt der Verleger beherzigen. Man kann nur hoffen, daß ihn eine aufmerksamere Lektüre des Manuskripts von der Drucklegung abgehalten hätte. Dem Leser jedenfalls wäre dadurch einiges erspart geblieben. Zunächst aber zu Anspruch und Inhalt der Arbeit. Maierbrugger will den Anarchismus unter kommunikationsgeschichtlicher Perspektive betrachten. Ausgehend von der eigenen Presse soll die Geschichte dieser sozialen Bewegung erhellt werden. Er gibt vor, eine Strukturanalyse dieser Presse durchzuführen, was in seinen Worten bedeutet, die Inhalte der behandelten Medien auf die Mediengeschichte zu reflektieren, gemeint ist wohl, inhaltliche Übereinstimmungen und Differenzen der einzelnen Zeitschriften zu untersuchen. Zudem sollen die ideologischen Positionen wichtiger Redakteure und Autoren herausgearbeitet und bestimmten Richtungen innerhalb des Anarchismus zugeordnet werden.

Maierbrugger beschränkt sich in seiner Untersuchung auf Johann Most und die „Freiheit“ (1879–1910), Gustav Landauer und den „Sozialist“ (1891–95, 1895–99, 1909–15), Erich Mühsam und „Kain“ (1911–14) bzw. „Fanal“ (1926–31; Maierbrugger gibt fälschlich 1932 an!), Ret Marut und den „Ziegelbrenner“ (1917–21). Leider wird diese Auswahl an keiner Stelle überzeugend begründet. Die genannten Zeitschriften als exemplarisch für die anarchistische Presse vor 1933 anzusehen, erscheint angesichts der ungleich vielfältigeren Presselandschaft in Großbritannien, Frankreich, Spanien oder Argentinien vermessen. Daß sie immerhin für den deutschsprachigen Raum exemplarisch seien, kann zumindest bezweifelt werden, handelt es sich doch durchweg um Blätter, die weitestgehend von *einer* – literarisch besonders begabten – Persönlichkeit getragen worden sind. Typische Bewegungsblätter wie die „Autonomie“ (1886–1893), „Neues Leben“ (1897–1903 mit Unterbrechungen), „Der freie Arbeiter“ (1904–14,

1919–33), der „Revolutionär“ (1905–10) oder syndikalistisch ausgerichtete Zeitschriften werden in einem allgemeinen „Profil“ der anarchistischen Presse in deutscher Sprache nur am Rande gestreift. Die Angaben in diesem Kapitel wurden im wesentlichen aus einem frühen Aufsatz des Zeitungswissenschaftlers Ernst Drahn sowie – für den individualistischen Anarchismus – aus der Arbeit des Marxisten Hans G. Helms über Stirner übernommen, manchmal allerdings ebenso unreflektiert wie fehlerhaft. Daß mit seinen auch sprachlich unerträglichen Ausführungen „eine Lücke pressehistorischer Forschung“ gefüllt worden sei, wie Maierbrugger kühn behauptet, muß entschieden bestritten werden.

Die Auswahl der genannten Zeitschriften dürfte neben mangelnden Sprachkenntnissen darin begründet sein, daß der späte „Sozialist“ (1909–15) „Kain“, „Fanal“ und der „Ziegelbrenner“ allesamt im Nachdruck erschienen sind, eine Tatsache, die Maierbruggers Aussage, die Quellen seien „schwer zugänglich“, oft nur „in wenigen Exemplaren erhalten“, als werbewirksamen Schwindel enthüllt. Auch Mosts „Freiheit“ und den frühen „Sozialist“ kann man in Amsterdam oder Berlin mühelos einsehen oder sich als Mikrofilm über die Fernleihe kommen lassen.

Was uns der Verfasser in seinen Einzeluntersuchungen bietet, soll hier anhand ausgewählter Unkorrektheiten in seinen Ausführungen über Landauers „Sozialist“ demonstriert werden. Man hätte ohne weiteres auch ein anderes Kapitel zugrunde legen können.<sup>1</sup> – So erschienen Übersetzungen Kropotkins aus Landauers Feder nicht 1892 (S. 111), sondern erst ab August 1895. Den Posten des Redakteurs übernahm Landauer nicht im Juli 1893 (ebda.), sondern bereits am 15. Februar. Der „Sozialist“ wurde nie von einem Redaktionskollektiv geleitet, wie Maierbrugger hartnäckig behauptet (S. 113 ff.). Den neuen Untertitel „Organ aller Revolutionäre“ erhielt die Zeitung nicht nach, sondern ein Jahr vor der Auflösung des „Vereins Unabhängiger Sozialisten“ in Berlin (S. 113). Landauer legte die Redaktion des „Sozialist“ nicht „etwa um 1897“ (S. 115), sondern – wie man unschwer hätte feststellen können – genau am 2. November 1897 nieder. Der „Neuen Gemeinschaft“ diente 1901 einzig und allein eine Mietwohnung in der im Berliner Westen gelegenen Uhlandstraße als Treffpunkt, so daß Landauer sich

nach seiner Beteiligung an dieser politisch-kulturellen Vereinigung nicht „wieder nach Berlin begehen“ brauchte (S. 118). Der „Sozialistische Bund“ bestand von 1908 bis zum Ersten Weltkrieg; nicht nur sprachlich unsinnig daher die Behauptung: „Der Aufschwung des ‚Sozialistischen Bundes‘ stieg und fiel mit der Berliner und Münchner Literaten- und Künstlerbewegung der frühen 20er Jahre und befand sich dabei in allerbesten Gesellschaft.“ (S. 119). Landauer hielt sich nicht erst seit 1891 (S. 123), sondern schon seit Oktober 1889 für zunächst zwei Semester in Berlin auf. Seinen Roman „Der Todesprediger“ schrieb er nicht 1893 (S. 123), sondern zwischen 1890 und 1892. Martin Buber war zu keinem Zeitpunkt ein „Friedrichshagen-Kommunarde“, wie Maierbrugger allen Ernstes behauptet (S. 132). Geradezu grotesk wird es, wenn der Autor die Herausgeber des „Sozialist“, bezogen auf den Zeitraum 1893–96, als Vertreter des Rätesozialismus bezeichnet (S. 127). Schlimmer noch als diese Unkorrektheiten ist jedoch, daß Maierbrugger bei seiner sogenannten Strukturanalyse permanent Schlagworte aneinanderreihet, die nur höchst selten inhaltlich gefüllt werden. Zu welcher widersprüchlichen, unsinnigen und oberflächlichen Etikettierungen er sich versteigt, mögen einige Sätze belegen, die sich ebenfalls auf Gustav Landauer beziehen: „Landauers Anarchismus lehnte also die herrschenden bürgerlichen Kulturkonventionen, wie den Zentralismus und den Parlamentarismus, sowie den Kommunismus ab und zielte auf eine libertäre Ordnung [...]“. Die kurze Stellung als ‚Volksbeauftragter für Volksaufklärung‘ kommentiert seinen Wirklichungsversuch der ‚Geist-Revolution‘ als kulturelle Überhöhung, einen Kult-Anarchismus der Vereinigung von Revolution und Dichter [...]. Im Raum zwischen der expressionistischen Literaturströmung jener Zeit und utopistischen Sozialismuskonzeptionen pendelnd, griff Landauer in seinen Artikeln manchmal auf jüdisch-apokalyptische Themen zurück und mitunter gar auf eine Bauern- und Proletarier-Blut-und-Boden-Romantik [...]. Sein Sozialismus ist auch kein revolutionärer, sondern ein reformistischer, indem er den Widerstand der Realität zu überwinden sucht und diese statt dessen mit Einsicht und gutem Willen überwindet [...]. Im dritten Sozialist zeigte sich, was als Surrogat aus Irrationalismus, Kulturpessimismus, Antikapitalismus und -parlamentarismus und der Übernahme anarchistischer Theorien in publizistischer Hinsicht definiert werden kann: ein auf hohem geistigen Niveau schwebender Verkündungs-Mythos [...]. Klar ist, daß [Landauer] in der

Positionsbestimmung seines Anarchismus als Abgrenzung zur Sozialdemokratie, zum Marxismus und zur Propaganda der Tat einen Standpunkt gewonnen hatte: den gewaltfreien, antimilitaristischen, optimistischen, ökonomischen und friedlich-aktionistischen Anarchismus, der theoretisch eben stark von Proudhon, in Belangen der gegenseitigen Unterstützung aber mehr von Kropotkin geprägt war [...]. Der undogmatische und antimarxistische Sozialismus, den Landauer von Zeit zu Zeit mit religiös-apokalyptischen Paradiesvorstellungen verbrämt, ist ein Destillat aus genetischen Ursprüngen (Kropotkin) und idealistischen (Proudhon). In jedem Fall ist er föderalistisch, reformatorisch nach Proudhon und nicht revolutionär-insurgent [...]. Im Verhältnis zu Eigentum ist die Landauersche Utopie pendelnd zwischen indoministisch, d. h. sie verneint das Eigentum für die Zukunft (Proudhon), bzw. kommunistisch, bejaht also das Eigentum lediglich für die Gesamtheit (Kropotkin). Die Eigentumsfrage steht bei Landauer auf der Basis eines ‚natürlichen Egoismus‘: Wer arbeitet, soll für sich arbeiten, die Gefahr der Bereicherung soll durch ein ‚gewisses Verhältnis‘ zwischen der Arbeit des Einzelnen und dem Genuß des Einzelnen hergestellt werden.“ (S. 125 ff.).

In dieser Art geht es Seite um Seite. Die Mischung aus Unkenntnis, was die Personen- und Theoriegeschichte des Anarchismus anbelangt, und pseudowissenschaftlichen Phrasen macht die Lektüre dieses Buches zu einer Qual. Oder, in der Sprache seines Autors: Die eingesetzten Stimuli gehen an der Prädisposition des Rezipienten vorbei und lassen den Kommunikator alleine zurück. Eine Diplomarbeit ist eine Diplomarbeit ist eine Diplomarbeit. Niemand verlangt, daß sie das Licht der Öffentlichkeit erblickt.

*1 Zum individualistischen Anarchismus vgl. die Kritik von Jochen Knoblauch und Jochen Schmück in: Schwarzer Faden, Jg. 13 (1992), Nr. 43, S. 70–73.*

*Christoph Knüppel*



SPODE, Hasso, Heinrich VOLKMANN, Günther MORSCH und Rainer HUDEMANN: **Statistik der Arbeitskämpfe in Deutschland: Deutsches Reich 1936/37. Westzonen und Berlin 1945–1948. Bundesrepublik Deutschland 1949–1980** (= Quellen und Forschungen zur Historischen Statistik von Deutschland, Bd. 15). – St. Katharinen: Scripta Mercaturae Verlag 1992. VIII, 558 S.

Einzelne große Arbeitskämpfe haben in der historischen Forschung immer wieder großes Interesse gefunden. Die Gesamtheit der Streiks in den verschiedenen historischen Phasen, ihre Verteilung nach Branchen, nach Betriebsgrößen, nach Zahl der Beteiligten und der Ausfalltage sowie schließlich nach der Dauer der Arbeitsniederlegungen ist dagegen bisher noch kaum systematisch erforscht. Mit dem vorliegenden Band wird diese Lücke der historischen Streikstatistik für die Jahre 1936/37 (Deutsches Reich) und 1945–1980 (Westzonen sowie Bundesrepublik Deutschland) geschlossen. Allen drei Beiträgen ist gemeinsam, daß einem umfangreichen Tabellenteil Ausführungen zum Streikrecht etc. und nicht zuletzt eine sorgsame methodische Einführung vorangestellt sind, die es dem Leser erlauben, Erhebungsverfahren wie Quellen- und methodische Probleme genau nachzuvollziehen.

Im Dritten Reich hat es im Unterschied zum italienischen Faschismus niemals ein rechtlich kodifiziertes Streikverbot gegeben. Das, so führt Günther Morsch im ersten Beitrag aus, „lag weniger im polykratischen Charakter des NS-Staates begründet, sondern war fast mehr noch die Frucht pragmatischer Vorüberlegungen zur inneren Sicherheit“, eines (wie Morsch es nennt): „Konzepts der ‚kalkulierten Improvisation‘“ (S. 3). So wie dem NS-Regime generell die Tendenz innewohnte, sich nicht durch formalisierte, rechtliche Normen in seiner Bewegungsfreiheit beschränken zu lassen, war auch die Regelung des Arbeitsverhältnisses im „Dritten Reich“ „bewußt der begrenzten Willkür des ‚Betriebsführers‘ und der prinzipiell unbegrenzten Willkür des Maßnahmestaates anheimgestellt“. Für die verschiedenen Institutionen und Organisationen des NS-Regimes war dies von Vorteil, weil sie „die für erforderlich gehaltenen Maßnahmen höchst flexibel handhaben konnten“ (S. 5) und umgekehrt die Arbeiter jeglichen rechtlichen Schutzes entbehren, von vornherein – so sie nicht überhaupt grundsätzlich eingeschüchtert und apathisiert waren – also äußerst vorsichtig bei Arbeitskonflikten agieren mußten. Infolgedessen kam es während der NS-Zeit nur selten zum Ausbruch

offener Streiks. Dennoch hat es sie gegeben. Aufgeschreckt wurden NS-Regime und Organisationen wie die DAF, als Ende Juni 1936 bei Opel-Rüsselsheim knapp dreihundert Arbeiter für kurze Zeit in den Streik traten. Der Verdacht, diese Arbeitsniederlegung sei durch kommunistisch-marxistische Hintermänner inszeniert worden, führte dazu, daß sich Reichsarbeitsministerium, DAF und Gestapo zwecks Streikbekämpfung koordinierten und für etwa ein Jahr systematisch alle Arbeitsniederlegungen im Deutschen Reich zu erfassen suchten. Diesem Bemühen, das erlahmte, als sich herausstellte, daß hinter den Streiks keine „Drahtzieher“ der illegalisierten Linken standen, verdanken wir die von Morsch zusammengestellte Dokumentation der Streiks 1936/37 (S. 27–79). Die auf Basis dieser Dokumentation erstellten Tabellen (S. 80–88) zeigen u. a., daß nicht die Arbeiterschaft in den Kernbereichen der deutschen Industrie, sondern in erster Linie „die zu den Bauarbeitern der Gemeinden, der Reichsautobahn und der Wehrmacht verpflichteten Arbeiter dem Regime erheblichen Ärger“ bereiteten, bei Arbeitsniederlegungen Lohnkonflikte und sonstige „soziale Mißstände“ (und nicht politische Aspekte) im Vordergrund standen; zudem besaßen die Streiks einen „vorwiegend defensiven Charakter“. Die Zahl der Beteiligten war im allgemeinen „außerordentlich gering“, die Dauer der Streiks kurz – was nach der Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung und angesichts des meist schnellen Eingreifens der terroristischen Verfolgungsinstanzen des NS-Regimes nicht verwunderlich ist. (Eine ausführliche Interpretation der Tabellen nimmt Morsch nicht im vorliegenden Band, sondern in seiner Dissertation vor: Günther Morsch, „Straße und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37“, Frankfurt a. M. 1993, S. 250–262, 411–460; Zitate: S. 253, S. 256 und S. 432.

Besser zwar als für die NS-Zeit, aber immer noch schlecht genug war die statistische Erfassung des Streiks im besetzten Deutschland 1945–1948. Die im zweiten Teil des vorliegenden Bandes von Heinrich Volkmann, Rainer Hudemann und Dietmar Hüser erstellten Streikstatistiken beziehen sich nur auf die Westzonen, da die Verfasser die Akten der sowjetischen Besatzungszone (noch zu Zeiten der UdSSR und DDR) nicht einsehen konnten. Auch das Saargebiet mußte ausgeklammert werden. Erfaßt sind dagegen alle vier Sektoren Berlins. Wenn in den deutschen und alliierten Akten sowie den zeitgenössischen Publikationen „systematische Informationen über Arbeitskämpfe bis 1948 nur

dürftig und zufällig waren“, dann lag dies einmal an der für die frühe Nachkriegszeit charakteristischen ungeordneten Aktenführung und -haltung sowie daran, daß namentlich die deutsche Arbeitsverwaltung „ihrer Berichtspflicht unvollständig, verspätet oder gar nicht nachkam“. Zum anderen erfaßten die zuständigen deutschen und alliierten Stellen die Streiks nicht nach einem einheitlichen kategorialen Schema, u. a. auch deshalb, weil die insbesondere im Frühsommer 1947 ausbrechenden Kurzstreiks und Ernährungsproteste nicht der Vorstellung „klassischer“ Arbeitskämpfe entsprachen (S. 93, S. 97, S. 99). Infolgedessen und weil je nach Region die Erfassungsdichte höchst unterschiedlich war, ließ sich eine „vollständige oder auch nur repräsentative Arbeitskampfstatistik für die Westzonen nicht gewinnen“ (S. 103). Unter diesem Vorbehalt geben die Dokumentation der Einzelstreiks (S. 133–285) und die zusammenfassenden Tabellen ein eindrucksvolles Bild der Dimensionen und Strukturen der Streikbewegungen 1945–1948. Mit Blick auf die von Hasso Spode dokumentierten und statistisch aufbereiteten Arbeitskämpfe der Jahre 1949 bis 1980 fragt man sich zunächst: Wozu der ganze Aufwand? Spode skizziert denn auch ausführlicher die Defizite der amtlichen Streikstatistik der Bundesrepublik. Auch nach 1949 bestanden erstens kategoriale Unsicherheiten weiter bzw. wurde das den Erhebungen zugrundeliegende Schema nicht in ausreichendem Maße vereinheitlicht. Zweitens waren die Arbeitsämter „auf den good-will des Arbeitgebers angewiesen“. Zwar war für unkorrekte und unterbliebene Streikanzeigen eine Ordnungsstrafe in Höhe von bis zu 1000 DM vorgesehen; faktisch jedoch blieben „nicht formgerechte oder teilweise fehlerhafte Angaben folgenlos“. Darüber hinaus waren drittens die Statistischen Landesämter, die die Meldungen der Arbeitsämter zusammenfaßten, „angehalten, in ihrer Aufstellung sogenannte ‚Bagatellfälle‘ nicht aufzunehmen“. Die Folge: „Je mehr Arbeitskämpfe in Branchen mit geringer Betriebsgröße stattfanden, desto unwahrscheinlicher deren vollständige Erfassung; je kürzer und häufiger die Arbeitskämpfe, desto geringer die Erfassungschance.“ (S. 305 f., S. 308). Bemerkenswert ist, daß ergänzende Arbeitskampfdaten der Tarifparteien spärlich und unvollständig waren, auch die der im übrigen wenig auskunftsfreudigen Gewerkschaften. Um die Defizite der amtlichen Statistik auszugleichen, mußte Spode deshalb auf das aufwendige Verfahren einer systematischen Auswertung derjenigen sozialistischen, kommunistischen und gewerkschaftlichen Zeitungen und Zeitschriften, die

auch kleineren Streiks ihre Aufmerksamkeit widmeten, zurückgreifen. Auf diese Weise ist für die Bundesrepublik eine Streik- und Aussperrungsstatistik entstanden, die präziser und umfassender als die bisher bekannten Daten Auskunft gibt über die Zahl der Streiks und Aussperrungen, die Zahl der davon betroffenen Betriebe, die Beteiligten und die Ausfalltage – Merkmale, die Spode für die einzelnen Jahre nach Bundesländern und Wirtschaftsbereichen in Tabellen übersichtlich zusammengefaßt hat.

Alle drei Beiträge liefern für den Zeitraum 1936 bis 1980 Streikstatistiken, die hinsichtlich ihrer Recherchedichte, internen Differenzierung und methodischen Zuverlässigkeit wohl nicht mehr zu übertreffen sind (für die SBZ und DDR allerdings zu ergänzen wären). Der vorliegende Band der „Historischen Statistik von Deutschland“ wird sich deshalb dauerhaft als unverzichtbares Datenhandbuch und Nachschlagewerk nicht nur für Wirtschafts- und Sozialhistoriker etablieren.

Rüdiger Hachtmann

**Istoriceskij Archiv [Das historische Archiv], (Moskau).** Hrsg. vom Staatlichen Archivdienst der Russischen Föderation und Verlag „LIT“. – Moskau: [o. V.] (Bezugsadresse: 103821 Moskau, ul. Puškinskaja, 15, Rußland. Tel.: 007095/2924488, Fax: 007095/2004205) 1992 ff.

Die fortschreitende Öffnung der ehemals sowjetischen Archive konfrontiert die historische Forschung mit einem neuen, bisher kaum überschaubaren Quellenbestand. Einen Teil dieser häufig brisanten Dokumente sowohl der Forschung als auch einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen ist das Ziel der neuen Moskauer Zeitschrift „Istoriceskij Archiv“, deren erste zwei Nummern (1/1992 und 1/1993) dem Rezensenten vorliegen.

Mit dem Titel der Zeitschrift knüpft der Herausgeber, der Staatliche Archivdienst Rußlands unter R. G. Pichoja, an die 1955 zu Zeiten des ersten Tauwetters entstandene gleichnamige Zeitschrift an, die bereits 1962 auf Befehl des ZK der KPdSU eingestellt wurde. Die in der Perestroika-Phase seit 1989 erschienenen „Nachrichten des ZK der KPdSU“ („Izvestija CK KPSS“), in denen vor allem unbekannte Parteiodokumente publiziert wurden, erlitten nach dem „Augustputsch“ 1991 unter veränderten Vorzeichen ein ähnliches Schicksal.



Mit „Istoričeskij Archiv“ liegt nun wieder eine wissenschaftlich fundierte Zeitschrift zur Veröffentlichung von Archivdokumenten vor, die sich jedoch nicht auf die Zeitgeschichte beschränkt. Ihre erste Nummer umfaßt beispielsweise den Zeitraum vom 16. Jahrhundert bis zu den letzten Tagen der Sowjetunion. An dieser Stelle sei jedoch nur auf die Dokumente eingegangen, die dem Themenkreis der internationalen Arbeiterbewegung bzw. dem internationalen Kommunismus zuzuordnen sind. Dazu gehört das Thema der „Säuberungen“ unter deutschen Politémigranten in der Sowjetunion der Jahre 1937–1938. Ein Brief vom April 1938, den der Mitarbeiter der deutschen Sektion beim Exekutivkomitee der Komintern, Paul Jakel (Parteiiname: Jacques Ditrich), an das ZK der KPD sandte, spiegelt die Atmosphäre dieser Jahre, in der die Jagd auf aus- und inländische „Spione“ ihren Höhepunkt fand, anschaulich wider. Bereits 70 % der Hunderte von KPD-Mitgliedern, die wenige Jahre zuvor vor Hitler in die Sowjetunion geflohen waren, waren, so der Briefautor, innerhalb der letzten Monate verhaftet worden. „Wenn die Verhaftungen in diesem Maße weitergehen [...], so bleibt kein einziges deutsches Parteimitglied übrig.“ Deutsche Genossen, so heißt es weiter im Dokument, trafen sich in diesen Tagen mit dem Gruß: „Du lebst noch?“ (1992/1, S. 117–123). Ein korrespondierendes Dokument ist das Schreiben des Generalsekretärs und des Sekretärs des EKKI, G. Dimitrov und D. Manuilskij, vom 10. Oktober 1937 an das ZK der russischen Partei. Sie bitten eindringlich, den Apparat der Komintern mit neuen Mitarbeitern zu versehen, da durch die Verhaftungen der „Spione“ einzelne Abteilungen, insbesondere der für illegale Auslandskontakte zuständige Verbindungsdienst der Komintern (russ. OMS), vollständig aufgelöst werden mußten (1993/1, S. 220–221).

Gute acht Jahre zuvor war Leo Trotzki aus der UdSSR ausgewiesen worden: Seinen Aufenthalt in Konstantinopel und in der Türkei im Jahre 1929 beleuchten einige neue Dokumente (1992/1, S. 31–38; 1993/1, S. 217–219). Im Gegensatz zu Trotzki sollte wohl niemand in der Sowjetunion öfter und umfassender herausgegeben worden sein als Lenin. Weit gefehlt: Der im Dezember 1990 verfaßte Brief des Direktors des ehemaligen Instituts für Marxismus-Leninismus, G. Smirnov, an den stellvertretenden Generalsekretär der KPdSU lehrt uns das Gegenteil. Allein im Zentralen Parteiarchiv waren bis Ende 1990 3724 Dokumente Lenins unveröffentlicht geblieben. Einige Kostproben: „Im geheimen Terror vorbereiten: unbedingt

und sofort“, „Lettland und Estland militärisch bestrafen [...] die Grenze überschreiten [...] und dort werden wir 100–1000 Bürokraten und Reiche aufhängen“, „Kulaken, Popen, Gutsbesitzer aufhängen. Prämie: 100000 Rubel für jeden Aufgehängten“. Verständlich, daß der Direktor des Parteiinstituts es für „unzweckmäßig“ hielt, solche Dokumente zu veröffentlichen (1992/1, S. 216–217). Es bleibt zu hoffen, daß die etwa 220 Seiten starke, hochinteressante Zeitschrift trotz der ökonomischen Krise in Rußland ein längeres Leben vor sich hat als ihre Vorgänger.

Markus Wehner

**„Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation.** Mit einem Geleitwort von Wolfgang LEONHARD. Hrsg. und eingeleitet von Gerhard KEIDERLING (= Politische Dokumente, Bd. 13). – Berlin: Berlin-Verlag Arno Spitz 1993. 766 S.

Die 170 Dokumente über die Tätigkeit der „Gruppe Ulbricht“ sind in fünf thematischen Teilen angeordnet: Vorbereitungsphase, die „Gruppe Ulbricht“ in Berlin vom Anfang Mai bis zur Wiedergründung der KPD am 11. Juni 1945, Berichte über die „Gruppe Ulbricht“ bis zur Bildung der SED im April 1946 sowie Erinnerungsberichte von Mitgliedern der Gruppe. Neues wird insbesondere über die organisatorischen und personellen Aspekte der Vorbereitungsphase 1944/45 mitgeteilt, informativ ist ebenfalls die unter „Quellenlage und Forschungsstand“ zusammengefaßte Rezeptionsgeschichte.

Die Tatsache, daß in Moskauer Archiven viele laufende Meter Akten zur unmittelbaren Thematik der Dokumentation vorliegen (aber noch nicht allgemein zugänglich sind), dürfte der Dokumentation einen gewissen „Übergangscharakter“ verleihen. Die vorsorgliche Feststellung des Herausgebers, daß diese russischen Quellen als „supplementär“ zu betrachten wären, war sicherlich vorschnell und ist nur vor dem Hintergrund der traditionellen Kommentierung der Dokumente zu verstehen, die die „Gruppe Ulbricht“ auf der Spannungsskala zwischen einem „besonderen deutschen“ und dem allgemeinen Moskauer Sozialismus-Weg plazierte. Ohne Zweifel ist es verdienstvoll, die Dokumente einer breiten Fachöffentlichkeit zugänglich zu machen; der Blickwinkel, unter dem sie historisch eingeordnet werden, ist jedoch

zu eng. Da an der linearen Anleitung der Kommunistischen Parteien nach der sogenannten Auflösung der Komintern 1943 kein Zweifel mehr erlaubt ist, wäre insbesondere die Kooperation zwischen der Roten Armee und den kommunistischen Gruppen stärker zu akzentuieren und die Instrumentalisierung umgeschulter deutscher Kriegsgefangener durch die KPD zu thematisieren gewesen, da sie den Konflikten zwischen den Moskau-Remigranten und den „Inlandskommunisten“ eine völlig neue Dimension gaben. Immerhin waren bei Kriegsende etwa zweieinhalbtausend Deutsche „Beamte“ des sowjetischen Politapparates; die etwa 18000 in der DDR lebenden umgeschulten Kriegsgefangenen stellten 1951 eine homogene Gruppe im hauptamtlichen Parteiapparat der SED dar. Der symbolische Fetisch „Ulbricht“ verdeckt viele Details, über deren Bedeutung noch Unschlüssigkeit herrscht. So sprechen ehemalige sowjetische Politoffiziere statt von drei von insgesamt sechs sogenannten „Initiativgruppen von Beauftragten des ZK der KPD“; kommunistische Fallschirmspringer kamen auch in Berlin bereits vor der „Gruppe Ulbricht“ zum Einsatz, und es handelte sich ebenfalls um keine sowjetische Besonderheit, denn auch die Westalliierten führten 1945 ähnliche Maßnahmen durch. In der Preiskalkulation des Verlages scheint berücksichtigt worden zu sein, daß der Dokumentenband manche Archivreise überflüssig machen dürfte. Billig erscheint es deshalb, an ein Mehr an technischer Sorgfalt insbesondere beim Faksimiledruck zu erinnern, zumal dann, wenn Textpassagen der Drucktechnik zum Opfer fallen.

*Jan Foitzik*

**KESSLER, Mario: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert.** – Mainz: Decaton Verlag 1993. 156 S.

Keßlers Buch ist eine Zusammenstellung von Aufsätzen, Vorträgen und Rezensionen, in denen der Autor „wichtige Aspekte des Verhältnisses von Arbeiterbewegung und jüdischer Frage im 20. Jahrhundert“ untersucht. Diese Arbeiten entstanden überwiegend in den Jahren 1988 bis 1992 und spiegeln teilweise in ihren aktuellen Bezügen auch die Hoffnungen und Veränderungen dieser Jahre wider. Die schon veröffentlichten Texte erscheinen als Nachdruck, weitgehend unverändert. Auch wenn sich Keßler im Vorwort gegen den Einwand,

Dinge mehr als einmal gesagt zu haben, abzusichern versucht, so hätte redaktionelle Bearbeitung doch verhindern können, daß ganze Absätze fast wörtlich wiederkehren (z. B. S. 59 f. und S. 95 f.).

Die Reihenfolge der Begriffe im Titel führt etwas in die Irre: Keßlers Hauptthema ist nicht die Auseinandersetzung der Arbeiterbewegung mit dem Antisemitismus, sondern vielmehr ihre Haltung zum politischen Zionismus. Größere Aufsätze beleuchten z. B. allgemein das Verhältnis von Zionismus und Sozialismus um die Jahrhundertwende, untersuchen dann detaillierter die konkrete Situation in Deutschland von 1897 bis 1933 und beschreiben weiter die Beziehungen der Zweiten Internationalen nach 1907 zu den sozialistischen zionistischen Parteien sowie die Haltung der Komintern zur jüdischen Frage.

Keßler beschäftigt sich ferner intensiver mit der Geschichte der Kommunistischen Partei Palästinas sowie mit der Rolle von Juden und jüdischen Organisationen im zaristischen Rußland und in der Sowjetunion, wobei ein besonderer Aufsatz dem stalinistischen Terror gegen jüdische Kommunisten gewidmet ist. Ausgangspunkt dieses letzten Teils ist die Frage „nach der Verwirklichung des ursprünglichen Anliegens der sozialistischen Bewegung, die jüdische Frage rational zu lösen – durch den Kampf um völlige Gleichberechtigung aller arbeitenden Menschen“ (S. 7).

Die Aufsätze, die diese drei Hauptthemen behandeln, sind auch die am stärksten durch eigene Forschungsleistung geprägten Teile des Buches, während die Abschnitte über das Verhältnis von Sozialismus und Antisemitismus eher Zusammenfassungen des Forschungsstandes sind.

Für Keßler ist die Behandlung der jüdischen Frage typisch für Aufstieg und Niedergang der internationalen Arbeiterbewegung. Entschieden geführter Kampf gegen den Antisemitismus und Integration jüdischer Revolutionäre in die Arbeiterparteien hätten schließlich hinter Chauvinismus, Judenfeindschaft und die Reaktivierung eingefleischter Vorurteile zurücktreten müssen: „Wohl nirgendwo lag die Unfähigkeit des pseudokommunistischen Sowjetsystems, dringende Fragen der Menschheit in humaner Weise zu lösen, so scharf zutage, wie bei der Behandlung der jüdischen Bevölkerung der UdSSR.“ (S. 8).

An dieser Stelle, wie auch bei anderen Formulierungen, im Vorwort drängen sich Fragen auf, so wenn Keßler schreibt, daß die „jüdische Frage [...] in der sozialistischen Bewegung von Anfang an [...] eine wichtige Rolle gespielt“ habe. Auf Seite 60 und



Seite 95 erfährt man dann aber, daß die Führung der KPD vor 1933 nur ein einziges Mal direkt Stellung zum Zionismus bezog. – Hier scheint mir, bei aller sonstigen Zustimmung zu Keßlers Ergebnissen, eine viel stärkere zeitliche und regionale Differenzierung nötig zu sein. Vor dem Ersten Weltkrieg gab es für die westeuropäischen sozialistischen Parteien keine isolierte „jüdische Frage“. Die Diskussion darüber begann erst mit dem Auftreten eines modernen, postemanzipatorischen Antisemitismus als populistischer Massenbewegung, nachdem bis dahin Judentum und Kapitalismus weitgehend identifiziert worden waren. Als gegen Ende der neunziger Jahre Osteuropa in das Blickfeld westlicher Sozialisten rückte, wurde allerdings die Aufmerksamkeit viel mehr der wachsenden jüdischen Arbeiterbewegung und der Instrumentalisierung des Antisemitismus durch die zaristische Reaktion gewidmet als dem Zionismus, der doch immer ein exotisches Randthema blieb. Wie die Debatten über den Antisemitismus als Bestandteil der Bruchstück gebliebenen und problembeladenen Diskussion über Rolle und Zukunft des Mittelstandes gesehen werden müssen, so hätte auch die Diskussion über den Zionismus viel stärker eingebunden werden müssen in die Kontroversen über Nationalismus und Minderheiten Osteuropas innerhalb der Zweiten Internationalen. In den zwanziger Jahren war das Thema Antisemitismus immer der allgemeinen Auseinandersetzung mit dem Faschismus untergeordnet und spielte dabei nur noch eine Nebenrolle. Völlig zu Recht konstatiert Keßler hierbei die totale Unterschätzung der Brutalität des faschistischen Antisemitismus durch Sozialdemokraten und Kommunisten. Dies war nun allerdings keine Besonderheit der sozialistischen Arbeiterbewegung, es waren überall nur Außenseiter klarsichtig genug. Aber gerade deshalb hätte ich mir an dieser Stelle den weiterführenden Versuch einer Analyse und nicht nur die Feststellung von Tatsachen gewünscht.

*Wolfgang Kaiser*

CARSTEN, Francis L.: **August Bebel und die Organisation der Massen.** – Berlin: Siedler Verlag 1991. 291 S.

Francis Ludwig Carsten, der heute 82jährige englische Historiker, in der Emigration einst Weggefährte von Richard Löwenthal, versucht mit dieser Biographie, August Bebel eine Würdigung

angedeihen zu lassen, „die ihm gerecht wird, die ihn sieht, wie er wirklich war und wie er zum Gegenspieler Bismarcks wurde.“ (S. 7). Dies gelingt Carsten in keinem Moment. Dieses Werk ist weder eine umfassende Biographie über den bedeutendsten sozialdemokratischen Arbeiterführer vor dem Ersten Weltkrieg noch eine eingehende Organisationsgeschichte der SPD. „Die Mobilisierung der Massen zu einer gut funktionierenden, streng disziplinierten Organisation war nicht zuletzt das Werk Bebels.“ (S. 12) Dem ist zuzustimmen, allerdings wird dies bei Carsten nicht deutlich. Carsten erklärt Bebel zu einem Denkmal, und vor lauter Ehrfurcht erstarrt er selbst und zeigt sich außerstande, die Person August Bebel kritisch zu betrachten.

Es überwiegt ausschließlich das Stilmittel der Narration, und es besteht generell nie die Absicht, etwas zu erklären oder gar zu analysieren. Sachverhalte werden aneinandergereiht und Meinungsäußerungen wiedergegeben, ohne Vorgeschichte, ohne gedankliche Verknüpfung und Durchdringung, ohne Lebensnähe. Was der Autor liefert, sind Stoffsammlungen, endlose Zitate und ein chronologisches Chaos, das den Leser stellenweise wie eine Zeitreise durch sozialdemokratische Parteitage und Versammlungen anmuten muß.

Diese Biographie nimmt für sich in Anspruch, Bebel, seine Mitstreiter und Gegner im Rahmen ihrer Epoche zu sehen und zu erfahren, nicht zuletzt lebendig zu machen. Im Leben Bebels verdichten sich beispielhaft die Kämpfe, Niederlagen und Siege der deutschen Sozialdemokratie ebenso wie ihre Wandlung und das Festhalten an Überzeugungen. Um dies alles lebendig werden zu lassen, hätten z. B. Bebels Herkunft, die Erfahrungen auf der Wanderschaft, sein Familienleben eingehender ergründet und dargestellt werden müssen. Woher dieser Mann die Kraft für seine unzähligen Parteiaktivitäten nahm, was ihm Sicherheit und Kraft gab, wie er sich selbst sah und welche Rolle seine Frau und die gesamte Familie spielten – darüber sagt Carsten zu wenig aus. Er unterläßt es, die Kräfte zu spezifizieren, die Bebel antrieben und Schwerpunkte in Bebels Leben und Schaffen zu setzen. Bestimmte Sachverhalte, die wesentlich das Politikverständnis Bebels hätten verdeutlichen können, wie z. B. sein Buch „Die Frau und der Sozialismus“ oder seine Utopie der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft, werden nicht zusammenhängend dargestellt, sondern finden sich über den ganzen Text verstreut. Es werden Sachverhalte, Konflikte u. a. in der Reichstagsfraktion oder im Parteivorstand geschildert, häufig, ohne Bebels

Position zu erläutern. Dabei bricht dann die Schilderung oft plötzlich ab. Ständig wird von einem Thema zum anderen gesprungen, und es fällt auch dem geduldigsten Leser schwer, der Darstellung zu folgen und alles in den richtigen Kontext zu bringen.

Die Entwicklung, die in Eisenach zum Zusammenschluß der beiden rivalisierenden Arbeiterparteien führte, und die Behinderungen durch das „Sozialistengesetz“ hätten wesentlich straffer und gebündelter behandelt werden können, als es schließlich in der hier vorliegenden, langatmigen Form geschieht. Daß auch nach der Aufhebung des „Sozialistengesetzes“ die sozialdemokratische Parteiarbeit und Wahlagitation behindert und gerade auch auf dem Land z. T. gewaltsam unmöglich gemacht wurde, wird von Carsten eindringlich geschildert. Aber auch hier werden wiederum nur die einzelnen Sachverhalte und Begebenheiten aufgezählt. Eine tiefergehende gesellschaftliche und politische Analyse unterbleibt. Genauso enttäuschend ist die Darstellung des Revisionismusstreits und der Massenstreikdebatte, die beide im Zentrum des sozialdemokratischen Dilemmas standen. Dies wird von Carsten aber nicht erkannt, denn er unterläßt eine eingehende Beschreibung der verschiedenen Positionen der Revisionisten, der Zentristen und der Linken und unterschlägt so die tiefgreifende ideologische und taktische Andersartigkeit dieser Positionen und ihrer Vertreter.

Für Bebels Handeln und Streben war eine möglichst geschlossene und schlagkräftige Parteiorganisation Grundvoraussetzung. „Bebel sah seine Aufgabe darin, das Parteischiff auf einem Mittelkurs zu halten, ohne Abgleiten in das gefährliche Fahrwasser des Revisionismus und der Versöhnung mit den herrschenden Gewalten, und ohne Zugeständnisse an Linksradikalismus und revolutionäre Romantik.“ (S. 250 f.). Die sozialistische Gesellschaft war das angestrebte Ziel, aber dieses durfte weder durch Wahlbündnisse (wie z. T. in Süddeutschland praktiziert) und parlamentarische Kooperation mit dem Bürgertum noch durch den Generalstreik, der das allgemeine Wahlrecht erzwingen sollte, forciert werden. Die SPD-Führung und darin besonders August Bebel folgten der Taktik des Abwartens, die der Partei jegliche Dynamik raubte und sie einseitig auf die Stärke der Parteiorganisation setzen ließ. Die Kritik von Jean Jaurès, daß zwischen der scheinbaren Macht, die auf den ständig anwachsenden Stimmen- und Mandatszahlen beruhe, und der wirklichen Macht eine offensichtliche und ständig größer werdende Diskrepanz bestehe (S. 240), zielte genau auf das

Kernproblem der deutschen Sozialdemokratie. Die Macht der SPD blieb stets eine relative, weil die Partei nicht bereit war, das mitgeschaffene und gepflegte Ghetto zu verlassen und sich auch ideologisch zu öffnen. Das Verharren im revolutionären Attentismus sollte die sozialdemokratische Organisationskultur schützen, aber tatsächlich wurde die Einheit der Partei nur künstlich am Leben erhalten, bis die Gegensätze nicht mehr zu kaschieren waren. Es ist dabei kein Zufall, daß die Spaltung erst nach Bebels Tod erfolgte.

Es ist Carsten zuzustimmen, wenn er feststellt, daß Bebel ein geborener Politiker war, „der allerdings nie die Chance hatte, das durch die Ausübung der Macht auch zu beweisen, sondern lediglich darin, wie er seine Partei aufgebaut hatte, sie leitete und die einander bitter befehdenden Elemente zusammenhielt“ (S. 247), aber daß Bebel sich im Ersten Weltkrieg anders verhalten hätte, als die SPD-Führung es dann getan hat, ist pure Spekulation. Sicherlich hätte Bebel für die Annahme der Kriegskredite gestimmt, das lassen jedenfalls seine Auslassungen zum bevorstehenden Krieg und die Rolle der SPD in diesem vermuten. Aber es basiert nur auf den Vermutungen des Autors, daß Bebel „eine ganz andere Politik verfolgt“ haben würde „als die offizielle Sozialdemokratie und sich sehr deutlich von der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung distanziert“ (S. 243) hätte. Auch ist nicht zu erkennen, daß die Sozialdemokratie irgendeine Schuld an der Niederlage und dem Zusammenbruch des deutschen Reiches trifft, wie sie Carsten konstatiert. Gleichwohl zeigte sie sich unvorbereitet und desorientiert, als der Zusammenbruch der Monarchie eintrat. Diese Tatsache fällt nicht zuletzt auch auf August Bebel zurück.

*Andreas Wolf*

**Ärgernis und Zeichen. Erwin Eckert – Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben.** Hrsg. von Friedrich Martin BALZER. – Bonn: Pahl-Rugenstein Nachf. 1993. 389 S.

Der „kommunistische Christ“<sup>1</sup> Erwin Eckert ist sicher so etwas wie eine Jahrhundertgestalt. Nicht so sehr ob seiner (unbezwifelten) Rolle als Kirchen- oder Volkstribun, als Politiker oder als Parteifunktionär, sondern weil sich in seinem Lebensweg in besonderer Weise Spannungsfelder der jüngeren deutschen Geschichte gleichsam bündeln: Die Wandlung vom Kriegsfreiwilligen zum lebenslangen



aktiven Kriegsgegner, der Übertritt von der SPD zur KPD in einer Zeit, als die verhängnisvolle Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung sie hinderte, den Faschismus in seinem Wesen zu erkennen und seinem Aufstieg zur Macht zu wehren, die „konfliktgeladene Asymmetrie“ (Hans Heinz Holz<sup>2</sup>) zwischen den Begründungsweisen eines Christen und Kommunisten, die vom Kalten Krieg zerstreute Hoffnung auf ein antifaschistisches, demokratisches und in der Perspektive sozialistisches Deutschland, das schwierige Engagement als Kommunist in der westdeutschen Friedensbewegung, die kritische Sympathie mit der DDR – damit sind wichtige, doch längst nicht alle Prozesse oder Auseinandersetzungen genannt, die Eckerts Entwicklung prägten bzw. in die er eingriff und die in dem von Balzer herausgegebenen Band reflektiert werden.

Seinem Wahlspruch „Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben“ folgend, überwand Eckert Schranken, die vielen seiner Zeitgenossen unüberwindbar blieben. Er unterwarf sich keiner Staats- oder Parteiräson bzw. Disziplin gegenüber seiner Kirchenleitung, blieb seinen Einsichten treu und trug Konflikte aus. Nicht nur mit seinem Übertritt zur KPD und dem Austritt aus der Kirche. Eckert war auch kein „linientreuer“ Kommunist, eher eine ständige Prüfung für die Toleranzfähigkeit der KPD/DKP gegenüber Menschen, die nicht ins Bild ihrer sonstigen Anhängerschaft paßten, die in ihren Motiven und ihrer Haltung unbequem, für die Partei aber nützlich und imagerträchtig waren.

Den größten Teil des Bandes bilden (erstmal veröffentlichte) Dokumente aus dem Privatarchiv Eckerts. Von besonderem zeitgeschichtlichen Interesse ist die Dokumentation dreier Gerichtsverfahren gegen ihn – der Kirchlichen Dienstgerichtsverfahren 1929 und 1931 und des Düsseldorfer Prozesses gegen das „Westdeutsche Friedenskomitee“ 1959/60. Zusammen mit den „Impressionen aus dem Ersten Weltkrieg“ und den Gefängnisbriefen aus dem Jahre 1933 schaffen sie ein authentisches Bild der Werte, Überzeugungen und Antriebe, die Eckerts Lebensweg bestimmten.

Die zumeist essayistischen Beiträge erläutern gleichsam diese Selbstzeugnisse, ohne – bei aller Verschiedenheit der Blickwinkel und Themen – die Komplexität der Persönlichkeit Eckerts (etwa in „den Pfarrer“ oder „den Kommunisten“) aufzulösen. Dies entspricht den Intentionen des Herausgebers ebenso, wie es sein Verdienst ist, in dem Band Autoren unterschiedlicher Provenienz zu vereinen. Die Texte erörtern Eckerts Stellung in der Kirche und die der evangelischen Amtskirche zu ihm

(Hanfried Müller, Gerd Wendelborn, Marie Veit, Hans-Werner Bartsch), seinen politischen Weg vom Sozialdemokraten und Mitbegründer des „Bundes der religiösen Sozialisten“ zum Kommunisten, Südbadischen Landesvorsitzenden und Landtagsabgeordneten der KPD sowie Aktivisten der Friedensbewegung (Frank Deppe, Günter Giesenfeld, Jürgen Scheele, Manfred Weißbecker, Georg Fülberth), diskutieren Eckerts Weltbild und seine Wirkung (Hans Heinz Holz und – sehr streitbar – Helmut Ridder). Aus persönlicher Nähe stammen die Erinnerungen von Walter Ebert und der Brief von Emil Fuchs.

„Begreifen“ der Geschichte am Exemplarischen im Leben und Wirken Eckerts ist Balzers Anliegen (S. 9). Der vorliegende Band macht deutlich, daß auf dem Wege dahin auch manches von der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung im Kalten Krieg eher verdrängte Problem der Diskussion und wissenschaftlichen Aufarbeitung harrt.

1 Helmut Ridder, *Zur europäischen Dimension von Erwin Eckerts Vermächtnis*, in: *Ärgernis und Zeichen ...*, S. 375.

2 Hans Heinz Holz, *Achtung für eine Aporie*, in: *a. a. O.*, S. 360

Hartmut Rüdiger Peter

TOTH, Marie: **Schwere Zeiten. Aus dem Leben einer Ziegelfabrikantin.** Bearb. von Michael Hans SALVESBERGER (= Damit es nicht verloren geht ..., Bd. 22). – Wien, Köln und Weimar: Böhlau Verlag 1992. 166 S.

Marie Toth begann 1984 als achtzigjährige Frau in ihrem Heimatort, im österreichischen Leobersdorf, ihre Lebensgeschichte ohne Beschönigung und ohne ideologische Rechtfertigungsversuche handschriftlich aufzuzeichnen. Sie blickte in den zwei Wintern ihres Schreibens auf arbeitsreiche und „schwere Zeiten“ zurück. Diese Aussage bezieht sie nicht allein auf ihre eigene Biographie, sondern auch auf die politische und ökonomische Entwicklung in Österreich.

Ihre Eltern kamen aus Böhmen nach Wien. Als Wanderarbeiter für Ziegeleien gehörten sie zu den schlechtestbezahlten und saisonal beschäftigten Arbeitern. Marie Toths Vater starb, als sie gerade fünf wurde. Sie selbst – wie ihre Mutter und drei Geschwister – hat die ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen in der

Ziegelei erlebt. Durch die Einbrüche und die Auswirkungen des Ersten und Zweiten Weltkrieges ging es oft ums nackte Überleben. Schon als Zwölfjährige hatte sie keine Entscheidung zwischen Schulbesuch und existentieller Mitversorgung der Familie. Ihre gesamte Lebensgeschichte wird aus der Perspektive des Überlebens erzählt. Sie schreibt über die Arbeit ihrer Mutter, ihrer Geschwister, über das Hamstern in Ungarn während des Ersten Weltkrieges, über ihre eigene Arbeit als Ziegelerbeiterin und später als Verkäuferin im „Konsum“, über die mehrjährige Erwerbstätigkeit in Holland, über ihre Ehe, ihren Sohn, der ein- einhalb Jahre war, „als Hitler kam“, und über ihr Haus, das sie für ihren Mann und ihre Mutter baute. Sie schreibt über die weltweiten Verbrechen der Nationalsozialisten, über den Anschluß Österreichs an Deutschland, über Fliegerangriffe und Zerstörungen, über das Verhalten der russischen Soldaten nach dem Einmarsch in Österreich. All das gehört direkt und indirekt zu ihrer Geschichte und zeigt gleichzeitig die Grenzen, in denen ihr Leben gestaltbar war.

Sie hält sich während ihrer Erzählung an die Chronologie der Ereignisse mit gelegentlichen Zusätzen, wenn ihr hinterher noch etwas einfällt. Ihre Sätze sind oft kurz. Bewußt knapp fallen manche historischen Hintergrundbeschreibungen aus, weil Marie Toth ganz selbstbewußt davon ausgeht, daß diese in Schulbüchern nachzulesen sind. Das, was für die Leserinnen und Leser als historisches Wissen zur besseren Einordnung der Biographie von Marie Toth wichtig sein könnte, wird von dem Bearbeiter der vorliegenden Ausgabe, von Michael Hans Salvesberger, jeweils als Hintergrundinformation in die Lebensgeschichte der Marie Toth eingefügt. Dazu gehören Passagen wie z. B. über die Zuwanderungswelle der tschechischen Wanderarbeiter nach Wien, über die Gewerkschaftsorganisation der Ziegelerbeiter oder über die Konsumgenossenschaftsbewegung.

Salvesberger hat diese auch mit einem Vorwort und einigen abschließenden Reflexionen zum generellen Stellenwert von erzählten Lebensgeschichten versehen. Dabei thematisiert er Erinnerung als einen kreativen Akt, als emanzipatorischen und therapeutischen Prozeß, als Basis zur Bildung von Identität. Doch mußte Marie Toth ihre Identität durch das Schreiben erst schaffen? Sie selbst beginnt ihre Geschichte mit zwei Beweggründen. Erstens sei sie von Nachbarn und guten Bekannten gedrängt worden, ihre Erlebnisse und Erfahrungen aufzuzeichnen, zweitens aber auch, weil „man heute, in der schnelllebigen Zeit, kaum mit

den nächsten Angehörigen und Kindern sprechen kann – teils aus Zeitmangel, teils weil sie weit weg wohnen“ (S. 13). Sie schreibt gegen das Vergessen der Vergangenheit und gegen das Vergessenwerden. Ihre Geschichte ist als „Vergewisserung“ einer individuell durchlebten schwierigen historischen Phase aufschlußreich und insofern mehr als eine notwendige Ergänzung zu jedem herkömmlichen Geschichtsbuch.

Anne Schlüter

JARREN, Volker: **Schmuggel und Schmuggelbekämpfung in den preußischen Westprovinzen 1818 bis 1854** (= Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 4). – Paderborn, München, Wien und Zürich: Verlag Ferdinand Schöningh 1992. 304 S.

„Grenzen“ haben Konjunktur in der historischen Forschung – zu Recht. Edith Saurer hat vor wenigen Jahren in einer bahnbrechenden Studie über „Straße, Schmuggel, Lottospiel“ (Göttingen 1987) für Böhmen und Venetien den Bedeutungswandel von „Grenze“ aus den Überlebenspraktiken der Menschen diesseits wie jenseits der Grenzen erschlossen, zugleich die Expansions- und Sicherungsinteressen obrigkeitlicher bzw. staatlicher Bürokratien auf Grenzziehung bezogen.

Mit dieser Arbeit liegt ein weiterer instruktiver Beitrag vor, der insbesondere die administrative und soziale Praxis von „Grenze“ im regionalgeschichtlichen Zugriff erschließt. Der Verfasser rückt das preußische Zollgesetz von 1818 und das dadurch erreichte Grenzzoll-Regime zu Recht in den Zusammenhang der Durchsetzung des staatlichen Gewalt- und Steuermonopols (vgl. S. 12). Der Übergang zum Grenzzollsystem ahmte französische und rheinbündische Vorbilder nach. Die damit verbundene Beseitigung der Binnenzölle war Teil einer umfassenden Ver- und Durchstaatlichung; sie traf die „Verwalteten“ über rigorose administrative bzw. polizeiliche Kontrollen im Alltag.

Auf der Grundlage minutiöser Aktenstudien in den einschlägigen Beständen der lokalen, regionalen und zentralen Finanz-, Verwaltungs- und Justizbehörden entwirft der Verfasser ein umfassendes Panorama der Regulierungs- und Sanktionierungspraktiken, der fiskalischen wie sozialen Kosten- und Nutzenrelationen, die sich als Folge des Übergangs zum Grenzzoll entwickelten. Die Gewalttätigkeit der Durchsetzung dieses neuen Systems sticht besonders ins Auge. Nicht nur administrative



Interessen, sondern auch soziale Allianzen werden sichtbar: Lokale Honoratioren wie hohe Beamte setzten sich für eine Lockerung beim Waffengebrauch der Grenzaufsichtsbeamten ein, die 1834 Gesetzeskraft erhielt. Damit wurde dem Ermessen der Beamten sehr weit Raum gegeben. Insbesondere konnte unter die Widersetzlichkeiten, die nun mit Schußwaffengebrauch bedroht waren, auch die Flucht der Verdächtigen gerechnet werden. Die Zahl der Getöteten stieg in den 1830er und 1840er Jahren drastisch an. Ganz überwiegend waren die Opfer „auf der Flucht erschossen“ worden (S. 67 ff., bes. S. 71). – Im Zuge der Polizeigesetzgebungen um 1850 stand auch dieses Gesetz, dessen Kompetenzen 1837 auf die Forstbeamten ausgeweitet worden waren, erneut zur Diskussion. Freilich blieb man dabei. Im Vorfeld waren die regionalen Finanz- und Justizbehörden aufgefordert worden, sich gutachterlich zu äußern. Jarren gibt hier wie an anderen Stellen detaillierte Einblicke in die regionalen Unterschiede über die preußischen Westprovinzen hinaus – so zogen einige Gerichtsbehörden für ihre Beurteilung die Verwaltungsbehörden heran, andere nahmen ausdrücklich davon Abstand. Gezeigt werden auch die Konflikte wie die Kooperationen zwischen den Justiz- und den Finanzbehörden, nicht zuletzt zwischen Finanzverwaltung und Militär (beim fallweisen Heranziehen von Militär, insbesondere für die „Bandenbekämpfung“).

Ein anderes Feld, das Jarren ausschreitet, ist das Verfahren der „Polizeiaufsicht“, in den Grenzkreisen intensiviert durch das Instrument der „Paßkontrolle“ (S. 75 ff.). Während für das gesamte Staatsgebiet dazu bisher nur punktuelle Ergebnisse vorliegen (Alf Lüdtkke 1982), kann Jarren diese Befunde erheblich erweitern und zugleich bestätigen. In den Grenzkreisen wurden zumal die „verdächtigen Klassen“ intensiv „poliziert“, ungeachtet einer relativ geringen Personalstärke der Zoll- wie der Steuer- und Polizeibehörden (bes. S. 86 f.).

Das Kräftefeld von Herrschaft ist durch die Motive und Interessen der „Verdächtigen“ stets mitgeprägt. An dieser Stelle zeigt sich freilich eine Grenze für eine Arbeit, die fast ausschließlich auf obrigkeitliche Berichte, Klagen und Anforderungen angewiesen ist. Die Analysen wie die Spekulationen der Beamten über die Schmuggler, das notorische Klagen über deren Beharren auf der Rechtmäßigkeit ihres Schmuggelns zumindest in Notzeiten oder in kleinen Mengen – dies ist für das Bild der Staatsbeamten über die beanspruchte Legitimität des eigenen Handelns, des Staates insgesamt, wichtig (Kap. III, 4). Jarren vermag damit aber die

Motive der Akteure auf der „anderen Seite“ nur von außen zu umkreisen (zu den Verdienstmöglichkeiten vgl. aber S. 197 ff.). Immerhin begnügt er sich damit nicht. Aus einer Analyse der sozialen Gliederung und der Einkommensverhältnisse schließt er – und folgt damit den Spuren von Dirk Blasius –, daß ökonomische Notlagen den Anreiz oder Druck für die Besitzarmen und Besitzlosen enorm verschärften, durch Schmuggel der individuellen Not zu steuern (zusammenfassend S. 213 und S. 231). Es zeigt sich das Profil von 24–40jährigen Männern, die der „agrarisch-ländlich-heimgewerblichen Unterschicht“ angehörten. Dabei handelt es sich freilich um die Schmuggler und „Packenträger“, die aufgegriffen worden waren. Zumal bei dem – dominierenden – Salzschnuggel waren die Organisatoren in aller Regel Kaufleute (der Vergleich zu den Verlegern der Hausindustrie bietet sich an). Ihre Kartellbildungen wurden zum Teil vom Staat gestützt, von seiten der (höheren) Beamten in der Absicht, auf diese Weise den Schmuggel zumindest zu kanalisieren. Daß es auch auf den unteren Ebenen Kollisionen zwischen Schmugglern und Beamten gegeben hätte, will Jarren weitgehend ausschließen – ein deutlicher Unterschied zu dem entsprechenden Ergebnis von Saurer (S. 204).

Jarren akzeptiert offenbar die Annahme, Staatlichkeit bedürfte eines Mindestmaßes an Legitimität. Verlängert aber die darin implizierte These, die Beherrschten würden der Staatsgewalt „von sich aus“ ein Mindestmaß an Loyalität erweisen, nicht nur die Wunschvorstellungen aus den Schreibstuben der Herrschenden und ihrer Administratoren? Denn zugleich macht Jarren doch klar, wie sehr „schiere“ Gewaltanwendung und Gewaltandrohung Wirkung zeigten und „Staat machten“. In welcher Weise die Kontrollierten, die Verdächtigen und Aufgegriffenen ihrerseits Bilder vom Staat hatten, die nicht in der verbreiteten Forderung nach „Gerechtigkeit“ bzw. Gewährenlassen aufgingen – diese Frage bleibt offen. Sie wird aber in dieser – ungemein sorgfältigen – Studie vielfältig angeregt.

Alf Lüdtkke

**Von der Klassenbewegung zur Volkspartei. Wegmarken der bayerischen Sozialdemokratie 1892–1992.**

Im Auftrag der Georg-von-Vollmar-Akademie hrsg. von Hartmut MEHRINGER in Zusammenarbeit mit Marita KRAUSS, Rainer J. OSTERMANN, Wolf-Dieter KRÄMER und dem Historischen Arbeitskreis der bayerischen SPD (= Schriftenreihe der Georg-von-Vollmar-Akademie, Bd. 5), München, London, New York und Paris: Verlag K. G. Saur 1992. 355 S.

Wenn sich zum hundertsten Mal der Tag der ersten gesamt-bayerischen Parteikonferenz jährt, die am 26. Juni 1892 im Arbeitervorort Reinhausen bei Regensburg stattfand, dann ist der Anlaß für einen Jubiläumsband nicht nur gegeben, sondern zwingend. Also fand sich der „Historische Arbeitskreis der bayerischen SPD“ zusammen, um „eine Art Lesebuch“ zu schreiben, „das nicht nur über möglichst viele Facetten“ der Parteigeschichte Auskunft geben und „dabei den üblichen wissenschaftlichen Ansprüchen standhalten“, sondern auch „verständlich und lesbar“ sein sollte. Dieser Ansatz, den Hartmut Mehringer in der Einleitung als „schwierige[n] Spagat“ begreift, ist zweifelsohne in seinem Ergebnis gelungen. Die griffige Kürze der einzelnen Beiträge und vor allem eine gute Mischung von 32 Autoren sorgen dafür. Zu ihnen zählen junge Historiker ebenso wie etablierte Professoren, Lehrer, Kommunalpolitiker, Spitzenfunktionäre wie Hans-Jochen Vogel, Volkmar Gabert und Renate Schmidt, Zeitzeugen wie der letzte lebende SPD-Reichstagsabgeordnete Josef Felder und Gelegenheitschreiber wie der bei München lebende Internist Hans Otto Rollwagen, der über seinen Großvater Hans Rollwagen berichtet. Überhaupt sind die meisten Beiträge biographischer Natur. Die „Geschichte von unten“ wird dabei durch eine Erlebnisschilderung der von den Nazis verhafteten Helene Joringer und durch eine gelungene biographische Skizze von Inge Gabert über die weitgehend unbekannt gebliebene Lotte Branz geliefert. Hier hätte durchaus noch etwas zugelegt werden können. Es fällt außerdem auf, daß sich die Berichterstattung über die innerparteiliche Frauenbewegung in zwei schmalen Artikeln von insgesamt 11 Seiten erschöpft, in denen Anita Auersperg und Toni Pfülf charakterisiert werden. Einige Beiträge sind – ohne daß dies den Gesamteindruck schmälert – nicht neu, so Wenzel Jakschs Nachruf auf Hans Vogel von 1946, Waldemar von Knoeringens letzte Publikation „Zweckschulung oder Menschenbildung“ von 1971, Hans-Jochen Vogels Festrede zur Wiedergründung der Münch-

ner SPD von 1985 oder Karl Heinrich Pohls „Adolf Müller – sozialdemokratischer Politiker und deutscher Diplomat“, der zuvor bereits in der IWK zu lesen war. Der Band ist in vier chronologische Abschnitte gegliedert, denen jeweils ein bis zwei einführende Darstellungen vorgeschaltet sind. Der dritte Teil reicht dabei von 1933 bis zur Gründung der Bundesrepublik, wozu angeführt wird, daß das Jahr 1945 „in sozial- und mentalitätsgeschichtlicher Perspektive“ nur ein „Epochenabschnitt bestenfalls minderen Rangs“ gewesen sei. Die Beiträge sind durchwegs kenntnisreich und flüssig geschrieben, eine wohldosierte Anzahl gut ausgewählter Bilder lockert den Band auf, und die technische Qualität ist bis auf einige Druckfehler ausgezeichnet.

Daß dennoch beim Lesen manchmal ein etwas flaves Gefühl zurückbleibt, liegt an dem Bestreben, die Jubilarin – die bayerische SPD nämlich – entsprechend zu preisen. Eine Grundthese durchzieht den ganzen Band. Sie singt das hohe Lied vom bayerischen „Sonderweg“ und besagt (verkürzt), der Reformismus der bayerischen SPD sei – zumindest retrospektiv von Godesberg aus betrachtet – im Gegensatz zur revolutionären Linie der Berliner Genossen das eigentlich progressive Element der gesamten Parteigeschichte gewesen. Schon im ausgehenden 19. Jahrhundert sei man in Bayern eine „Volkspartei“ gewesen (Pohl), die in Tarifpolitik, im Kampf um das Wahlrecht und bei der gesellschaftlichen Akzeptanz mehr Erfolge erzielt habe als die SPD anderer Provenienz. Offenbar habe es erst des nationalsozialistischen Holocaust und des stalinistischen Archipel Gulag bedurft, um zu erkennen, von welcher Weitsicht und Humanität die politische Philosophie der bayerischen SPD nahezu von Anfang an geprägt gewesen sei (R. Schmidt). Obwohl dieses Eigenlob, das manchmal noch von Seitenhieben gegen die CSU begleitet wird, wortreicher und daher weniger simplifiziert vorgetragen und an vielen Stellen des Bandes durch höchst kritische Einschätzungen der SPD-Politik relativiert wird, wobei selbst von einer aktuellen Konfusion in der Partei die Rede ist (Rainer J. Ostermann), behindert es doch die Fähigkeit zur Analyse historischer Situationen. So erfahren wir beispielsweise, daß Georg von Vollmar ein „bayerisches Mannsbild“ war, das „dem guten Willen die offene Hand, dem schlechten die Faust“ anbot, Bier zu trinken pflegte und ohne dessen pragmatische Einsicht die SPD 1918 zwangsläufig ins Desaster geraten mußte, aber viel zu wenig darüber, wie der Führungsanspruch solch „königlicher Sozialdemokraten“ auf die Parteilarbeit der mehr im



Sinne Bebels denkenden Nürnberger Fabrikarbeiter gewirkt haben mag. Die „Rosenstrauß“-Affäre, in der der Führer der Mehrheitssozialisten Erhard Auer beschuldigt wurde, seine Tochter habe dem nebenan im Krankenhaus liegenden Eisner-Attentäter Graf von Arco ein nämlches Blumen Geschenk überbracht, wird an drei verschiedenen Stellen erwähnt, aber nicht aus heutiger Sicht bewertet. Dabei weiß Hans-Jochen Vogel zu berichten, wie eifrig sich die Münchner Genossen noch nach 1945 darüber streiten konnten. Die „beispiellose selbstzerstörerische Energie“ der bayerischen Linken, die das Bayern Kahrs erst ermöglicht habe, und Wilhelm Hoegners Vorwurf der Phantasielosigkeit, des Versagertums und der Mittelmäßigkeit, den er gegen seine bayerischen Parteigenossen und Vorgänger erhoben hat, tauchen auf, aber eher am Rande als im Zentrum des Interesses. Hätte nicht gerade an diesen und vergleichbaren Bruchstellen mehr über die tatsächliche Volksnähe der Landespartei erfahren werden können?

Solche Fragezeichen sind jedoch in einem Jubiläumsband zu verkraften, zumal sie den Leser zum Nachdenken anregen und die Autoren in ihrem Konzept Unvollständigkeit, Widersprüchlichkeiten und Kopflastigkeit zugunsten des oberbayerischen Raumes nicht ausschließen. Manche Beiträge rechtfertigen es dagegen alleine schon, den ganzen Band zu lesen, so jene von und über Waldemar von Knoeringen, in denen jener vom Primat der Bildung bestimmte demokratische Sozialismus beschworen wird, der heute abhanden zu kommen droht. Mit dem vierten Abschnitt ist das Ziel, einer heterogenen Leserschicht ein mosaikartiges Bild der Landespartei Geschichte vor Augen zu führen, zweifellos um Längen erreicht. Dann wird im Schlußbeitrag der amtierenden Vorsitzenden die aktuelle Programmatik der Partei mit durchaus überzeugenden Argumenten vorgetragen und ganz am Ende jeglicher Zweifel an der Gegenwart und Zukunft der SPD als „Volkspartei“ beseitigt, indem Frau Schmidt zu einer kraftvollen Vision ausholt, in der die „bayerische sozialdemokratische Sisyphus-Familie, deren Mühen schon in der Vergangenheit mit großen praktischen Erfolgen belohnt wurden [...] noch in diesem Jahrtausend den Stein über den Berg gerollt haben wird!“

*Harald Reissig*

**Kirmes – Kneipe – Kino. Arbeiterkultur im Ruhrgebiet zwischen Kommerz und Kontrolle (1850–1914)** [Einbandtitel fälschl.: 1850–1904]. Hrsg. von Dagmar KIFT (= Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 6) – Paderborn: Verlag Schöningh 1992. VII, 257 S., Abb.

Im Einleitungsbeitrag moniert Dagmar Kift, die Erforschung der Arbeiterkultur wandle „weiterhin auf den vertrauten Pfaden der Organisationsgeschichte“ (S. 5). In der Tat wird so die Arbeiterkultur zur Arbeiterbewegungskultur verkürzt. Dagegen soll hier die „Arbeitervergnügungskultur, die nicht Teil der ‚offiziellen‘ proletarischen Alternativkultur war“ (S. VII), im Mittelpunkt stehen – ein „eher vernachlässigtes Thema“. (Wirklich? Immerhin sind allein schon viele der AutorInnen mit wertvollen Arbeiten auf diesem Feld hervorgetreten.) Stillschweigend wird vorausgesetzt, die verschiedenen „Kulturen“ seien trennscharf abzugrenzen: Der heuristisch-artifizielle Charakter solcher Begriffe wird nicht thematisiert. Diese Zurückhaltung in punkto Theorie vermag den Wert der empirischen Befunde aber nicht zu schmälern. Zusammenfassend stellt Kift hierzu fest, daß sich „Klassenidentität“ auch in der „Arbeitervergnügungskultur“ entwickelte, die „enger mit der Volkskultur, der bürgerlichen Kultur und der modernen Massenkultur verflochten war, als mit der Kultur der Arbeiterbewegung selbst“ – womit im übrigen die Unterschiede zu England geringer ausfielen, als bislang angenommen (S. 26). In einem zweiten Überblicksartikel analysiert Lynn Abrams die „Entwicklung einer kommerziellen Arbeiterkultur im Ruhrgebiet“ bis in die Zwanziger Jahre: Kirmesfeste, verschiedene Kneipenformen, Varietés, Vereine und schließlich Kino und Massensportveranstaltungen. Das Freizeitverhalten sei eine „rationale Reaktion“ auf die Arbeits- und Lebensbedingungen. Es habe die kulturelle Homogenisierung der unterschiedlichen Einwanderergruppen befördert und in einem zweiten Schritt die Durchbrechung der Gettoisierung qua Massenkultur.

In sieben weiteren Beiträgen werden Einzelaspekte behandelt. Elisabeth Kosok beschreibt die „Konzessionspraxis und Tanzbeschränkungen“ bis 1914. Die Kopplung der Konzessionierung an das „Bedürfnis“ führte zwar zu einem Rückgang der Schankstättendichte, doch fanden sich Mittel, die behördlichen Maßnahmen zu unterlaufen. In der quellenreichen Darstellung ist der Forschungsstand kaum berücksichtigt; das gilt mit Abstrichen auch für den Aufsatz Ulrich Linses, der sich mit der um 1900 aufkommenden (Berliner)

„Animierkneipe“ befaßt. Die Literaturquellen sprudeln reichhaltig, denn die Verbindung von Alkohol und Unzucht mußte das Moralempfinden in besonderer Weise verletzen. Dennoch kam es nicht zu einem systematischen Verbot. Zu Recht wird betont, Animierkneipen seien auch von Arbeitern besucht worden. Unter dem Motto „Vom Guckkasten zum Filmpalast“ gibt Jürgen Kinter eine komprimierte Geschichte des Kinos. Das neue Massenmedium weckte vielfältige Befürchtungen, nicht zuletzt in der Arbeiterbewegung. Horst Groschopp liefert „Skizzen zu Unterhaltung und Arbeiterpresse“. Mit einem ausgewiesenen, den Forschungsstand reflektierenden Ansatz analysiert Ursula Krey die „organisierte Vereinskultur als populäre Freizeitgestaltung“. Das proletarische Freizeitverhalten ging im Gegensatz zum bürgerlichen in eine austauschbar-unverbindliche und konsumorientierte Richtung. Es gelingt, die „Vereinskultur“ als schichtübergreifendes Phänomen in den historischen Kontext einzubetten und die sich wandelnden Funktionen und Erwartungen durchschaubar zu machen (auch für diejenigen, die – wie ich – die Bedeutung der „Kernthese“, nämlich die „Trennung zwischen Vergnügen und Freizeitinteressen im Vereinswesen“ (S. 194 f.), nicht ermessen können). Nicht von der „Kultur“, sondern – natürlich – vom „Milieu“ der katholischen Arbeiter bis 1914 handelt der Beitrag von Michael Schäfer: eine solide und breit gefächerte Darstellung der katholisch-proletarischen Welt an der Ruhr: eine spezifische „Mischung traditionaler und moderner Elemente“ (S. 207). Ralph Jessen befaßt sich mit der Gewaltkriminalität „zwischen bürgerlicher Panik und proletarischer Subkultur“: Obschon hierzu bereits einiges vorliegt, wird auch Neues aufgezeigt – übrigens in einer bemerkenswert klaren Sprache. „Irrationale“ körperliche Gewalt ist nicht allein sozialer Desintegration geschuldet, sondern auch alten Idealen von Männlichkeit und Ehre, die staatlicherseits immer weniger geduldet wurden. Dies verstärkte indes die Spaltung zwischen handwerklich-respektabler und lumpenproletarischer Arbeiterschaft. Angesichts der heutigen Gewaltdebatte hochaktuell. Fazit: Anschaffen!

Hasso Spode

BLEEK, Stephan: **Quartierbildung in der Urbanisierung. Das Münchner Westend 1890–1933.** München: Oldenburg Verlag 1991. 350 S.

Während es schon seit vielen Jahren historische Untersuchungen über einzelne Firmen und Unternehmen, über Arbeitsplätze und Lohnverhältnisse gibt, sind Analysen früherer Quartiere noch äußerst selten. Insofern bedeutet die hier vorliegende Dissertation einen bemerkenswerten Fortschritt. Bleek geht im ersten Kapitel auf die Stadtentwicklung Münchens ein, wobei sein besonderes Schwergewicht auf der sozialräumlichen Gliederung und der sozialen Segregation der Bevölkerung liegt. Im zweiten Teil wendet sich der Autor dann speziell dem Münchner Westend zu, beschreibt die räumliche und bauliche sowie sozialstrukturelle Entwicklung des Quartiers. Die abschließenden Kapitel handeln von der sozialen Mobilität, den Lebensverhältnissen und Wohnbedingungen sowie dem Quartiermilieu und der Identitätsfindung der im Quartier lebenden Menschen. Das Münchner Westend war ein Arbeiterquartier, zumindest dominierten ArbeiterInnen in diesem und prägten das Sozialmilieu. Mit Hilfe von quantitativen Untersuchungsmethoden analysiert der Autor vor allem die Zuwanderung in das Westend sowie die soziale Mobilität. In den beiden letzten Kapiteln, in denen die Lebensverhältnisse und Wohnbedingungen sowie das Quartiermilieu und die Quartieridentitätsbildung behandelt werden, dominieren hingegen qualitative Methoden.

Bleeks Ergebnisse sind bis zu einem gewissen Grad auch von allgemeiner Bedeutung. Die innerstädtische Mobilität habe nicht bewirkt, so Bleek, daß Segregationsstrukturen und quartierräumliche Identität aufgebrochen wurden, denn sowohl soziale Aufsteiger als auch soziale Absteiger wechselten häufig aus dem Stadtviertel heraus, wodurch das Quartier seine soziale Identität behielt. Ohne daß sich der Autor in Einzelbereichen verliert, gelingt es ihm, wesentliche Grundzüge des Quartiermilieus zu schildern, von den Schlafgängern angefangen über die Wohngewohnheiten und die Straßenöffentlichkeit bis hin zu den Schulen und Bandenkämpfen. Bleek thematisiert voreheliche Sexualität, Kinobesuche, Gruppenkonflikte sowie Prostitution und Kleinkriminalität. Ein eigener Abschnitt behandelt die männerzentrierten Vereine sowie die Parteienbildung. Im Hinblick auf die politische Willensbildung ist bemerkenswert, daß sich ein Teil der ursprünglich sozialdemokratisch wählenden Personen am Ende der Weimarer Republik offensichtlich für die Nationalsozialisten



entschieden hat. Bei den Überläufern dürfte es sich vermutlich vor allem um Wähler und Wählerinnen aus kleinbürgerlichen Schichten gehandelt haben. In diesem Zusammenhang sind Bleeks Ausführungen über die sogenannten Volkssänger, die nicht selten einen populistischen Radikalismus vertraten, aufschlußreich.

Grundlegend für Bleeks Arbeit ist die empirisch gut nachgewiesene Tatsache, daß das Gros der Bevölkerung 20, 30 oder noch mehr Jahre in ein und demselben Stadtviertel verbracht hat. Im allgemeinen wurden die Zuwanderer meist schnell in das Quartiermilieu integriert. Bleek ist zuzustimmen, wenn er der quartierräumlichen sozialen Segregation entscheidendes Gewicht für die Klassenbildung zuweist, um so mehr, als gerade im Westend noch viele Arbeitskollegen dicht beieinander wohnten, Arbeitsstelle und Wohnung also nicht weit voneinander entfernt lagen. Hinzu kam, daß sowohl die Sozialdemokratische Partei als auch die Gewerkschaften Sektionen in den Wohngebieten aufbauten, wodurch die Kommunikationsstruktur zusätzlich verdichtet wurde.

Zwar gelingt es dem Autor bis zu einem gewissen Grade, die männerzentrierte Kultur im Quartier, wie sie sich in Banden und im Wirtshaus manifestierte, zu schildern, aber die Frauen bleiben buchstäblich außen vor. Über quantitative Aussagen im Hinblick auf die Frauenerwerbstätigkeit und die geschlechterspezifische Aufteilung der Zuwandererströme kommt die Studie nicht hinaus. Es fehlen beispielsweise die massiven Einwirkungsversuche der bürgerlichen Frauenverbände auf das Wohnverhalten der Arbeiterschichten vor allem seit der Jahrhundertwende, wozu es auch mittlerweile eine (nicht zitierte) reichhaltige Literatur gibt; man vermißt erst recht die Rekonstruktion des von Frauen bestimmten sozialen Kommunikationsnetzes nach dem Vorbild der Studie von Ellen Ross über die Londoner Arbeiterviertel.

Zusammenfassend gesehen ergibt sich also ein zwiespältiges Bild: Auf der einen Seite schlagen solche an sich vermeidbaren Leerstellen bei der Gesamtbewertung zu Buche, auf der anderen Seite kommt der Studie in vielerlei Hinsicht auf dem Gebiet der historischen Quartiersanalyse Pioniercharakter zu.

*Adelheid von Saldern*

HOMBURG, Heidrun: **Rationalisierung und Industriearbeit. Arbeitsmarkt, Management, Arbeiterschaft im Siemens-Konzern Berlin, 1900–1939.** Mit einem Geleitwort von Peter-Christian WITT (= Schriften der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 1; Beiträge zu Inflation und Wiederaufbau in Deutschland und Europa 1914–1924). – Berlin: Haude und Spener 1991. XXIII, 806 S.

Rationalisierungsbewegung und Arbeitsmarktentwicklung sind von der historischen Forschung zwar schon häufiger thematisiert worden, im allgemeinen jedoch als getrennte Problemkreise. Von Heidrun Homburg werden dagegen die Entwicklungen auf der mikro- und der makroökonomischen Ebene explizit und auf eine sehr überzeugende Art und Weise verknüpft. Sie gelangt dadurch zu einer ganzen Reihe wichtiger, neuer Einsichten. Eine ihrer Kernthesen lautet, daß innerbetrieblich technisch-organisatorische Rationalisierung nicht nur die Funktion hat, allgemein die Produktionskosten zu senken, sondern auch als Element arbeitsmarktpolitischer Strategien von Unternehmen zu begreifen ist, als Versuch, Personalpolitik und „Arbeitsvollzug im Unternehmen von ‚störenden‘ externen Einflüssen“ „weitestgehend“ zu entkoppeln und „politisch vorgegebene Einengungen des Handlungsspielraumes zu unterlaufen“ (S. 18, S. 252).

Inwieweit dies gelang bzw. welche Grenzen einer solchen Unternehmenspolitik gesetzt waren, diese und andere Fragen untersucht sie am Beispiel der Berliner Betriebe des Siemens-Konzerns für einen Zeitraum, der an politischen, wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Entwicklungen sowie technisch-organisatorischen Innovationen höchst ereignisreich gewesen ist. Der zeitliche Schwerpunkt liegt dabei auf den zwanziger Jahren. Entsprechend ihren Fragestellungen skizziert Homburg in den (Einleitungs-)Teilen A und B die Strukturen des, relativ geschlossenen, Berliner Arbeitsmarktes sowie die Organisation der Interessen auf dem Arbeitsmarkt, dessen partielle „Vermachtung“, um in Teil C, dem eigentlichen Hauptteil, ausführlich die verschiedenen Ebenen der Rationalisierungsbewegung vorzustellen und nach deren Wurzeln im makroökonomischen Bereich zu fragen.

Aus der Fülle an Ergebnissen und wichtigen Einsichten, die die Arbeit enthält, können hier nur einige herausgegriffen werden: Die Antwort auf die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen einer Entflechtung der betrieblichen Personalpolitik von den überbetrieblichen Arbeitsmarktkonstellationen fällt nicht eindeutig aus. Das Konzept, über



den Aufbau wirtschaftsfriedlicher Werkvereine die Belegschaften vom überbetrieblichen Gesamtarbeitsmarkt abzukoppeln und einen einzelbetrieblichen Teilarbeitsmarkt zu konstituieren, scheiterte spätestens 1918, weil die besonders produktionsrelevanten Facharbeiter sich auf diese Weise nicht an das Unternehmen binden ließen (S. 386–402). Die seit der Stabilisierung 1924 verstärkten arbeitsorganisatorischen und technischen Rationalisierungsanstrengungen, die Einführung der Psychotechnik seit 1919, deren Umsetzung in den Betrieben freilich weitgehend scheiterte (S. 304–343, besonders S. 329), und sonstige Formen der „Menschenwirtschaft“ sowie schließlich auch die in den zwanziger Jahren erheblich ausgebaut betriebliche Sozialpolitik wurden gleichfalls wesentlich mit dem Vorsatz durchgeführt, sich von dieser Seite die Verfügungsgewalt über die Arbeitskräfte zu sichern.

Auf der politischen Ebene war diesen Anstrengungen nur begrenzter Erfolg beschieden: Wie in den meisten anderen Berliner Unternehmen auch, dominierten bei den Betriebsratswahlen freigewerkschaftliche und seit Ende der zwanziger Jahre daneben auch kommunistische Listen, während es rechte Listen und seit 1931 die NSBO regelmäßig nur auf ganz wenige Sitze brachten. (Hier hätten ergänzend die Ergebnisse der Vertrauensratswahlen 1935/36 noch einbezogen werden können.) Nichtsdestotrotz blieb dem mit „Rationalisierung“ umschriebenen Bündel an organisatorischen, technischen und betriebspolitischen Maßnahmen zumindest der Teilerfolg nicht versagt, weil dadurch die Kontrolle über den „menschlichen Faktor“ intensiviert wurde und der betriebliche Produktionsablauf kalkulierbarer und störungsfreier gestaltet werden konnte, indem zuvor bestehende Freiräume beim Arbeitsvollzug systematisch eingeschränkt wurden. Ausführlich stellt Homburg des weiteren dar, daß es in Berlin zu einer „Rationalisierung des Rationalisierungsprozesses“ durch die „Gemeinschaftsarbeit“ zwischen den Unternehmen sowie durch Kooperation von Betriebspraktikern und Wissenschaftlern kam. Wenn ausgerechnet fertigungstechnisch und arbeitsorganisatorisch führende Unternehmen wie Siemens und AEG an der zwischenbetrieblichen „Gemeinschaftsarbeit“ entscheidend beteiligt waren, dann lag dies u. a. daran, daß man durch begrenzte Kooperation der zwischenbetrieblichen Konkurrenz um die knappen Arbeitskräfte gegensteuern und deren hohe Löhne abbauen zu können glaubte. Darüber hinaus glaubten beide Elektrokonzerne, dadurch gegenüber den Herausforderungen der US-amerikanischen Kon-

kurrenz besser gewappnet zu sein bzw. strukturelle Defizite gegenüber den USA (kleinerer Binnenmarkt, kaum Massenfertigung) besser ausgleichen zu können (S. 274 f., S. 280 ff., S. 363, S. 674 f.).

Wichtig ist auch ein weiteres Ergebnis der Untersuchung Homburgs: Der Anfang der zwanziger Jahre begonnenen, intensiven Rationalisierungsdiskussion entsprach keine entsprechende Rationalisierungs-„Realität“. Das wird leicht übersehen, wohl weil die Ernüchterung der Praktiker damals öffentlich kaum thematisiert wurde. Selbst dem Siemens-Konzern, bei dem die Rationalisierungsanstrengungen im Vergleich zu anderen Unternehmen der Elektro- bzw. metallverarbeitenden Industrie noch am weitesten gediehen waren, blieben relativ enge Grenzen gesteckt, vor allem weil die für die Massenproduktion notwendigen Absatzmöglichkeiten fehlten und Massenfertigung wiederum die Voraussetzung für die Realisierung der meisten technischen Rationalisierungskonzepte bildete; Fließbandarbeit etwa blieb in den zwanziger Jahren und auch Anfang der dreißiger Jahre die Ausnahme (vgl. z. B. S. 446 ff.). Erst ab 1935/36 kam es zu einem Rationalisierungsschub und u. a. auch zur forcierten Anwendung der Fließbandfertigung (S. 476 ff., S. 490 ff., S. 527). Bemerkenswert ist überdies, daß die Rationalisierung keineswegs so planvoll abließ, wie man das vielleicht annehmen könnte. Sie hatte vielfach „experimentellen Charakter“ und verlief häufig „stockend“; „selbst die Berliner Pioniere der deutschen Rationalisierungsbewegung (glichen) Spielern eines Puzzles, dessen Teile sich nur allmählich, in zeitverzerrtem Trial- und Error-Verfahren zusammenfinden ließen“ (S. 526, S. 676 f.). Systematische Arbeits- und Zeitstudien als zentrales Element sowohl der fertigungstechnischen wie der organisatorischen Rationalisierung, darauf weist Homburg nur am Rande hin, wurden im übrigen nicht erst mit Gründung des Reichsausschusses für Arbeitszeitermittlung (REFA) 1924, sondern bei Siemens bereits vor dem Krieg durchgeführt und nach dem Kriegsende dann intensiviert fortgesetzt (S. 277, S. 291 ff., S. 412 f., S. 421). Aufschlußreich außerdem etwa die Skizze der ambivalenten Einstellung des DMV zur Rationalisierungsbewegung und die Defizite der gewerkschaftlichen Analysen, die Homburg mit „der Konzentration auf das kollektive Klassenschicksal“ und der daraus resultierenden „relativen Vernachlässigung der individuellen Arbeiterexistenz im Betrieb“ erklärt (S. 579–586, Zitat: S. 585).

Nur am Rande sei bemerkt, daß die Arbeit Heidrun Homburgs auch für Technikhistoriker eine Fund-



grube darstellt, weil sie kompetent und präzise, manchmal vielleicht zu detailliert die verschiedenen fertigungstechnischen Neuerungen darstellt (vgl. z. B. ihre Darstellung der Entwicklung der Schneidmetalle Stellite, AKRIT und WIDIA und die dadurch bedingte Revolutionierung der Schneidwerkzeuge bzw. Werkzeugmaschinen; S. 457–468). Kritisch anzumerken bleibt, daß die neuere Forschung lediglich bis 1986/87 verarbeitet wurde. Schade ist das deshalb, weil bis 1991, dem Erscheinungsjahr der vorliegenden Arbeit, eine Reihe für das von Homburg behandelte Themenspektrum wichtiger Monographien erschienen ist (etwa die Arbeit von Thomas von Freyberg über „Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik“ von 1989). Der umfangreiche Abschnitt über die betriebliche Sozialpolitik (S. 586–661) hätte mit Blick namentlich auf die Dissertation von Carola Sachse erheblich gekürzt werden können. Sehr knapp ist demgegenüber die Skizze des Verhältnisses des Unternehmens Siemens zum NS-Regime ausgefallen. Problematisch ist hier die implizite Verallgemeinerung des Konfliktes zwischen DAF und Siemens zu einem Konflikt zwischen dem Unternehmen und dem NS-Regime allgemein (S. 660 f.). Vernachlässigt wird dabei der polykratische Charakter des Regimes; im Konkreten hatte Siemens Teile des NS-Staates, nämlich Reichsarbeitsministerium, Reichswirtschaftsministerium, Reichswirtschaftskammer und Reichsgruppe Industrie, in dem Bestreben, die Übergriffe der Arbeitsfront auf die innerbetriebliche Autonomie des Unternehmens abzuwehren, grundsätzlich auf seiner Seite. Der Feststellung Homburgs, daß „dieser Abwehrkampf nicht zu verwechseln ist mit Widerstand gegen das politische System“, sondern primär darauf zielte, „die Verfügungsautonomie des Unternehmens und seine privatkapitalistischen Interessen innerhalb des nationalsozialistischen Herrschaftssystems“ zu behaupten (S. 682), ist dagegen uneingeschränkt zuzustimmen. Kritik wie diese, die zudem eher untergeordnete Aspekte berührt, ändert nichts daran, daß es sich bei dem Band um eine theoretisch hochreflektierte und methodisch sehr sorgfältige Arbeit handelt, die für die Unternehmensgeschichte allgemein sowie für die Wirtschaftsgeschichte der zwanziger und dreißiger Jahre neue Maßstäbe setzt. Durch den Umfang der Arbeit sollte sich im übrigen niemand abschrecken lassen: Ein ausgezeichnetes Sachregister erlaubt für spezielle Fragestellungen auch die selektive Lektüre.

*Rüdiger Hachtmann*

**Leidenschaft und Bildung. Zur Geschichte der Frauenarbeit in Bibliotheken.** Hrsg. von Helga LÜDTKE (= Der andere Blick. Frauenstudien in Wissenschaft und Kunst). – Berlin: Orlanda-Frauenverlag 1992. 304 S.

Bona Peiser, Bennata Otten, Marie Nörenberg, Helene Nathan – Schauspielerinnen, Künstlerinnen? Mitnichten! Sie waren Bibliothekarinnen. Vertreterinnen jener Frauen, denen das Stereotyp der „mausgrauen alten Jungfer mit Brille und hochgeschlossener Bluse“ noch bis zum heutigen Tage anhaftet. Warum eigentlich? Die Frage steht am Anfang dieses Sammelbandes. Die Publikation, die aus einem Forschungsprojekt, unterstützt durch die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, hervorging, „ist den ersten fünfzig Jahren (1895–1945) der Geschichte der (Volks-)Bibliothekarinnen in Deutschland gewidmet.“

Bevor Bona Peiser (1864–1929), die erste Volksbibliothekarin Deutschlands, ihren Wunsch, hierzulande als Bibliothekarin zu arbeiten, realisieren konnte, bereitete sie sich in England auf den Bibliotheksdienst vor. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts kam für eine „höhere Tochter aus gutbürgerlichen Verhältnissen“ nur eine standesgemäße, respektable Tätigkeit als Lehrerin, Kindergärtnerin, Krankenpflegerin oder Künstlerin in Frage. Die Eröffnung der ersten öffentlichen Lesehalle „in einem dichtbesiedelten Arbeiterviertel im Zentrum Berlins“ im Januar 1895 war der Beginn eines neuen Frauenberufs im Kaiserreich, der Bibliothekarin. Problematisch für die folgende Generation von Bibliothekarinnen blieben die diffusen Ausbildungs-, Arbeits- und Gehaltsverhältnisse, Gründe, weshalb Männer für die Arbeit in Volksbibliotheken wenig Interesse zeigten. Dies galt jedoch nicht für die Bibliotheksleitung. Hier waren Frauen die Ausnahme.

Bennata Otten (1882–1955) leitete von 1906 bis 1926 die Öffentliche Bücher- und Lesehalle in Lübeck. Von 1926 an war Marie Nörenberg (1872 bis 1961) sieben Jahre lang Leiterin der Stadtbücherei Charlottenburg. Sie wird beschrieben als ehrgeizige, schlagfertige und selbstbewußte Frau mit Karriereabsichten. Ihr Werdegang endete 1933, weil „sie Hitler nicht den Dienstleid leisten wollte“. Helene Nathan (1885–1940), von 1921 bis 1933 Leiterin der Stadtbücherei des Berliner Arbeiterbezirks Neukölln, war als Jüdin und SPD-Mitglied von der nationalsozialistischen „Gleichschaltung“ ebenfalls betroffen. Für die Zeit des Nationalsozialismus stellt Helga Lüdtke die These auf, „daß Hinnehmen und Mitmachen der Büchereibeschäftig-



ten – zugleich die Stabilisierung der NS-Herrschaft auch durch das „Funktionieren“ der Volksbüchereien – besonders dadurch geprägt ist und die Durchsetzung der Bibliotheksgleichschaltung relativ reibungslos erst möglich geworden ist, weil der Bibliothekarberuf von Anfang an zum ganz überwiegenden Teil von Frauen ausgeübt wurde.“

Interviews mit pensionierten und berufstätigen Bibliothekarinnen, biographische Porträts, zeitgenössische Texte von Berufsvertreterinnen kombiniert mit historischen Analysen, die die Lebens- und Arbeitswelten in Deutschland und den USA berücksichtigen, sind in diesem Band zusammengetragen. In einer 1989 durchgeführten Untersuchung zum Verhältnis von Frauen und Männern in diesem Beruf wird deutlich: Das alte Image ist immer noch vorhanden. Nun ist aus der Sicht der Bibliothekarinnen die „graue Maus mit Brille“ allerdings der männliche Kollege geworden.

Lange hat es gedauert, bis in Deutschland begonnen wurde, den Bibliothekarinnenberuf, der „geradezu als Musterfall für weibliche nichtindustrielle Erwerbsarbeit gelten kann“, aufzuarbeiten. In ihrer Einleitung fächert Helga Lüdtko den theoretischen Rahmen auf. Da mehr als zwei Drittel der Frauen, die diesen Beruf wählen, aus bildungsbürgerlicher Sozialisation stammen, bietet dieser Frauenberuf genauere Einblicke in die Funktionalisierung des weiblichen „Geschlechtscharakters“ – Selbstverleugnung, Anpassung, Emsigkeit, Bescheidenheit, Hingebung u. a. m. –, die in einem Konzept der „organisierten Mütterlichkeit“ kulminiert.

Unterhaltsam, ja spannend ist der Band besonders dann, wenn man sich von der dargebotenen Vielfalt der Textarten zum „Querlesen“ verführen läßt. Gerade die angesprochenen personellen, regionalen und politischen Konstellationen bieten zahlreiche Ansätze zu weiteren Forschungen, z. B. in Heimatmuseen und Geschichtswerkstätten. Mögliche Vorhaben in diese Richtung erleichtert die Herausgeberin, selbst Bibliothekarin, durch eine ausführliche kommentierte Bibliographie. Mit dem vorliegenden Band wurde die Erforschung „der Geschichte der Frauenarbeit und Frauenberufe“ nicht nur um eine Facette erweitert, sondern auch versucht, einen Weg in Richtung geschlechterspezifische Formen von Berufsorientierung zu weisen. Die vor allem von Bibliothekarinnen geschriebenen Beiträge zeigen, daß der Funke der „Leidenschaft“ für die Geschichte und Entwicklung der Frauenbibliotheksarbeit auf viele der Betroffenen übergesprungen ist.

*Regine Zennß-Reimann*

POHL, Karl Heinrich: **Die Münchner Arbeiterbewegung, Sozialdemokratische Partei, Freie Gewerkschaften, Staat und Gesellschaft in München 1890–1914** (= Schriftenreihe der Georg-von-Vollmar-Akademie, Bd. 4). – München, London, New York und Paris: Verlag K. G. Saur 1992. 568 S. und Anh.

Wer noch nicht wußte, daß Preußen nicht die gesamte Geschichte des Deutschen Kaiserreichs bestimmt hat, erfährt es durch dieses Buch. Ergebnis der vorliegenden Studie ist ein deutscher Sonderweg im Sonderweg (S. 522). Die Bielefelder Habilitationsschrift beginnt mit der Analyse der Konstellationsbedingungen der Münchner Arbeiterbewegung, untersucht deren Organisation und Entwicklung und widmet sich ferner der Politik der Freien Gewerkschaften sowie der Sozialdemokratie. Hierbei behandelt der Autor vor allem die Tarifvertragspolitik, die Einflußnahme der Arbeiterbewegung auf Gewerbegericht und Arbeitsamt sowie auf die Ortskrankenkasse. Außerdem berücksichtigt der Autor bildungs- und kulturpolitische Aspekte, z. B. die Entwicklung des sozialdemokratischen Pressewesens. Darüber hinaus werden die sozialdemokratische Gemeindepolitik sowie die Arbeiterkonsumvereine und die Wohnungspolitik ins Visier genommen. Im Abschlußkapitel stellt sich der Autor der Aufgabe, die Münchner Arbeiterbewegung in die Geschichte der bayerischen Gesamtpolitik jener Zeit zu integrieren.

Die Arbeit beruht auf umfangreichen Quellen- und Literaturrecherchen. Zwar betritt sie keine neuen methodisch-konzeptionellen Wege, und der Autor vermeidet auch, sich auf Definitionsprobleme vom „Reformismus“ und „Radikalismus“ innerhalb der Arbeiterbewegung einzulassen, die Studie besticht aber durch die zahlreichen empirisch erarbeiteten und systematisch aufbereiteten Aspekte. Pohl bewertet im allgemeinen die historischen Sachverhalte sehr abgewogen, so beispielsweise wenn er die Tarifverträge zwar als erfolgreich eingesetztes Mittel zur Integration der Arbeiter in die Gesellschaft ansieht, dabei aber auch auf die Begrenztheit der dadurch erreichten materiellen Zugeständnisse verweist; oder wenn er die kommunale Wohnungspolitik zugunsten der unteren Schichten als einen Erfolg betrachtet, gleichzeitig sich aber durchaus nicht den Blick darauf verstellt, daß es nach wie vor eine große Wohnungsnot in München gegeben hat. Dadurch hebt sich Pohl positiv von manchen anderen Autoren ab, die gerade in der jüngsten Vergangenheit daran gegangen sind, die



Politikstrategien innerhalb des Deutschen Kaiserreiches zu beschönigen.

Positiv hervorhebenswert ist ferner der ständige Blick des Autors über München hinaus, um Vergleiche mit anderen Städten anzustellen. Allerdings hätte man sich gewünscht, daß Pohl diesen Vergleich noch systematischer durchgezogen hätte, beispielsweise durch eine Auswertung der wichtigen Statistiken, die Heinrich Silbergleit über die preußischen Städte und ihre kommunalen Einrichtungen 1908 veröffentlicht hat. Vielleicht wäre es dann auch gelungen, die deutsche Besonderheit der Münchner SPD und der Münchner Reformpolitik noch deutlicher hervortreten zu lassen, beispielsweise was den Zeitpunkt der Einrichtung des Gewerbegebietes, der Wohnungskommission etc. anbelangt. Denn auch innerhalb Preußens gab es Städte, die relativ fortschrittlich waren, und andere, die auf sozialpolitischem Gebiet weit hinterherhinkten.

Obwohl sicherlich nichts gegen die konstatierte Besonderheit des süddeutschen Reformismus einzuwenden ist, werfen Pohls Bewertungen Fragen auf. So sieht Pohl in den Wahlrechtsveränderungen vom Jahre 1906 auf Landtags- und 1908 auf Gemeindeebene positive Entwicklungstendenzen. Nach wie vor – so darf eingewendet werden – bestand jedoch ein plutokratisches Wahlrecht. Während 1905 von 539 000 Einwohnern nur 98 000 bei der Landtagswahl und 31 000 bei der Kommunalwahl wahlberechtigt waren, waren es von 620 000 Einwohnern insgesamt 96 000 bei der Landtagswahl von 1912 und 41 000 bei der Kommunalwahl von 1911. Die Prozentsätze der Wahlberechtigten hatten sich demnach kaum verändert. Wer davon ausgeht, daß dem Wahlrecht entscheidende Bedeutung für Fragen von Macht und Herrschaft zukommt, muß erstaunt sein, daß im liberalen süddeutschen Klima an diesem neuralgischen Punkte „gemauert“ wurde. Unter einem solchen Aspekt gesehen, nimmt auch die konzessionsbereite und kompromißfreudige Politik des Zentrums und der Liberalen im Hinblick auf die anstehenden Aufgaben in der Kommunalverwaltung einen anderen Stellenwert ein. Etwas vorschnell urteilt deshalb Pohl, daß eine Entwicklung zum Parlamentarismus quasi nur mehr als eine Frage der Zeit anzusehen sei. – Zumindest ist von keinem Automatismus auszugehen. Gerade das Doppelgesicht einer (sich in Grenzen haltenden) Sozialpolitik einerseits und einem plutokratischen Kommunalwahlrecht andererseits erschien dem Bürgertum vielfach als die größtmögliche Konzession an die „Zeitströmungen“ und den Druck „von unten“.

Nach der Lektüre dieses Buches bleibt schließlich die Frage offen, wieso es gerade in Bayern zu einer starken Ausprägung der Revolution von 1918/19 gekommen ist. Zwar findet man in der vorliegenden Studie verstreute Hinweise auf bestimmte Arbeitergruppen, die von der Münchner Arbeiterbewegung nicht vertreten wurden, ferner einige Hinweise auf Mißerfolge, z. B. bei der Einrichtung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung (was jedoch beileibe keine Münchner Besonderheit war) sowie Andeutungen über eine verschärfte politische Situation während des Ersten Weltkrieges. Aber diese Hinweise reichen als Erklärung nicht aus. Man hätte deshalb bestimmte Entwicklungslinien unbedingt bis 1918/19 weiterverfolgen müssen, gerade wenn man sich, wie Pohl dies im Auge hat, von der Überlieferung der älteren Geschichtsforschung, der sog. Bosl-Schule, unterscheiden möchte. Solche Überlegungen zu schwierigen Bewertungsfragen ändern jedoch nichts an der insgesamt positiven Gesamteinschätzung der vorliegenden Arbeit.

Ein Defizit der Arbeit besteht allerdings in der unzureichenden Berücksichtigung der Situation von Frauen in der Analyse. Soweit überhaupt darauf eingegangen wird, bleibt Pohl im konventionell Sozialgeschichtlichen verhaftet, was vielleicht dem bayerischen, aber keineswegs dem internationalen Forschungsstand entspricht.

*Adelheid von Saldern*

BRUNNER, Claudia: **Arbeitslosigkeit in München 1927 bis 1933. Kommunalpolitik in der Krise** (= *Miscellanea Bavarica Monacensia*; Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München, Bd. 162). München: Kommissionsverlag UNI-Druck 1992. 452 S.

BRUNNER, Claudia: **„Bettler, Schwindler, Psychopathen“. Die „Asozialen“-Politik des Münchener Wohlfahrtsamtes in den frühen Jahren der NS-Zeit (1933 bis 1936)**. In Kooperation mit Regenbogen Bayern e. V. – München: UNI-Druck 1993. 125 S.

In zwei Veröffentlichungen untersucht Claudia Brunner am Beispiel von München die kommunale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in den krisenhaften Jahren 1927 bis 1936. Die fast gleichzeitig vorgelegten Publikationen bieten freilich kein geschlossenes Bild der kommunalen „Daseinsfürsorge“. Vielmehr werden verschiedene Aspekte mit



unterschiedlicher Intensität dargestellt. Bei der Untersuchung über „Arbeitslosigkeit in München 1927 bis 1933“ handelt es sich um die politikwissenschaftliche Dissertation der Autorin. Akten aus verschiedenen Archiven, zeitgenössische Publikationen und Interviews mit sieben Zeitzeugen, die in den Jahren der Weltwirtschaftskrise arbeitslos waren, bilden die Materialgrundlage. Die Autorin versteht ihre Untersuchung als „quellenorientierte Studie aus dem Bereich der lokalen sozialwissenschaftlichen Politikfeldforschung“ (S. 8). Insbesondere die Frage, ob es in der Krise zu einem „politischen Substanzverlust“ der Kommunen kam, soll untersucht werden (S. 11).

Einleitend erfolgt ein Rückblick auf die Arbeitsmarktpolitik der Stadt München bis zum Jahr 1927, in dem das Gesetz über die Einrichtung der Arbeitslosenversicherung (AVAVG) diesen Politikbereich weitgehend unter zentrale Lenkung stellte. Brunner zieht ein positives Fazit: Wegen der „unmittelbaren Verortung“ der Maßnahmen habe die Kommune im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit meist „adäquate Problemlösungen“ bereitstellen können (S. 42). Bei der Darstellung der Krisenjahre nach 1929 beschreibt die Autorin die Entwicklung des Münchener Arbeitsmarktes und berichtet über die Reaktion der politischen Parteien: Die Ansicht, es sei besser, die Arbeitslosen zu beschäftigen, als sie nur zu unterstützen, wurde zwar von allen politischen Gruppierungen akzeptiert; auf die entscheidende Frage, wie die Arbeitsbeschaffung praktisch auszusehen habe, gab es jedoch höchst unterschiedliche Antworten. Ein gemeinsames Votum der Parteien kam daher nicht zustande. Es folgen Ausführungen über die konkreten arbeitsmarktpolitischen Aktionen und Möglichkeiten der Stadt als Arbeitgeber und Wirtschaftsförderer sowie über die Situation der Wohlfahrtserwerbslosen und karitative Aktionen zur Verbesserung ihrer Lage. Während eine zusätzliche Arbeitsbeschaffung wegen der wachsenden Finanzengpässe unmöglich war und auch die Vergabe öffentlicher Aufträge immer mehr eingeschränkt wurde, gelang es der Stadt immerhin, die Zahl ihrer Beschäftigten weitgehend stabil zu halten. Die Leistungskürzungen, denen sich die Wohlfahrtserwerbslosen ausgesetzt sahen, machten „Schwarzarbeit“, d. h. die Annahme illegaler Gelegenheitsarbeit, für die Betroffenen praktisch zur Lebensnotwendigkeit. Die Zahl politisch aktiver Arbeitsloser blieb gering. Nur junge, proletarische Männer engagierten sich in der KPD-nahen Erwerbslosenbewegung. Zusammenfassend beantwortet Brunner die Frage nach den politischen Gestaltungsmöglichkeiten

der Kommune in der Krise eindeutig negativ. Zusehens unter ein „zentralstaatliche[s] Kuratel“ gestellt, wurde ihr Aktionsraum immer enger. Zugleich war die Stadt gezwungen, ihre Aktivitäten für die „vom Zentralstaat abgewälzte Personen-Gruppe“ der Langzeitarbeitslosen beständig auszuweiten, bis sie, finanziell überfordert, für die Betroffenen keine adäquate Hilfe mehr bereitstellen konnte. Eine Verlagerung politischer Entscheidungen auf die kommunale Ebene bei „Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel“ hätte – so die Autorin – die Möglichkeit „effektiver Problemlösungen“ geboten (S. 232).

Wie schon der Titel der Untersuchung – nicht „Arbeitslose in München“, sondern „Arbeitslosigkeit“ – deutlich macht, liegen Brunners Interessen nicht im Bereich der Sozialgeschichte. Über die Lebenssituation der Erwerbslosen erfährt der Leser denn auch wenig Konkretes. Die Auswirkungen der drastischen Kürzungen bei den Unterstützungen bleiben vage. Enttäuschend ist der Ertrag der Zeitzeugeninterviews: Lediglich die weite Verbreitung der Schwarzarbeit und die mangelnde Qualität des Essens bei karitativen Speisungen werden so belegt. Da weder über die Auswahl der Befragten noch über Form und Intensität der Gespräche etwas mitgeteilt wird, muß offenbleiben, ob diese Arbeitsmethode nicht doch zentralere Informationen erbringen könnte.

Die Arbeit enttäuscht jedoch auch als politikgeschichtlicher Beitrag. Sie leidet an der mangelnden Einbeziehung der übergeordneten Diskussions- und Politikebenen, einem bei Lokalstudien häufig anzutreffendem Manko. Eine unzureichende Prüfung des selbst erarbeiteten Materials und der abgeleiteten Schlußfolgerungen kommt hinzu. So vermag die zentrale These von der Überlegenheit einer kommunal gesteuerten Arbeitsmarktpolitik nicht zu überzeugen. Das positive Fazit über deren Wirkungen in den Jahren vor 1927 läßt sich aus der vorangegangenen Darstellung nicht ableiten; zudem steht es in krassem Widerspruch zu den meisten zeitgenössischen Stimmen. Daß Arbeitgeber, Gewerkschaften, Reichstagsparteien und Ministerialbürokratie die Kommunen im AVAVG arbeitsmarktpolitisch weitgehend entmachteten, erklärte sich aus weitverbreiteter Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen. Fixiert auf ihr lokales Beispiel, kommt die Autorin zudem gar nicht auf den Gedanken, daß kommunale Gestaltungsfreiheit bei entsprechenden politischen Mehrheiten auch völlige Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Erwerbslosen bedeuten kann. Die vielfältigen Argumente für die Notwendigkeit einer



zentral gelenkten Arbeitsmarktpolitik in einer tiefgreifenden Krise erfahren keine Würdigung. Auch die Frage, woher denn nach 1929 die geforderten „ausreichenden finanziellen Mittel“ hätten kommen können, wird weder gestellt noch beantwortet. Eine so unhistorisch argumentierende Arbeit kann keinen Beitrag zur Diskussion über die Alternativen zu Brünnings Deflationspolitik leisten.

Die Publikation Brunners über die „Asozialen“-Politik des Münchener Wohlfahrtsamtes nach 1933 setzt die Darstellung ihrer Dissertation zumindest teilweise fort: Die Wohlfahrtsbürokratie betrachtete in der NS-Zeit gerade Langzeitarbeitslose zunehmend als „Asoziale“, die durch vielfältige Repressionen ausgegrenzt wurden. Das fatale Wesen der nationalsozialistischen Wohlfahrtspflege und dessen Wurzeln in der Weimarer Zeit sind in der letzten Zeit bereits von verschiedener Seite dargestellt worden. Inhaltlich bringt Brunner hier zwar nichts wesentlich Neues; die zahlreichen Fallbeispiele, die auch den Widerstand von Wohlfahrtspfleglingen gegen ihre Behandlung dokumentieren, machen die Lektüre des schmalen Bandes dennoch lohnenswert.

*Karl Christian Führer*

WETZORKE, Friederike: **Die Braunschweiger Kinderfreundebewegung 1924–1930. Lagerromantik und sozialistische Erziehung.** – Frankfurt a. M.: dipa-Verlag 1992. 76 S.

Ein lebendiges Geschichtsbuch über die Braunschweiger Kinderfreunde der Zwischenkriegszeit sollte es werden, das eine breite Leserschicht anzusprechen vermag – so heißt es in der Einleitung. Und diesem Anspruch ist Friederike Wetzorke durchaus gerecht geworden, besticht ihr politisches Lesebuch schon allein auf den ersten Blick durch zahlreiche Fotos, Abbildungen und zeitgenössische Dokumente, wie Zeitungsberichte, Schulungspläne, persönliche Tagebuchaufzeichnungen u. ä. Diese Bildhaftigkeit wird auch im inhaltlichen Teil beibehalten, indem die Autorin ihre ausgewerteten schriftlichen Quellen durch eingeflochtene Aussagen lebender Zeitzeugen illustriert.

Im Mittelpunkt der Publikation stehen die sozialdemokratischen Kinderfreunde Braunschweigs, die seit Mitte der 20er Jahre weit über die Lokalgrenzen hinaus wichtige Impulse für die sozialistische Gemeinschaftserziehung lieferten. Initiator der pädagogischen Neuorientierung war der Lehrer Hermann Neddermeyer, der ebenso wie Kurt

Löwenstein zur Avantgarde der Kinderfreunde zählte. Sowohl die Literatur als auch die InterviewpartnerInnen charakterisierten Neddermeyer als schillernde Persönlichkeit mit nahezu „magnetischer Kraft“ auf Kinder und Jugendliche. Nicht zuletzt war es wohl seine Ausstrahlung, die Braunschweig zu einem der mitgliederreichsten Kinderfreundebezirke machte. Neddermeyers oberstes Ziel war die Erziehung einer neuen Generation, die „imstande sein wird, eine sozialistische Welt zu erkämpfen und aufzubauen“ (S. 12). Mit viel Engagement, Kreativität und Experimentierfreudigkeit organisierte er 1925 das erste Zeltlager Deutschlands, die sogenannte „Kinderrepublik“, in der bereits neue, sozialistische Erziehungsinhalte vermittelt wurden. Der „Pilotversuch“ Neddermeyers stieß in den Reihen der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde (RAG) auf breite Zustimmung. In den folgenden Jahren entwickelten sich die mehrwöchigen Zeltlager zum Nonplusultra der Kinderfreundepädagogik, ermöglichten Tausenden von Arbeiterkindern einen preisgünstigen, meist kommunal subventionierten Erholungsurlaub.

Welche sozialistischen Erziehungsgrundsätze verfolgten die Kinderrepubliken? Auf diese Frage findet Friederike Wetzorke einige überzeugende Antworten: In den mehrwöchigen Ferienkolonien konnten die Kinder und Jugendlichen in der Gemeinschaft von Gleichaltrigen neue, vielfältige Erfahrungen sammeln. Da machten die meisten Arbeiterkinder, die nicht selten aus autoritären Elternhäusern kamen, in den selbstverwalteten Kinderrepubliken ihre ersten demokratisch-sozialistischen Gehversuche, lernten Entscheidungen im Gesamtinteresse des Ferienlagers zu treffen und durchzuführen. Überdies war zur Aufrechterhaltung des Ferienbetriebs die kollektive Mitarbeit gefordert. Neben der Errichtung der Zelte, dem Küchendienst, der Beaufsichtigung der Jüngsten und dem Einkauf waren die Kinder auch für ihr Freizeitvergnügen verantwortlich, das, wie die zahlreichen Antikriegsfeiern, Kinderdemonstrationen, Sonnenwendfeiern u. ä. beweisen, gerne mit politischen Inhalten gefüllt wurde. Zum ständigen Zankapfel der Kinderrepubliken entwickelten sich die praktizierte Koedukation, die nicht nur bürgerlich-klerikale Moralapostel, sondern auch einige konservative Arbeitereltern nachhaltig erzürnte.

Aus heutiger Sicht erscheinen viele sozialistische Erziehungsideale der Kinderfreunde, wie Disziplin, Führerprinzip, Militanz und Sexualethik eher befremdlich. Der Blick auf die historischen Rahmenbedingungen, die in die Publikation mit einfließen,

weckt Verständnis für die damalige „Klassenpädagogik“. Kurzum, ein gelungenes politisches Lesebuch für alte und junge LeserInnen!

*Barbara Schleicher*

**HILBERG, Raul: Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945.** Aus dem Amerikanischen von Hans Günter Holl. 3. Aufl. – Frankfurt a. M.: S. Fischer Verlag 1992. 367 S.

Raul Hilberg, jüdischer Herkunft, 1926 geboren, erlebte 1938 in Wien Anschluß und Novemberpogrom und ging 1939 ins Exil in die USA. Geprägt durch seine Erlebnisse, wurde die Verfolgung der Juden durch die Nazis das Hauptthema seiner wissenschaftlichen Arbeit. Sein grundlegendes Werk „The Destructions of the European Jews“ wurde erstmals 1961 in Chicago verlegt und danach in viele Sprachen übersetzt. Es dauerte 21 Jahre, bis 1982 die deutsche Übersetzung „Die Vernichtung der europäischen Juden“ herauskam, die seit 1989 durch die dreibändige Taschenbuchausgabe eine weite Verbreitung erreichte. Dem neuen Buch „Perpetrators, Victims, Bystanders. The Jewish Catastrophe 1933–1945“, New York 1992, folgte fast zeitgleich die deutsche Ausgabe.

Das neue Buch führt das vorausgegangene durch eine besondere Sicht auf den Holocaust weiter: Es behandelt die Verstrickung von drei Menschengruppen mit diesem Vernichtungsprozeß. Die erste – die Täter – gliedert Hilberg in acht spezielle Kategorien: Hitler ist die Führungsspitze der antisemitischen Propaganda und der Verfolgungsmaßnahmen, es kommen dann die „Beteiligten“ aus den Spitzengremien des NS-Regimes (Reichs- und Parteikanzlei, Ministerien, Wehrmachtsführung, Großbanken, RSHA der SS u. a.), die Funktions-träger aus den alten Eliten (höhere Staatsbeamte, Generäle, Industriemanager u. a.) sowie die aus den neuen Eliten (Funktionäre der NSDAP aus Deutschland, Karrieristen aus Österreich und machtgierige Volksdeutsche aus den besetzten Gebieten). Als fünfte Kategorie werden Fanatiker, Rohlinge und seelisch Belastete (Neurotiker) genannt. Eine sechste Untergruppe bilden die in der Vernichtungsmaschinerie tätigen Ärzte und Juristen. Zwei weitere Täter-Kategorien sind die Satellitenregierungen, die die Diffamierung, Entrechtung und Ermordung der Juden unterstützten, und schließlich die ausländischen Freiwilligen in SS-, Polizei- und Wehrmachteinheiten, die an

Razzien auf Juden, an Wach- und Erschießungskommandos beteiligt waren.

Bei den Opfern, der zweiten Hauptgruppe, behandelt Hilberg zuerst die Judenräte, die die SS-Schergen als Handlanger ihrer Verbrechen mißbrauchten und die dennoch Todgeweihte waren. Als zweite Untergruppe folgt die halbe Million Flüchtlinge, die Deutschland und andere Länder, in denen ihr Leben bedroht war, verließ. Etwa 100 000 dieser Flüchtlinge fielen beim deutschen Einmarsch in anderen Ländern ihren Mördern in die Hände. Die millionenstarke Gruppierung der jüdischen Männer und Frauen, die ermordet wurden, steht an dritter Stelle. Hilbergs Einordnungen, insbesondere hier im Fall der Mehrheit, sind diskussionswürdig. Als weitere Untergruppe werden behandelt die Partner in Mischehen, die jüdischen Kinder, die christlichen Juden, die Privilegierten (Menschen in wichtigen Positionen und mit speziellen Berufen, Kriegsveteranen), die Unangepaßten, die Widerstand leisteten, und schließlich jene Juden, die überlebten.

Die dritte Hauptgruppe der „Zuschauer“ ist von Hilberg in sieben Teile gegliedert. Er behandelt das Verhalten der verschiedenen Nationen im okkupierten Europa, beschreibt die Motive von Helfern, Profiteuren und Schaulustigen, würdigt den Einsatz jener Menschen, die Informationen über die Judenvernichtung ins Ausland brachten, und berichtet über jüdische Gemeinden und Organisationen im Ausland, die sich um Rettung bemühten. Weitere Unterkapitel sind der zwiespältigen Haltung der Alliierten, der Zurückhaltung der Neutralen und der unzureichenden Reaktion der Kirchen gewidmet. Die Überschrift „Zuschauer“ erfaßt nicht die gesamte hier dargestellte Spannbreite: für Warner, Helfer und Retter erscheint mir die Eingliederung nicht angebracht.

Der renommierte Autor hat seine Ausführungen auf eine Materialfülle gestellt und mit ausdrucksstarken Beispielen versehen. Komplizierten Verflechtungen und Widersprüchen, mannigfaltigen Ursachen und Auswirkungen spürte er mit Erfolg nach. Das Buch vermittelt neue Fakten und eine Sicht auf Zusammenhänge, die für das Thema des Holocaust bedeutsam sind.

*Klaus Scheel*



FISCH, Jörg: **Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg.** – München: C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung 1992. 359 S.

In fünf Kapiteln untersucht der Verf. die Geschichte und den Begriff der Reparationen bis zum Zweiten Weltkrieg, die Reparationsplanung im Krieg, die Leistungen der Reparationsschuldner sowie ihr wirtschaftliches und politisches Umfeld, schließlich beschäftigt er sich mit dem Thema im Kontext der wirtschaftlichen und der politischen Nachkriegsentwicklung Deutschlands und Europas. Der globale Rahmen der Untersuchung trägt erheblich zu einer Entemotionalisierung des Begriffs Reparation bei, den der Verf. von seinem historischen Inhalt her für so alt hält wie den Krieg, der sich aber erst nach 1919 in seiner modernen Begriffsform in falscher Analogie zum Zivilrecht etablierte. „Reparationen sind volkswirtschaftliche Zwangsleistungen, die nach einem Kriege einseitig vom Besiegten zugunsten des Siegers erbracht werden, ohne daß dadurch die Differenz zwischen Besiegten und Siegern aufgehoben wird“ (S. 17). An dem Resümee des Verf., daß Reparationen „eine der wesentlichen ursprünglichen Ursachen für die Teilung“ Europas und Deutschlands waren (S. 304), die zeitlich bereits zwischen Jalta und Potsdam angesiedelt und spätestens 1947 durch die westliche Ablehnung von Reparationen aus laufender Produktion besiegelt wurde, ist vor allem hervorhebenswert, daß diese von den USA bestimmte Haltung eigentlich auf den Morgenthau-Plan und sein Ziel der wirtschaftlichen Niederhaltung Deutschlands zurückging. Damit wird die Diskussion um die Anfänge des „Kalten Krieges“ um eine völlig neue Perspektive bereichert, da für den Verf. die amerikanische Teilungskonzeption nicht gegen die Sowjetunion gerichtet war. Vielmehr habe die „Schuld“ der Anglo-Amerikaner darin bestanden, daß sie sich von ihrem Feindbild Deutschland nicht lösen konnten und ihre Haltung mit dem sowjetischen Interesse an einem Optimum an Reparationen kollidierte.

Den Vorzug des Buches macht nicht nur die Fülle der (beispielsweise auch in 29 Tabellen) präsentierten Zahlen aus, sondern vor allem der unpräntöse Ton, die schweizerisch-nüchterne und „neutrale“ Behandlung dieses zumal in Deutschland emotional überladenen Themas. Mit gutem Recht hält sich der Verf. auch nicht dabei auf, die verwirrenden Zahlenspiele um die deutschen Reparationen lichten zu wollen. Gegen seine globale Sicht der Reparationsfrage könnte kritisch eingewandt werden, daß die Konzeption insofern widersprüch-

lich ist, als Reparationen als dynamische „Kriegselemente“ politischen Willensfaktoren unterlagen und mit Rechts- oder anderen allgemeinen Ordnungskategorien nicht hinlänglich zu fassen sind. Doch auf die ausstehende Behandlung der deutschen Reparationen aus gesamtdeutscher Perspektive macht der Verf. ja ausdrücklich aufmerksam. Wenn Fisch resümiert, daß die nach dem Zweiten Weltkrieg geleisteten Reparationen anders als in der Zwischenkriegszeit keine Gefährdung der Weltwirtschaft mit sich brachten, allerdings verheerende politische Folgen hatten, vergißt er nicht, darauf aufmerksam zu machen, daß die Reparationspolitik Japans Rückeroberung alter und Erschließung neuer Märkte, den Wiederaufbau Westdeutschlands und in Finnland einen Industrialisierungsschub bewirkte, in der DDR und in Ostösterreich allerdings die hohen sowjetischen Entnahmen zum ökonomischen Rückstand gegenüber den Westteilen geführt haben. Ein Hinweis auf innenpolitische Zusammenhänge und Konsequenzen der Reparationsentnahmen fehlt leider. Dabei wäre er geeignet, der sowjetischen Haltung in der Reparationspolitik ebenso wie der genauer analysierten anglo-amerikanischen ein hohes Maß an innerer Widersprüchlichkeit zu bestätigen, zumal bereits die Devaluation der Arbeitskraft durch ihre kostenlose Entnahme zu einer erheblichen Minderung der sozialen und politischen Schlagkraft der politischen Linken nicht nur in den Ländern der Reparationsschuldner, sondern unmittelbar auch in denen der Reparationsgläubiger führte. Diese politischen Kosten der meistens auf direkt bezifferbare ökonomische Entnahmen reduzierten Reparationen verdienen noch besondere Beachtung, denn möglicherweise unterlag der Verf. allen guten Vorsätzen zum Trotz dennoch einem moralisch bedingten Fehlurteil. Die sowjetische Haltung muß jedoch ebenso „wertfrei“ analysiert werden, und zwar auch in ihren komplexen ökonomischen wie politischen Ursachen- und Folgewirkungen in den militärisch von der Sowjetunion „nicht besiegt“, aber ökonomisch „nicht befreien“ Ländern Ostmitteleuropas. Vielleicht werden solche Analysen aber nur zu dem Ergebnis führen, daß eine Wiederholung der reparationsbedingten ökonomischen und politischen Misere der Zwischenkriegszeit ursächlich eine Folge der marktökonomischen Teilung Europas nach 1945 war und dem Reparationsproblem insofern nur der Stellenwert eines begleitenden diplomatisch-propagandistischen Geplänkels zukam. (Die „moralische“ Argumentation von dem sowjetischen Reparationsmaximum von 10 Milliarden Dollar läßt außer acht, daß der

Wert der an Polen gefallen deutschen Ostgebiete sowjetischerseits 1945 mit eben dieser Summe bewertet worden ist).

An Komplimenten für Fischs Buch sollte nicht gespart werden, und es wäre wünschenswert, wenn die Klarheit der Argumente und des Stils Nachahmer finden würde. Keine Wünsche offen läßt die liebevolle Sorgfalt des Verlags bei der Bücherherstellung.

*Jan Foitzik*

STEINBORN, Norbert und Hilmar KRÜGER: **Die Berliner Polizei 1945 bis 1992. Von der Militärreserve im Kalten Krieg auf dem Weg zur bürger-nahen Polizei?** – Berlin: Berlin-Verlag Arno Spitz 1993. XII, 324 S.

Wer sich über das Werden und Wachsen der bundesdeutschen Polizei, der Ämter für Verfassungsschutz, des BND etc. sachkundig machen will, stößt zwar auf eine unüberschaubare juristische Literatur, die einschlägige Rechtsfragen bis zum Erbrechen wiederkaut. Doch auf „Fleisch“, d. h. auf Arbeiten, in denen mit wissenschaftlicher Akribie Geschichte und Praxis dieser Institutionen nachgezeichnet wären, wird man nahezu nicht stoßen, soweit die Suche Autoren aus dem etablierten akademischen Milieu gilt. „Weiße Flecken“ gibt/gab es also nicht nur in der einst „herrschenden“ Historiographie der ehemaligen DDR, sondern gleichermaßen in der der Bundesrepublik. Der Unterschied: In der Bundesrepublik gab und gibt es neben der etablierten Zeitgeschichte und Politologie meist fachfremde „Wilderer“, die sich gelegentlich der Themen annehmen, vor denen der normale Wissenschaftsbetrieb systematisch kneift. Daß diese „Wilderer“ auch publizieren können, benennt den zweiten systematischen Unterschied der Systeme.

Zu diesen „Wilderern“ zählt Norbert Steinborn, der nach einer Studie zur Nachkriegsgeschichte der Hamburger Polizei (zusammen mit Karin Schanzenbach, „Die Hamburger Polizei nach 1945“, Hamburg 1990) nun in Kooperation mit Hilmar Krüger eine Arbeit zur Geschichte der Berliner Polizei zwischen 1945 und 1992 vorgelegt hat. So verspricht es zumindest der – irreführende – Titel. Bis auf die Jahre 1945–1948 ist es ausschließlich eine Geschichte der Polizei in Berlin-West, abgesehen von einem kursorischen Überblick über die Zusammenführung der Polizeien beider Stadthälften ab dem 3. Oktober 1990. Erwähnenswert

ist, daß das Buch „mit freundlicher Unterstützung der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin publiziert“ wurde und ein aktiver Polizeihauptkommissar als Co-Autor beteiligt war. Gemessen an üblicher „polizeinaher“ Polizeigeschichtspublizistik ist eine unerwartet kritische Arbeit vorgelegt worden, die diesen „Biß“ keineswegs verliert, je stärker sich die Autoren der Gegenwart nähern.

Die interessantesten Kapitel sind gewiß jene über die Zeit zwischen 1945 und 1968/74 – die Jahre des Neuaufbaus, der Spaltung der Stadt, des Kalten Krieges und des Wandels im Übergang zu den 70er Jahren. Nicht nur die KPD/SED und ihre „Schutzmacht“ erwiesen sich in der Polizeifrage als ausgesprochen machtbewußt, sondern gleichermaßen auch die politischen Kräfte in den westlichen Sektoren Berlins, wie die Autoren an der Geschichte der Spaltung der Stadt und dem Kampf um Einfluß auf die Polizei quellenstark zeigen.

Die durchgängige Schwäche des Bandes liegt darin, daß die Autoren keine systematische, erkenntnisleitende Fragestellung skizzieren und verfolgen, von der her die Darstellung der Polizeientwicklung in den verschiedenen Phasen der Stadtgeschichte hätte Struktur erhalten können. Was etwa eine bürgernahe Polizei ausmacht – der implizite Bezugspunkt der Kritik –, wird nicht entwickelt. Die Darstellung leidet deutlich darunter, wirkt häufig beliebig-additiv.

Freimütig und anschaulich wird jene Frontstadtmischung aus Furcht vor und Haß auf den kommunistischen Nachbarn im anderen Teil Berlins in den 50er und 60er Jahren geschildert, die für die Entwicklung der Stadt strukturbestimmend war und häufig auch das Gesicht der Polizei im westlichen Teil Berlins häßlich verzerrte. Gleichermäßen deutlich wird an der Darstellung der Polizeientwicklung und -praxis seit den endsechziger Jahren bis zur Vereinigung der Stadt – mehr als zwanzig Jahre vielfältigster Konfrontationen zwischen der (West-)Berliner Polizei und einem vorwiegend jugendlichen Protestpotential –, wie stark der Stil dieser Konfrontationen nicht von rechtlichen Bindungen der Polizei, sondern von wechselnden politischen Vorgaben bestimmt wurde.

Es lohnt sich mithin, auch jenseits stadtgeschichtlichen Interesses, in das Buch zu schauen.

*Falco Werkentin*



LORENZ, Einhart: **Exil in Norwegen. Lebensbedingungen und Arbeit deutschsprachiger Flüchtlinge 1933–1943.** Mit einem Vorwort von Willy Brandt (= Nordeuropäische Studien, Bd. 7). – Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1992. 402 S.

Noch immer gibt es keine umfassende, vergleichende Gesamtdarstellung des Exils in Skandinavien. Zwar existieren einzelne Studien, doch eine Gesamtanalyse für Norwegen lag bisher nicht vor. Lorenz' Studie über das deutschsprachige Exil in Norwegen schließt eine bisherige Lücke der Exilforschung, die Norwegen entweder gar nicht oder nur marginal behandelt hatte.

Die Gesamtzahl der Flüchtlinge in Norwegen betrug ca. 2000 Personen, hinzu kamen etwa 500 jüdische Flüchtlinge, von denen viele jedoch nur als Transitemigranten galten. Die Flüchtlinge sahen sich einer Fremdenpolitik gegenüber, die von der grundlegenden Zielsetzung ausging, den Zustrom auf ein Minimum zu reduzieren. Erst nach der Regierungsübernahme durch die Arbeiterpartei 1935 wurden allmählich die Versuche aufgegeben, die Flüchtlinge durch den Entzug der finanziellen Unterstützung aus dem Land zu zwingen und sie statt dessen in den Arbeitsprozeß zu integrieren. 1938 ging Norwegen zu einem Quotensystem über, das Visa nach dem Grad der politischen Gefährdung und der beruflichen Qualifikation vergab, damit auch weiterhin kein Ausländer einen Norweger vom Arbeitsmarkt verdrängen konnte. Den Flüchtlingen halfen verschiedene Hilfsfonds, von denen der Justizfonds der Arbeiterbewegung bis 1938 der wichtigste war.

Lorenz zeichnet ein differenziertes Bild der norwegischen Flüchtlingspolitik. Die restriktive Politik gegenüber den Flüchtlingen wurde von allen parlamentarischen Parteien mit der ökonomischen Not und der Furcht, ein „Judenproblem“ zu importieren, begründet. Insbesondere in der Beurteilung der Situation der Juden in Deutschland zeigten sich Unverständnis und Naivität der norwegischen Regierung. Nahm man vor der „Kristallnacht“ an, Juden seien weniger gefährdet als politische Flüchtlinge, fürchtete man danach einen „Strom“ jüdischer Flüchtlinge. Aber es gab auch Hilfe und Unterstützung aus der Arbeiterbewegung und dem liberalen Bürgertum. Eindrucksvoll werden die Lebensumstände im Exil aufgezeigt. Arbeitsmöglichkeiten, Wohnverhältnisse, Sprachprobleme sowie psychische Schwierigkeiten werden durch Einzelbeispiele dargestellt und verallgemeinernd bewertet.

Bevor Lorenz das politische Exil in Norwegen

darstellt, gibt er dem Leser zunächst als Hilfestellung einen „Wegweiser durch die gesplante deutsche Linke“. (Ein kleiner Fehler: Der theoretische Kopf des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes war der Göttinger Philosoph Leonard Nelson.) Das politische Exil in Norwegen war durch eine Besonderheit der norwegischen Arbeiterpartei (DNA) geprägt. Diese hatte sich 1919 der Kommunistischen Internationale angeschlossen und nach ihrem Austritt 1923 nur mit linkssozialistischen Kleinstparteien kooperiert. Erst 1938 schloß sie sich der Sozialistischen Arbeiter-Internationalen an. Daher war es nicht überraschend, daß es zu keiner sozialdemokratischen Emigration nach Norwegen kam. Die Gründung einer ersten sozialdemokratischen Gruppe erfolgte erst 1937, diese gehörte zur innerparteilichen Opposition, sie wurde von der Gruppe Neu Beginnen dominiert. Die 1939 aus der Tschechoslowakei kommenden wenigen Sopade-Anhänger konnten daran nichts ändern und zogen sich in die Isolation zurück, da ihrer Meinung nach die Emigrantengemeinschaft „kommunistisch dominiert“ war. Das kommunistische Exil war bis 1939 ein unbedeutender Außenposten. Detailreich skizziert Lorenz die Arbeit der ersten KPD-Gruppe in Oslo, die 1935 gegründet wurde. Mit der Übersiedlung von prominenten KPD-Vertretern aus dem Prager Exil 1938/39, u. a. Hermann Matern, Gustav Gundelach, Karl Mewis, sowie zurückkehrenden Spanienkämpfern war die KPD mit 45 Flüchtlingen die stärkste Exilgruppe. Die wichtigste Gruppe in Norwegen war, so Lorenz, die SAP. Sie hatte die günstigsten Startbedingungen, gehörte sie doch ebenso zur internationalen Arbeitsgemeinschaft linkssozialistischer Parteien wie die norwegische Arbeiterpartei. Zwar war die eigentliche Parteizentrale Paris, doch galt Oslo seit 1937 als ein Hauptknotenpunkt der Exil-SAP. Dreimal scheiterte die Parteileitung der SAP mit dem Versuch, nach Oslo überzusiedeln. 1939 wurde Oslo für den Kriegsfall als Verbindungsstelle bestimmt. Damit wurde die erfolgreiche Arbeit in der DNA, der Jugendarbeit der SAP, den Bemühungen um die Nobelpreiskampagne für Ossietzky, den erfolgreichen Volksfrontbemühungen Rechnung getragen. Allerdings ist auch hier der Zerfallsprozeß der SAP mit den vielen innerparteilichen Kontroversen beispielhaft nachzuvollziehen. Keine andere Gruppe war derart von Desintegration geprägt wie die SAP. Andere Gruppierungen, wie die sudetendeutschen Sozialdemokraten, die österreichischen Sozialisten bzw. Kommunisten, die KPO oder die Trotzisten, spielten nur eine untergeordnete Rolle.

In Lorenz' Arbeit dominiert das politische Exil. Leider werden die jüdischen Emigranten und das künstlerisch-intellektuelle Exil nur kurz dargestellt.

Wichtig für die künftige Forschung ist, daß Lorenz frühere Arbeiten über das norwegische Exil korrigiert, ergänzt, oder erstmals verlässliche Angaben vorlegt.

*Udo Vorholt*

GRANDNER, Margarete: **Kooperative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Die freien Gewerkschaften Österreichs im ersten Weltkrieg** (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, Bd. 82). – Wien, Köln und Weimar: Böhlau Verlag 1992. 465 S.

Da die Literatur über Gewerkschaftspolitik in Österreich während des Ersten Weltkrieges nicht gerade Bibliotheken füllt, ist diese neue Publikation der österreichischen Autorin natürlich zu begrüßen. In akribischer Manier werden sowohl die Sozialpolitik der herrschenden Eliten als auch die Aktionen und Reaktionen seitens der Gewerkschaften dargelegt. Durch die Verarbeitung umfangreichen Primärmaterials erweist sich die Autorin als souveräne Kennerin in der Materie.

In deskriptivem Schreibstil wird der Bogen von der Vorkriegsgeschichte über die Kriegszeit bis zum Zusammenbruch des Habsburgerreiches gespannt, wobei erwartungsgemäß die Kriegsperiode den Schwerpunkt der Arbeit darstellt. Ziel der Arbeit ist das Nachzeichnen der Integration der Gewerkschaften in den Staat über die Vermittlerposition zwischen Repression der herrschenden Klassen gegenüber der Arbeiterschaft und die dadurch zunehmende Protestbereitschaft derselben. Diese Positionierung ergab sich nach Meinung der Autorin durch den Versuch, einerseits weiterhin das Sprachrohr der Arbeiterbewegung zu bleiben und andererseits durch die Gestaltung der Burgfriedenspolitik einer drohenden Repression seitens des Staates zuvorzukommen. Glücklicherweise beschreibt die Autorin die Gewerkschaftspolitik im Zusammenhang der Politik der herrschenden Akteure: Militärverwaltung, Unternehmen und Staat. Somit vermeidet sie jene oftmals in der Literatur anzutreffende Eindimensionalität, die gesellschaftliche Gruppen sozusagen „freischwebend im Raum“ agieren läßt.

Wenn der Rezensent trotzdem das Buch nicht völlig befriedigt aus der Hand legt, ist dies primär der

mangelnden analytischen Durchdringung der Materie geschuldet. In der Frauenfrage beispielsweise existierten folgende gegensätzlichen Standpunkte: Durch das stärkere Heranziehen in den Arbeitsdienst verlangten die Arbeiterinnen, ihre Probleme selbst in Forderungen zu artikulieren, während die Gewerkschaftsführung darauf bestand, daß es keine Frauen-, sondern nur eine Arbeiterfrage gäbe. Die Autorin vermeidet nun jegliche Diskussion, obgleich mit dem Aufkommen der „gender history“-Debatte wohl genügend Möglichkeiten existieren, diesen strittigen Punkt einer genauen Analyse zu unterziehen. Anzumerken ist auch das Fehlen jeglicher Betrachtung des Faktors Arbeit. Radikalisierung und zunehmende Streikbereitschaft wird nur durch die zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen erklärt, ohne beispielsweise die Streikforderungen einer Untersuchung zu unterziehen. Das Vorlegen von Statistiken über die Verelendung kann wohl nur bedingt über das veränderte Streikverhalten Aufschluß geben.

Da die Autorin sehr nüchtern urteilt, entgeht ihr gerade jene analytische Stringenz in den Arbeiten, die theoriegeschichtliche Diskussionen anregen und somit die historische Forschung voranschreiten lassen. Obgleich – wie erwähnt – die Literatur zu diesem Thema nur dünn gesät ist, wäre zumindest eine Analyse des Forschungsstandes angebracht gewesen. Gerade hier schlägt das Fehlen einer Einleitung negativ zu Buche. – Trotz dieser Mängel ist dies eine wichtige Arbeit, und sie bietet genügend Grundmaterial, einige der hier aufgeworfenen Fragen in Spezialuntersuchungen näher zu beleuchten.

*Thomas Zöller*

**100 Jahre 1. Mai. Ausstellungskatalog.** Hrsg. von Josef VASS. Gestaltung und Text von Michael KOLLMER (= Sozialwissenschaftliche Studienbibliothek). – Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien 1990. 48 S.

**Freiheitsbilder. Kunst und Agitation in den Maiestschriften der österreichischen Arbeiterbewegung 1890–1918.** Hrsg. von Stefan RIESENFELLNER. – Graz: Leykam-Verlag 1990. 128 S.

**100 Jahre 1. Mai. Politik und Poesie.** Hrsg. und zusammengefaßt von Walter GÖHRING. – Eisenstadt: Edition Roetzer 1990. 192 S.



TROCH, Harald: **100 Jahre 1. Mai** (= Dokumentation 2/90). – Wien: Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung 1990. 12 S.

TROCH, Harald: **Rebellensontag. Der 1. Mai zwischen Politik, Arbeiterkultur und Volksfest in Österreich (1890–1918)** (= Materialien zur Arbeiterbewegung, Nr. 58). – Wien und Zürich: Europa-Verlag 1991. 238 S.

„Daß unsre Greise nicht mehr betteln gehn!“ **Sozialdemokratie und Sozialpolitik im Deutschen Reich und in Österreich-Ungarn 1880 bis 1914**. Hrsg. von Helmut Konrad (= Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung). – Wien und Zürich: Europa-Verlag 1991. 156 S.

**Vorwärts und nicht vergessen. Ein historisch-volkskundliches Bilderbuch zur 100 jährigen Geschichte des 1. Mai in der Schweiz / Utopie et solidarité. Un livre d'images historique et folklorique sur l'histoire centenaire du 1er mai en Suisse**. Hrsg. und mit einer Einleitung von Roland GRETLE. – Zürich: Bildarchiv und Dokumentation zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1990. 52 S.

**Hundert Jahre 1. Mai** [und ein] **Porträt des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)**. Hrsg. vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut (EGI). Texte von Günter KÖPKE und Alfons GRUNDHEBER-PILGRAM. – Brüssel 1990. 54 S.

Vor vier Jahren hatte der 1. Mai hundertjähriges Jubiläum. Wer erinnert sich noch daran? Wo gefeiert wurde, fielen die Veranstaltungen eher verhalten aus. Die Gewerkschaften befanden sich bereits seit einiger Zeit in der Krise, die sozialdemokratischen vermochten kaum noch als „Arbeiterparteien“ zu überzeugen. Europa befand sich im Umbruch, die sozialistischen Staaten und ihre Welt lösten sich auf. In Moskau gab es statt der Maiparade eine „Billigdemo“ (taz), in Ostberlin, immerhin noch „Hauptstadt“, fielen Kundgebung und geplante Ausstellung wegen dringend notwendiger Modernisierungsarbeiten an Geschichte und Gesellschaft aus. In der Bundesrepublik wurde ebenfalls nicht groß gefeiert, der DGB verzichtete auf eine eigene Ausstellung und begnügte sich mit einem Plakatwettbewerb. Dennoch gab es in beiden deutschen Staaten 1989 und 1990 insgesamt mindestens acht lokale Ausstellungen und 32 Publikationen in mittelbarem oder unmittelbarem Zusammenhang mit dem Maifeierjubiläum – eine

stattliche Zahl. Die Zahl der Ausstellungen und der Jubiläumsschriften fiel in Österreich und der Schweiz – aus diesen beiden Länder kommen sieben der hier besprochenen acht Titel – meines Wissens bescheidener aus.

In der Schweiz wurde vom Bildarchiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Roland Gretler) eine Wanderausstellung mit dem Titel „*Vorwärts – und nicht vergessen*“ erarbeitet. Bei der Vorbereitung der Ausstellung konnte man sich auf 3000 überaus „vielfältige und vielschichtige Bilder vom 1. Mai“ stützen: Fotos, Plakate, Postkarten, Maifestzeitungen, freie Grafiken und Illustrationen, Karikaturen, Gemälde, auch typographisch gestaltete Flugblätter, Festabzeichen und Fahnen (S. 3). Das gleichnamige Begleitbuch erschien als reichhaltig illustriertes „historisch-volkskundliches Bilderbuch“ zweisprachig in Deutsch und Französisch und wurde gleichzeitig als „Sonderheft 100 Jahre 1. Mai“ der Typographischen Monatsblätter / Schweizerische Grafische Mitteilungen herausgegeben; die italienische Textübersetzung wurde separat gedruckt. Bei den abgebildeten Plakaten wurde besonders auf die künstlerische Qualität geachtet, allerdings kann in der Schweiz von einer „eigentlichen 1.-Mai-Plakatkultur“ erst seit Beginn der siebziger Jahre geredet werden (S. 5). Im Vorfeld der Ausstellung richtete Roland Gretler ein „Begehren“ an den schweizerischen Bundespräsidenten „zur Aufhebung der 100jährigen Anweisung der Bundesanwaltschaft an die kantonalen Polizeien um genaue und eingehende Berichterstattung über die Arbeiterfeier des 1. Mai“, worauf sich der Bundespräsident weder als aktenkundig noch als quelleninteressiert zeigte (S. 4). Eindrucksvoll ist das Kapitel „Das ist sozialer Fortschritt“, in dem die Erinnerung des italienischen Emigranten und Kutschenbauers Enrico Dezza an den 1. Mai 1903 in Gais in Appenzell mit zeitgenössischen Fotos, Illustrationen und persönlichen Dokumenten illustriert und ergänzt wird.

Der 1. Mai in der Schweiz begann im übrigen wie der deutsche: Es feierten „morgens erst wenige nachmittags bereits mehr und abends schon recht viele. Die Zaghafteren folgten am Sonntag.“ (S. 13). Mutige Arbeiter, die sich „solidarisch“ den 1. Mai freinahmen, wurden in der Folgezeit selten gemäßigelt. Zumindest in den ersten Jahren waren an den Maikundgebungen Ausländer stark „wahrscheinlich sogar überwiegend“ – beteiligt (S. 14). Sozialistische Emigranten und Arbeiter prägten anfangs auch das bildnerische Maischaffen (S. 5). In der deutschsprachigen Schweiz ging der 1. Mai 1919 „als eindrucklichster in die Geschichte“ ein;



auf Druck und Drohung der radikaleren Gewerkschaften wurde an diesem Stichtag in einigen Branchen die 48-Stunden-Woche eingeführt (S. 14). 1928 begann ein „Jahrzehnt turbulenter Maifeiern“ vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit dem Faschismus und der Richtungskämpfe in der Arbeiterbewegung (S. 16). Zuweilen drängt sich der Eindruck auf, daß trotz aller Nostalgie (gerade das „heilige Feuer der Begeisterung“ für einen „nutzlosen“ Zweck mag in seiner ganz unmateriellistischen Art sie zu begeistern) für die Autorinnen und Autoren die wahre Geschichte des 1. Mai erst 1968 mit der Neuen Linken als Erneuerungs- und Arbeiterbewegung der Maifeierbewegung beginnt. Im künstlerischen Bereich sowieso. Aber auch sonst. „Die größte Kulturthat des 19. Jahrhunderts“ überschreibt Roland Grottel seinen Beitrag mit einem Zitat von Wilhelm Liebknecht. Die (alte) Maifeier schwankte zwar zwischen „Tradition und Wirklichkeit“ (so der Titel des Beitrages von Waltraut Bellwald-Mayer), stand aber wie die dazugehörige Arbeiterbewegung „Im Zeichen des Fortschritts“ (Beitrag von Mario König). Und diese Haltung war alles andere als fortschrittlich, denn „die Bewunderung der maschinell-rationellen Großorganisation führte schon vor dem 1. Weltkrieg zu einer allmählichen Verengung des Begriffs der Arbeit auf die ‚wertschaffende‘ Arbeit vor allem der Männer“ (S. 33). Dieser Kult fand nach dem Ersten Weltkrieg „in der Gestaltung von Maidemonstrationen, die zunehmend in der männlich-militärischen Ordnung marschierender Kolonnen abliefen“, seinen adäquaten Ausdruck, was den Faschismus vorbereitete und förderte, der dann solche Formen „zu perfekten Ritualen der Unterwerfung umbaute“ (S. 35).

In Österreich stellte die „Sozialwissenschaftliche Studienbibliothek der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien“ aus ihren „reichen Beständen“ eine kleine Ausstellung zusammen, die „sowohl die Geschichte und Bedeutung dieses Feiertages, als auch wesentliche Abschnitte der Geschichte der Arbeiterbewegung überhaupt, nachvollziehbar“ machen sollte. Zur Ausstellung gab die Studienbibliothek einen kleinen Katalog heraus, der in neun chronologischen und thematischen Schwerpunkten eine knappe, konzentrierte Übersicht über die Maifeiergeschichte und die wichtigste Literatur dazu bietet. Text- und Bilddokumente faksimiliert wiedergibt und zu den jeweiligen Abschnitten „eine Liste der Exponate gemäß ihrer Anordnung in den Vitrinen“ enthält.

Österreich ist bei der Maifeierjubiläumsliteraturparade mit insgesamt sechs Publikationen ver-

treten. Harald Troch hat zwei Monographien beigetragen.

„100 Jahre 1. Mai“ in Österreich ist eine wunderschöne kleine Festschrift in Wort und Bild, in der „wesentliche Aspekte des Arbeiterfeiertages“ anhand „bisher kaum publizierter Originalquellen und wenig bekannter Originalquellen“ dokumentiert werden. Das „sozio-kulturelle Gesamtkunstwerk“ 1. Mai wird in acht Kapiteln präsentiert: vom „Feiertag aus eigenem Recht“ über den satirischen „Nobelmäi“, „Maigedanken im KZ“ von Rosa Jochmann bis zu „Traum“ (eine Utopie aus dem Jahre 1910 für das Jahr 1970) und „Wirklichkeit“ (der 1. Mai 1970).

Mit „Rebellensonntag“, der Druckfassung seiner 1986 angenommenen Dissertation, ist Troch eine fundierte und ansprechende Darstellung der Maifeiern in Österreich bis zum Ende des Ersten Weltkriegs gelungen. Er stützt sich dabei „fast ausschließlich auf Quellenmaterial: Stellungnahmen der Behörden, Polizeiberichte, bürgerliche Tageszeitungen und sozialdemokratische Berichte und Programme, Partei- und Gewerkschaftspresse, Parteitageprotokolle, Memoiren“ (S. VII). Ausführlich schildert er die erste Maifeier im Jahre 1890, die speziell in und für Österreich Geschichte machte, die nationalen und internationalen Diskussionen und Streitigkeiten um die Maifeier sowie die Auseinandersetzungen um die Maifeier zwischen Unternehmern und Gewerkschaften auf Branchen- und Betriebsebene. Im Zentrum steht die Analyse der beiden wichtigsten Aspekte der Maifeier: die politische Manifestation und das Fest. Und das alles „entsprechend der historischen Gesamtentwicklung jener Zeit“. Abgerundet wird die Darstellung durch den Abdruck von Text- und Bildquellen: Aufrufe, Programme, Plakate, Postkarten sowie Zeichnungen und Fotos von Maikundgebungen. Die Fallstudie bewegt sich „im Grenzbereich zwischen Geschichtswissenschaft und Volkskunde“, wie Stefan Riesenfellner im Nachwort schreibt.

In der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung nimmt der 1. Mai „einen wesentlichen Platz“ ein („100 Jahre 1. Mai. Ausstellungskatalog ...“, S. 5). „Das Programm wurde der Partei in Hainfeld [1888] gegeben, die Organisation wurde geschaffen am 1. Mai 1890“, dieser Satz Wilhelm Ellenbogens aus dem Jahre 1894 wurde und wird immer wieder zitiert. Und vor allem war der 1. Mai in Österreich von vornherein mit Arbeitsruhe verbunden. „Die Sozialdemokraten Österreichs waren die ersten, welche die ‚Achtstunden-Kundgebung‘ von 1890 zum Arbeiterfeiertag veredelten“, wie



Troch im Pathos der frühen Arbeiterbewegung feststellt (Troch, *Rebellensonntag* ..., S. 5). Arbeitsruhe war für die österreichische Arbeiterbewegung von „prinzipieller Bedeutung“ und von Anfang an unumstritten, „handelte es sich dabei doch um die grundlegende Voraussetzung für die Realisierung des Konzeptes des Arbeiterfeiertages am 1. Mai, eben eines sozialistischen Feiertages“ (a. a. O., S. 142). Das war auch nach Troch der Hauptgrund, weshalb die Arbeitsruhe am 1. Mai in Österreich ein Ausmaß erreichte, „welches in anderen Ländern nicht erreicht werden konnte“ (a. a. O., S. 171). Am 1. Mai 1890 herrschte z. B. in Wien fast vollständige Arbeitsruhe; nachmittags feierten im Prater 100 000 Arbeiterinnen und Arbeiter und ihre Kinder. Diese Haltung brachte die österreichische in Gegensatz zur deutschen Sozialdemokratie, die von Anfang an zumindest in ihrer Führung auf eine Konfliktvermeidungsstrategie gegenüber Staat und Kapital setzte und sich auf den internationalen Kongressen bis einschließlich Zürich 1893 gegen Arbeitsruhe, im Grunde gegen jegliche Kundgebungen am 1. Mai sträubte und am liebsten den Ersten Mai auf den ersten Maisonntag verschoben hätte. Freilich waren die Voraussetzungen beider Parteien speziell für Arbeitsruhe am 1. Mai sehr unterschiedlich: In Österreich hatte der 1. Mai eine lange Feiertags-tradition; in Österreich fehlten der Arbeiterbewegung parlamentarische Artikulationsmöglichkeiten – während es in Deutschland bei Reichstags-wahlen allgemeines Wahlrecht gab, konnten in Österreich Arbeiter erst nach der Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts im Jahre 1906 an die Urnen gehen. Außerdem waren in Österreich die Arbeitgeber offenbar weniger klassenkämpferisch und der Staat nicht ganz so militant. So kam es z. B. hier „nie zu einem überregionalen einheitlichen Vorgehen der Unternehmer gegen die Maifeier“ (a. a. O., S. 148). Dennoch wurde die von Bebel 1892 auf dem Höhepunkt des Streits zwischen beiden Parteien geäußerte Auffassung, daß Demonstrationen dem Kosten-Nutzen-Kalkül zu unterwerfen seien und „die Bedeutung von Demonstrationen [gemeint war hier auch Arbeitsruhe am 1. Mai] für eine Partei in demselben Maße [sinkt], wie ihre wirkliche Macht wächst“, im Prinzip auch von der österreichischen Sozialdemokratie geteilt, obwohl das Spezifikum des Ersten Mai gerade darin bestand und besteht, daß er kein bestimmtes Ereignis zum Anlaß hatte und auch von parteioffizieller Seite „über das Konzept einer Kundgebung für konkrete und naheliegende sozialpolitische Ziele hinausgegangen“ worden war, wie Troch betont

(a. a. O., S. 114). Mitte der neunziger Jahre, als die deutsche Sozialdemokratie einerseits Arbeitsruhe am 1. Mai als „würdigste Form“ der Feier anerkannte und andererseits international ihren gemäßigten Standpunkt der bedingten Arbeitsruhe durchgesetzt hatte, waren auch die Maifeierdifferenzen zwischen beiden Parteien beigelegt.

Als einer der wenigen erkennt Troch den Zusammenhang zwischen dem Kampfcharakter dieses internationalen „Kampf- und Feiertages“, wie der 1. Mai immer apostrophiert wird, und der Arbeitsruhe. „Die Doppelnatur der Maifeier als Kampf- und Festtag ergab sich schon rein daraus, daß die Festformen der Arbeiter am 1. Mai Feiertagsruhe voraussetzten, daß aber die Arbeitsruhe im allgemeinen erst durchgesetzt werden mußte.“ (a. a. O., S. 171). Mit der Anerkennung des 1. Mai als Feiertag – in Österreich gelang dies zunächst tarifrechtlich, ab 1907 in ungefähr der Hälfte der abgeschlossenen Kollektivverträge für „hunderttausende Arbeiter“ (a. a. O., S. 161) und in weit größerem Umfang als in Deutschland – schwand somit auch seine Attraktivität, seine „massenpsychologische Bedeutung“ (a. a. O., S. 122), sein „Kampfcharakter“ wurde im wesentlichen zur Geste und zur Pose. Je mehr Rechte die Arbeiterbewegung erhielt, desto mehr nahm außerdem der „aktuelle Kampfcharakter“ ab und die sog. Maimüdigkeit zu. In Krisenzeiten verstärkte sich regelmäßig diese „Maimüdigkeit“ noch, gefördert durch Aussperungs- und Entlassungsandrohungen seitens der Unternehmer, ein in allen Ländern zu beobachtendes Phänomen und eine „alte Erfahrung der Arbeiterbewegung“. „In Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs sind die Arbeiter trotz Ansteigen der sozialen Probleme in geringerem Maße bereit, sich zu engagieren. Das Risiko, auch die restliche soziale und ökonomische Basis zu verlieren, wirkt aktionshemmend und oft entsolidarisierend.“ (A. a. O., S. 152). Troch sieht das „grundlegende Charakteristikum der Maifeier“ in der Verbindung von politischer Forderung (bis 1906 hauptsächlich die Forderung nach allgemeinem Wahlrecht) und praktischer Aktion. Die Maifeier und ihre Geschichte insgesamt wurden von der „Dichotomie von politischem Kampf und vergnügtem Fest“ geprägt, ohne daß diese beiden Elemente „Konstanten“ bildeten (a. a. O., S. 121). Bereits Anfang der neunziger Jahre bildete sich folgendes Muster „sozialistischer [Mai]-Festlichkeit“ heraus: „die Festversammlung (bei Arbeitsruhe am Vormittag), der Maiumzug, sonstige Festlichkeiten (am Nachmittag bzw. Abend)“ (a. a. O., S. 125). Troch lobt immer wieder vor allem Victor Adlers Bemühen und Geschick,



Gefühle, Freizeitgewohnheiten und „irrationale Faktoren“ in die Feiergestaltung einzubeziehen. Der 1. Mai wurde so zum proletarischen Gegenfeiertag mit „religiöser“ Festkultur; an diesem Tag kam der „Glaube hunderttausender Menschen an die klassenlose sozialistische Gesellschaft“ zum Ausdruck (a. a. O., S. 117).

Trochs Hauptanliegen ist die „politische Interpretation“ der Maifeiern. Der Schwerpunkt seiner Untersuchung liegt deshalb eindeutig auf der politischen Seite der Maifeiern. Nur am Rande geht er auf die spezifische Maifeierkultur mit ihren literarischen und bildlichen Produkten, Zeichen, Symbolen und Devotionalien ein, die doch alle für die Agitation am 1. Mai und vor allem für die Identifikationsfähigkeit mit dem Symbol 1. Mai eine zentrale Rolle spielten. Am 1. Mai ergoß sich nicht nur „eine wahre Flut von Druckerzeugnissen der verschiedensten Art wie Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, Plakate, Flugschriften und Streuflugschreiben über Straßen und Plätze, über Fabriken und Wohnhäuser“ (a. a. O., S. 81). Wie kein anderes Datum in der Arbeiterbewegung wurde der 1. Mai von einer „Dichte und Lebendigkeit einer Vielzahl von Symbolen“ geprägt. („100 Jahre 1. Mai. Ausstellungskatalog ...“, S. 20).

„Daß unsre Greise nicht mehr betteln gehn“ ist der „themenzentrierte Beitragsband“ über das sechste bilaterale Symposium von österreichischen und DDR-Wissenschaftlern zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Frühjahr 1989. Acht der zehn dort gehaltenen Referate sind abgedruckt. Themenschwerpunkte sind Rückblicke auf das Jahr 1889 in der Geschichte der Arbeiterbewegung, gewerkschaftliche Fragestellungen (Aspekte der Entwicklung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung zwischen 1880 und 1910, ihre Defizite in der Frauenfrage, der internationale Arbeiterschuttkongreß 1897 in Zürich und die Haltung der nachbismarckschen Regierungen im Wilhelminischen Reich zur Arbeiterbewegung und zur Sozialpolitik) und die Arbeiterbewegung aus regionalgeschichtlicher Perspektive (die Gewerkschaften in Leipzig in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg, Aktions- und Protestformen der Sozialdemokratie in Salzburg vor dem Ersten Weltkrieg am Beispiel des Boykotts). Die Mehrzahl der Beiträge zeichnet sich durch traditionelle Herangehensweise aus, in einigen wird versucht, „vom Gegenstand oder vom wissenschaftlichen Zugang aus Neuland [zu] betreten“ (S. 1), was vor allem auf den „deklariert frauengeschichtliche[n] Zugang“ von Gabriella Hauck über das Verhältnis von Frauen und Gewerkschaften und die Boykott-

analyse Ingrid Bauers zutreffen dürfte. Diese Versuche ergeben sich nach den Worten des Herausgebers als Verpflichtung aus dem „großen Umbruchprozeß der letzten Jahre“. Er spricht gleichzeitig die Hoffnung aus, daß trotz aller Wandlungen der „politischen Voraussetzungen“ „eine empirisch gut fundierte, theoretisch ausgewiesene und thematisch relevante Arbeitergeschichte“ ihren Platz im Wissenschaftsbetrieb haben wird.

Jutta Seidel bewegt sich in ihrem Beitrag in konventionellen Bahnen. Sie vergleicht die deutschen und die österreichischen zentralen Maifestschriften vor dem Ersten Weltkrieg (in Österreich erschienen sie seit 1890, in Deutschland seit 1891) und greift „einige der die Maifestschriften charakterisierenden inhaltlichen Elemente“ (S. 5) heraus. Das sind ihrer Meinung nach „die Verstärkung ihres internationalistischen Charakters durch auswärtige Mitarbeiter und internationale Berichterhalter“ und „Revolutionsbezüge und -interpretationen“. Beim ersten Punkt kommt sie zum Ergebnis, daß in die österreichischen Maizeitungen zunächst mehr ausländische Beiträge aufgenommen wurden als in die deutschen und daß der Anteil dieser Beiträge „allgemein“ nach fünf Jahren zurückging. In den Beiträgen über Revolutionsbezüge (französische Revolution, 1848) wiederum wurde auf eine „theoretische Aufarbeitung“ verzichtet und „einzelne Elemente“ herausgegriffen. „Sie setzten gezielt die Akzente auf die Gegenüberstellung von bürgerlichen Revolutionsidealen und kapitalistischer Wirklichkeit sowie auf die Hervorhebung der Traditionslinie des revolutionären Volkskampfes. Damit vermittelten sie die Grundüberzeugung, daß die Maibewegung des sozialistischen Proletariats die humanistischen Ideen der Revolution verwirklichen helfen wird und als Testamentsvollstrecker des Volkskampfes dieser und späterer bürgerlich-demokratischer Revolutionen nunmehr den Blick geschichts- und gegenwartsbewußt auf die eigene, die proletarische Revolution richten muß.“ (S. 14). Diese blieb bekanntlich bis heute aus. Die Geschäftsführer, Vollstrecker, Disponenten und Buchhalter des proletarischen Erbes mußten sich in ihrer realsozialistischen Wirklichkeit an den humanistischen Idealen und der kapitalistischen Wirklichkeit messen lassen und wurden als zu leicht befunden. Die Maifestschriften, die untrennbar mit dem Ersten Mai verbunden waren, sind auch Gegenstand der „Freiheitsbilder“. Diese Publikation beschäftigt sich allerdings nicht mit der „inhaltlichen“, sondern mit der bildlichen und ästhetischen Seite der österreichischen Maifestschriften. Es handelt sich nach den Worten des Herausgebers um eine „kleine



Auswahl-Edition zur Bildagitorik“ (S. 8): „[...] zum ersten Mal werden hier in geschlossener und chronologischer Reihenfolge die Titelblätter, Kunstbeilagen und Rückseiten der zentralen Maifestschriften, die in Österreich von 1890 bis 1918 erschienen sind, veröffentlicht – damit sind die wichtigsten Bildträger dieser künstlerisch gestalteten Periodika im Rahmen einer Auswahl-Edition wieder zugänglich gemacht.“ (S. 7) Aus drucktechnischen Gründen – bereits die zeitgenössische Druckqualität war „mangelhaft“ – wurde auf die Wiedergabe einiger Kunstbeilagen verzichtet. Ergänzt wird der Bildteil um eine exemplarische Auswahl von Bildseiten der Maifestschriften der Ersten Republik. Im Textteil werden in fünf Beiträgen diese „zentralen Bildquellen der Arbeiterbewegung“ einer näheren Betrachtung unterzogen: Im ersten Beitrag („Das andere ‚ver sacrum‘“) wird die kulturgeschichtliche Seite der Maifeiern bis 1918 knapp skizziert, der zweite Beitrag („Bilder vom Maien“) gibt einen Überblick über die Bildersprache und die kunstgeschichtlichen Aspekte der Maifestschriften; der dritte Beitrag („Die Imagologie des Weiblichen“) untersucht die Darstellung der Frau in den Bildern der Maifestschriften; der vierte beschäftigt sich mit der Herstellungs- und Herausgabep Praxis der Maifestzeitungen; der abschließende Beitrag versucht an den Maifestschriften als „Sinnbilder der politisch-kulturellen Praxis der Sozialdemokratie“ einige zentrale Momente dieser Praxis zu erschließen. Wir erfahren, daß die Maifestzeitungen im deutschsprachigen Österreich vor dem Ersten Weltkrieg eine durchschnittliche Auflage von 50000 hatten. Wir erfahren, daß der Appell an das religiöse Gefühl „gerade für die österreichische Maitradition typisch“ war (S. 66), daß sozialdemokratische Kultur und Bildung zwar versuchten, eine eigenständige Arbeitersubkultur herauszubilden, diese es aber nur zur „scheinbaren Autonomie“ bringen konnte und im Rahmen der „herrschenden, hegemonialen Kultur“ verbleiben mußte. (S. 65) Die angeblich angestrebte Revolution spielte sich nur im Bereich des Symbolischen ab; die Gestalt und die Gestaltung des Festes sollte als Wunschprojektion die Angst des Realitätsprinzips vergessen machen und gleichzeitig die Wunscherfüllung imaginieren („Allmachtsphantasie“). Wir erfahren, daß mit der ersten Maifestschrift 1890 „im Großen und Ganzen schon eine Struktur vorgegeben [war], die sich über die Jahre hindurch bis zum Ersten Weltkrieg erhalten sollte“ (S. 21), es war vor allem die Kombination von Wort und Bild, von Programmatik, Agitation, Literatur und den die Utopie vermittelnden allegorischen

und symbolischen Figuren. In bezug auf die künstlerischen Ausdrucksmittel bestanden vor dem Ersten Weltkrieg kaum Unterschiede zum Bürgertum, die Differenz lag in ihrem „Gebrauchszusammenhang“ und im Zug zur Massenhaftigkeit. Bis etwa 1905 dominierte in der bildlichen Darstellung die (weibliche) Allegorie der „Freiheit“ als „positives Bild des Kampfes und der Ideologie“. Mit dem politischen Erfolg der Sozialdemokratie trat an ihre Stelle die Figur des Arbeitsmannes als Repräsentant des aufstrebenden Industrieproletariats. Der künstlerische Stil wandelte sich vom „allegorischen Historismus und symbolischen Jugendstil“ um die Jahrhundertwende zum „kämpferischen Realismus“; Vertreter und Vertreterinnen der Wiener Secession wurden zur Gestaltung der Maifestzeitungen herangezogen. Danach prägten formal das Ornament, inhaltlich „Elend und erwachendes Selbstbewußtsein“ die bildlichen Darstellungen. Nach dem Ersten Weltkrieg orientierten sich die Bilder der Maifestschriften an der „Alltäglichkeit einer mächtigen Kulturbewegung“, stilistisch lösten Fotos und Fotomontagen die Zeichnung ab. Bilder repräsentierten nun nicht mehr Projektionen und utopische Hoffnungen, sondern waren „Berichte von kultureller Macht und Stärke der Sozialdemokratie“ (S. 39) und sollten die politische Schwäche der Sozialdemokratie verdecken. Wir erfahren schließlich, daß bezüglich des Frauenbildes „starke Unterschiede“ zwischen Symbol und Realität existierten. Die Sozialdemokratie teilte mit dem Bürgertum die Frauenfeindlichkeit, sie konnte kein „eigenes Frauenbild, das dem des Bürgertums entgegensteht“ entwickeln. Wie hier war auch dort die „Imagologie der patriarchalischen Gesellschaft“ mit den „polarisierenden Bildern von Madonna und Hure“ vorherrschend, ein Vorgang, der seine Grundlage in der „Abspaltung“ der „erotischen Frau“ von der „Mutter“ in der ödipalen Phase haben soll (S. 41). Dies vermag wenig zu überzeugen. Weder ist damit der Wandel von der (weiblichen) Allegorie zum „realen [männlichen] Sinnbild“ (Klaus-D. Pohl), der sich nach der Jahrhundertwende in der Bildagitorik vollzieht, erklärbar, noch die Behauptung, der Allegorie käme im 17./18. Jahrhundert – und auch in den Maifestschriften – die Funktion zu, „auf akzeptable Weise die Abspaltung des Frauenbildes in gute (unerotische) Mutterhausfrau und schlechte erotische Hure aufzuheben“. Ignoriert wird dabei die Aufspaltung in gute und schöne Frau als Verkörperung bürgerlicher und sozialdemokratischer Tugenden und Ideale einerseits und in das schlechte häßliche Weibliche andererseits, das abwechselnd Symbol



(als Drache, Schlange, Megäre, Gorgo etc.) für den Kapitalismus und seine Eigenschaften ist bzw. den Sozialismus als Bedrohung der errungenen Beherrschung der Natur verkörpern soll.

Den literarischen Ausdrucksformen der Maifeierkultur, genauer der Poesie, ist eine eigene Veröffentlichung gewidmet. In „100 Jahre 1. Mai. Politik und Poesie“ werden in chronologischer Anordnung Texte und Bilder aus hundert Jahren Maifeiergeschichte aus Österreich und Deutschland präsentiert. Herausgekommen ist eine einzigartige Sammlung von Gedichten und Liedern zum 1. Mai, ergänzt und aufgelockert durch die teilweise faksimilierte Wiedergabe von literarischen Texten, programmatischen Schriftstücken, Dokumenten, Flugblättern, Maipostkarten, Klebezetteln, Erinnerungen, Liederblättern, Fotos und Zeichnungen sowie versehen mit einem Anhang aus sechs farbigen ganzseitigen Titel- und Rückseiten österreichischer Maifestzeitungen zwischen 1894 und 1910. Auf Kommentare wird verzichtet, auf Zwischenüberschriften weitgehend. In einem knappen Vorwort gibt der Herausgeber eine kurze Übersicht über die Entwicklung des 1. Mai und seine Stationen bis heute. In der Dokumentation werden im Laufe der Jahre die Texte seltener, die Bilder, besonders die Fotos, häufiger. Und vor allem: Die Gedichte schwinden. Während für die Jahre zwischen 1890 und 1933 über 150 Gedichte abgedruckt sind, sind es für die Zeit nach 1945 ganze sechs. Die Hochzeit der Arbeiterbewegungskultur und ihrer Poesie lag vor 1933. Oder wie der österreichische Bundeskanzler in einem Vorwort schreibt: „Die politische Lyrik als bis dahin ständig begleitendes Element der freien Arbeiterbewegung wurde mundtot gemacht und damit eine große Tradition gebrochen. Es brauchte lange, bis sich neue Dichter einer politischen Lyrik in Österreich etablieren konnten oder die alte wiederentdeckt wurde.“ Der Erste Mai war prosaisch geworden.

Da der Erste Mai immer noch eine internationale Veranstaltung ist und die europäische Integration bei allen Friktionen auch institutionell voranschreitet, lag es nahe, daß auch eine transnationale Institution wie der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) ihren Beitrag zum Jubiläumsschrifttum leistete. Gewissermaßen im Doppelpack legte das Europäische Gewerkschaftsinstitut in Brüssel einen „kurzen und exemplarischen Streifzug durch die Geschichte des 1. Mai“ und ein Porträt des EGB vor, da supranationale Solidarität „auch starke Zusammenschlüsse und Organisationen“ braucht (S. 3). Die gedrungene, illustrierte Übersicht über die Maifeiergeschichte konzentriert

sich „auf einige wenige Aspekte“, wie „Gegenreaktionen“ seitens der Staaten und des Kapitals, „Umwertungen“, sozialpolitische und politische Forderungen, „Fest oder Demonstration“ und „1. Mai und nationale Traditionen“; sie beschränkt sich auf Westeuropa, von Portugal bis Finnland, d. h. auf den Organisationsbereich des EGB mit 36 Gewerkschaftsverbänden in 21 Ländern. Da es sich um eine typische gewerkschaftliche Festschrift handelt, wird im „imaginären Curriculum einer internationalen Geschichte der Arbeiterbewegung“ (S. 16) den exogenen Bedrohungen und Gefährdungen des 1. Mai relativ breiter Raum eingeräumt, von Einschüchterungen, Verboten und Einschränkungen bis zum „Ansichreißen“ des Tages durch „arbeiterfeindliche Regime“ – von der Türkei 1925 über Italien 1927 zum „eindrucksvollen Versuch“ der Nationalsozialisten 1933. Die Streitigkeiten und die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Arbeiterorganisationen, v. a. in der Zwischenkriegszeit, bleiben unerwähnt. Manche Aussagen sind vage, wie etwa die, daß der 1. Mai „erst nach und nach, d. h. nicht in allen Ländern gleichzeitig“ staatliche Anerkennung und „breite gesellschaftliche Akzeptanz“ erfuhr (S. 21). Hier wäre doch eine (tabellarische) Übersicht über den Status des 1. Mai in den einzelnen Ländern hilfreich und angebracht gewesen.

Der 1. Mai geht bekanntlicherweise auf den Beschluß des marxistischen Arbeiterkongresses am 20. Juli 1889 in Paris zurück. Dieser Beschluß sah zunächst eine einmalige gemeinsame „Manifestation“ für den Achtstundentag vor. Der 1. Mai wurde genommen, weil die amerikanischen Gewerkschaften schon ein Jahr vorher beschlossen hatten, daß in einigen ausgewählten Gewerbezweigen ab diesem Datum der Achtstundentag gelten sollte. Die Form der „Manifestation“ wurde offengelassen, nicht zuletzt auf Wunsch der mächtigen deutschen Arbeiterbewegungsvertreter, die die unter dem Sozialistengesetz erhaltene Existenz und gewonnene Macht nicht aufs Spiel setzen wollten. Hinsichtlich der Vorgeschichte des schließlich zur festen Einrichtung gewordenen Ersten Mai hat sich inzwischen die Auffassung durchgesetzt, er ginge in direkter Linie auf die Chicagoer „Haymarket affair“ im Jahre 1886 zurück. Dies wird auch in den hier besprochenen Publikationen vertreten. Aus dem kleinen österreichischen Ausstellungskatalog etwa erfahren wir, daß es statt „100 Jahre 1. Mai“ eigentlich „104 Jahre 1. Mai“ heißen müßte (S. 7). Ich halte diesen historischen Bezug für eine erborgte Kampftradition. Der in Paris beschlossenen Erste Mai, der sich von der



amerikanischen Achtstundenbewegung nicht zuletzt durch seinen politischen Charakter unterschied – so schon von Friedrich Giovanoli 1925 in seiner Studie „Die Maifeierbewegung“ herausgearbeitet –, nahm seinen Ausgang in der von französischen Gewerkschaften im Februar 1889 durchgeführten Protestaktion für den Achtstundentag. Troch ist der einzige, der diesen Hintergrund überhaupt erwähnt. („Rebellensonntag“, S. 3) Dabei hätte man z. B. nur den Artikel „Ursprünge der Maifeier“ in der österreichischen Maifestzeitung von 1909 aufmerksam lesen müssen.

Über hundert Jahre alt ist er inzwischen, der Erste Mai, und er hat sich gewandelt. „Mit zunehmender sozialer Sicherheit verändert sich die Bedeutung des 1. Mai.“ („100 Jahre 1. Mai. Politik und Poesie ...“, S. 8). Er hatte „viele Gesichter“ (Troch, 100 Jahre 1. Mai ..., S. 8) und entwickelte sich spätestens nach 1945 „vom Kampftag zum biederen Volksfest“ („100 Jahre 1. Mai. Ausstellungskatalog ...“, S. 38), er erlitt im Kalten Krieg seinen „Niedergang“ („Vorwärts – und nicht vergessen ...“, S. 18). Dennoch wird in „Vorwärts – und nicht vergessen“ für die Schweiz folgendes Fazit gezogen: „Die ersten 100 Maifeiern lassen keinen einheitlichen Trend erkennen. Beteiligung, politische Bedeutung, Themen, Formen und Organisatoren schwankten je nach wirtschaftlicher, sozialer und politischer Lage, und zwischendurch spielten äußere Faktoren wie der Wochentag oder das Wetter eine Rolle.“ (S. 21). In Deutschland war er 1919 im Reich, danach weiter in einzelnen Ländern Feiertag. 1933 wurde er als „Feiertag der nationalen Arbeit“ und ab 1934 als „nationaler Feiertag des deutschen Volkes“ unter nationalsozialistischer Regie staatlich gefeiert. Seit 1933 ist er hier bezahlter Feiertag. In Österreich wurde er 1919 gesetzlicher Feiertag, 1933 wurden Demonstrationen verboten und 1934 versuchte ihn das austrofaschistische System zum „Tag der Verfassung – und zur Huldigung der Stände“ umzufunktionieren. In Deutschland marschierten unter nationalsozialistischer Anleitung Millionen am 1. Mai; in Österreich gelang es dem Nationalsozialismus sogar „bei Teilen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Sympathien zu gewinnen“, während der Austrofaschismus bei dem Versuch gescheitert war, „wesentliche Teile der Arbeiterschaft für sich zu gewinnen“. („100 Jahre 1. Mai. Ausstellungskatalog ...“, S. 35). Nach dem Anschluß Österreichs wurde der 1. Mai auch hier „mit großem propagandistischem Aufwand vorbereitet und inszeniert“ (ebda.). Gleiches geschah den Niederlanden nach der Besetzung. In Deutschland, Österreich und anderen europäi-

schen Ländern wurden die Traditionen und Organisationen der Arbeiterbewegung gewaltsam unterbrochen, zerstört und assimiliert. Was hier mit Gewalt geschah, entwickelte sich in der Schweiz offenbar gewaltfrei, eine bemerkenswerte Tatsache. „In kulturpolitischer Hinsicht erscheint die Periode von den beginnenden 30er Jahren bis Anfang der 60er Jahre als relativ einheitlicher Abschnitt, der oppositionellen oder einfach nur abweichenden Formen von Ausdruck und Lebensgestaltung wenig Raum ließ. Zum 1. Mai holte man zwar noch manche der alten Ideale hervor; in der Praxis des Alltags aber hatte die Arbeiterbewegung sich weitgehend in den breiten Strom der herrschenden Konvention eingefügt, die in der Sehnsucht nach bescheidenem Wohlstand und konformistischer Kleinbürgerlichkeit der Lebensform ihren Ausdruck fand.“ („Vorwärts – und nicht vergessen ...“, S. 36). In der Schweiz konnte der 1. Mai seit 1890 jedes Jahr gefeiert werden, ohne daß er staatlicherseits „umfunktioniert“ oder „mißbraucht und verfälscht“ („100 Jahre 1. Mai. Ausstellungskatalog ...“, S. 35) wurde. Der Basler Große Rat erkannte ihn 1923 als gesetzlichen Feiertag an. Allerdings war er dies in den achtziger Jahren noch nicht einmal in der Hälfte der Kantone. Und in anderen europäischen Ländern ist er noch nicht einmal das, und der Versuch seiner Durchsetzung fordert heute noch blutige Opfer, z. B. in der Türkei.

Hat der 1. Mai noch eine Zukunft vor sich und vor allem, welche? Die Antworten darauf fallen in den besprochenen Publikationen unterschiedlich aus. Daß er noch eine Zukunft hat, davon gehen alle aus, bei allem „Traditionsverlust“ und aller „Ratlosigkeit“ z. B. in Österreich („Ausstellungskatalog ...“, S. 39). Troch lehnt es als Historiker ab, auf die Frage der Zukunft eine Antwort zu geben, da sie nur die „lebendige Bewegung“ selbst beantworten kann, hofft aber auf die Bewahrung einer der „wertvollsten Traditionen“ der Arbeiterbewegung (Troch, 100 Jahre 1. Mai ..., S. 2). Aber als Tag der Arbeiterbewegung, zumindest ihr alleiniger, scheint er kaum noch eine Zukunft zu haben, darin sind sich die meisten Herausgeber und Autoren einig. „Der 1. Mai ist nicht eine sinnentleerte Tradition, er ist vielmehr geeignet wie kein anderer Anlaß, universelles Sinnstreben zu einem Massenerlebnis werden zu lassen und damit die Voraussetzungen zu schaffen für universelle Sinnstiftung durch die Sicherung des Überlebens in Geschwisterlichkeit, in Gerechtigkeit und im Einklang mit der Natur.“ („100 Jahre 1. Mai. Ausstellungskatalog ...“, S. 43). Demnach müßten die „alten“, noch immer erst vorläufig beantworteten Fragen“ (Ungleichheit der

Lebenschancen, Humanisierung der Arbeit, Arbeitszeitverkürzung, Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Mitbestimmung und Demokratisierung, Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft, Befreiung der Frau, Sicherung des Friedens) durch die neuen, „globalen Menschheitsfragen“ (Gerechtigkeit für die Dritte Welt, Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen) ergänzt werden (ebda., S. 42). Neue Ideen in die Maifeierbewegung kamen durch Dritte-Welt-Gruppen, neue Frauenbewegung und ökologische Gruppen, und die von ihnen vertretenen Themen vermitteln dem Ersten Mai wieder eine Perspektive („Vorwärts – und nicht vergessen ...“, S. 38). Ähnlich sieht es der Herausgeber von „Politik und Poesie“. „Es sind neue Werte, die an Bedeutung gewinnen. Es geht um Umwelt, um internationale Abrüstung, Beitragsleistung Österreichs zur Friedenssicherung und Hilfestellung für die Dritte Welt. Eine neue Form des 1. Mai als grenzüberschreitende Form, die als internationales Band der Solidarität wirkt, kündigt sich an.“ (S. 8). Anders und gelassener sehen naturgemäß die Gewerkschaften die Entwicklung des Ersten Mai – „Der 1. Mai ist nicht stehengeblieben, er ist mit der Zeit gegangen und wird auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen“ („Hundert Jahre 1. Mai ...“, S. 32) – und brechen eine Lanze für den Arbeiter, der jenseits organisierter Veranstaltungen seinen freien Tag genießt und stellen die Frage: „[...] ist die Tatsache, daß der 1. Mai hart erkämpft wurde unter großen Opfern, ein Grund dafür, daß er nur in einer bestimmten Form gefeiert werden darf? Kann seine Geschichte nicht ebenso gut gesehen werden als Kampf für einen Tag der selbstbestimmten Zeit, die nach eigenen Vorstellungen

gestaltet wird? Warum soll man den 1. Mai nicht mit einem Ausflug feiern?“ (S. 30) Die Gewerkschaften bewegen sich damit in der Tradition und sie leben in der Tradition.

Abschließend ein Rückblick. In „Politik und Poesie“ wird am Schluß die Erzählung von Peter Rosegger „Der Weltfeiertag 1890“ aus dem gleichen Jahr abgedruckt, aus einer Zeit also, in der sich die Arbeiter noch über die Anwesenheit eines Dichters freuten. Rosegger schreibt: „Ich weiß nicht, was die Arbeiter mit diesem Tag erreicht haben, deutlich sehe ich nur den einen Gewinn, sie haben ein schönes, erhebendes Fest der Gemeinsamkeit gefeiert. Auch für diesen Stand gilt unseres Kaisers Wahlspruch: Mit vereinten Kräften! Und die Arbeiter haben den übrigen Ständen gezeigt, daß sie gesittete Menschen sind oder zu sein bestreben, und haben sich gewiß die Sympathie Vieler erworben, welche früher dem ‚vierten Stande‘ abgeneigt gewesen sind. [...] Der Arbeiter strebt [...] eine Verbesserung seiner Lage an, und er strebt sie an auf gesetzlichem Wege. Er wird gewiß etwas erreichen.“ („100 Jahre 1. Mai ...“, S. 182).

Mario König, einer der Autoren des Schweizer Katalogbandes, hat aus hundert Jahren Maifeiern das Fazit gezogen, daß die Organisationen der Arbeiterbewegung die Arbeiterschaft „ohne sich dessen bewußt zu sein“, an die bürgerliche Gesellschaft heranführten, „die zu überwinden sie ausgezogen waren“ (Neue Zürcher Zeitung vom 28. 4. 1990). Nicht zur Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaft haben sie beigetragen, sondern zur Umwandlung der Gesellschaft zur bürgerlichen.

Hanns-A. Schwarz

## Kurzanzeigen und Literaturhinweise

**Foreign Language Literature on the Nordic Labour Movements. Fremdsprachige Literatur über die nordischen Arbeiterbewegungen.** Hrsg. von Marianne BAGGE HANSEN u. a. im Auftrag der Archive und Bibliotheken der Arbeiterbewegung in Helsinki, København, Oslo und Stockholm (= ABA's bibliografiske serie 7). – København 1992. 143 S. (Zu beziehen durch: Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv, Nørrebrogade 66D, DK-2200 København N.).

Wer sich bisher für die Arbeiterbewegung der nordischen Staaten interessierte und nur eine oder keine ihrer Sprachen beherrschte, war stets auf Zufallsfunde in den ihm geläufigen Sprachen der ihm zugänglichen Bibliotheken angewiesen. Bei einem Treffen von Vertretern der nordischen Bibliotheken und Archive im Jahre 1989 wurde beschlossen, diesem Mißstand zu begegnen. Dies wurde zügig in die Tat umgesetzt mit der hier anzuzeigenden Bibliographie, die den Berichtszeitraum der



letzten 150 Jahre auf dem Stand von 1990 dokumentiert.

Die Bibliographie verzeichnet Monographien und Aufsätze über die fünf nordischen Länder in den Sprachen Englisch, Deutsch, Französisch, Russisch, Italienisch und Spanisch, die in folgende Gruppen gegliedert sind:

1. Bibliotheken und Historiographie / Literatur über mindestens zwei Länder;
2. Arbeiterbewegung allgemein;
3. Die Vorgeschichte der Arbeiterbewegung;
4. Gewerkschaftsbewegung;
5. Sozialdemokratie;
6. Kommunismus;
7. Andere Arbeiterparteien;
8. Arbeitergenossenschaften;
9. Arbeiterkultur;
10. Internationalismus;
11. Arbeitsmarkt und Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Verhältnisse;
12. Soziale und ökonomische Politik;
13. Ausländische Arbeiter im Norden;
14. Nordische Arbeiter im Ausland;
15. Island;
16. Politische Theorie.

Nicht enthalten sind Materialien zur Geschichte der verschiedenen Internationalen, die sowieso in den meisten Fachbibliotheken in einer der Welt-sprachen vorhanden sind.

Die Bibliographie weist 1165 Veröffentlichungen, ein vorzügliches Register der persönlichen Verfasser und Herausgeber sowie der Korporationen nach; die Namen der wichtigsten Periodika zur Arbeitergeschichte und auch die Anschriften der wichtigsten Bibliotheken und Archive dieser Länder sind ebenfalls aufgeführt. – Diese Pionierarbeit ist nützlich für Historiker ebenso wie für an der Arbeiterbewegung allgemein Interessierte und sollte ein Vorbild sein für andere Regionen in Europa.

*Sigrid Kleinschmidt*

schiedlichen pfälzischen und bayerischen Traditionen, sondern wurde zusätzlich geprägt durch die Grenzlage zum preußischen Saarrevier. Der Anspruch der Autoren, diese besondere Situation durch „eine problemorientierte Sozialgeschichte“ (S. 6) zu erhellen, was angesichts des achtzigprozentigen Katholikenanteils und der durch den Bergbau geprägten Berufsstruktur gerade mit Blick auf die sozialistische Arbeiterbewegung von besonderem Reiz wäre, bleibt jedoch unerfüllt. Immerhin bietet die kleine Studie Hinweise auf zahlreiche Aspekte, die von speziellem Interesse bei der Beschäftigung mit der bisher wenig erforschten Geschichte der Arbeiterbewegung in der bayerischen Pfalz sein können.

Die fünf Kapitel, die anhand biographischer Skizzen des Mitbegründers der SPD in St. Ingbert, Hugo Dullens (1827–1904; Kap. 1), und der zweiten Generation lokaler SPD-Führer (Kap. 3) und zwei Kapiteln zum Verhältnis zwischen Bergarbeiterbewegung und SPD (Kap. 2) sowie zur „Standortbestimmung der Sozialdemokratie in der politischen Kultur St. Ingberts 1899–1919“ zwar unterschiedliche Zugänge zum Thema bieten, beschränken sich jedoch auf das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts und gehen, auch aufgrund der unzureichenden Quellenbasis, nicht tief genug. So bleibt zum Beispiel das „eigenständige Vereinsleben“ (S. 54, auch S. 120, S. 122) ebenso im Dunkeln wie die „spezielle Art von Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung“ (S. 124), welche die Autoren in St. Ingbert entdeckt zu haben glauben.

Auch in inhaltlichen Details hat das Bändchen leider viele Schwächen: So wird die Berufsangabe „Kolporteur“ mit „Verbreiter von Gerüchten“ (S. 10) paraphrasiert, und die Notwendigkeit, am Ende eine „abschließende Korrektur“ zur richtigen Schreibweise der Namen, Funktions- und Ämterangaben hinzuzufügen, spricht für die mangelnde Lektorierung überhaupt.

*Josef Kaiser*

**BARMBOLD, Sigrid und Michael STAUDT: Die Roten im schwarzen Eck. Die Anfänge der Sozialdemokratie in St. Ingbert 1889–1919** (= Beiträge zur Regionalgeschichte, Sonderh. 1991). – St. Ingbert: Geschichtswerkstatt St. Ingbert 1991. 139 S.

Anders als im übrigen, seit 1816 zu Bayern gehörenden rechtsrheinischen Gebiet vollzog sich die politische und ökonomisch-soziale Entwicklung in St. Ingbert nicht nur im Spannungsfeld der unter-

**Widerstand der jungen Generation im NS-Staat.** Dokumentation einer Tagung vom 17.–19. Juli 1992 im Adam-von-Trott-Haus (= Dokumentation 97/1993). – Berlin: Evangelisches Bildungswerk (o. J.) [1993]. 77 S.

Zu der 1992 von der Evangelischen Akademie veranstalteten Tagung „Widerstand der jungen Generation im NS-Staat. Verweigerung – Protest – Opposition“ (vgl. IWK, Jg. 28 (1992), H. 3, S. 412

bis 420) ist jetzt die angekündigte Dokumentation erschienen. Vier der dort gehaltenen Referate werden in überarbeiteter Fassung abgedruckt. Wilfried Breyvogel bietet einen allgemeinen Überblick zum Thema, Bernd-A. Rusinek beschreibt die Wechselwirkung von Repression und Widerstand am Beispiel der „Edelweißpiraten“, Margot Pikarski stellt den Forschungsstand zur Berliner Widerstandsgruppe um Herbert Baum dar, Sabine Kircheisen referiert die Ergebnisse ihrer Untersuchung zu den „Leipziger Meuten“. Mit den Besonderheiten des bewaffneten weiblichen Widerstands befaßt sich Ingrid Strobl. Martin Becher gibt einen Erfahrungsbericht über ein Seminar zur „Swing-Jugend“ mit einer Hauptschulklasse.

Die um eine Auswahlbibliographie ergänzte Broschüre ist über das Evangelische Bildungswerk Berlin, Goethestr. 26–30, D-10625 Berlin, Tel.: 030/3 191-221, zum Preis von DM 5,— zu beziehen.

*Thomas Franz und Jan Merk*

**GOSCHLER, Constantin: Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus (1945–1954)** (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 34). – München und Wien: Oldenbourg Verlag 1992. 343 S.

Die Studie zeigt die Bemühungen um die Entschädigung der Verfolgten des Nationalsozialismus auf, die von den politisch Verfolgten mit frühen Überlegungen im Widerstand, in der Emigration und der Gefangenschaft, von jüdischer Seite und den Alliierten bereits zwischen 1936 und 1945 begannen. Im Mittelpunkt der Untersuchung für die Zeit bis 1954 stehen die Länder Bayern, Württemberg-Baden und Hessen in der US-Besatzungszone.

Der vorliegende Band erhellt den Aktivitäten-Dschungel in- und ausländischer Institutionen, das innen-, außen- und sozialpolitische Bedingungsgefüge und erläutert die oftmals undurchsichtigen Wiedergutmachungsregelungen in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, die aus Fürsorgemaßnahmen, Rückerstattung und Entschädigung sowie diversen globalen Abkommen bestanden.

Bei den Verfolgten gab es keine Homogenität in sozialer, politischer, weltanschaulicher, religiöser

oder nationaler Hinsicht und dementsprechend keine zusammenfassende Organisation. Neben der Konkurrenz der Opfer des Nationalsozialismus untereinander kamen im Zeichen des Kalten Krieges als weitere Geschädigtengruppen die gefallenen Soldaten, Opfer des Bombenkrieges, Flüchtlinge und Vertriebene hinzu und führten zu ihrer Verdrängung.

In der sehr detaillierten Untersuchung wird herausgearbeitet, daß es bei der Wiedergutmachung weniger um die Verfolgten des Nationalsozialismus selbst ging, sondern eher darum, die politische Kreditwürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland herzustellen.

*Kurt Schilde*

**MUCHITSCH, Wolfgang: Mit Spaten, Waffen und Worten. Die Einbindung österreichischer Flüchtlinge in die britischen Kriegsanstrengungen 1939–1945** (= Materialien zur Arbeiterbewegung, Nr. 61). – Wien und Zürich: Europaverlag 1992. XII, 267 S.

Der Autor dieser 1988 fertiggestellten Dissertation widmet sich nach einer allgemeinen Schilderung der Lage österreichischer Emigranten in Großbritannien im wesentlichen zwei Bereichen: den Aktivitäten von Österreichern in der britischen Armee und in der Propaganda gegen den Nationalsozialismus. Muchitsch hat mit großem Fleiß Material gesammelt und ausgewertet und unternimmt auch den Versuch einer differenzierten Analyse der sozialen Zusammensetzung der Emigration und der Motive für den Widerstand. Zudem werden die Ziele und Einsatzplanungen der britischen Seite ausführlich erörtert.

Wer sich für diese speziellen Fragestellungen interessiert, ist mit dem Buch von Muchitsch gut bedient, ansonsten heißt es im Schlußwort: „Der Beitrag der österreichischen Emigranten nimmt sich im Gesamtkontext der britischen Kriegsanstrengungen in Anbetracht der geringen Gesamtzahl österreichischer Flüchtlinge in Großbritannien in Relation zu den Millionen von Briten quantitativ bescheiden aus.“ (S. 181).

*Thomas Franz*





# Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Anschrift: Historische Kommission zu Berlin, IWK-Redaktion, Kirchweg 33, D-14129 Berlin  
 Telefon (030) 81 60 01 41, Telefax (030) 81 60 01 34

## MITTEILUNG über ein Projekt

## über den Stand eines bereits angezeigten Projekts

Titelverzeichnis Nr. ....

- 1 **Institution(en)**, in deren Rahmen die Forschungsarbeit durchgeführt wird (z. B. Institut, Referat, Fachbereich, Lehrstuhl)\*

Bezeichnung/Name, Anschrift, Tel.-Nr.:

\* Bei Forschungsarbeiten ohne Verbindung mit einer Institution Name des/r durchführenden Forscher(in)s. Bei Arbeiten zur Erlangung eines akademischen Grades außerdem Bezeichnung der Institution des/r Betreuer(in)s.

- 2 **Bearbeiter/in**. Vor- und Zuname, Titel, Anschrift, Tel.-Nr. (Leiter bitte unterstreichen):

- 3 Bei Arbeiten zur Erlangung eines akademischen Grades: Vor- und Zuname des/r Betreuer(in)s (Doktorvater o. ä.):

- 4 **Stand** der Forschungsarbeit ☐ laufend ..... ☐ geplant ..... ☐ abgeschlossen .....  
☐ eingestellt ..... ☐ sonstiges .....

- 5 **Laufzeit** von ..... bis ..... ungefährer Zeitpunkt der schriftlichen Fixierung des Ergebnisses  
 (Monat/Jahr) (Monat/Jahr)

- 6 **Art** (Mehrfachnennungen möglich)

|                           |                          |                            |                          |                   |                          |
|---------------------------|--------------------------|----------------------------|--------------------------|-------------------|--------------------------|
| Auftragsforschung .....   | <input type="checkbox"/> | Gutachten .....            | <input type="checkbox"/> | Edition .....     | <input type="checkbox"/> |
| geförderte Forschung .... | <input type="checkbox"/> | Habilitationsschrift ..... | <input type="checkbox"/> | Monographie ..... | <input type="checkbox"/> |
| Eigenprojekt von 1 .....  | <input type="checkbox"/> | Dissertation .....         | <input type="checkbox"/> | Aufsatz .....     | <input type="checkbox"/> |
| Eigenprojekt von 2 .....  | <input type="checkbox"/> | Diplomarbeit .....         | <input type="checkbox"/> | sonstiges .....   |                          |
| Staatsexamensarbeit ..... | <input type="checkbox"/> | Magisterarbeit .....       | <input type="checkbox"/> |                   |                          |

- 7 Hat die Forschungsarbeit einen **Auftraggeber**? ja ☐ nein ☐  
 Wenn ja, bitte genaue Bezeichnung und Anschrift eingeben:

- 8 Wer trägt die **Kosten** der Forschungsarbeit? (Mehrfachankreuzen möglich)

|                                           |                          |                        |                          |                                 |
|-------------------------------------------|--------------------------|------------------------|--------------------------|---------------------------------|
| Die in Frage 1 genannte Institution ..... | <input type="checkbox"/> | andere Geldgeber ..... | <input type="checkbox"/> | .....                           |
| Bearbeiter/in .....                       | <input type="checkbox"/> |                        |                          | Bitte Bezeichnung und Anschrift |
| Auftraggeber .....                        | <input type="checkbox"/> |                        |                          | .....                           |
| Deutsche Forschungsgemeinschaft .....     | <input type="checkbox"/> | Stipendium .....       | <input type="checkbox"/> | .....                           |
| bzw. Sonderforschungsbereich der DFG ...  | <input type="checkbox"/> |                        |                          | Bezeichnung und ggf. Anschrift  |
| Stiftung Volkswagenwerk .....             | <input type="checkbox"/> |                        |                          |                                 |

---

9 (Arbeits-)Titel der Forschungsarbeit (ggf. Untertitel):

☐ Thema geändert, neuer (Arbeits-)Titel:

---

10 ggf. **Zeitraum** (z. B. 1933 bis 1945), auf den sich die Forschungsarbeit bezieht:

---

11 ggf. **Geographischer Raum** (z. B. Köln, Bayern, Österreich), auf den sich die Forschungsarbeit bezieht:

---

12 **Inhaltliche Ziele** (spezielle Fragestellungen, Hypothesen, Zwischenergebnisse):

---

13 Liegen aktuelle (Teil-)**Veröffentlichungen** der Arbeit vor (z. B. Buch, Aufsatz) oder sind sie geplant? ja ☐ nein ☐  
Wenn ja, bitte bibliographische Angaben (Verfasser, Titel, Ort, Verlag, Jahr):

---

14 Liegen nichtveröffentlichte (Zwischen-)**Berichte**, Manuskripte, Arbeitspapiere vor? ja ☐ nein ☐  
Wenn ja, bitte bibliographische Angaben (Verfasser, Titel, Ort, Jahr):  
(Hier bitte auch Hochschul- und Staatsexamensarbeit, Dissertation, Habilitationsarbeit angeben)

---

15 **Methodische Anlage** (Vorgehensweise, Untersuchungsart, theoretischer Ansatz, Interview, schriftliche Befragung, Auswertung von Massendaten)

---

16 **Benutzte Unterlagen** (Quellenbasis: Archive, Archivalien, statistische Materialien, Zeitungen)

---

Mit der Speicherung, Weitergabe und Veröffentlichung der in dem Fragebogen enthaltenen Angabe für wissenschaftliche Zwecke bin ich einverstanden.

.....  
(Ort, Datum)

.....  
(Unterschrift)



# BÜRGERTUM

Beiträge zur europäischen Gesellschaftsgeschichte

5

**Friedrich Jaeger · Bürgerliche Modernisierungskrise  
und historische Sinnbildung**

Kulturgeschichte bei Droysen, Burckhardt und Max Weber. 1994. 343  
Seiten, kartoniert DM 64,- / öS 499,- / SFr 65,50. ISBN 3-525-35670-6

6

**Gunilla-Friederike Budde  
Auf dem Weg ins Bürgerleben**

Kindheit und Erziehung in deutschen und englischen Bürgerfamilien  
1840-1914. 1994. 512 Seiten mit 9 Tabellen im Text, kartoniert DM 68,- /  
öS 531,- / SFr 69,50. ISBN 3-525-35671-4

7

**Klaus Schreiner / Ulrich Meier (Hg.)  
Stadtregiment und Bürgerfreiheit**

Handlungsspielräume in deutschen und italienischen Städten des Spä-  
ten Mittelalters und der Frühen Neuzeit. Acht Beiträge. 1994. 317 Seiten,  
kartoniert ca. DM 74,- / öS 577,- / SFr 75,50. ISBN 3-525-35672-2

8

**Klaus Tenfelde / Hans-Ulrich Wehler (Hg.)  
Wege zur Geschichte des Bürgertums**

Vierzehn Beiträge. 1994. Ca. 352 Seiten, kartoniert ca. DM 72,- / öS 562,- /  
SFr 73,50. ISBN 3-525-35673-0

9

**Thomas Mergel · Zwischen Klasse und Konfession**

Katholisches Bürgertum im Rheinland, 1794-1914. 1994. Ca. 432 Seiten  
mit 26 Tabellen und 3 Schaubildern, kartoniert  
ca. DM 112,- / öS 874,- / SFr 113,50  
ISBN 3-525-35674-9

**V&R**

Vandenhoeck  
& Ruprecht



NEUERSCHEINUNG IM LIBERTAD VERLAG BERLIN / KÖLN:

**Hartmut Rübner**  
**FREIHEIT UND BROT**  
**Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands**  
**Eine Studie zur Geschichte des**  
**Anarchosyndikalismus**

**Archiv für Sozial- und Kulturgeschichte,**  
**Bd. 5 / Originalausgabe / 320 Seiten, Hardcover / erscheint im Juli 1994. Subskriptionspreis bei Direktbestellung beim Verlag bis zum 31. Juli 1994: DM 45,00 – Best-Nr. 505/S; ab August 1994 regulärer Ladenpreis: DM 52,00 – Best-Nr. 505**

**INHALT:** 1. Die Entwicklung des organisierten Anarchismus im Kaiserreich / 2. Von der gewerkschaftlichen Opposition zur syndikalistischen 'Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften' (FVdG) / 3. Die Entwicklung der FAUD: Der Anspruch einer Gesellschaftstransformation und die Realität der gewerkschaftlichen Praxis / 3.1. Die Rekonstituierung der 'Freien Vereinigung' / 3.2. Das anarchosyndikalistische Gewerkschaftsverständnis / 3.3. Die rheinisch-westfälische FAU / 3.4. Die FAUD und die Rätebewegung / 3.5. Zur Bedeutung anarchistischer Einflüsse / 4. Der organisatorische Aufbau der FAUD / 5. Die Sozialstruktur der FAUD / 5.1. Die Bedeutung der handwerklichen Traditionen in der Endphase der Industrialisierung / 5.2. Der Anarchosyndikalismus als eine Organisation der Industriearbeiterschaft / 6. Die oppositionellen Strömungen und das Verhältnis zum organisierten »Linkskommunismus« / 7. Der anarchosyndikalistische Einfluß in der Seeleute- und Schifferbewegung ('Seemannsbund' u. 'Schiffahrtsbund') / 7.2. Anarchosyndikalismus und Unionismus in internationalen Zusammenhängen: Die 'Industrial Workers of the World (IWW)' in Deutschland / 7.3. Die anarchosyndikalistische Binnenschifferorganisation / 8. Die »direkte Aktion« im Wechsel tagespolitischer Ereignisse: Revolution oder Tarifvertrag / 9. Die ideologischen Grundlagen und die ideengeschichtliche Entwicklung des Anarchosyndikalismus in Deutschland / 10.

Die FAUD zwischen Kulturbewegung und Gewerkschaftsorganisation / 11. Der Anarchosyndikalismus als soziokulturelle Bewegung abseits gewerkschaftlicher Zusammenhänge / (Siedlungsexperimente und Genossenschaftsprojekte, Syndikalistische Frauenbünde, »freie Kindergruppen« und »freien Schulen«, anarchosyndikalistische Jugendbewegung, 'Schwarze Scharen') / 11.2. Die Beteiligung an außer- und nebenorganisatorischen Kulturinitiativen ('Gilde freier Bücherfreunde', 'Reichsverband für Geburtenregelung und Sexualhygiene', organisierter Antiklerikalismus und Atheismus) / 12. Die Entstehungsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten anarchosyndikalistischer Bewegungen in der vergleichenden Perspektive / ANHANG: Quellen- und Literaturverzeichnis / Bibliographie: Die Presse des deutschen Anarchosyndikalismus (1914–1939) / Register der Personen, Organisationen, Periodika und geographischen Namen / Bilddokumentation.

**Bereits erschienene Titel im Archiv für Sozial- und Kulturgeschichte:**

- Bd. 1 Paul Eltzbacher: Der Anarchismus. Eine ideengeschichtliche Darstellung seiner klassischen Strömungen.
- Bd. 2 Franz Oppenheimer: Der Staat. Eine soziologische Studie.
- Bd. 3 Gerhard Senft: Weder Kapitalismus noch Kommunismus. Silvio Gesell und das libertäre Modell der Freiwirtschaft.
- Bd. 4 Wolfgang Eckhardt: Michail Bakunin (1814–1876). Bibliographie der Primär- und Sekundärliteratur in deutscher Sprache.